

AKTIENGESELLSCHAFTEN
IN DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFTSGESCHICHTE
DES 19. JAHRHUNDERTS

Walter Obenaus

München

1976

AKTIENGESELLSCHAFTEN
IN DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFTSGESCHICHTE
DES 19. JAHRHUNDERTS

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades Doctor rerum politicarum
(Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von

Walter Obenaus

1976



Referent: Prof. Dr. K. Borchardt

Korreferent: Prof. Dr. H. Mauersberg

Promotionsabschlußberatung: 23. Februar 1976

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Fragestellung und Gang der Untersuchung	1
B. Die Dimensionen des Untersuchungsgegenstandes	6
I. Geographisch	6
II. Sachlich	7
1. Strukturmerkmale des Idealtypus der Aktiengesellschaft	8
a) Der kapitalgesellschaftliche Charakter	8
b) Die Dauerhaftigkeit der Kapitalüberlassung	9
c) Der Risikograd der Kapitalüberlassung (die Haftungsbeschränkung)	10
d) Die Mobilität der Anteile	11
2. Die übrigen Formen einer Kapitalgesellschaft	12
a) Die bergrechtliche Gewerkschaft	12
b) Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	13
c) GmbH	14
d) Genossenschaft	15
III. Der Untersuchungszeitraum	16
C. Der rechtliche und staatlich-institutionelle Rahmen	18
I. Die rechtliche Entwicklung der Rechtsform der Aktiengesellschaft	19
1. Die Rechtsverhältnisse vor 1871	19
a) Das französische Rechtsgebiet	20
b) Das Rechtsgebiet des preußischen Allgemeinen Landrechts	21
c) Das Rechtsgebiet des Gemeinen Rechts (Altbayern und Schwaben)	22
aa) Gewohnheitsrecht	22
bb) Normative Regelungen	28
aaa) Fundamental-Bestimmungen von 1836	28
bbb) Eisenbahn-VO von 1855	31
ccc) Rechtsnormen anderer Staaten	32

ddd) Ansätze zu einer Aktien- gesetzgebung in Bayern	33
eee) Das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch von 1862 und die Gesetze von 1869 und 1871	34
cc) Die Rechtstheorie	36
d) Zusammenfassung	37
2. Die Entwicklung ab 1871	38
II. Staatliche Gewerbe- und Wirtschafts- politik vor 1871	41
1. Gewerbepolitik und Gewerberecht in Bayern	42
2. Staatliche Gewerbepolitik und staat- liche Haltung gegenüber Aktiengesell- schaften	49
a) Die Vorgeschichte des preußischen Aktiengesetzes	49
b) Die Situation in Bayern	51
III. Die staatliche Genehmigung	54
1. Die institutionellen Voraussetzungen der Gründung einer Aktiengesellschaft	54
a) Die Konzession nach Gewerberecht	55
b) Die aktienrechtlichen Konzession - Genehmigung der Statuten	56
c) Sonstige Genehmigungen	58
2. Das Verfahren	59
3. Rechtsbehelfe	61
IV. Die staatliche Politik gegenüber Aktien- gesellschaften bis 1871	63
1. Wirtschaftspolitische Restriktionen	66
a) Die volkswirtschaftliche Opportuni- tät der einzelnen Gründung	66
aa) Die erwartete Entwicklung der Nachfrage	67
bb) Existenzgefährdung vorhandener Wettbewerber	68
cc) Das betriebliche Leistungspoten- tial der geplanten AG - die sub- jektiven Voraussetzungen der Ren- tabilität	73
b) Mindesthöhe des Grundkapitals	75
c) Sachliche Begrenzung der Konzession	75
d) Begrenzung der Dauer der Konzession	76

	Seite
2. Eingriffe, die dem Schutz des realen Vermögensverkehrs dienen	79
a) Die Unterscheidung nach Stützel	79
b) Auf Informationsdifferenzen beruhende Vermögensverschiebungen	80
aa) Preise der Sacheinlagen	81
bb) Vorrechte der Gründer	82
cc) Stückelung der Anteile	82
dd) Publizität	84
c) Vermögensverschiebungen von Gläubigern zur Gesamtheit der Aktionäre	86
aa) Das Versprechen fester Zinsleistungen	86
bb) Rücklagenbildung und Abschreibungspraxis	88
cc) Erwähnung der Eigenschaft einer juristischen Person	89
d) Interessebedingte Vermögensverschiebungen	90
aa) Stimmrechtsbeschränkung	90
bb) Fungibilität der Anteile	92
3. Die innere Organisation - Trennung von Eigentum und Unternehmensleitung	93
4. Sozialpolitische Auflagen	96
 D. Die innere Struktur der frühindustriellen Aktiengesellschaften nach ihren Statuten	 100
I. Aktien, Aktionäre und Gewinnermittlung	100
II. Die organisatorische Struktur der Unternehmensspitze	105
1. Das Beispiel der Tuchfabrik Augsburg	105
2. Andere Unternehmungen	108
3. Gemeinsame Strukturen	111
 E. Entwicklungen und Strukturen in der Gründungstätigkeit bei den Aktiengesellschaften	 112
I. Quellenlage	112
II. Aussagefähigkeit des Datenmaterials und angewandte Ordnungskriterien	114
III. Die Gründungen und Auflösungen von Aktiengesellschaften in den Jahren 1834 bis 1893 und die Entwicklung des Nominalkapitals dieser Gesellschaften	121

1. Gründungshäufigkeiten	121
a) Die Entwicklung der jährlichen Gründungszahlen	121
aa) Vergleich mit Preußen (1834 bis 1867)	124
bb) Vergleich mit dem Deutschen Reich (1871 bis 1893)	126
b) Einteilung nach institutionellen Orientierungsdaten	128
aa) Die sog. Zollvereinsperioden	128
bb) Die Perioden der Gesetzgebung	130
2. Die Zahl der Gründungen im Verhältnis zum Nominalkapital	132
a) Die durchschnittliche Höhe des Grundkapitals	132
b) Die Verteilung nach Größenklassen	134
3. Neugründungen vs. Übernahmegründungen	136
4. Aufgelöste Gesellschaften	139
a) Auflösungsgründe	139
b) Der Anteil der aufgelösten Gesellschaften an sämtlichen Gründungen	141
c) Der Anteil der Gesellschaften mit einer Lebensdauer von bis zu zehn Jahren	141
d) Die Größenordnung der aufgelösten Gesellschaften	142
IV. Die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen und Sektoren	144
1. Statistischer Überblick	145
2. Die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft in den einzelnen Branchen	153
a) Bergbau und Hüttenwesen	153
b) Industrie der Steine und Erden	156
c) Maschinenbau	158
d) Chemische Industrie	159
e) Textilindustrie	159
f) Papier, Leder und Holz	161
g) Nahrungs- und Genußmittelindustrie	162
h) Industrie der Leuchtstoffe	168
i) Banken	170
k) Versicherungsunternehmen	174
l) Baugewerbe	175
m) Verkehrsgewerbe	175

F. Ausgangslage und Motivationsstrukturen bei den Gründern frühindustrieller Aktiengesellschaften	178
I. Die Durchführung und Finanzierung großbetrieblicher Projekte	179
1. Die Absatzbedingungen	179
2. Die Bedingungen der Leistungserstellung	181
3. Die Beschaffungsbedingungen	181
4. Die Finanzierung	182
II. Expansions- und Rationalisierungsentscheidungen als Folge sich verändernder Produktions- und Marktbedingungen	184
1. Internes Unternehmenswachstum	184
2. Wachstum durch Unternehmenszusammenschlüsse	187
3. Rationalisierungsentscheidungen	187
III. Abfindung von Gläubigern der Unternehmung	190
IV. Erleichterung der Erbteilung	191
V. Geschäftliche Interessen beteiligter Unternehmer	193
VI. Sonstige Motivationen	195
G. Analyse der Ursachen der unterschiedlichen Ausbreitung der Rechtsform der Aktiengesellschaft	197
I. Die rein branchen-bezogene Betrachtung	197
II. Das Gewicht der Vorzüge und Mängel der Rechtsform der Aktiengesellschaft	201
1. Der Einfluß der behaupteten organisatorischen Schwerfälligkeit auf die Wahl der Rechtsform der Aktiengesellschaft	201
2. Der Einfluß der besonderen Finanzierungsbedürfnisse im Rahmen des Wachstums der Wirtschaft	203
H. Die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft als Finanzierungsinstitution zur Zeit der Frühindustrialisierung in Bayern	205
I. Die Inkongruenz der Anforderungen, die Sparer und Investoren an die Bedingungen der Bereitstellung von Kapital stellten	206
1. Das Risiko der Anlage	206
2. Die Fristigkeit und Teilbarkeit der Anlage	208

II. Die Dividenden- und Selbstfinanzierungs- politik der Aktiengesellschaften	210
III. Die Bedeutung der Fremdfinanzierung	213
IV. Die Herkunft der in den Aktiengesell- schaften angelegten Kapitalien	216
I. Zusammenfassung	225
K. Quellenverzeichnis	237

Abkürzungen

AK	Aktienkapital
AktG	Aktiengesetz
AllR	(Preuß.) Allgemeines Landrecht
Bau	Baugewerbe
Beil.	Beilage
BB	Bergbau und Hüttenwesen
C	Chemische Industrie
dt.	deutsch
gegr.	gegründet
GenG	Genossenschaftsgesetz
geg.	gegenüber
GK	Grundkapital
GV	Generalversammlung
H	Handelsgewerbe
hypobank	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank
K.d.I.	Kammer des Innern
KGaA	Kommandit-Gesellschaft auf Aktien
kgl.	königlich
L	Leuchtstoffindustrie
Ma	Maschinenbau
Maxhütte	Eisenwerk Maximilianshütte
M.d.I.	Ministerium des Innern
M.E.	Ministerielle EntschlieÙung
Me	Metallverarbeitung
Mech.	Mechanisch
Min.Rescr.	Ministerial-Rescript
NG	Industrie der Nahrungs- und Genussmittel
PLH	Papier-, Leder- und Holz-Industrie
Pol	Polygraphisches Gewerbe
priv.	privilegiert

RegBl.	Regierungsblatt
RGBL.	Reichsgesetzblatt
SE	Industrie der Steine und Erden
T	Textilindustrie
Vergn	Vergnügungs-Betriebe
Verk	Verkehrs-Betriebe
Vers	Versicherungs-Gewerbe
VO	Verordnung

A. Fragestellung und Gang der Untersuchung

Historische Darstellungen, die sich mit der ökonomischen Entwicklung im 19. Jahrhundert befassen, versuchen mitunter, die stürmische Entwicklung, die die industrielle Produktion in dieser Periode gezeigt hat, anhand der zunehmenden Zahl neu entstandener Aktiengesellschaften zu verdeutlichen bzw. zu belegen.¹⁾

Die Verwendung dieser Zahlen als Indikator dürfte in erster Linie in ihrer Anschaulichkeit begründet sein. Sie beinhaltet vielleicht auch die Aussage, daß der Rechtsform der Aktiengesellschaft als solcher eine wesentliche Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß zukommt.

Diese Aussage wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Ohne die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, hält Borchardt²⁾ die Einschätzung des Anteils der Aktiengesellschaften am Prozeß der Industrialisierung für im allgemeinen übertrieben. Mottek³⁾ steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß die Aktiengesellschaft in Deutschland geradezu notwendig war, um den ersten zyklischen Aufschwung der fünfziger Jahre und damit den Industrialisierungsprozeß in Gang zu bringen.

-
- 1) Vgl. Lieb, Ludwig, Die Entwicklung der Augsburger Effektenbörse 1816 - 1896, Augsburg 1930, S. 61
 - 2) Borchardt, Knut, Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 173, Stuttgart 1961, S. 401 ff., Anm. 50; vgl. aber auch ders., Europas Wirtschaftsgeschichte, ein Modell für Entwicklungsländer, Stuttgart 1967, S. 19.
 - 3) Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. II, Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1972, S. 127 f.; vgl. auch Rosenberg, Hans, Die Weltwirtschaftskrise von 1857-1859, in: H. Aubin (Hrsg.), Beiheft 30 zur Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart-Berlin 1934, S. 51

Ziel dieser Arbeit soll es sein, für den regional begrenzten bayerischen Raum Maßstäbe und Kriterien zu finden, die es ermöglichen, den Anteil der Rechtsform der Aktiengesellschaft an der Industrialisierung zu bewerten. Es soll also die Rechtsform der Aktiengesellschaft als alternatives Strukturprinzip wirtschaftlichen Handelns im Betrachtungszeitraum dargestellt und ihr Beitrag zur allgemeinen ökonomischen Entwicklung transparent gemacht werden.

Im Ablauf der vorliegenden Untersuchung werden zunächst neben den allgemeinen wirtschaftsgeschichtlichen die staatlich-institutionellen Rahmenbedingungen dargestellt und analysiert werden.

Die systematische Erfassung der Rechtsverhältnisse und der staatlichen Politik gegenüber Aktiengesellschaften erscheint von mehrfachem Erkenntniswert. Da die Unternehmungsform "Aktiengesellschaft" ihre Existenz der Anerkennung als Rechtsform verdankt, dient eine solche Erfassung zunächst der Beschreibung des konkreten Untersuchungsgegenstands. Darüber hinaus gibt sie Hinweise zur Erklärung einer möglicherweise staatlich verursachten Verlangsamung, Beschleunigung oder besonderen Richtungsgebung der Ausbreitung des Aktienwesens.

Die Richtung und der Schwerpunkt der staatlichen Eingriffe schließlich lassen auch Rückschlüsse auf die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft für die Entwicklung der damaligen Volkswirtschaft zu, denn je größer der Anteil der Aktiengesellschaften an dem mit der Industrialisierung verbundenen Konzentrations- und strukturellen Umschichtungsprozeß war, umso mehr mußten die hierbei auftretenden Interessengegensätze auch zum Gegenstand der staatlichen Politik gegenüber den Aktiengesellschaften werden.

Soweit die Unternehmungsform im Untersuchungszeitraum (noch) nicht verrechtlicht war, soll in einem weiteren

- - -

Abschnitt in typisierender Darstellungsweise versucht werden, die für die Beurteilung wichtigen Merkmale als Ergebnis der historischen Entwicklung herauszuarbeiten.

Die sorgfältig geführte amtliche bayerische Statistik der Aktiengesellschaft bietet sodann die Grundlage für eine zahlenmäßige Erfassung der Aktiengesellschaften. Die Frage nach der Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft läßt in diesem Zusammenhang den Vergleich mit dem hier vor allem in Betracht kommenden Vergleichsobjekt: Unternehmungen anderer Rechtsformen wünschenswert erscheinen. Dieser Weg der Erfassung der Bedeutung der Aktiengesellschaften ist jedoch mangels Daten nicht gangbar. Es ist auffallend, daß in dem betrachteten Zeitraum unter den verschiedenen Unternehmungsformen lediglich die Aktiengesellschaft einen eigenen Platz in der Statistik erhalten hat. Die Veröffentlichungen des kgl. bayerischen statistischen Bureaus enthielten zwar regelmäßig branchenmäßig gegliederte Gewerbestatistiken, eine Gegenüberstellung der verschiedenen Unternehmungsformen - wie sie heute vom Statistischen Bundesamt regelmäßig vorgenommen wird¹⁾ - sucht man vergeblich.

Daneben bietet sich als Vergleichsobjekt die Situation des Aktienwesens in benachbarten deutschen und außerdeutschen Staaten an. Wo dies möglich und sinnvoll erschien, wurde hiervon Gebrauch gemacht. Allerdings sei darauf hingewiesen, daß die regional vielfach stark unterschiedliche Branchenstruktur mit ihren abweichenden Tendenzen zur Bildung von Aktiengesellschaften den Vergleich erschwert.

Es verbleibt als Grundlage der Analyse der zeitliche Vergleich der statistisch erfaßbaren Dimensionen der Unternehmungsform der Aktiengesellschaft. Der Auswertung

1) Vgl. z.B. den Rechtsformenvergleich nach Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, in: Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 3: Unternehmen und Arbeitsstätten, Heft 6: Arbeitsstättenzählung vom 27.5.1970, Stuttgart und Mainz 1971.

standen folgende Kategorien zur Verfügung: Zahl der Gründungen, Gründungskapital, Gründungszeitpunkt, Sitz der Gesellschaft, Branche, Stückelung der Aktien, Lebensdauer der Gesellschaften, Übernahme- vs. Neugründungen sowie die Mobilitätsgrade der Anteile (Inhaber-/ Namensaktien).

Im Zusammenhang mit einer Untersuchung der branchenmäßigen Entwicklung der Aktiengesellschaften soll versucht werden, anhand verfügbarer Daten der Sekundärliteratur Hinweise auf die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft in den einzelnen Branchen zu erhalten. Ergänzt wird diese Gegenüberstellung durch eine Zusammenstellung wesentlicher Motivationsstrukturen, die für die Entstehung von Aktiengesellschaften maßgeblich waren.

Ein abschließendes Kapitel wird sich mit einem für die Beurteilung als wesentlich erachteten Aspekt, der Finanzierungsfunktion der Rechtsform der Aktiengesellschaft, befassen.

Für die Untersuchung wurden als Ausgangsmaterial im wesentlichen die Genehmigungsakten der Regierung von Oberbayern, sowie der jeweils zuständigen Ministerien¹⁾, Unterlagen aus Firmenarchiven sowie Firmenfestschriften²⁾ herangezogen.

-
- 1) Vor 1848 war das Innenministerium, von 1848 bis zur Auflösung im Jahre 1871 das Handelsministerium zuständig. Vgl. Sandberger, Adolf, in: Spindler, Max (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4: Das neue Bayern, Teilband 2, München 1975, S. 732 ff. (743).
 - 2) Zur Verwertbarkeit von Firmenfestschriften kritisch: Helmut Böhme, Bankenkonzentration und Schwerindustrie 1873 - 1896, Bemerkungen zum Problem des "Organisierten Kapitalismus", in: Wehler, Hans-Ulrich, Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 432 ff. (433).

- 1 -

Das statistische Material konnte zwei Monographien aus den Jahren 1882 und 1884 in der Zeitschrift des königlich bayerischen statistischen Bureaus¹⁾ sowie (ab 1884) den Angaben des Handbuchs der Bayerischen Aktiengesellschaften entnommen werden.²⁾

-
- 1) Rapp, Carl, Die Aktien-Gesellschaften Bayerns, in: Zeitschrift des königlich Statistischen Bureaus, 14. Jg., München 1882, S. 191 ff.; ders., Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften, a.a.O., 16. Jg. 1884, S. 235 ff.
 - 2) Pfeleiderer, Eugen, Handbuch der Bayerischen Aktiengesellschaften, München 1883 ff bis 1892 (Jg. 1-10); Fortgeführt von Friedrich Bonschab, Handbuch der Süddeutschen Aktiengesellschaften, München 1893 ff. (Jg. 11 ff.).

B. Die Dimensionen des Untersuchungsgegenstands

I. Geographisch

Bayern umfaßte nach Beendigung der "Flurbereinigung" der ersten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und damit zu Beginn des für diese Untersuchung interessanten Zeitraums im wesentlichen bereits das Gebiet, das sich im heutigen Freistaat Bayern erhalten hat. Darüber hinaus zählte noch das linksrheinische Gebiet der sog. Rheinpfalz zum bayerischen Hoheitsgebiet, allerdings ohne eine gebietsmäßige Verbindung.

Der rechtsrheinische Kernstaat gliederte sich in die nachmaligen Regierungsbezirke (damals: "Kreise") Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz (Altbayern mit München¹⁾), Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken (Franken mit Nürnberg) und (Bayerisch-) Schwaben (mit Augsburg).

Die so umrissene territoriale Gestaltung des bayerischen Staatsraums war Ergebnis der politischen Entwicklungen der ersten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803, die Friedensschlüsse von Lunéville (1801), Preßburg (1805), Schönbrunn (1809), Paris (1814 und 1815) sowie besondere Entscheide und Vereinbarungen hatten dem bis Ende des 18. Jahrhunderts nur aus altbayerischen Gebieten bestehenden Staat Bayern im Wechsel von Gewinn und Verlust erheblichen Landzuwachs in Altbayern, Franken und Schwaben gebracht.²⁾

1) Die Verwendung der Bezeichnung "Altbayern" ist uneinheitlich. Slawinger, Gerhard, Die Manufaktur in Kurbayern. Die großgewerbliche Entwicklung in Altbayern in der Übergangsepoche vom Merkantilismus zum Liberalismus (1745 bis 1833). Diss., Stuttgart 1966, S. XVIII, versteht z.B. im Gegensatz zur hier verwendeten Abgrenzung unter Altbayern lediglich das alte bayerische Herzogtum mit den vier Rentämtern München, Landshut, Straubing und Burghausen.

2) Vgl. Bosl, Karl, Schreibmüller, Hans, Geschichte Bayerns, Teil II, Die Neuzeit, München 1955, S. 77.

Im Vergleich mit der Jahrhundertwende hatte sich der bayerische Staat an Fläche nunmehr fast verdoppelt; eine Vielzahl bisher wirtschaftlich und politisch autonomer Territorien waren dem Staatsverband einverleibt.

Wirtschaftlich waren dem Staat mit den mediatisierten ehemaligen Reichsstädten bedeutende gewerbliche Zentren angewachsen, so u.a. in Franken Nürnberg, in Schwaben Augsburg, Lindau, Dinkelsbühl, Kaufbeuren, Kempten, Memmingen sowie Nördlingen. Mit den den Kern des heutigen Mittelfranken und den östlichen Teil des heutigen Oberfranken umfassenden Fürstentümern Ansbach und Bayreuth war der bayerische Staat weiterhin um Gegenden bereichert, die - so Reuter¹⁾ - Ende des 13. Jahrhunderts an Bevölkerungsdichte und Wohlstand in Deutschland führend waren.

Demgegenüber war der wirtschaftliche Entwicklungsstand Kurbayerns, also des heutigen Oberbayern, Niederbayern und der Oberpfalz, bei Eintritt in die industrielle Epoche zu Beginn des 19. Jahrhunderts niedriger als der der meisten anderen deutschen Territorialstaaten sowie der umliegenden Gebiete.²⁾

II. Sachlich

Gegenstand der Untersuchung sind diejenigen Unternehmungen der frühindustriellen Zeit, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft im wirtschaftlichen bzw. rechtlichen Verkehr auftraten. Da erst die Einzelanalyse der diesbezüglichen rechtlichen Vorschriften einerseits, des konkreten Erscheinungsbilds der Unternehmen andererseits den

1) Reuter, Ortluf, Die Manufaktur im fränkischen Raum. Eine Untersuchung großgewerblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbeteschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Diss., Stuttgart 1961, S. 5.

2) Vgl. Slawinger, a.a.O., S. 59.

Begriff der Rechtsform der Aktiengesellschaft für den Untersuchungszeitraum ausfüllen kann, so ist es methodisch nicht unbedenklich, abstrakte Aussagen voranzustellen. Um jedoch das begriffliche Instrumentarium für die Analyse bereits zur Verfügung zu haben, erscheint es gerechtfertigt, die idealtypischen Merkmale der¹⁾ Aktiengesellschaft, wie sie sich bis heute herausgebildet haben, voranzustellen, um die untersuchten Unternehmen hieran zu messen und beschreiben zu können.

1. Strukturmerkmale des Idealtypus der Aktiengesellschaft

a) Der kapitalgesellschaftliche Charakter

Als Kapitalgesellschaften werden alle diejenigen historisch gewordenen Gesellschaftstypen bezeichnet, bei denen die kapitalmäßige Beteiligung der Gesellschafter einziger bzw. wesentlicher Inhalt der Mitgliedschaft ist.

Charakteristisches Merkmal der Aktiengesellschaft als Kapitalgesellschaft ist dabei insbesondere die Trennung von Unternehmensbesitz und Unternehmensleitung, d.h. die Beitragspflicht des Aktionärs beschränkt sich auf die Hingabe von Kapital.¹⁾

Nicht der Aktionär oder die Gesamtheit der Aktionäre, sondern ein bestelltes Organ führt die Geschäfte der Gesellschaft und vertritt sie im Rechtsverkehr.²⁾

Die Anerkennung des Majoritätsprinzips für satzungsmäßig zustandgekommene Beschlüsse bildet dementsprechend das

1) Vgl. §§ 1, 54 Aktiengesetz. Vom 6. Sept. 1965 (BGBl. I S. 1089), (Zitierweise: AktG 1965).

2) Vgl. §§ 76 ff. AktG 1965 (Vorstand), §§ 95 ff. AktG 1965 (Aufsichtsrat).

+) deutschen

Grundprinzip der Willensbildung der körperschaftlich organisierten Kapitalgesellschaft.¹⁾

Die Trennung von Eigentum und Unternehmensführung gibt der Unternehmung eine gewisse Beständigkeit gegenüber einem Wechsel im Mitgliederbestand. Anders als bei der Personengesellschaft bedarf es anlässlich des Ausscheidens, Todes oder Eintritts eines Gesellschafters keiner besonderen Vereinbarung über den Fortbestand.²⁾

b) Die Dauerhaftigkeit der Kapitalüberlassung

Das einer Aktiengesellschaft als Gegenleistung für den Erwerb von Aktien überlassene Kapital ist den Herausga-beansprüchen der Aktionäre - vom Fall der Liquidation abgesehen - grundsätzlich entzogen.³⁾

aa) Anders als bei der Bereitstellung von Fremdkapital erwirbt der Geldgeber als Teilhaber einer Aktiengesellschaft also keinen Rückzahlungsanspruch. Sein Geld bleibt auf Dauer in der Unternehmung gebunden.

Dieser Grundsatz beinhaltet u.a., daß eine feste Zinsleistung nicht garantiert werden kann, da eine solche im Fall unzureichender Erträge aus der Substanz geleistet werden müßte.⁴⁾

bb) Dadurch, daß die Überlassung des Geldes unbefristet und unkündbar geschieht, unterscheidet sich das Verhältnis des Aktionärs zu seiner Gesellschaft erheblich von der kapitalmäßigen Beteiligung des Gesellschafters einer

1) Vgl. § 133 AktG 1965. Anders die Regelungen bei den Personalgesellschaften; vgl. z.B. § 119 Handelsgesetzbuch. Vom 10. Mai 1897 (RGBl. S. 219), (Zitierweise: HGB): grundsätzlich Einstimmigkeit erforderlich.

2) Vgl. hierzu Schmalenbach, Eugen, Die Aktiengesellschaft, Köln und Opladen 1950, S. 14; Schäffle, Albert, Die Anwendbarkeit der verschiedenen Unternehmungsformen, in: Zeitschrift f.d. ges. Staatswissenschaft, Bd. 25, 1869, S. 261 ff. (272).

3) Vgl. §§ 9, 57, 71 AktG 1965.

4) Vgl. § 57 Abs. II AktG 1965.

Personengesellschaft, dem das Recht auf Kündigung seines Anteils eingeräumt werden kann.

Ebenso wie die Trennung von Eigentum und Unternehmensführung verleiht diese Eigenschaft der Aktiengesellschaft eine besondere Beständigkeit gegenüber Veränderungen in der Gesellschafterstruktur.

cc) Die sog. "Garantiefunktion" des Grundkapitals hat die wirtschaftliche Folge, daß eine Aktiengesellschaft größere Chancen hat, Fremdkapital überlassen zu bekommen als Unternehmen anderer Rechtsformen. Das Prinzip der Bindung des Grundkapitals bürgt dafür, daß das Vermögen der Unternehmung in der Regel für die geschäftlichen Zwecke zusammengehalten wird und eine dauernde Kreditunterlage bildet.¹⁾

c) Der Risikograd der Kapitalüberlassung (die Haftungsbeschränkung)

Die Kapitalüberlassung durch einen Aktionär unterliegt zwar einem höheren Verlustrisiko als die eines Gläubigers der Aktiengesellschaft, da im Fall des Konkurses bzw. langfristig schlechter Ertragslage letztere zuerst aus der Aktivmasse zu befriedigen sind.

Gegenüber einem persönlich haftenden Gesellschafter einer Personengesellschaft etwa ist das Risiko des Aktionärs jedoch geringer: Während der persönlich haftende Gesellschafter nicht nur das Risiko der Aufzehrung des Eigenkapitals, sondern darüber hinaus das des Verlusts seines sonstigen Vermögens trägt, kann der Aktionär nur das verlieren, was er in die Unternehmung an Mitteln eingebracht hat.²⁾ Den Gläubigern haftet lediglich das vom Vermögen der Aktionäre abgesonderte Gesellschaftsvermögen.

1) Vgl. Passow, Richard, "Wirtschaftlicher Charakter der Aktiengesellschaft", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Bd., 4. Aufl. Jena 1923, S. 133 f.; allerdings wird damit nur ein gewisses "Aufrechnungsvolumen" garantiert, langfristig kann auch ein fester Eigenkapitalbestand die Gläubiger nicht vor den negativen Folgen anhaltender Verluste

Die Aktionäre sind auch nicht, wie die Teilhaber einer bergrechtlichen Gewerkschaft - im Bedarfsfall zur Zahlung von Zubeßen verpflichtet. Ihr finanzielles Engagement beschränkt sich vielmehr auf den Nennbetrag der Aktie¹⁾, so daß sie mit einer festen Begrenzung ihres Risikos rechnen können.

Trotz vergleichbaren Zugriffs auf den Gewinn der Unternehmung kommt damit dem Aktionär eine sehr viel günstigere Haftungsregelung zugute als dem persönlich haftenden Gesellschafter einer Personalgesellschaft. Der Aktionär profitiert nicht nur von der durch den gesellschaftlichen Zusammenschluß bewirkten Verteilung der unternehmerischen Risiken, sein Beteiligungsrisiko bleibt auch betragsmäßig begrenzt.²⁾

d) Die Mobilität der Anteile

Den Bedürfnissen der Unternehmung nach Überlassung langfristigen Risikokapitals steht bei einem Teil der Anleger der Wunsch nach kurzfristiger Liquidierbarkeit der eingesetzten Mittel gegenüber. Die gleichzeitige Befriedigung dieser divergierenden Interessen von Unternehmen und Anleger wird weitgehend dadurch realisiert, daß die Anteile leicht übertragbar sind.

Denn die Übertragung der mitgliedschaftlichen Rechte ist regelmäßig nicht an die Zustimmung der übrigen Aktionäre bzw. der Gesellschaft gebunden. Darüber hinaus wird die Übertragung rechtlich dadurch erleichtert, daß über die

(Forts. von S. 10) schützen; vgl. Raettig, Lutz, Eigenkapital und Kreditwürdigkeit, in: Wirtschaftswoche 1972, Heft 3 (21.1.1972), S. 29 ff. (34).

2) Vgl. § 1 AktG 1965.

1) Von den Fällen sog. Nebenleistungsaktiengesellschaften bzw. den Fällen einer indirekten faktischen Hötigung zu Zuzahlungen bei Sanierung von Unternehmen wird hier abgesehen.

2) Vgl. Schöffle, a.a.O., S. 301; Steinitzer, Erwin, Die ökonomische Theorie der Aktiengesellschaft, Leipzig 1903, S. 3.

Anteilsrechte Wertpapiere (Aktien) ausgestellt werden, die als Namensaktien mit geringen Formerfordernissen (Indossament)¹⁾, als Inhaberaktien ohne besondere Form durch bloße Einigung und Übergabe übertragen werden können.

2. Die übrigen Formen einer Kapitalgesellschaft

Die Aktiengesellschaft konkurriert als Rechtsform mit einer Reihe anderer Unternehmungsformen, denen ebenfalls eine kapitalgesellschaftliche Struktur zugeschrieben wird. Zur Verdeutlichung sollen diese anderen Arten von Kapitalgesellschaften kurz skizziert werden.

a) Die bergrechtliche Gewerkschaft

Unter den Kapitalgesellschaftstypen, die wir heute kennen, ist sie die älteste Form. Ihre Anfänge reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück.²⁾ Sie ist zunächst eine Erwerbsgenossenschaft der Bergleute. Schon sehr frühzeitig traten diesen Genossenschaften reine Finanzierer bei, denen ebenfalls der Charakter des Gewerkes zuerkannt wurde.

Indem sich allmählich die Gewerke von den Knappen lösen, der Staat andererseits die leitende Oberaufsicht übernimmt, kristallisieren sich in der Organisation drei deutlich unterscheidbare Gruppen heraus: Staat, Kapitalgeber und Arbeiter.

Die Gewerke blieben aber auch dann noch personal insofern an das Unternehmen gebunden, als sie der sog. Zubeipflicht unterworfen waren, d.h. sie mußten im Bedarfs-

1) Vgl. §§ 10 Abs. I, 68 Abs. I AktG 1965.

2) Vgl. Herrmann, Walther, Entwicklungslinien montanindustrieller Unternehmungen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, in: Vortragsreihe westfälische Wirtschaftsgeschichte, Heft 1, 1954, S. 17 ff. (20); Bösselmann, Kurt, Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939, S. 55 f.

fallende Nachschüsse auf ihre Kapitaleinlage leisten.¹⁾
In ihrer historischen Entwicklung blieb die bergrechtliche Gewerkschaft dauernd an den Bereich montanindustrieller Unternehmen gebunden. In dem an Bodenschätzen armen Bayern war die Bedeutung dieses Gesellschaftstypus damit von vornherein durch die standortbedingten Gegebenheiten begrenzt.

b) Die Kommanditgesellschaft auf Aktien

Anders als die Aktiengesellschaft besteht die KGaA nicht nur aus Aktionären (Kommanditaktionären), die lediglich mit einer Einlage auf das in Aktien (Kommanditanteile) zerlegte Grundkapital beteiligt sind, sondern es gibt auch noch einen oder mehrere Gesellschafter, die den Gläubigern der Gesellschaft unbeschränkt haften.²⁾ Indem die Führung der Geschäfte der Gesellschaft automatisch dem oder den persönlich haftenden Gesellschaftern zufällt, tragen anders als bei der Aktiengesellschaft die Vorstandsmitglieder einer KGaA einen Teil des Kapitalrisikos der Unternehmung.³⁾

Das hohe Risiko des persönlich haftenden Gesellschafters einer solchen Unternehmung führte dazu, daß die Unternehmensform - obwohl es hier keiner staatlichen Genehmigung bedurfte - nur wenig in Anspruch genommen wurde.⁴⁾

1) Vgl. Herrmann, a.a.O.

2) Vgl. § 273 AktG 1965.

3) Vgl. § 283 AktG 1965.

4) Zorn, Wolfgang, Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648-1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des schwäbischen Unternehmertums, in: Veröffentlichungen der schwäbischen Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für bayerische Landesgeschichte, Reihe 1, Studien zur Geschichte des bayerischen Schwabens, Band 6, Augsburg 1961 (Zitierweise: Handelsgeschichte), S. 227, hebt hervor, daß es lediglich in Kaufbeuren gelang, 305.000 fl. ohne Aktiengesellschaft von wenigen Familien aufzubringen. Die persönliche Haftung der Komplementäre bildete anderer-

c) GmbH

Die GmbH "ist eine offene Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Kommanditgesellschaft ohne Komplementär, eine Aktiengesellschaft ohne Aktie, eine Gesellschaft mit einem Gesellschafter." Mit dieser Beschreibung wies Fränkel 1915¹⁾ auf die weitgehende Dispositionsfreiheit hin, die der Gesetzgeber den Beteiligten einer solchen Gesellschaft zur Regelung ihrer inneren Organisation gelassen hat. Hierin unterscheidet sich die GmbH auch wesentlich von der Aktiengesellschaft, an die sie vom gesetzlichen Normaltypus aber wesentlich angelehnt ist.

Amders als bei der Aktiengesellschaft handelt es sich bei der GmbH auch nicht um eine im historischen Wirtschaftsaufbau gewachsene Gesellschaftsform, sondern eine Erfindung des deutschen Gesetzgebers von 1892.²⁾ Mit dieser rechtlichen Konstruktion versuchte man, der Erscheinung Rechnung zu tragen, daß nach den Reformen des Aktienrechts von 1870 und 1884 eine große Zahl kleiner und personalistisch geprägter Aktiengesellschaften entstanden waren, die sich zwar das Privileg der Haftungsbeschränkung zunutze machen wollten, für die aber das für eine Vielzahl von Gesellschafter angelegte Aktienrecht nicht paßte.³⁾

(Forts. von S. 13) seits keinen Hinderungsgrund dafür, daß das Eisenwerk Kraemer in St. Ingbert (Pfalz) mit einem Grundkapital von 3,5 Mio fl. von 1859 bis 1888 in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft auf Aktien auftrat. Vgl. ders., Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806-1933, in: Schriftenreihe "Bayerische Heimatforschung", Heft 14, München-Pasing 1962, (Zitierweise: Wirtschaftsgeschichte), S. 49.

1) Fränkel, Franz, Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 1915, S. 252, zit. nach: Limbach, Jutta, Theorie und Wirklichkeit der GmbH, Berlin 1966, S. 10.

2) Vgl. Limbach, Jutta, a.a.O., S. 12.

3) ebd., S. 9.

d) Genossenschaft

Weder Personen- noch Kapitalgesellschaft ist die Genossenschaft. Sie ist vielmehr ein wirtschaftlicher Verein mit einer nicht geschlossenen Zahl von Mitgliedern (Genossen), die einen wirtschaftlichen Zweck verfolgen und sich dazu eines gemeinsamen Geschäftsbetriebes bedienen. Der Zweck ist dabei die "Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft der Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes."¹⁾ Entsprechend dieser Zwecksetzung ist das ursprüngliche Ziel der Genossenschaft nicht Gewinnerzielung, sondern Selbsthilfe der Mitglieder durch gegenseitige Förderung.

Die damit als Hilfsgesellschaft²⁾ zu charakterisierende Unternehmungsform der Genossenschaft hat kein festes Grundkapital wie GmbH und Aktiengesellschaft, vielmehr setzt sich ihr Kapital aus den Einlagen der Mitglieder zusammen und schwankt demgemäß auch mit der Mitgliederzahl.

Hinsichtlich der Haftung unterscheidet das heute gültige Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 zwei Typen von Genossenschaften (§ 2):

Die eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht (eGmbH) sowie die eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht (eGmbH). Letztere ist richtiger als Genossenschaft mit beschränkter Nachschußpflicht zu bezeichnen, denn im Konkursfall besteht eine Nachschußpflicht bis zur Höhe der im Statut für die Mitglieder festgelegten Haftungssumme.

1) Vgl. § 1 Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Vom 1. Mai 1889 (RGBl. S. 55) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. S. 369, 810).

2) Schäffle, a.a.O., S. 274 sieht in der Rechtsform der Genossenschaft den "Zweck der wirtschaftlichen Versorgung der Genossen mit Credit, Consumgegenständen, Rohstoffen, Verkaufsgelegenheiten, landwirtschaftlichen Maschinen, gewerblichen Hilfsanstalten, Häusern" mit dem Charakter einer Zwangssparkasse für die Genossen verbunden.

III. Der Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum "Frühindustrialisierung" wurde mit den Jahren 1834 bis 1893 abgegrenzt. Damit wird nicht der Anspruch einer zeitlichen Zuordnung dieses Begriffs erhoben. Eine Analyse des zeitlichen Umfelds zeigt jedoch, daß in dem gewählten Zeitraum die für die vorliegende Fragestellung relevanten Entwicklungsstrukturen beleuchtet werden können.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Jahr, für das die amtliche Statistik die Gründung einer Aktiengesellschaft erstmals verzeichnet (1834)¹⁾. Für die Zeit davor konnten Hinweise auf sieben als Aktiengesellschaft bezeichnete Unternehmen sowie einige nicht realisierte Projekte gefunden werden. Es handelt sich bei diesen Betrieben hauptsächlich um Manufakturen, zwei waren allerdings auch schon mit Maschinen ausgestattet:

- Bombasin- und Cottonmanufaktur in München, gegründet 1747, Kapital 100.000 fl, aufgelöst 1806²⁾,
- Baumwollstrickwaren-Manufaktur Reichenhall, gegründet 1760, Kapital 6.000 fl, aufgelöst 1807³⁾,
- Gold- und Silberbortenmanufaktur in München, gegründet 1767, Kapital 100.000 fl, aufgelöst 1840⁴⁾,
- Mechanische Baumwollspinnerei München, gegründet 1802, Kapital 9.500 fl, aufgelöst 1823⁵⁾,
- Seidenwarenmanufaktur München, gegründet 1791, Kapital 21.500 fl, aufgelöst 1794⁶⁾,
- Aktien-Tuchmanufaktur Memmingen, gegründet 1826, aufgelöst 1841⁷⁾,
- Augsburger Theater, gegründet 1827⁸⁾.

1) Vgl. Rasp, a.a.O., 14. Jg., 1832, S. 192 ff; 16. Jg., 1884, S. 295 ff.

2) Slawinger, S. 125 f.

3) ebd., S. 135.

4) ebd., S. 257 f.

5) ebd., S. 86, 126.

6) ebd., S. 151.

7) Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 185; im einzelnen Thiemeier, E., Die gewerblichen Großbetriebe im Königreich Bayern 1815-1840, unveröff. Diplomarbeit, S.32

Auf eine Einbeziehung dieser Unternehmen sowie der nicht realisierten Projekte in die Analyse wurde verzichtet, da sie hauptsächlich von entstehungs- bzw. rechtsgeschichtlichem Interesse sind.¹⁾

Der Zeitpunkt von 1871 erschien als Abschluß des Untersuchungszeitraums zu früh, da die Einführung des Normativsystems sowie sich verstärkender Konkurrenzdruck mit den dadurch ausgelösten Konzentrationstendenzen seit Mitte der siebziger Jahre als Veränderungen in wichtigen Rahmenbedingungen eine Erforschung auch dieses Zeitraums wünschenswert erscheinen ließen. Es sollen daher auch die auf die Gründerkrise von 1873 folgenden zwei Jahrzehnte (bis 1893 einschließlich) Gegenstand der Untersuchung sein.

(Forts. von S. 16) München 1969, S. 32.

c) Zorn, a.a.O., S. 292.

1) Hierzu im einzelnen Strauß, Alfred, Die Aktiengesellschaft nach altem bayerischen Recht, Diss., Halle 1931, S. 55 ff., sowie Starck, Josef, Der Werdegang des Aktienwesens in Bayern bis zur Gründung des deutschen Reiches, Diss., Würzburg 1925, S. 73 ff.

C. Der rechtliche und staatlich-institutionelle Rahmen

Obwohl sich die ökonomische Rolle der Rechtsform der Aktiengesellschaft in einem bestimmten Zeitraum letztlich nur auf induktivem Weg erschließen läßt, verbleibt einer Darstellung des rechtlichen Rahmens ein gewisser analytischer Wert.

Denn so geben die jeweiligen rechtlichen Entwicklungsstufen in retrospektivischer Sicht Zeugnis vom tatsächlichen Entwicklungsstand des wirtschaftlichen Organisationsmodells Aktiengesellschaft.

In seinem ordnenden, auf die Regelung künftiger Verhältnisse gerichteten Charakter gibt andererseits der rechtliche Rahmen gleichzeitig für jeden Zeitpunkt den Gestaltungsraum für die weitere Entwicklung an und kann damit unter Umständen neben wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und geistig-kulturellen Daten zur Erklärung synchroner Veränderungen im tatsächlichen Bereich herangezogen werden.

Die rechtsgeschichtliche Analyse muß dabei - und dies weist ihr eine zusätzliche Erklärungsaufgabe zu - schon im Ansatz wichtige historische Kräfte einbeziehen, nämlich diejenigen, die auf die Rechtsgebung Einfluß hatten bzw. gewinnen konnten. Als typische Interessenpositionen sind hier etwa zu nennen:

- Das Interesse des Staates und der Allgemeinheit an einer Förderung der Wirtschaft durch Zulassung einer für die Industrialisierung auf privatwirtschaftlicher Basis vorrangig geeigneten Unternehmungsform.
- Das Bestreben des Staatsapparates andererseits, die in der Organisationsform der Aktiengesellschaft drohende Zusammenballung von wirtschaftlicher und mittelbar politischer Macht einzuschränken.

- Der Schutz des bestehenden (Klein-) Gewerbes vor wirtschaftlicher Existenzvernichtung durch Großbetriebe.
- Das Interesse der Kapitalgeber an einer möglichst ungehinderten Expansion ihrer "Anlageobjekte" wie der Institution der Aktiengesellschaft als solcher.
- Der Schutz der Gläubiger im Geschäftsverkehr.
- Der Schutz der anlagebereiten Kapitalbesitzer vor unfundierten Gründungen sowie der Schutz der Kleinaktionäre vor der Macht der Großaktionäre und der Verwaltung innerhalb der Organisation der Aktiengesellschaft.
- Der Schutz der Interessen der Beschäftigten der AG
- Die Tendenz von Rechtslehre, Rechtsanwendung und Gesetzgebung, an überkommenen rechtlichen Institutionen festzuhalten.

I. Die rechtliche Entwicklung der Rechtsform der Aktiengesellschaft

1. Die Rechtsverhältnisse vor 1871

Die heterogene Zusammensetzung des bayerischen Staates nach der Umstrukturierung, insbesondere den ansehnlichen Gebietszuwächsen Bayerns von 1803 bis 1816, spiegelt sich getreu in der Vielfalt der Rechte wider, die im betrachteten Zeitraum in Bayern Gültigkeit hatten.¹⁾ Auf dem Gebiet des Zivilrechts gab es vor dem Jahr 1900 die folgende regionale Aufteilung:

- Das Rechtsgebiet des französischen Rechts (die Pfalz) mit 13,1 % der Bevölkerung des Königreichs Bayern²⁾.

1) Vgl. Zorn, Wolfgang; Hillenbrand, Leon, Sechs Jahrhunderte Schwäbische Wirtschaft, Beiträge zur Geschichte der Wirtschaft im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, Augsburg 1969, S. 192 f.

2) Anteile nach dem Bevölkerungsstand von 1870; Basiszahlen nach Roth, Paul, Bayerisches Civilrecht, Band I, Tübingen 1871, S. 4.

- Das Rechtsgebiet des Preußischen Landrechts (in Ober-Mittel- und Unterfranken) mit 13,7 % der Gesamtbevölkerung.
- Das Rechtsgebiet des Gemeinen Rechts und des Codex Maximilianus Bavaricus Civilis (in Altbayern) mit 73,2 % der Bevölkerung.

Auch das Aktienrecht als Teilbereich des Zivilrechts folgte bis zu den Kodifizierungen der Jahre 1862 (AdHGB)¹⁾ und 1869²⁾ der genannten geographischen Trennung.

a) Das französische Rechtsgebiet

Im Gegensatz zu den übrigen bayerischen Gebieten hatte die Rheinpfalz im Code de Commerce von 1807³⁾ (CdC) bereits ein kodifiziertes Aktienrecht.

Der Code de Commerce kannte drei Typen einer Handelsgesellschaft: die Gesellschaft unter einem gemeinschaftlichen Namen (en nom collectif), die Kommanditgesellschaft (en commandite), sowie die anonyme Gesellschaft (société anonyme)⁴⁾.

Die société anonyme vereinigt bereits sämtliche wesentlichen Strukturprinzipien der Rechtsform der Aktiengesellschaft, wie sie oben idealtypisch dargestellt wurden. Lediglich die innere Struktur war noch weitgehend an die personalistisch geprägten Handelsgesellschaftstypen der OHG und KG angelehnt.

1) Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch vom 1. Juli 1862 abgedruckt bei: Anschütz, A., v. Völckerndorff, Kommentar zum Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch (Zitiertweise: AdHGB), Erlangen.

2) Gesetz vom 29. April 1869, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschafts-Gesellschaften betr., Ges.-Bl. 1866/69, S. 1153, abgedr. in: Weber, Karl, Neue Gesetz- und Verordnungen-Sammlung für das Königreich Bayern, Band 8, Nördlingen 1888, S. 56 ff.

3) Code de Commerce. Nach der offiziellen Ausgabe aus dem Französischen übersetzt von Daniels, 2. Aufl., Köln 1810

4) Art. 19 CdC.

Der Name der Gesellschaft sollte nicht dem eines Teilnehmers entsprechen, sondern dem Gegenstand des Unternehmens entlehnt sein¹⁾, wie andererseits die Verwaltung durch Beauftragte, die nicht notwendig "Teilnehmer" sein sollten, geführt werden sollte.

Weiter wird die beschränkte Haftung ("können dabei nicht mehr verlieren als den Betrag ihres Anteils"²⁾) wie auch die Negoziabilität der Anteilsrechte durch Aufteilung des Kapitals in durch bloße Übergabe bzw. durch Indossament übertragbare Aktienzertifikate normiert.³⁾

Damit aber die Gesellschaft nach außen hin als juristische Person auftreten konnte, bedurfte es eines Akts staatlicher Genehmigung, dessen Voraussetzungen jedoch nicht näher festgelegt waren.⁴⁾

b) Das Rechtsgebiet des preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794

Im Bereich des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794 konnten alle auf materielle Zwecke gerichteten Gesellschaften, insbesondere sämtliche Handelsgesellschaften zwar im Innenverhältnis durchaus korporative Strukturen verwirklichen, im Außenverhältnis war jedoch jeder Gesellschafter durch die Maßnahmen der Gesellschaft unmittelbar berechtigt und verpflichtet.

Damit war dieser Gesellschaftstyp für Gesellschaften, die auf die erwerbswirtschaftliche Vereinigung von

1) Art. 29, 30 CdC.

2) Art. 33 CdC.

3) Art. 34 bis 37 CdC.

4) Art. 37 CdC.

Kapitalien gerichtet waren, generell ungeeignet.¹⁾
Infolgedessen mußte man auf den anderen Typus von Verbänden, nämlich von denen mit immaterieller Zweckrichtung zurückgreifen.²⁾

Diese Gruppe war durch eine körperschaftliche Struktur charakterisiert. Man sah in diesen Verbänden jeweils einen Verein von Staatsbürgern, der von der Persönlichkeit des einzelnen Mitglieds weitgehend unabhängig war und deshalb geeignet, als selbständige juristische Person im Rechtsleben in Erscheinung zu treten.³⁾

c) Das Rechtsgebiet des Gemeinen Rechts (Altbayern und Schwaben)

aa) Gewohnheitsrecht

Bayern hatte im für Aktiengesellschaften einschlägigen Zivilrecht bereits 1756 mit dem Kreittmayr'schen Codex Maximilianeus Bavaricus ein Gesetzbuch erhalten, das wie erwähnt bis zur Einführung des BGB seine Gültigkeit behalten sollte. Es enthielt jedoch keine vollständige Regelung des Zivilrechts, da das ihm zugrundeliegende gesetzgeberische Prinzip sich von dem späterer Kodifikationen anderer Staaten unterscheidet. Das bayerische Landrecht wollte kein neues Recht schaffen, sondern nur

-
- 1) Vgl. Schumacher, Herrmann, Die Entwicklung der inneren Organisation der Aktiengesellschaft im deutschen Raum bis zum Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch, in: Abhandlungen aus dem gesamten Handelsrecht, Bürgerlichen Recht und Konkursrecht. Beihefte der Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, Heft 10, Stuttgart 1937, S. 7.
 - 2) Vgl. ALR II mit der Überschrift: Von Gesellschaften überhaupt und von Korporationen und Gemeinen in Sonderheit.
 - 3) Rauch, Karl, Die Aktienvereine in der geschichtlichen Entwicklung des Aktienrechts, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 69, Weimar 1952, S. 272 ff. (273).

das Geltende kodifizieren.¹⁾ Dabei wurde sowohl die fort-dauernde Geltung abweichender Statuten, wie die Ergänzung durch die subsidiären Rechtsquellen (insbesondere das Gemeine Recht) in dem bisher üblichen Umfang beibehalten.²⁾

Das bayerische Landrecht behandelte in seinem IV. Teil, Kap. 8 lediglich den individualrechtlich bestimmten Gesellschaftsvertrag mit unbeschränkter Haftung der Gesellschafter nach innen und außen. Es geht jedoch in Übereinstimmung mit dem Gemeinen Recht von der Existenz einer weiteren Gesellschaftsform, nämlich der Korporation aus, die nach außen mit eigener Rechtspersönlichkeit auf-treten konnte.³⁾

Ob die Verleihung der damit verbundenen sog. Korpora-tionsrechte nur durch einen Akt der Staatsgewalt erfol-gen könne oder ob die eigene Disposition der Beteilig-ten dazu genüge, war wie im Gemeinen Recht so auch für Bayern nicht unbestritten.⁴⁾ Während nämlich das Preußi-sche ALR II.6.25 das Erfordernis der Staatsgenehmigung ausdrücklich ansprach, fehlte eine entsprechende Bestim-mung im bayrischen Landrecht.

1) Vgl. Roth, a.a.O., S. 28.

2) Vgl. Bayrisches Landrecht, I. Buch, 2. Kap., §§ 9, 12, 13, abgedr. in: Danzer, Max, Das Bayrische Land-recht vom Jahre 1756 in seiner heutigen Geltung, Mün-chen 1894.

3) Vgl. Roth, a.a.O., S. 202 f.

4) Gegen die Notwendigkeit einer Staatsgenehmigung sprach sich Mittermaier, C., J., A., Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts, II. Abteilung, Re-gensburg 1843, S. 748, für die Notwendigkeit Uhrig, Adam, Abhandlung über die juristischen Personen nach dem gemeinen und besonderen Rechte im Königreich Bayern, Dillingen 1854, S. 166 - allerdings unter Berufung auf den Code de Commerce - aus. Unentschieden Roth, a.a.O., S. 205, 253 f..

Administration und Gesetzgebung gingen jedoch bei Aktiengesellschaften ausnahmslos von der Notwendigkeit staatlicher Genehmigung aus.¹⁾ Dieses Konzessions-System sollte in Bayern bis 1871 Geltung behalten, als es durch Reichsgesetz aufgehoben wurde.²⁾

Die Trennung der Verbandspersönlichkeit von der Person der Mitglieder gestattete damit der Vereinigung, die vermögensrechtliche Haftung der Teilnehmer auf den jeweiligen Betrag ihrer Einlage zu beschränken.

Da diese Grundsätze keine Stütze in einem klaren Gesetzeswortlaut hatten, sondern Produkt einer langwierigen Entwicklung des Rechtslebens und deren Interpretation durch die Rechtswissenschaft waren, wundert es nicht, daß zumindest in der öffentlichen Diskussion das Prinzip der beschränkten Haftung solange in Frage gestellt wurde, wie noch keine gesetzliche Bestimmung diesen Inhalts existierte. Denn die Statuten sahen zwar ausnahmslos eine entsprechende Bestimmung vor. Man war sich jedoch offenbar nicht sicher, daß die kgl. Genehmigung dieser Bestimmung auch Außenwirkung verleihen werde. Jedenfalls

-
- 1) Vgl. die Ausführungen des Abgeordneten Barth vom 7. November 1855 anlässlich der Gesetzgebungsdiskussion hinsichtlich des Erlasses eines bayerischen Aktiengesetzes, in: Gedruckte und lithographische Landtagsprotokolle, die Erlassung eines Gesetzes über Aktiengesellschaften betreffend, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. I, MInn 44472 (Zitierweise: MInn ... bei Akten des Innenministeriums, MH..... bei Akten des Handelsministeriums); vgl. ferner Roth, a.a.O., S. 205 f., 258 f. mit einzelnen Nachweisen aus der Praxis der Rechtssprechung.
- 2) § 2 "Gesetz (des Norddeutschen Bundes), betr. die Kommandit-Gesellschaften auf Aktien, und die Aktiengesellschaften. Vom 11. Juni 1870", durch Gesetz vom 16. April 1871 als Reichsgesetz erklärt und gemäß § 10 des (Reichs-) Gesetzes vom 22. April 1871 mit Wirkung vom 13. Mai 1871 in Bayern eingeführt, abgedruckt in: Weber (Hrsg.), a.a.O., S. 595.

sah sich der Justizminister im Rahmen der Plenarberatung der Abgeordneten-Kammer über den Antrag des Abgeordneten Arnheim die "Erlassung eines Gesetzes über Aktien-Gesellschaften betreffend" veranlaßt, der Befürchtung entgegenzutreten, der Aktionär einer Aktiengesellschaft könne schließlich doch Opfer einer Durchgriffshaftung werden.¹⁾

Es muß jedoch betont werden, daß die Untersuchung im übrigen keinen Anhaltspunkt ergeben hat, daß in der Praxis das Prinzip der beschränkten Haftung im Untersuchungszeitraum von Gläubigern nicht anerkannt wurde.

Zu ihrer Vertretung mußten die Korporationen aufgrund eines in den Statuten zu regelnden Verfahrens Vertreter bestellen. Der verfassungsmäßig geäußerte Wille dieser Vertreter galt als der der juristischen Person. Sie wurde durch deren Verhandlungen berechtigt und verpflichtet und von denselben vor Gericht vertreten.²⁾

Die Negoziabilität der Anteilsrechte stieß auf keine rechtstechnischen Schwierigkeiten. Bereits eine "kgl. allerhöchste VO vom 10. Okt. 1810"³⁾ hatte das Verfahren der Nichtigkeitserklärung bei Verlust von Inhaberpapieren normiert. Inhaberpapiere waren also bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts anerkannt.

Zwar war nicht jeder Bürger zur Ausgabe von Inhaberpapieren berechtigt, durch die kgl. Genehmigung der Statuten waren die Aktiengesellschaften jedoch hinlänglich legitimiert.⁴⁾

1) Zur Begründung bezog er sich interessanterweise auf eine Bestimmung des Preußischen ALR (Teil II, Titel 8, § 651) über die Kommanditisten-Haftung: "Diese Artikel über die Commandit-Gesellschaft sind meines Wissens auch auf die Aktiengesellschaft stets angewendet worden. Auch die Aktionäre sind stille Gesellschafter, auch sie können daher nach der Analogie dieser Bestimmung nicht über den Betrag ihrer Aktien für die Gesellschaft in Anspruch genommen werden." MInn 44472.

2) Vgl. Roth, a.a.O., S. 208 .

3) Diese Verordnung wurde von den Statuten der Aktien-

Auf dem Gebiet der Regelung der inneren Organisation der Kapitalgesellschaften, dem spezifisch aktienrechtlichen Bereich also, finden wir die angesichts des Fehlens einer normativen Regelung auffallende Tatsache, daß sich kaum gewohnheitsrechtliche Regeln im Bereich der Aktiengesellschaften bildeten. Dies erklärt sich nicht allein aus der relativ kurzen Zeitspanne, innerhalb deren sich dieses Institut entwickeln konnte, sondern in erster Linie daraus, daß die meisten Streitigkeiten nicht zu einer gerichtlichen Entscheidung gelangten.

In den meisten Statuten war nämlich bestimmt, daß Konflikte interner Natur vor Schiedsrichtern auszutragen waren.¹⁾ Die dabei zustandegekommenen Entscheidungen waren jedoch insbesondere wegen der geringen Publizität²⁾, die sie hatten, nicht geeignet, Grundlage und Erkenntnismittel von Gewohnheitsrecht zu werden.³⁾

Die Regierungen hielten andererseits eine gesetzgeberische Lösung offensichtlich zunächst für nicht dringlich, da sie aufgrund der Genehmigungspflichtigkeit der Statuten hinreichenden Einfluß auf die innere Verfassung der Gesellschaften zu haben glaubten. Dieser staatliche Zugriff wurde zusätzlich dadurch abgesichert, daß die Statuten eine Bestimmung enthalten mußten, die Kapitalerhöhungen und sonstige einschneidende Statutenänderungen unter den Vorbehalt der staatlichen Genehmigung stellte.⁴⁾

Damit war der Entfaltungsraum der frühen Aktiengesellschaften weniger durch rechtliche Regeln als durch einzel-

(Forts. von S. 25) gesellschaften vielfach in Bezug genommen; vgl. z.B. § 9 der Statuten der Kunst-Guano-Fabrik Augsburg, MH 5614.

4) Hierzu ausführlich Strauß, a.a.O., S. 41 f.

1) ebd., S. 114.

2) Die Veröffentlichung der Statuten war in Bayern zunächst nicht generell angeordnet. Im RegBl. wurden die Statuten der Hypobank (RegBl. 1835, Sp. 589 ff.), der Münchener und Aachener Versicherungsgesellschaft

fallbezogene Eingriffe und Maßregeln der Ministerialbürokratie begrenzt. Die Genehmigungspraxis ist allerdings von dem Bemühen gekennzeichnet, einerseits der Entfaltung der Aktiengesellschaften keine zu engen Schranken aufzuerlegen, wie auch andererseits eine gewisse Gleichmäßigkeit der Bedingungen zu erreichen, unter denen vorgelegte Statuten genehmigt wurden. Im Lauf der Zeit hat sich dabei in gewissem Umfang eine faktische Selbstbindung herausgebildet, denn immer wieder wird als Begründung für einen positiven Bescheid von Genehmigungsgesuchen angeführt, sie seien "den für andere gleichartige Unternehmungen mit allerhöchster Sanktion bestehenden nachgebildet" weshalb sie zu "einer Erinnerung in keiner Beziehung Anlaß" böten.¹⁾

(Forts. von S. 26) (RegBl. 1834, Sp. 279 ff.) sowie aller Eisenbahn-, Dampfschiffahrts- und Kanalbaugesellschaften abgedruckt. Gelegentlich finden sich auch Statuten anderer Erwerbsgesellschaften, ohne daß eine gleichmäßige Handhabung zu erkennen ist (vgl. z.B. Statuten der Ludwigswalzmühle, RegBl., Beilage zu Nr. 52 vom 21.10.1837). Durch Art. 39 des Einführungsgesetzes zum AdHGB vom 10. November 1861, die Einführung des allg. deutschen Handelsgesetzbuchs betr., abgedruckt bei Weber, a.a.O., Bd. 5, Nördlingen 1885, S. 404, wurde dann allerdings angeordnet, daß die Statuten im Amtsblatt des Regierungsbezirks zu veröffentlichen waren.

3) Vgl. Renaud, Achilles, Das Recht der Aktiengesellschaften, 2. Aufl., Leipzig 1875, S. 43.

4) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 22.

1) Vgl. Stellungnahme der kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg zum Konzessionsgesuch der Augsburger Maschinenfabrik vom 22. Dezember 1857: "Die vorgelegten Statuten sind nach dem Vorbilde bereits bestehender größerer Fabriketablissemments entworfen und ... geben dieselben ... zu einer Erinnerung keinerlei Veranlassung." MH 5489. Vgl. ferner Min. Rescr. vom 19. April 1862, MH 5689 (Mech. Baumwollspinnerei in Erlangen).

bb) Normative Regelungen

aaa) Die "Fundamental-Bestimmungen" von 1836

Doch die Ministerialverwaltung einerseits, wie potentielle Gründer von Aktienunternehmen andererseits verfügten nicht nur über bereits genehmigte Statuten als Orientierungsrahmen für die rechte Ordnung der Verhältnisse der Aktiengesellschaften. Vielmehr kam es auch vor Inkrafttreten des AdHGB im Jahre 1862 in Bayern zweimal zum Erlaß von über den Einzelfall hinausgehenden Richtlinien für die Behandlung des Aktienwesens. In beiden Fällen war Anlaß der aufstrebende Eisenbahnverkehr.

So wurden bereits 1836 in den "Fundamental-Bestimmungen für sämtliche Eisenbahn-Statuten in Bayern"¹⁾ neben Fragen, die den Bau und Betrieb von Eisenbahnen betrafen (Schadenersatzpflicht, Tarife, Postbeförderung, Spurweite, Verwendung von Dampfkraft usw.), auch aktienrechtliche Punkte behandelt.

Das Zustandekommen dieser Fundamentalbestimmungen weist sie zwar nicht als Verordnung oder Gesetz, sondern als eine privatrechtliche Übereinkunft der an ihrer Ausarbeitung beteiligten Eisenbahn-Gesellschaften aus. Initiative und Einfluß gingen jedoch vom Staat aus. Anlaß war die rasche Zunahme der Zahl der Eisenbahngesellschaftsgründungen gewesen. In dem Bestreben, staatlicherseits "Gleichförmigkeit in den Gang dieser Sozietäten" zu bringen und das "etwas zersplitterte Unternehmen mindestens im Effekt" zu konzentrieren²⁾, hatte die Staatsregierung im Jahre 1836 eine Generaldelegation nach München berufen, die sich aus Vertretern aller damals schon genehmigten Eisen-

1) Abgedr. bei: Lechner, a.a.O., S. 26 f. (Zitierweise: Fundamental-Bestimmungen).

2) Hauptstaatsarchiv München, Abt. II, Geheimes Hausarchiv, Nachlaß König Ludwig I, XIV 148 (14.4.36), zit. nach Mück, Wolfgang, Deutschlands erste Eisenbahn mit Dampfkraft. Die kgl. priv. Ludwigs-Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth, Diss., Fürth 1968, S. 212.

bahngesellschaften zusammensetzte. Gemeinsam mit der Regierung sollten diese Abgeordneten Grundsätze für eine einheitliche Gestaltung der Satzungen der Eisenbahngesellschaften sowie sonstige Grundsatzfragen beraten.¹⁾

Anhand der durch ein Ministerialrescript vom 27. Juni 1836 aufgeworfenen Problempunkte einigte sich die Konferenz am 22. August 1836 auf die Statutenfestsetzung nach dem Muster der bereits bestehenden Bahnen.²⁾

Der faktische Einfluß der Staatsregierung auf die Entstehung dieser Grundsätze machte sich auch bei ihrer Anwendung bemerkbar und gab ihnen so quasi-normative Wirkung.³⁾

Inhaltlich wird in den Fundamental-Bestimmungen zunächst die Genehmigungspflichtigkeit bestätigt:

"Die bayerischen Eisenbahn-Gesellschaften erhalten die Rechte konstituierter Korporationen und können hiernach von dem Augenblicke ihrer wirklichen Konstituierung an alle den Korporationen gesetzlich zustehenden Privatrechte ausüben und erwerben." (Art. II).

Es werden Namens- wie auch Inhaberaktien zugelassen (Art. III) und deren Mindestnennwert mit 500 fl. angegeben. Nach Vorschriften über die Ausgabe der Aktien, Zeichnung, Zulässigkeit von Partial-Zahlungen und Heimfall bei Zahlungsverzug (Art. IV) wird der notwendige Inhalt der Statuten mit dem Erfordernis eines festen Grundkapitals sowie der Regelung des Verfahrens der Wahl der leitenden Gesellschaftsorgane festgestellt. (Art. V, VII).

1) Vgl. Lechner, a.a.O., S. 19 f.

2) Vgl. Mück, a.a.O., S. 213.

3) Ebd., S. 214. Im Verfahren der Konzessionserteilung an die Zuckerfabrik Regensburg und Straubing führt der Gutachter des Handelsministeriums in der Vorlage an den König am 15. Juni 1837 aus: "Der treuehorsaamst Unterfertigte ist in dem glücklichen Falle, die Statuten mit der Bitte vorzulegen, diesen den Fundamental-Grundsätzen vollkommen entsprechende Statuten die allerhöchste Genehmigung huldreichst ertheilen zu wollen." MH 6055.

Zur Absicherung der Garantiefunktion des Grundkapitals wird die Aufnahme von Darlehen von der Genehmigung der Staatsregierung abhängig gemacht (Art. VI).

Schließlich wird bestimmt, daß Gesellschaftsbeschlüsse mit Stimmenmehrheit gefaßt werden müssen, wobei die Stimmverteilung statutenmäßig nicht "nach arithmetischer Berechnung des Aktienbesitzes" erfolgen dürfe, sondern nach Quoten desselben festgesetzt werden müsse derart, daß nicht einem einzelnen ein arithmetisches Übergewicht an Stimmen in die Hände gelegt werde. (Art. VIII).

Art. X der Fundamentalbestimmungen verleiht den Eisenbahngesellschaften anstaltliche Züge, indem "zur Wahrung der öffentlichen Interessen bei den Eisenbahngesellschaften" und zur Überwachung der Einhaltung der Statuten die Ernennung staatlicher Kommissäre in Aussicht gestellt wird. Damit wird die Position bestätigt, die die Administration bereits im Verfahren der Konzessionserteilung der Ludwigs-Eisenbahngesellschaft eingenommen hatte. Danach sollte das ganze Unternehmen als Staatsanstalt, jedoch auf Rechnung der Aktiengesellschaft zu beurteilen sein.¹⁾

Die Konzessionserteilung an Eisenbahngesellschaften rückte damit in die Nähe der sog. Octrois, wie wir sie bei den kolonialen Handelsgesellschaften sowie den frühen preußischen Aktiengesellschaften vorfinden: Verleihung von Korporationsrechten, Erteilung eines Privilegiums für eine bestimmte örtlich und sachlich begrenzte Wirtschaftsbe-
tätigung sowie staatliche Aufsichts- und Eingriffsbefugnis sind zu einer Einheit zusammengefügt und geben der Unternehmung einen partiell öffentlich-rechtlichen Charakter.²⁾

1) Vgl. Mück, a.a.O., S. 75.

2) In der Geschichte des Aktienrechts werden in der Regel drei Perioden unterschieden: Die Periode des Octroi-Systems, die des Konzessions-Systems sowie die des

Es bleibt festzuhalten, daß die Fundamentalbestimmungen wichtige Elemente der Rechtsverhältnisse der Aktiengesellschaften wie das des festen Grundkapitals, der Regelung des Wahlverfahrens der leitenden Organe sowie der Verhinderung der Majorisierung durch Großaktionäre und damit dem Gedanken des Gläubigerschutzes und des Schutzes kleiner Aktionäre rechtsverbindliche Geltung verschafften.

Andererseits werden weder Gründungshergang noch die Liquidation oder die Offenkundigkeit der Geschäftsverhältnisse bzw. die Rechte der Gesellschaftsorgane in den Bestimmungen erwähnt. Insoweit ließ man ausdrücklich oder stillschweigend der statutenmäßigen Ausgestaltung freien Raum. Mangel an Erfahrung mit der bis da sich erst entwickelnden Gesellschaftsform sowie Vertrauen auf die aufgrund der staatlichen Überwachung angenommene Mißbrauchsgarantie dürften hierfür maßgebend gewesen sein.

bbb) Die Eisenbahn-Verordnung von 1855

Auch die "Allerhöchste Verordnung, betreffend die Erbauung von Eisenbahnen" vom 20. Juni 1855¹⁾ verzichtete darauf, die innere Organisation in Einzelfragen zu regeln. Dafür gab sie unter § 5 einen Katalog von Fragen an, die in den Statuten geregelt sein mußten.

(Forts. von S. 30) Normativ-Systems. Dabei ist das Octroi-System als Unterfall des Konzessions-Systems anzusehen, denn Unterscheidungsmerkmal zwischen beiden ist lediglich, daß in der ersten Zeit die Gesellschaften häufig mit öffentlich-rechtlichen Privilegien (Octrois) versehen wurden. Privatrechtlich (aktienrechtlich) ist die Unterscheidung jedoch ohne Bedeutung. Vgl. Lehmann, Karl, Die geschichtliche Entwicklung des Aktienrechts bis zum Code de Commerce, Berlin 1895, S. 82 ff.; Endemann, W., Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts, I. Band, Leipzig 1881, S. 487 ff.

1) Abgedr. in: RegBl. 1855, Sp. 659 ff. (Nr. 30 vom 2. Juli 1855).

Es gehörten dazu insbesondere

- die wesentlichen Grundsätze der Geschäftsführung,
- die (Individual-) Rechte und Pflichten der Aktionäre,
- Vertretung der Gesellschaft nach außen,
- Organisation der Willensbildung,
- Schlichtungsverfahren,
- Ausgabe und Übertragung von Aktien,
- Dauer des Vereins und die Liquidation.

Anders als bei den Fundamentalbestimmungen hatte sich der Staat zwar nunmehr durch eine mit hoheitlicher Autorität versehene Norm zu aktienrechtlichen Punkten geäußert. Inhaltlich war jedoch die Gestaltungsfreiheit nach wie vor bei den Unternehmungen in vollem Umfang verblieben. Der Staat hatte andererseits weiterhin das Recht, über Genehmigungsgesuche einzelfallbezogen zu entscheiden. Die Genehmigung der Aktiengesellschafts-Gründung war für den Unternehmer nach wie vor keine kalkulierbare Größe.

ccc) Rechtsnormen anderer Staaten

Wo diese abstrakten Regelungen bayerischer Herkunft zur Beurteilung nicht ausreichten, griff die Staatsverwaltung auch auf bereits vorhandene Gesetze anderer Staaten, insbesondere das preußische Aktiengesetz von 1843 zurück. Die Statuten der Baumwollspinnerei und Weberei Hof wurden beispielsweise unter anderem deswegen zurückgewiesen, weil die in den Satzungsbestimmungen ausgesprochene Zinsgarantie für die Aktionäre gegen das preußische Aktiengesetz verstieß.¹⁾

Und ein Regierungsreskript vom 24. April 1862 bestimmte anlässlich der Gründung des "Miesbacher privaten Steinkohlen-Bergbau-Vereins", daß die "Voraussetzungen der

1) Vgl. Ministerielles Gutachten vom 18. November 1853, das Konzessionsgesuch der Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof betr., MH 5695.

Genehmigung dieselben sein sollten, wie beim preußischen Gesetz über Aktiengesellschaften vom 9. November 1843 und bei den dazu ergangenen Instruktionen vom 23. April 1845.¹⁾

ddd) Ansätze zu einer Aktiengesetzgebung in Bayern

Die grundsätzlich zulässige Ungleichbehandlung der Antragsteller wie auch die Tatsache, daß bei den Gerichten rechtliche Normen zur Anwendung gelangten, die für einen wesentlich anders gearteten Anwendungsbereich entwickelt waren²⁾, waren die Ursache, daß der "gesetzlose" Zustand allgemein als unbefriedigend empfunden wurde. Auf eine Initiative des Abgeordneten Arnheim hin wurde diese Frage Gegenstand der Beratungen in beiden Kammern der Abgeordneten.³⁾ Diskutiert wurde dort jedoch in erster Linie die Frage der Notwendigkeit einer aktienrechtlichen Gesetzgebung, nicht aber der Inhalt einer solchen. Die Abgeordneten einigten sich auf einen Antrag, in dem um die Vorlage eines Entwurfs eines Aktiengesetzes nachgesucht wurde.⁴⁾

König Maximilian teilte hierzu durch Landtagsbescheid vom 1. Juli 1856 mit:⁵⁾

"Dem von beiden Kammern an uns eingebrachten Antrag auf Vorlage eines Gesetzentwurfs bezüglich der Rechtsverhält-

1) Zit. nach: Strauß, a.a.O., S. 29.

2) So die Normen des Gesellschaftsrechts einerseits, die keine Haftungsbeschränkung ermöglichten, die Vorschriften über juristische Personen, insbesondere Corporationen andererseits, die vom Modell der Gemeinden, Justiz-, Kammer- und anderen landsfürstlichen Collegien, Landschaftsversammlungen, Ritterorden, Akademien u.ä. ausgingen; vgl. Roth, a.a.O., S. 203.

3) Vgl. Antrag des Abgeordneten Dr. Arnheim: "die Erlassung eines Gesetzes über Aktiengesellschaften betr." vom 23. September 1855, in: Gedruckte..., MInn, 44472.

4) Vgl. Strauß, a.a.O., S. 45.

5) Weber, Karl, (Hrsg.), a.a.O., Band IV, Nördlingen 1885, S. 752.

nisse der Aktiengesellschaft werden wir sorgfältige Erwägung zuwenden, welche durch die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes und durch die noch immer neu hervortretenden Erfahrungen über den Entwicklungsgang des Instituts der Aktiengesellschaft geboten ist."

Angesichts der anlaufenden Vorbereitungen zum Erlaß eines deutschen Handelsgesetzbuches war dieses Vorhaben jedoch bereits kurze Zeit später überholt und wurde nicht weiter verfolgt.¹⁾

eee) Das Allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch von
1862 und die Gesetze von 1869 und 1871

Eine umfassende gesetzliche Regelung des Aktienrechts wurde in Bayern dann erstmals mit Einführung des AdHGB am 1. Juli 1862 in Bezug auf Handelsgesellschaften sowie mit (bayerischem) Gesetz vom 29. April 1869²⁾ für die übrigen zivilrechtlichen Aktiengesellschaften Wirklichkeit.

Das AdHGB hielt an der grundsätzlichen Genehmigungspflicht für Aktiengesellschaften fest, behielt es jedoch den Landesgesetzen vor zu bestimmen, daß es der staatlichen Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften nicht bedürfe (Art. 249). Bayern machte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch.

Für die Unternehmen hatte dies zur Folge, daß der durch die Kodifikation zweifellos eingetretene Fortschritt relativiert war. Zwar war Prüfungsmaßstab der ministeriellen Untersuchung von Gründung und Statuten nunmehr in erster Linie das Handelsgesetzbuch, jedoch wurden darüberhinaus

1) Vgl. Strauß, a.a.O.

2) Weber (Hrsg.), a.a.O., Bd. 8, S. 56 ff. (58 f.).

von der Regierung für richtig befundene Grundsätze durch Einzelfallregelung auch weiterhin verbindlich gemacht. Dem Unternehmer Frhrn. v. Witzleben, der die Genehmigung der Statuten einer Aktien-Brauerei in Miltenberg beantragt hatte, wurde etwa in einem Ministerialreskript neben Verstoß gegen eine Anzahl von Vorschriften des AdHGB vorgeworfen, es sei "die Ausstellung der Aktien auf den geringen Nominalbetrag von nur 100 fl. nicht motiviert", wie auch eine Bestimmung darüber fehle, "wie hoch der Reservefond sein soll, für welche Zwecke er dienen soll und wem die Verwendung desselben zustehe."¹⁾ In beiden Fällen handelt es sich um Punkte, für die das AdHGB keine zwingende Regelung vorsah.

Inhaltlich waren mit Inkrafttreten des AdHGB alle wesentlichen Strukturprinzipien der Rechtsform der Aktiengesellschaft gesetzlich verankert. Das Prinzip der beschränkten Haftung nach innen und außen wurde normiert (Art. 207, 219), die Negoziabilität der Anteilsrechte durch Zulassung von Inhaber- und Namensaktien gewährleistet (Art. 207 IV)²⁾, die Garantiefunktion des Grundkapitals durch Ausschluß eines Rückforderungsanspruchs sowie des Verbots fixer Zinszahlungen (Art. 216 II, 217) abgesichert.³⁾

Die von den Fundamental-Bestimmungen vorgesehene obligate Stimmrechtsbegrenzung findet sich im AdHGB nicht wieder,

1) + Vgl. auch Min. Rescr. vom 1. Dezember 1869 zum Antrag des Bergwerksbesitzers Fraenkel aus Fladungen, Staatsarchiv München, Regierungsakten (Zitierweise: RA) 35284

2) Anders noch eine preußische Instruktion vom 22. April 1845, vgl. Blumberg, Horst, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industrie betrieben in Form der Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert, in: Mottek, Blumberg, Wutzmer, Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 165 ff. (174).

3) Weitere Regelungspunkte: Eintragung ins Handelsregister (Art. 210), Rechnungslegung (Art. 239), Rechte und Pflichten der Vorsteher (Art. 227 ff.), Liquidationsverfahren (Art. 242 ff.).

+ Mll 6410,

vielmehr bestimmt sich das Stimmrecht vorbehaltlich anderer Regelung in den Statuten proportional nach dem Aktienbesitz (Art. 224 II).

Die Bestimmungen des AdHGB fanden Anwendung nur auf solche Aktiengesellschaften, die Handelsgesellschaften i.S. des AdHGB waren. Es galt also nicht für die Aktiengesellschaften, die zu gemeinnützigen oder geselligen Zwecken etwa errichtet waren oder die ein Gewerbe verfolgten, das kein Handelsgewerbe war, so z.B. das Immobilienengeschäft. Die Rechtsverhältnisse dieser Unternehmen wurden in Bayern durch Gesetz vom 29. April 1869, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgesellschaften betreffend, geregelt. Dabei wurden die für Handelsgesellschaften geltenden Grundsätze weitgehend analog angewendet.¹⁾

cc) Die Rechtstheorie

Angesichts des Mangels an normativen und gewohnheitsrechtlichen Rechtsquellen mußte der Theorie der Aktiengesellschaft besondere Bedeutung zukommen. Sie beruhte im wesentlichen auf der "Natur der Sache".

In Anlehnung an die überkommene allgemeine Theorie der Verbände konzentrierte sich die Diskussion zunächst auf abstrakter Ebene auf das "Wesen der juristischen Person" überhaupt und versuchte, von hieraus Grundsätze für die Regelung der inneren Verhältnisse der Aktiengesellschaften zu entwickeln.¹⁾

Der Streit der Lehrmeinungen kristallisierte sich in der Frage, ob es sich bei den als Korporationen im Rechtsverkehr zugelassenen Gesellschaften um Sozietäten mit besonderen Rechten - den Korporationsrechten - (Sozietäts-

1) Vgl. Schumacher, a.a.O., S. 33.

theorie), um Sozietäten mit fingierter Rechtspersönlichkeit (Fiktionstheorie) oder aber um eigene von der Person ihrer Mitglieder getrennte Verbandspersönlichkeiten handelte (Genossenschaftstheorie).¹⁾

Die verschiedenen Standpunkte implizierten unterschiedliche Ausgestaltungen der Unternehmungsform, wobei der Sozietätstheorie ein eher personenbezogenes Modell, der Genossenschaftstheorie das kapitalgesellschaftliche Modell zugrundeliegt. Mit dem Anwachsen der Zahl der Aktiengesellschaften konnte sich die Theorie zunehmend am rechtlichen Gehalt der vorliegenden Statuten orientieren. .

Im AdHGB setzten sich die Anhänger der Sozietätslehre ein letztes Mal durch. Von da an bekannte sich die herrschende Lehre zur Genossenschaftstheorie.²⁾

d) Zusammenfassung

Unterzieht man die rechtliche Entwicklung der Rechtsform der Aktiengesellschaft in Bayern bis 1871 vorab einer zusammenfassenden Würdigung, so lassen sich in ihrer wirtschaftlichen Relevanz zwei Merkmale hervorheben:

1) Das Erfordernis der Staatsgenehmigung (Konzessions-system)

Die Frage, ob eine Aktiengesellschaft zugelassen wurde, war vor wie nach Inkrafttreten des AdHGB in das einzel-fallbezogene Ermessen der Staatsregierung gestellt. Damit war die Erteilung der Konzession eine grundsätzlich nicht voll kalkulierbare Größe in der unternehmerischen Planung. Das besagt jedoch nicht, daß die Gründer der Aktienunter-

1) Vgl. Schumacher, a.a.O.

2) Vgl. Schumacher, a.a.O., S. 63.

nehmen hinsichtlich der zu erfüllenden Voraussetzungen keine Anhaltspunkte hatten. Die Ministerialverwaltung orientierte sich im Prüfungsverfahren an den Fundamentalbestimmungen, der EisenbahnVO von 1855, dem preußischen Aktiengesetz von 1843 sowie der hierzu ergangenen preußischen Instruktion von 1845, den Statuten gleichartiger genehmigter Unternehmen sowie den Bestimmungen des AdHGB.

2) Gestaltungsfreiheit

Die Gestaltung der inneren Organisation der Aktiengesellschaft ist im Zeitraum bis 1871 kaum von zwingenden Vorschriften eingeengt. Die vorhandenen Vorschriften schrieben den Aktiengesellschaften lediglich vor, was durch Statut zu regeln war, nicht aber wie. Auch die Voraussetzungen waren kaum in der Weise selektiv, daß Gruppen von Unternehmungen für die Rechtsform der Aktiengesellschaft ausgefallen wären. So gab es z.B. keine Mindesthöhe des Grundkapitals, und die Gründerzahl war auch lediglich dahin bestimmt, daß mindestens zwei Gründer vorhanden sein mußten. Damit war die Rechtsform der Aktiengesellschaft ein weiter Rahmen, innerhalb dessen sich die den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe entsprechende Unternehmungsstruktur weitgehend unbeeinflußt entfalten konnte.

2. Die rechtliche Entwicklung ab 1871¹⁾

Das AdHGB hat die wichtigsten Faktoren, die die Bildung kapitalgesellschaftlich strukturierter Unternehmen begünstigen bzw. erleichtern (beschränkte Haftung, festes nicht rückzahlbares Grundkapital sowie Negoziabilität der Anteilsrechte auf dem Wertpapiermarkt) gesetzlich abgesichert.

Gegenstand der weiteren rechtlichen Entwicklung war es daher, die daraus resultierenden Probleme der inneren Organisation einer interessengerechten Lösung zuzuführen.

1) Vgl. zum folgenden im einzelnen: Lauenstein, Adolf, Geschichte der Bestrebungen zur Reform der inneren Orga-

a) Das AdHGB von 1862 beschränkt sich noch darauf, lediglich ein Modell anzubieten, das zu übernehmen im Einzelfall dem Gutdünken der Gründer überlassen war. Es führt erstmals die Dreiteilung der Organe der Aktiengesellschaft ein, die zum dauernden Bestand des Aktienrechts werden sollten.

Die Befugnisse der Generalversammlung wurden gegenüber der bis da herrschenden Praxis tendenziell ausgeweitet, ohne daß jedoch ein Katalog der Befugnisse der Generalversammlung angegeben wurde.¹⁾

Dem Verwaltungs- bzw. Aufsichtsrat, dessen Einrichtung nicht zwingend vorgeschrieben war, wurde in seiner Zuständigkeit allein auf Kontrollaufgaben beschränkt. Leitende Tätigkeiten waren damit nunmehr nur noch dem Vorstand und der Generalversammlung vorbehalten.²⁾

Dem Vorstand waren andererseits die Aufgaben zugeordnet, die bisher in der Praxis teilweise von sog. Geranten oder aber vom Verwaltungsrat wahrgenommen worden waren. Ihm oblag im Innenverhältnis die Geschäftsführung, nach außen die Vertretung der Gesellschaft. Der damit eingeräumten besonderen Verantwortung für die Geschicke der Gesellschaft wurde eine schadensrechtliche Haftungsregelung zur Seite gestellt.³⁾

b) Die Aktiennovelle von 1870 (in Bayern seit 13. Mai 1871 in Kraft) brachte mit der Abschaffung des Konzessionsystems die Einführung des Normativsystems und entzog damit die Gründung von Aktiengesellschaften einzelfallbezogenen staatlichen Einfluss. Nunmehr war eine institutionelle Barriere entfallen, die die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem gewissen Risiko belastet hatte.

Als Ersatz für den Wegfall der Staatsgenehmigung war jede Gesellschaft zur Einrichtung eines Aufsichtsrats

(Forts. von S. 38) nisation der Aktiengesellschaft bis zum Weltkrieg, Diss., Göttingen, 1939.

1) Vgl. Lauenstein, a.a.O., S. 22.

2) ebd., S. 23.

3) ebd., S. 24 f.

verpflichtet. Selbstbeaufsichtigung trat an die Stelle der Staatsaufsicht.¹⁾

Gleichzeitig wurden die Befugnisse des Aufsichtsrats ausgeweitet und näher definiert, ferner Vorkehrungen gegen mißbräuchliche Ausnutzung der Aufsichtsratsstellung getroffen.²⁾

c) Mißbräuche insbesondere in den Gründerjahren waren der äußere Anlaß für die Aktiennovelle von 1884, die nunmehr weite Bereiche der inneren Organisation der satzungsmäßigen Gestaltungsfreiheit entzog und zwingende Normen setzte.³⁾

Damit sollte der als nicht interessegerecht empfundene Einfluß einzelner Gruppen innerhalb der Gesellschaft, insbesondere der Gründer, des Aufsichtsrats, der Großaktionäre vermindert werden.

Zu diesem Zweck wurde die Generalversammlung mit einem auch durch Statuten nicht entziehbaren Katalog von Mitspracherechten (Errichtung, Statutenänderungen, Erhöhung des Grundkapitals, Wahl des Aufsichtsrats) versehen, dem einzelnen (Klein-)aktionär durch Mehrheitsbeschluß nicht aufhebbare Ansprüche eingeräumt sowie der Grundsatz: jede Aktie gewährt ihrem Besitzer eine Stimme festgestellt (unbeschadet der Möglichkeit, bei größerem Aktienbesitz das Stimmrecht durch Statut zu beschränken).⁴⁾

In Bezug auf die anderen Organe wurde eine abschließende Haftungsregelung sowie andere Vorkehrungen gegen mißbräuchliche Ausnutzung der anvertrauten Stellung getroffen.⁵⁾

1) Vgl. Lauenstein, a.a.O., S. 27.

2) Ebd.

3) Ebd., S. 49 ff.

4) Ebd., S. 50 ff.

5) Ebd., S. 52 ff.

II. Staatliche Gewerbe- und Wirtschaftspolitik vor 1871

Die Darstellung der rechtlichen Entwicklung der Rechtsform der Aktiengesellschaft hat ergeben, daß zumindest seit den dreißiger Jahren diejenigen wirtschaftlichen Merkmale, die Voraussetzung einer Anerkennung im allgemeinen Verkehr mit Dritten sind, nämlich das der beschränkten Haftung bzw. der eigenen Rechtsfähigkeit der Gesellschaft, sowie das der Negoziabilität der Anteile rechtlich anerkannt waren.

Andererseits waren das "Ob" der staatlichen Genehmigung einer Aktiengesellschaft sowie das "Wie" der inneren Organisation bis zur Abschaffung des Konzessionssystems im Jahre 1871 noch kaum "verrechtlicht". Daran änderte nach 1862 die Existenz aktienrechtlicher Vorschriften, vor 1862 das Vorhandensein von richtlinienartigen Bestimmungen wenig. Denn es handelte sich jeweils um Mindestanforderungen, über die das für die Genehmigung zuständige Ministerium im Einzelfall hinausgehen konnte, ohne daß dem Antragsteller hiergegen ein Rechtsmittel welcher Art immer zur Verfügung stand.

Das bedeutet, daß der wirtschaftliche Entfaltungsraum, soweit er vom Staat festgelegt wurde, durch die zuvor angestellte Untersuchung der rechtlichen Rahmenbedingungen noch nicht hinreichend abgegrenzt ist. Vielmehr bedarf es einer Analyse der Haltung des Staates gegenüber Aktiengesellschaften im allgemeinen wie auch der Genehmigungspraxis im einzelnen, um tragfähige Aussagen über den staatlicherseits gewährten Entfaltungsraum der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu gewinnen.

1. Gewerbepolitik und Gewerberecht in Bayern

Da die meisten Aktiengesellschaften den Betrieb einer gewerblichen Unternehmung zum Gegenstand hatten, kann die Haltung des Staates gegenüber Aktiengesellschaften im allgemeinen nicht losgelöst von der Politik gegenüber privatwirtschaftlichen Unternehmen überhaupt gesehen werden. Es ist daher erforderlich, zunächst die staatliche Politik gegenüber Gewerbebetrieben zu untersuchen, wie sie sich in der Entwicklung des Gewerberechts niedergeschlagen hat.

Darüber hinaus ist die Berücksichtigung der gewerberechtlichen Vorschriften auch für die Bewertung der staatlichen Genehmigungspraxis im einzelnen unerlässlich, um den spezifischen Aktiengesellschafts-bezogenen Kern der behördlichen Restriktionen isolieren zu können.

a) Angesichts der ungünstigen Verfassung der bayerischen Wirtschaft setzte ab 1799 in der Ära Montgelas eine Auflockerung der Macht der Zünfte ein, wobei insbesondere die Zwangs- und Bannrechte aufgehoben wurden.¹⁾

Die Gewerbefreiheit wurde allerdings nicht eingeführt. Statt dessen schuf Montgelas ein rein landesherrliches gewerbliches Konzessionssystem, das einerseits bestehendes Gewerbe in seiner Existenz schützen sollte, andererseits dazu bestimmt war, durch zentrale Entscheidungen den staatswirtschaftlichen Notwendigkeiten flexibel Rechnung zu tragen.²⁾

Das "Gesetz: Die Grundbestimmungen für das Gewerbeswesen betreffend" vom 11. September 1825³⁾ hielt jedoch

1) Vgl. Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin, Heidelberg, New York 1966, S. 448; Wiessner, a.a.O., S. 29.

2) Vgl. Popp, August, a.a.O., S. 51 ff.

3) Abgedr. bei Popp, a.a.O., S. 142 ff.

weiterhin am Konzessionssystem fest, enthielt aber fortschrittliche Ansätze, indem es die Erteilungskriterien transparent machte. Nunmehr sollte die Konzession nicht mehr versagt werden dürfen, wenn der Nachweis der persönlichen Befähigung des Bewerbers, des erforderlichen Nahrungsstandes sowie der Erfüllung des gesetzlichen Erfordernisses der Ansässigmachung erbracht war.

Das Gesetz befaßte sich mit den gewerblichen Verhältnissen im allgemeinen; für Fabriken enthielt es keine besonderen Vorschriften. Erst die zu diesem Gesetz erlassene königliche Vollzugsverordnung vom 28. 12. 1825 ging darauf ein.¹⁾

Die Verleihung von Konzessionen für Gewerbebetriebe im allgemeinen war den Städten bzw. Distrikts-Polizei-Behörden, für Fabriken den Kreisregierungen übertragen.²⁾ Die Entscheidung über die Anwendung fabrikmäßiger Produktionsmethoden war damit dem unmittelbaren Einfluß örtlicher Interessengruppen in gewissem Maß entzogen.

Unter den in Art. 2 des Gewerbsgesetzes von 1825 genannten allgemeinen Voraussetzungen der Erteilung der Konzession kam dem Nachweis des erforderlichen Nahrungsstands besondere Bedeutung zu. § 10 der Vollzugsverordnung von 1825 bestimmte hierzu, daß es darauf ankomme,

"ob der Umfang der nachgesuchten Gewerbs-Befugnis und der mit ihrer Ausübung in Verbindung stehende Markt und Absatz so beschaffen seyen, daß ein mit den unentbehrlichen Hilfsmitteln zum Beginnen des Betriebes ausgestatteter Bewerber bey gehöriger Thätigkeit werde bestehen können."

Dieses Erfordernis hielt die Vollzugsverordnung insbesondere dann für erfüllt, wenn es sich um Gewerbe handelte,

"deren Erzeugnisse nicht nothwendig auf örtlichen Absatz beschränkt sind, sondern sich entweder nach

1) "Königliche Allerhöchste Verordnung. Den Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen in den sieben älteren Kreisen des Königreichs betr."

ihrer Bestimmung oder durch ihre Güte oder durch Betriebsamkeit des Gewerbe-Inhabers einen ausgedehnten Markt verschaffen können."

Abgesehen von der Tatsache, daß der verbleibende Beurteilungsspielraum der zur Konzessionserteilung berufenen Behörden einen gewissen Unsicherheitsfaktor beinhaltet, war damit dem Fabrikwesen von der rechtlichen Seite her die freie Entfaltung weitgehend gesichert.

b) Im Zuge einer allgemeinen restaurativen Gegenbewegung gegen das Übergewicht liberaler Vorstellungen in den zwanziger Jahren hob die königliche Regierung im Jahre 1834 die Vollzugsinstruktion von 1825 auf.¹⁾

An ihre Stelle trat hinsichtlich "des bezüglich der Gewerbs-Verleihungen zu beobachtenden Verfahrens" eine Ministerielle EntschlieÙung vom 23. Juli 1834.²⁾ Der Art. 2 des Gesetzes von 1825, "Die Vorbedingung der Konzession", wurde hier im einzelnen erläutert und der Passus "die Berücksichtigung des erforderlichen Nahrungsstandes" dahin ausgelegt, daß jeder Konzessionsverleihung ohne Ausnahme "die gewissenhafte Erwägung des Nahrungsstandes des Bewerbers sowohl als der vorhandenen Meister vorangehen müsse".³⁾ Es gehe dabei um die "Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen örtlicher Gewerbs-Erzeugung und örtlicher Absatzgelegenheit", und es sei darauf zu achten, daß "durch neue Concessionen das achtbare Auskommen der vorhandenen Gewerbs-Inhaber nicht gefährdet und der dem örtlichen Bedarfe entsprechende Grad von Concurrenz nicht überschritten werde."⁴⁾

(Forts. von S. 43) (Zitierweise: Vollzugsinstruktion 1825) abgedr. bei Popp, A., a.a.O., S. 147 ff.

2) Vgl. § 64 der Vollzugsinstruktion vom 28.12.1825, a.a.O., S. 177.

1) Vgl. Königl. Verordnung vom 1.7.1834, abgedr. bei Döllinger, G., a.a.O., Bd. 14, S. 1543.

2) Ministerielle EntschlieÙung, "Den Vollzug der Allerhöchsten Verordnung vom 1.7.1834, und resp. des Art. 2 Abs. 2 in dem Gewerbsgesetze vom 11.9.1825 betr., abgedr. bei Döllinger, G., a.a.O., S. 919 ff.

3) ebd., S. 921.

4) ebd., S. 922.

Diese rigorose Beschränkung des Zutritts zu den regionalen Märkten steht in eigenartigem Gegensatz zu den recht liberalen Grundsätzen, die für das Fabrik-Gewerbe als gefährlichsten Wettbewerber ausgesprochen wurden. So wurde hoheitlich erläutert, der Nahrungsstand der schon vorhandenen Meister könne durch neue Konzessionen auf ein als commercieell¹⁾ angesprochenes Gewerbe nicht gefährdet erscheinen, "sobald

- a) die commercielle Natur dieses Gewerbes, d.h. die auswärtige Absatzgelegenheit für die betr. Gemeinde (im Orig. gesperrt)) wirklich nachgewiesen sei", "und so lange
- b) der Umfang des auswärtigen Absatzes neu hinzukommenden Gewerbs-Produzenten in der That Beschäftigung und Auskommen" darbierte.

Sofern diese Voraussetzungen vorlägen, dürfe die Genehmigung aus "sonstigen örtlichen Erwägungen" nicht verweigert werden.²⁾

Wenn auch nicht zu übersehen ist, daß die hier geforderten Nachweise (auswärtige Absatzgelegenheit überhaupt sowie hinreichende Ertragsaussichten) als Schranken des Marktzutritts zu wirken geeignet waren, so waren die "commerciellen" Unternehmen doch in dem entscheidenden Vorteil, nicht deswegen von der Konzession ausgeschlossen zu werden, weil bestehendes Gewerbe gefährdet wurde.

Die vom Ordnungsgeber vorgenommene Fiktion ("Dagegen versteht sich von selbst, daß der Nahrungsstand der schon vorhandenen Meister durch neue Concessionen auf ein als commercieell angesprochenes Gewerbe nicht gefährdet erscheinen kann, sobald ...") erweist sich damit als legislatorischer Trick, um die Vereinbarkeit jener Ziele möglich erscheinen zu lassen, die die Entschließung ausdrücklich ansprach. Im angegebenen Sinne vollzogen, heißt es nämlich dort³⁾, werde das Gewerbegesetz den dreifachen Zweck erreichen:

1) "Commerciell" ist hier im Sinne von: einem überörtlichen Bedarf dienend gebraucht; vgl. die im Text folgende Definition.

2) ebd.

3) ebd.

- "I. das nachhaltige Fortschreiten der Industrie zu fördern,
- II. den bestehenden Gewerbsstand vor allmählichem Zerfalle, und
- III. die Gemeinden vor Verarmung schon ansässiger Bürger, somit von erhöhten Armenfond-Beiträgen zu schützen und zu sichern."

Zusammenfassend läßt sich die gewerberechtliche Situation der dreißiger und vierziger Jahre in ihrer Bedeutung als Rahmenbedingung der wirtschaftlichen Entwicklung, wie folgt charakterisieren:

Die für nicht fabrikmäßig organisiertes Gewerbe zuständigen Unterbehörden, insbesondere die Magistratsverwaltungen der Städte¹⁾ hatten die rechtliche Möglichkeit, die für lokalen Bedarf produzierenden Gewerbsarten vor neuen Wettbewerbern abzuschließen.

Demgegenüber war der Marktzutritt zu Gewerbsarten, die den überörtlichen Bedarf bedienten, insbesondere also dem fabrikmäßig organisierten Gewerbe, grundsätzlich frei.

Als retardierendes Moment mußte sich hier allerdings die Tatsache auswirken, daß in einem Verwaltungsverfahren der Nachweis zu erbringen war, daß die gewählte Gewerbsart tatsächlich einen überregionalen Bedarf bedienen konnte wie auch daß hinreichende Ertragsaussichten für den Bewerber bestanden.

c) Keine grundsätzliche Veränderung dieses Zustands, wohl aber eine Verschärfung in erster Linie für das nicht fabrikmäßig organisierte Gewerbe brachte die Vollzugsinstruktion von 1853.²⁾ Bei der Beurteilung der Berücksichtigung des Nahrungsstandes heilt sie an der grundsätzlichen Unterscheidung zwischen "localem" und "commerciellem", also einem überörtlichen Bedarf dienenden Gewerbe fest.³⁾

1) Vgl. Königliche Verordnung, "Den Vollzug des Art. 10 Ziff. 1. und 2. der grundgesetzlichen Bestimmungen für das Gewerbswesen betr." vom 15. August 1834, abgedr. bei Döllinger, G., a.a.O., S. 1424, die die Fortgeltung der bisher gültigen Zuständigkeitsregelung bestimmt.

2) "Instruktion zum Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen in den sieben älteren Kreisen des Königreichs vom 17. Dezember 1853" abgedr. in: O.V. Handbibliothek des bayerischen Staatsbürgers, Dritte Supplementband, Augsburg 1857, S. 6 ff.

3) § 73 Vollzugsinstruktion 1853.

Nunmehr sollte aber auch die Konzession "commercieller" Gewerbe, soweit es sich nicht um Fabriken oder Großhandelsunternehmen handelte, an der Gefährdung des achtbaren Auskommens der vorhandenen Gewerbsmeister scheitern können.¹⁾ Lediglich ein generalklauselartiger Bezug auf "höhere Rücksichten für das Interesse der Gemeinden, Rücksichten der Staatspolizei und staatsrechtliche Verhältnisse" ließen der Verwaltung die Möglichkeit flexibler Handhabung.

Dementsprechend wurde andererseits hinsichtlich der Großhandels- und Fabrikunternehmen auf den Grundsatz hingewiesen,

"daß die vorgeschriebene Beachtung und Bewahrung des Nahrungsstandes, d.h. des achtbaren Auskommens der bereits vorhandenen Gewerbsinhabers, sich nicht weiter als auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen örtlicher Gewerbsproduction und örtlicher Absatzgelegenheit erstrecken, daher nicht zum Nachtheile der industriellen Interessen gegen die Gründung solcher Gewerbsunternehmungen geltend gemacht werden dürfe, für welche auswärtige (außerhalb der treffenden Gemeinde²⁾gegebene) Absatzgelegenheit gehörig nachgewiesen" sei.

Für Fabrikunternehmen war damit der gewerberechtliche status quo gewahrt. Der Nachweis hinreichender Ertragsaussichten wurde lediglich noch dahin konkretisiert, daß der "gedeihliche Betrieb und Erfolg namentlich in Bezug auf Capitalbesitz und persönliche Eigenschaften sorgfältig zu prüfen" sei.³⁾ Sofern der Betrieb durch den Besitz größerer Vorräthe oder besonderer Vor- und Einrichtungen bedingt" sei, so habe sich "der Bewerber auch über den Besitz dieser Vorräthe und Einrichtungen oder des zu deren Ankauf nöthigen Vermögens, dann eines zum schwunghaften Betriebe erforderlichen Capitaless auszuweisen."⁴⁾

1) § 73 Vollzugsinstruktion 1853.

2) § 76 Abs. I Vollzugsinstruktion 1853.

3) § 76 Abs. II Vollzugsinstruktion 1853.

4) § 77 Abs. I Vollzugsinstruktion 1853.

d) In der solcher Art begünstigten Fabrikindustrie erwuchs dem bestehenden Gewerbe eine Konkurrenz, der es zu erliegen drohte, falls man ihm nicht dieselben Freiheiten zugestand, die die Fabriken bereits besaßen.

Die Inkonsequenz dieser Verhältnisse erzwang dann auch im Jahre 1862 die Vollzugsinstruktion vom 21.4.1862¹⁾, die alle Beschränkungen von 1853 aufhob und wesentliche Erleichterungen brachte, so daß jetzt auch das Handwerk dieselbe Bewegungsfreiheit genoß, die bisher den Fabriken vorbehalten war.²⁾

Insgesamt zeigt der Verlauf der Entwicklung bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1868, daß das bestehende vorkapitalistisch strukturierte Gewerbe mit den Entschlüssen nach 1834 sowie der Vollzugsinstruktion von 1853 lediglich Scheinsiege errungen hatte, da die Fabriken stets von den strengen Gewerbevorschriften sowohl hinsichtlich des Nahrungsstandes wie auch des Befähigungsnachweises und der Ansässigmachung ausgenommen wurde.

Andererseits mußten die geforderten Nachweise hinsichtlich auswärtiger Absatzgelegenheit wie auch des "gedeihlichen Betriebs und Erfolgs" der zu gründenden Unternehmung hemmend auf die unternehmerische Initiative wirken. "Frei-lich wurde auch durch diesen Rest staatlicher Bevormundung die Entwicklung der Fabrikindustrie wesentlich verlangsamt, wohl nicht zum Schaden; die Verhältnisse konnten sich bei dieser langsamen Entwicklung besser und gesünder gestalten."³⁾

1) Abgedr. in: O.V., Handbibliothek des bayerischen Staatsbürgers, Erster Supplementband zur 3. Auflage, Augsburg 1862, S. 310 ff.

2) Wiessner, a.a.O., S. 257 f.

3) ebd., S. 256.

2. Staatliche Gewerbepolitik und staatliche Haltung gegenüber Aktiengesellschaften

Die Tatsache, daß in Bayern bis 1868 das Konzessions-system für die gesamte gewerbliche Wirtschaft Verbindlichkeit besaß, erschwert die Feststellung, ob und inwieweit die staatliche Genehmigungspraxis spezifisch für die Unternehmen der Rechtsform der Aktiengesellschaft restriktiv wirkte.

Zur Verdeutlichung des besonderen analytischen Problems der Einschätzung der staatlichen Haltung gegenüber der Rechtsform der Aktiengesellschaft soll daher die Entwicklung in Preußen dargestellt werden, wo die Rechtsform der Aktiengesellschaft als solche Austragungsort ordnungspolitischer Auseinandersetzungen war.

a) Die Vorgeschichte des preußischen Aktiengesetzes von 1843

Anders als in Bayern war in Preußen die Gewerbefreiheit schon im Jahre 1811 eingeführt worden. Das hatte in unserem Zusammenhang zur Folge, daß die weiterhin notwendige Konzession zur Gründung einer Aktiengesellschaft die Einräumung eines staatlich geschützten Wettbewerbsvorteils beinhaltete, denn nur die Gesellschaften, die eine Genehmigung hatte, konnten nach außen hin als selbständige juristische Person auftreten. Alle übrigen nicht genehmigten Aktiengesellschaften wurden wie gewöhnliche Sozietäten behandelt, d.h. jeder der Gesellschafter haftete mit seinem ganzen Vermögen für die Gesellschaftsschulden.¹⁾

Die in den westlichen Landesteilen starke Interessenvertretung des bestehenden Gewerbes erreichte es, daß

1) Vgl. Schumacher, a.a.O., S. 8; Martin, Paul, C., Die Entstehung des preußischen Aktiengesetzes von 1843, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Band 56 (1969), Wiesbaden 1969, S. 499 bis 542 (499 ff.); Rauch, a.a.O., S. 277.

der staatliche Genehmigungsvorbehalt restriktiv gehandhabt wurde. So wurde die Gründung einer Aktiengesellschaft vor 1843 hier davon abhängig gemacht, ob die neue Aktiengesellschaft schon bestehendes Gewerbe bedrohen oder infolge monopolistischen Treibens für die Abnehmer nachteilig werden könnte.¹⁾ Das bestehende Gewerbe befürchtete Wettbewerbsnachteile bzw. Existenzvernichtung, wenn Aktiengesellschaften in größerem Umfang zugelassen würden.

Auch in den östlichen Landesteilen Preußens war die Haltung des Staates gegenüber der Rechtsform der Aktiengesellschaft insbesondere die Konzessionspraxis Gegenstand ordnungspolitischer Auseinandersetzungen. Hier hatten jedoch diejenigen Kräfte ein politisches und wirtschaftliches Übergewicht, die an einer Liberalisierung der staatlichen Genehmigungspraxis interessiert waren und daher auf eine Kodifikation der Materie drangen. Denn hier fehlte es weitgehend an einem eingesessenen Gewerbe, und der geringen Zahl der als Aktiengesellschaften genehmigten Großbetriebe im Bereich der Zucker-, Malz- und Mehlfabrikation stand eine größere Zahl von Unternehmern gegenüber, die sich benachteiligt fühlten, weil sie das Privileg der Haftungsbeschränkung nicht erhielten.²⁾

Das politische Übergewicht der Repräsentanten der östlichen Landesteile Preußens führte dann auch mit der Durchsetzung des preußischen Aktiengesetzes von 1843 zu einer Liberalisierung der Genehmigungspraxis. Allerdings bekannte sich dieses Gesetz weiterhin zum Konzessionssystem mit der Folge, daß der Staat in gewissem Maße restriktiv auf die Gründung von Aktiengesellschaften einwirken konnte.

1) Martin, a.a.O., S. 518.

2) Vgl. Martin, a.a.O., S. 537 ff.; vgl. dabei insbes. die vom preußischen König geäußerte Ansicht, es sei ein Unding, wenn zwei Gesellschaften der nämlichen Art am selben Ort mit unterschiedlichen Rechten zu Dritten existierten; zit. nach Martin, a.a.O., S. 539.

3) Vgl. Martin, a.a.O.

Die kurze Skizzierung der Entwicklung in Preußen läßt erkennen, daß öffentliche Diskussion und Staat die Zulassung von Aktiengesellschaften als eigenes ordnungspolitisches Problem erkannt hatten und es als solches auch Gegenstand der politischen Auseinandersetzung werden konnte.

Die Ursache hierfür ist darin begründet, daß die Gewerbefreiheit bereits zu Beginn der Industrialisierung grundsätzlich freien Zutritt zum Markt geschaffen hatte und das bestehende Gewerbe seinen Schutz in der Beschränkung derjenigen Unternehmungsform suchte, die ihm zunehmend gefährlich wurde, für die andererseits die Gewerbefreiheit noch keine Gültigkeit hatte.

b) Die Situation in Bayern

Demgegenüber war in Bayern bis zur Einführung der Gewerbefreiheit - wie die obige Darstellung der gewerberechtlichen Entwicklung gezeigt hat - die Gewerbepolitik bzw. das Gewerberecht die Front, an der die Interessen bestehender vorkapitalistischer Produktionsformen und der fabrikmäßigen Produktionsweise aufeinanderprallten.

In charakteristischer Weise geht dies aus einer Stellungnahme hervor, die die Augsburger Weberinnung im Verfahren der Konzessionserteilung an die geplante Aktiengesellschaft der Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg 1837 der Regierung des Oberdonaukreises zuleitete: ¹⁾

Die Verfasser führen in der bezeichneten Schrift u.a. aus:

"Erkennen wir einerseits die Vorteile der Firma, gleich in welchem Umfange sie geschaffen, für das Publikum und für uns, weil das Garn billiger geliefert werden mag, so haben wir Weber in Augsburg und Umgebung in der Errichtung einen großen Nachteil zu befürchten. Das Bedürfnis an Kaliko für hiesige

1) MH 5677; auch die erheblich später gegründeten Aktienwebereien (am Fichtelbach, 1852, und Haunstetten 1856) stießen auf den entschiedenen Widerstand der örtlichen

und umliegende Fabriken liefern die hiesigen in voller Tätigkeit befindlichen Webstühle, ca. 150 bis 160 an der Zahl und es sind ebensoviel Leute dabei beschäftigt, als den Gewerbsmeistern dadurch verhältnismäßiger Verdienst zugeht.

Würden dennoch in der zu errichtenden Fabrik nur 200 bis 300 Webstühle angelegt, so würden die hiesigen und auswärtigen, welche gegenwärtig für die hiesigen Fabriken in voller Tätigkeit sind, untätig gemacht, und es werden ebensoviel Gewerbsmeister und deren Familien brotlos, als in der geplanten Spinnerei Maschinen-Webstühle errichtet werden."

Die Weberinnung zieht aus ihrer Argumentation den Schluß, daß dem geplanten Unternehmen die Konzession verweigert werden müsse.

Es wird deutlich, daß Stein des Anstoßes nicht die Rechtsform war, die von der Unternehmung gewählt wurde, sondern die fabrikmäßige Produktion an sich.¹⁾

(Forts. von S. 51) Weberinnung, vgl. die Vorlage des Ministeriums vom 20. September 1856 in: MH 5758 (Mechanische Weberei zu Haunstetten bei Augsburg).

-
- 1) Die Bedeutung dieses Kernpunkts zeigte sich auch in den Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Handwerk in den vierziger Jahren, so z.B. bei der erneuten Auseinandersetzung zwischen der Weberinnung und der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg, Haßler, a.a.O., S. 82.
- In Nürnberg warfen die Schlosser, Wagner, Hufschmiede und Sattler dem Fabrikanten Theodor Cramer-Klett vor, er versuche, die ganze Arbeit an sich zu ziehen und ihnen den Verdienst zu entziehen; vgl. MAN, Werkzeitung 1965, Heft 11, S. 9.
- Der bayerische König zeigte sich in diesen Auseinandersetzungen gefühlsmäßig auf der Seite der protestierenden Handwerker, entschied sich aber letztlich gegen ihr Anliegen. Den Antrag der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei von 1845 auf Ausdehnung der Konzession auch auf Handweberei und andere Spinnstoffe (der zu der genannten Auseinandersetzung geführt hatte) beschied er mit den Worten: "Diesen Antrag genehmigt. Traurig aber zu sehen, daß Gewerbe, die früher viele Familien ernährten, jetzt auf viel weniger sich beschränken, somit die Anzahl Proletarier sich vergrößert, dem Communismus in die Hände gearbeitet wird. Das kleine München hatte viel mehr Bierbrauereien als das große. Es geht wie mit den Eisenbahnen, was sonst vielen Orten zu Gute geworden, häuft sich auf einige, es den meisten entziehend; aber es zu ändern hängt von der Regierung nicht ab. Ludwig." Zit. nach Haßler, a.a.O., S. 84; zur Einschätzung der Haltung des Königs gegenüber großen

- - -

Hinzu kommt, daß es in den ersten drei Jahrzehnten wenige Fälle gab, in denen sich eine bestehende Fabrik-Unternehmung in eine Aktienunternehmung umwandelte.

Von den bis Ende 1863 gegründeten 98 Aktiengesellschaften führten lediglich ca. 10 % ein schon im Betrieb befindliches Unternehmen fort.¹⁾ Nur hier, wo die gewerberechtliche Fabrik-Konzession bereits vorgelegen hatte, konnte in diesen Jahren die wirtschaftliche Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft an sich isoliert in Erscheinung treten und zum Gegenstand behördlicher Prüfung und öffentlicher Diskussion werden.

Bei den übrigen 90 % der Gründungen war Prüfungsmaßstab in erster Linie das Gewerberecht.

(Forts. von S. 52) Unternehmen, vgl. Zorn, Wolfgang, Zu den Anfängen der Industrialisierung Augsburgs im 19. Jahrhundert, in: VSWG Bd. 38, Wiesbaden, S. 155 bis 168 (165).

1) Vgl. unten Tabelle 20, S. 138.

III. Die staatliche Genehmigung

Wie der zuvor gegebene Überblick über die Entwicklung der rechtlichen Institution der Aktiengesellschaft gezeigt hat, ist das Aktienwesen in Bayern bis 1871 wesentlich durch das bis da gültige Konzessionssystem bestimmt. Dabei ist hier wirtschaftlich zunächst nicht so sehr der Einfluß auf die innere Organisation von Bedeutung, als vielmehr die Tatsache, daß es den staatlichen Stellen vorbehalten war, nach ihrem Ermessen und ohne gerichtliche Kontrolle über das "Ob" der Entstehung von Aktiengesellschaften zu entscheiden.

Für den bzw. die Unternehmer, die die Gründung einer Aktiengesellschaft ins Auge faßten, bedeutete das nämlich, daß sie einem Risiko der Nichtgenehmigung ausgesetzt waren, was insgesamt die Gründungstätigkeit von Aktiengesellschaften in diesem Zeitraum mehr oder weniger beschränkt haben kann.

Nun wäre es gewiß interessant, quantitativ festzustellen, inwieweit das Konzessionssystem retardierend auf die Gründungstätigkeit gewirkt hat. Angesichts der Lückenhaftigkeit des Aktenmaterials erscheint dies jedoch nicht möglich. Hinzu kommt, daß solche Projekte nicht zu erfassen sind, die noch nicht ins Antragsstadium getreten waren, weil das Risiko der Nichtgenehmigung zu hoch erschien. Schließlich bleibt zu berücksichtigen, daß es - wie erwähnt - im Zeitraum von 1834 bis 1871 in den wenigsten Fällen isoliert um eine aktienrechtliche Genehmigung ging, es sich vielmehr in der überwiegenden Zahl der Fälle um sowohl die gewerberechtliche wie die aktienrechtliche Konzession handelte.

1. Die institutionellen Voraussetzungen zur Gründung einer Aktiengesellschaft

Wenn sich mehrere Unternehmer zu dem Zweck assoziierten, eine Fabrikunternehmung in der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu gründen und in Betrieb zu nehmen, hatten

sie im wesentlichen drei rechtliche Hürden zu überwinden. Sie bedurften

- einer Genehmigung zur Konstituierung einer Aktiengesellschaft (bis 1871),
- einer gewerberechtlichen Genehmigung zum Betrieb einer Fabrik (bis 1868),
- der für die zu errichtenden Bauten einschlägigen bau- und gesundheitspolizeilichen Genehmigungen.

Nicht nur im Hinblick auf die materielle Überprüfung, sondern auch auf der Ebene der formellen Entscheidungszuweisung war dies ein Hürdenlauf für die antragstellenden Unternehmer, da die Entscheidungskompetenz zeitweilig verschiedenen Verwaltungsträgern zugeordnet war.

a) Die Konzession nach Gewerberecht

Bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1868 bedurfte jeder Unternehmer, der sich gewerblich betätigen wollte, einer Genehmigung zur Ausübung dieses Gewerbes. Zuständig für die Erteilung einer solchen Genehmigung waren grundsätzlich die Unterbehörden, d.h. "in den unmittelbar Königlichen Städten und Märkten" die Magistrate, sonst die "Königlichen oder standes- und gutherrlichen Districts-Polizey-Behörden".¹⁾

Demgegenüber war die Erteilung von Konzessionen "zur Anlegung von Fabriken, Manufakturen und denselben gleichgeachteten größeren Gewerbsunternehmungen, ferner zur Errichtung neuer Bierbrauereyen" den Kreisregierungen, also den Mittelbehörden übertragen.²⁾

An dieser Kompetenzverteilung hielt man bis 1868 fest³⁾, d.h. für die gewerberechtliche Genehmigung größerer Unternehmungen waren regelmäßig die Kreisregierungen zuständig.

1) Vgl. Art. 10 Ziff. 1 Gewerbsgesetz 1825 i.V.m. § 64 Vollzugsinstruktion 1825.

2) Ebd.

3) Trotz Aufhebung der Vollzugsinstruktion 1825 im

b) Die aktienrechtliche Konzession - Genehmigung
der Statuten

Zur Erlangung der "Rechte octroirter vom Staate genehmigter oder privilegierter Körperschaften"¹⁾ bedurfte es daneben einer weiteren Konzession. Für die Errichtung einer solchen Gesellschaft war nach einer im Jahre 1825 ergangenen sog. Formationsverordnung die Einholung der Genehmigung der königlichen Regierung erforderlich.²⁾

Zur Errichtung einer industriellen Aktiengesellschaft war also die Genehmigung zweier verschiedener Verwaltungsträger (Kreisregierung und Ministerium) erforderlich.

Die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei beantragte z.B. 1837 bei der Regierung des Oberdonaukreises sowohl

- die Erwirkung der a.h. Bestätigung der Gesellschaftsstatuten wie auch
- die Erteilung der Konzession zur Errichtung einer Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei).³⁾

Dementsprechend wurden vom König am 14. Mai 1837 die Statuten genehmigt, während andererseits die Regierung durch Entschließung vom 20. Juni 1837 die Fabrikkonzession erteilte. Auch anlässlich der Gründung der Stadtbachspinnerei im Jahre 1852 wurde an dieser förmlichen Trennung der Zuständigkeit festgehalten.⁴⁾

(Forts. von S. 55) Jahre 1834 wurde durch kgl. VO. vom 15. August 1834 (Döllinger, a.a.O., S. 1424) die Fortgeltung des § 64 der Vollzugsinstruktion 1825 festgestellt. Die späteren Vollzugsinstruktionen formulierten zwar neu, hielten aber an der grundsätzlichen Kompetenzverteilung fest; vgl. §§ 208 ff. (209 Ziff. 5) Vollzugsinstruktion 1853 sowie §§41 ff. Vollzugsinstruktion 1862.

1) § 17 der Formationsverordnung von 1825, RegBl. 1825, Sp. 1049 ff. (1057).

2) Ebd.

3) Vgl. Haßler, a.a.O., S. 26.

4) Vgl. O.V., Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg (1853-1903). Bericht über die Gründung (1851) und den 50-jährigen Betrieb (1853-1903), Augsburg 1911, S. 3.

Zu diesem Zeitpunkte herrschte jedoch - wie wir einem Bericht der Regierung von Oberfranken vom 17.12.1853¹⁾ entnehmen können - beim Verfahren keine einheitliche Übung mehr. Der Beamte führt nämlich aus:

"So haben bisher darüber, ob nach der a.h. Genehmigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft die trefende Regierung noch eine besondere Concession zur Ausübung des Gewerbes zu ertheilen habe, verschiedene Ansichten geherrscht. Wir hielten eine nachträgliche Concessionirung deshalb nicht für notwendig, weil, sobald die Errichtung die a.h. Genehmigung erhalten hat, es der Kreisregierung nicht mehr zustehen könne, noch über die Frage Beratung zu pflegen und Beschluß zu fassen, ob die Concession zum Betrieb zu ertheilen oder zu versagen sei, und weil die a.h. Bewilligung zur Errichtung auch jene zum Betrieb in sich schließe."

Dieser letztgenannten Ansicht war auch die Staatsregierung. Denn die Vollzugsinstruction vom 17. Dezember 1853 bestimmte nunmehr unter § 211²⁾:

"der königlichen Genehmigung bleibt vorbehalten:

- 1) ...,
- 2) ...,
- 3) die Ertheilung der Concessionen an sogenannte anonyme Gesellschaften oder an Corporationen."

Damit war nicht die grundsätzliche Trennung zwischen gewerberechtlicher und aktienrechtlicher Konzession aufgegeben, wohl aber war nunmehr für die Prüfung allein das Ministerium bzw. der König zuständig.³⁾

-
- 1) Im Verfahren der Konzessionserteilung an die Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth, MH 5685.
 - 2) Der zitierte Beamte hatte von der Existenz der Vollzugsinstruction bei Abfassung seines Berichts offensichtlich noch keine Kenntnis erhalten.
 - 3) Daß an der rechtlichen Trennung zwischen gewerberechtlicher und aktienrechtlicher Genehmigung festgehalten wurde, zeigt die Formulierung des Konzessionsgesuchs der Gründer der Maschinenfabrik Augsburg vom 22. Dezember 1857, MH 5489; die Antragsteller baten nämlich um "allerhöchste Concessionierung und allerhöchste Genehmigung der ... Statuten". Ebenso das Gesuch der Antragsteller Wilhelm Krafft & Cons., vgl. Bericht der Regierung von Schwaben vom 17. November 1860, MH 5688 (Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl).

c) Sonstige Genehmigungen

Die Genehmigung zum Betrieb einer Fabrikunternehmung durch die Kreisregierung resp. den König umfaßte nicht die im übrigen erforderlichen bau- und gesundheitspolizeilichen Genehmigungen. Vielmehr mußten diese bei den hierfür zuständigen Unterbehörden gesondert eingeholt werden. Regelmäßig enthielt das Konzessionsschreiben einen entsprechenden Vorbehalt. Die Regierung des Oberdonaukreises (Schwaben) verfügte etwa in dem Genehmigungsschreiben, die Gründung der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei betreffend, die Genehmigung erfolge unter der Bedingung, "... daß vor Herstellung der erforderlichen Bauten die polizeiliche Genehmigung hierfür rechtzeitig erholt werde."¹⁾

Bei potentiell umweltschädlichen Unternehmungen waren derartige Vorbehalte geeignet, die Gründer einer erheblichen Unsicherheit auszusetzen. Die Gründer der Fabrik für chemische und landwirthschaftlich-chemische Fabrikate fürchteten etwa aufgrund bereits vorgetragener Bedenken des Magistrats von Aibling, wo der Betrieb errichtet werden sollte, daß nunmehr, nachdem die Konzession der Staatsregierung nach langem Schriftverkehr eingeholt worden und bereits Aktien gezeichnet waren, ein Veto der örtlichen Polizeibehörde alles zunichte machen werde. Besonderen Unwillen erregte gar der kgl. Vorbehalt,

1) Vgl. Haßler, a.a.O., S. 29; vgl. auch § 229 Abs. II Vollzugsinstruktion 1853. Anlaßlich des Genehmigungsverfahrens der Kunst-Guano-Fabrik Augsburg wies das ministerielle Gutachten ausdrücklich darauf hin, daß die königliche Genehmigung sonstige baupolizeiliche Genehmigungen nicht erfaßt: "Es versteht sich von selbst, daß in baupolizeilicher Beziehung durch die Statuten den seinerzeitigen Erwägungen und Beschlüssen der zuständigen Behörden nicht vorgegriffen werden kann." Gutachten vom 27. Juli 1865, MH 5614.

daß bei Auftreten schädlicher Emissionen der Betrieb wieder eingestellt werden könne.¹⁾

Zusammenfassend bleibt hier festzustellen:

Die gewerbe- und aktienrechtlichen Konzessionen für Fabriken wurden unbeschadet, d.h. ohne eigene Aussage über bau- und gesundheitspolizeiliche Belange ausgesprochen. Daher war daneben eine weitere Genehmigung erforderlich, die in diesem Fall von einer anderen Behörde, nämlich der örtlich zuständigen Unterbehörde auszusprechen war.²⁾

2. Das Verfahren

Der Gang des Genehmigungsverfahrens war für Aktienunternehmungen im Gegensatz zu den sonstigen gewerblichen Unternehmungen nicht im einzelnen durch Verordnungen vorgezeichnet.³⁾ Offenbar wollte man nicht nur inhaltlich, sondern auch im formalen Ablauf des Genehmigungsverfahrens bei den Aktiengesellschaften freie Hand behalten.

Die Gründer der Gesellschaft konnten nach ihrer Wahl das Gesuch um Genehmigung sowohl unmittelbar bei der Staatsregierung wie auch über die zuständigen Unterbehörden bzw. die Kreisregierungen einreichen.

Sofern die Unterlagen bei der Kreisregierung eingereicht wurden - was wohl die Regel war - hatte diese zunächst Gutachten der Gewerbs- und Handelskammern bzw. der Fabrikräte einzuholen.⁴⁾ Daneben wurden auch die städtischen Magistrate um ihre Meinung befragt.

1) Wirzmüller, Anton, Baur, Hans, Die Geschichte der Gründung unseres Unternehmens, Firmengeschichte der Südchemie AG, München 1957, S. 9.

2) Vgl. § 229 Vollzugsinstruktion 1853.

3) Vgl. § 212 Abs. I Vollzugsinstruktion 1854.

4) Vgl. ebd.

Diese Unterlagen sowie eine eigene Stellungnahme leitete die Kreisregierung dann an die Staatsregierung zur Genehmigung weiter.

Hier war bis 1848 das Staatsministerium des Innern, von 1848 bis 1871 das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten für die weitere Bearbeitung zuständig.

Reichten die vorgelegten Unterlagen zur Prüfung des Gesuchs nicht aus, so ging die Sache mit den entsprechenden Anordnungen wieder zurück zur Regierung. Entsprechend dem Gesuch ganz oder im wesentlichen den Vorstellungen des Ministeriums, so arbeitete dieses ein Gutachten in Form eines "allerunterthänigsten Antrags an Seine Majestät den König"¹⁾ aus. Dieses Gutachten enthielt eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts sowie des bisherigen behördlichen Verfahrens. Hieran schlossen gutachtliche Ausführungen des Ministeriums an verbunden mit dem Vorschlag, das beantragte Projekt der Gründung einer Aktiengesellschaft entweder dem Antrag entsprechend oder unter gewissen einzeln formulierten Bedingungen oder Auflagen zu genehmigen.

Der König beschränkte sich regelmäßig auf einen Genehmigungsvermerk unter dieser Urkunde. In einzelnen Fällen kam es jedoch auch vor, daß er weitere Ermittlungen verlangte.²⁾ Das Ministerium wies im Fall der Genehmigung die zuständige Kreisregierung an, die Antragsteller unter Bekanntgabe der Bedingungen und Einschränkungen (meist Statutenkorrekturen) von der Genehmigung in Kenntnis zu setzen.

Das gesamte Verfahren nahm zwischen drei und sechs Monaten vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zur Bekanntgabe der Genehmigung in Anspruch.³⁾ Dabei spielte eine wesentliche

1) Zitierweise: Antrag vom

2) MH 5976.

3) Fabrik für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate in Heufeld, heute: Südchemie AG, (MH 5554):

Rolle, ob die Genehmigung im einfachen Durchgang des Instanzenzugs erteilt werden konnte oder ob die Akten noch einmal oder mehrmals zurückgingen. Auch die Zahl der anzuhörenden Personen bzw. ständischen Interessenvertretungen sowie der zu erstellenden Gutachten war von wesentlichem Einfluß auf die Dauer des Verfahrens.

2. Rechtsbehelfe

Die Unsicherheit, der die Gründer von Aktienunternehmungen hinsichtlich der Genehmigung ausgesetzt waren, zeigt sich nicht nur im Fehlen eines einheitlichen und klar umrissenen Prüfungsmaßstabs, der darüber informierte, welche Voraussetzungen zu erfüllen waren. Vielmehr ist weiterhin zu berücksichtigen, daß die Antragsteller eine ganz oder teilweise ablehnende Entscheidung nicht anfechten konnten. Gegen die Entscheidung des Königs gab es weder Beschwerde noch einen sonstigen Rechtsbehelf.

Die Antragsteller einer rein gewerberechtlichen Konzession hatten demgegenüber die Möglichkeit, gegen eine ablehnende Entscheidung im Wege der "Berufung" zur nächsthöheren Verwaltungsinstanz vorzugehen und die nochmalige Überprüfung zu verlangen.¹⁾

Allerdings war in jedem Fall, also auch bei Aktiengesellschafts-Konzessionen, die Möglichkeit eröffnet, das Konzessions-Gesuch "aus neuen oder bessern Gründen und Beweismitteln, oder wenn die Verhältnisse, welche die Ab-

(Forts. von S. 60) vier Monate; Erlanger Spiegelglasfabrik (MH 5976): 10 Monate; Maschinenfabrik Augsburg (MH 5439): drei Monate; Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth (MH 5635): sieben Monate; Kunst-Guano-Fabrik Augsburg (MH 5614): zwei Monate; Mechanische Weberei Haunstetten (MH 5758): 4 Monate; Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl (MH 5622): ca. zwei Monate.

1) Vgl. § 63 Ziff. 9 Satz 1 Vollzugsinstruktion 1825; ähnlich § 53 Vollzugsinstruktion 1853 sowie § 56 Vollzugsinstruktion 1862.

weisung motivierten, sich geändert haben, ... wieder zu erneuern."¹⁾ Die Bemühungen des Brauereibesitzers Schwarz, eine Aktiengesellschaft zur Übernahme seiner Brauerei zu gründen, erstreckten sich unter Wiederholung seines Gesuchs über mehr als 10 Jahre.²⁾

1) Vgl. § 65 Ziff. 9 Satz 1 Vollzugsinstruktion 1825; ähnlich § 53 Vollzugsinstruktion 1853 sowie § 56 Vollzugsinstruktion 1862.

2) MH 1463.

IV. Die staatliche Politik gegenüber Aktiengesellschaften bis 1871

Die Haltung der bayerischen Regierungen vor 1871 gegenüber der Rechtsform der Aktiengesellschaft war von ähnlichen Prinzipien geleitet, wie sie bei der Ordnung der gewerblichen Verhältnisse im allgemeinen eine Rolle gespielt haben. Man erkannte die vorteilhaften Auswirkungen der industriellen Produktionsweise und war entschlossen, sie von unnötigen Beschränkungen freizuhalten.¹⁾

Da die Errichtung von Fabrikbetrieben immer größere Kapitalien erforderte, dies aber die Finanzkraft bzw. Finanzierungsbereitschaft einzelner in der Regel überschritt, war man bereit, die Rechtsform der Aktiengesellschaft trotz bestehender Bedenken zu akzeptieren.

Auch gestattete diese Rechtsform die Durchführung von Projekten insbesondere im Infrastrukturbereich, die staatlicherseits für notwendig und nützlich erachtet wurden, die man jedoch wegen des besonderen Risikos lieber der privaten Initiative überlassen wollte.²⁾

Die Staatsregierungen waren der Ansicht, "daß es für jeden Staat nachteilig" sei, "sich selbst praktisch mit industriellen Unternehmungen zu befassen, anstatt sie der Privatindustrie anheimzugeben".³⁾

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 11 f.

2) Bereits 1831 sagte der König im Landtagsabschied vom 29. Dezember zu, den ihm vorgelegten "Antrag, die Errichtung von Aktiengesellschaften zur Herstellung einzelner, der Beförderung des inneren Verkehrs und des Transits dienlicher Brücken, mit Rücksicht auf die Bestimmungen der eingegangenen Zoll- und Handelsverträge zu begünstigen, in vorkommenden Fällen in sorgfältige Erwägung zu ziehen". Abgedr. bei Weber, a.a.O., Bd. 2, Nördlingen 1882, S. 594.

3) Vortrag des Fürsten v. Öttingen-Wallerstein vor dem bayerischen Staatsrat im Jahre 1833, zit. nach: O.V., Hundert Jahre Münchener und Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, München 1934, S. 76.

Das Institut der Aktiengesellschaft kam dieser pro-privaten Haltung des Staates zweifellos entgegen, denn es ermöglichte es, die erforderlichen Mittel für Eisenbahnen, Banken, Versicherungen, Brücken usw. aufzubringen, ohne daß hierdurch der Staat organisatorisch oder finanziell in Anspruch genommen wurde.

In gewissem Widerspruch zu einer solchen als abwartend bis wohlwollend zu charakterisierenden Haltung des Staates gegenüber der Rechtsform der Aktiengesellschaft scheinen demgegenüber Äußerungen von Regierungsvertretern aus der Zeit vor 1848 zu stehen, die ein starkes Mißtrauen gegenüber Aktiengesellschaften signalisieren.

Eine Denkschrift des Innenministeriums an den König argumentierte etwa:

"Eine Aktien-Gesellschaft als ausschließliche Eigentümerin würde eine neue Gewalt im Staate bilden, und den Absichten der Regierung nicht selten entgegengetreten. Wie eng auch der Zirkel sei, in dem man bei Erteilung der Konzession ihre Rechte bannet, er wird unzulänglich bleiben; denn kein Recht kann geben, keine Bindung gestiftet werden, deren Existenz nicht früh oder spät dem Staate lästig fallen, und wovon er alsdann die Auflösung mit bedeutenden Opfern erkaufen muß."¹⁾

Auch die programmatischen Worte des bayerischen Ministerpräsidenten zur Einführung des Staatsbahnsystems lassen auf starke Vorbehalte der staatlichen Stellen gegenüber der privaten Organisation wirtschaftlicher Interessen in Form der Aktiengesellschaft schließen. "Nie", so sagte er,

"- ich bin zu dieser Erklärung angewiesen und beauftragt - wird die Regierung die Leitung und Benutzung der Eisenbahnen, einer Anstalt, deren Inhaber bis zu einem gewissen Punkte den gesamten kommerziellen und persönlichen Verkehr des Landes beherrscht, nie wird die Regierung diese Bahnen in ihren Hauptrichtungen in private Hände geben, nie und unter keinen Bedingungen."²⁾

- 1) Verkehrsmuseum Nürnberg, Geheime Ratsakten des kgl. Staatsministeriums des Innern, VII (Md 7) 4210, Denkschrift Nr. 20 913, S. 17, zit. nach Mück, a.a.O., S. 204 ff.
- 2) Zit. n. Marggraff, Hugo, Die Kgl. Bayerischen Staatseisenbahnen in geschichtlicher und statistischer Beziehung. Gedenkschrift zum fünfzigsten Jahrestage der Inbetriebsetzung der ersten Staatsbahnstrecke Nürnberg-Bamberg am 1. Okt. 1844, München 1894, S. 19.

Es wäre voreilig, aus solchen Äußerungen im Zusammenhang mit der vor 1848 noch recht geringen Zahl der Aktiengesellschafts-Gründungen¹⁾ auf eine generelle Ablehnung der Institution der Aktiengesellschaft durch die staatlichen Stellen zu schließen. Denn beide Zitate sind im Zusammenhang der Diskussion um die Einführung des Staatsbahnsystems zu sehen. Hier aber stellte sich die Frage der Beurteilung der Rechtsform der Aktiengesellschaft als Träger der wirtschaftlichen Betätigung in besonderer Weise. Denn eine Eisenbahngesellschaft hatte im Bereich ihrer Linienführung mangels ernstzunehmender substitutiver Verkehrsträger eine Monopolstellung. Hinzu kam, daß sonstige staatliche Ziele, insbesondere militärische Interessen, direkt berührt waren, so daß die Zulassung der Rechtsform der Aktiengesellschaft in diesem Bereich keine rein ordnungspolitische Frage war. Solange und soweit private Eisenbahngesellschaften in Bayern zugelassen waren, trug man dieser besonderen Problematik durch eine eingehende normative Regelung²⁾ Rechnung, und sicherte die Einhaltung dieser Bestimmungen durch Einsetzung von Staatskommissären ab.

Trotz dieser speziellen "Eisenbahn-Problematik" bleibt insgesamt festzuhalten, daß vor 1848 die Furcht vor einer privaten Machtzusammenballung in der Rechtsform der Aktiengesellschaft sich recht deutlich artikuliert. Das beharrliche Festhalten der bayerischen Regierung am Konzessionssystem noch bis 1871 zeigt, daß auch nach 1848 Vorbehalte vorhanden waren.

Nachdem die Position des Staats gegenüber der Rechtsform der Aktiengesellschaft global umrissen worden ist, soll nunmehr anhand der Materialien der Genehmigungsverfahren analysiert werden, welche Schranken den frühen Aktiengesellschaften vom Staat in erster Linie auferlegt wurden.

1) Von 1834 bis 1848 wurden 16 Gesellschaften gegründet.

2) Vgl. die Fundamentalbestimmungen von 1836 sowie die Eisenbahn-Verordnung von 1855, s.o. 33 ff. .

Grundlage der Untersuchung ist das Aktenmaterial von 28 Genehmigungsverfahren im Zeitraum 1834 bis 1870. Die dort verzeichneten Beanstandungen durch die Genehmigungsbehörden sollen einen Hinweis geben, wo und in welcher Weise die Wahl der Rechtsform der Aktiengesellschaft an die Grenzen staatlicher, insbesondere rechts- und ordnungspolitischer Zielsetzungen stieß. Das Auffinden solcher Kollisionspunkte liefert zugleich Gesichtspunkte für die Beurteilung der ökonomischen Bedeutung im betrachteten Zeitraum.

Unbeschadet möglicher Überschneidungen läßt sich hinsichtlich der in den Genehmigungsverfahren ausgesprochenen Beanstandungen zwischen wirtschaftspolitischen, dem Schutz des redlichen Vermögensverkehr dienenden, sozialen sowie sicherheitsrechtlichen Zielsetzungen unterscheiden.

1. Wirtschaftspolitische Restriktionen

a) Die volkswirtschaftliche Opportunität der einzelnen Gründung

Aktiengesellschaften im gewerblichen Bereich wurden zunächst wie andere Unternehmen an den Zielsetzungen des Gewerbsgesetzes von 1825 gemessen. Nach der Vollzugsweisung des Innenministeriums vom 23. Juli 1834¹⁾ hatte das Gesetz "den dreifachen Zweck" zu erreichen,

- "1. das nachhaltige Fortschreiten der Industrie zu fördern,
2. den bestehenden Gewerbestand vor allmählichem Zerfalle, und
3. die Gemeinden vor Verarmung schon ansässiger Bürger, somit von erhöhten Armenfond-Beiträgen zu schützen, und zu sichern".

Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei

1) Abgedr. bei Döllinger, a.a.O., S. 919 ff. (922).

gleichzeitigem Schutz vorhandener Betriebe vor existenzgefährdender Konkurrenz war also das wirtschaftspolitische Programm, das hinter der Konzessionspolitik stand. Vor dem Hintergrund dieser Zielvorstellung wurde geprüft, ob die geplante Unternehmensgründung volkswirtschaftlich opportun war.

aa) Die erwartete Entwicklung der Nachfrage

Dabei stellte man zunächst Überlegungen hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung der inländischen wie auch der ausländischen Nachfrage nach dem zu produzierenden Gut an. Das Wachstum der Produktion war ja nur in den Bereichen zu realisieren, in denen eine Zunahme der Nachfrage wahrscheinlich erschien bzw. in denen die Nachfrage bereits einen Stand erreicht hatte, an dem sie mit den inländischen Kapazitäten nicht befriedigt werden konnte.

Bei den Baumwollspinnereien wurde regelmäßig die Bedeutung des zu errichtenden Unternehmens als Vorleistungslieferant für die vorhandenen Webereien konstatiert.¹⁾

Der Hinweis auf eine bestehende Importabhängigkeit wurde als Zeichen einer günstigen Nachfragesituation gewertet, nicht zuletzt, weil trotz zunehmender Bedeutung der Eisenbahn die Transportkosten nach wie vor eine erhebliche Bedeutung für die Preise der Vorprodukte hatten.²⁾

1) Vgl. Antrag vom 6. Januar 1854, MH 5685 (Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth); Bericht der kgl. Regierung von Oberfranken, K.d.L., vom 27. Oktober 1853, MH 5695 (Mechanische Baumwollspinnerei Hof).

2) Die Genehmigung der Tuchfabrik Augsburg wurde u.a. mit der Begründung befürwortet, "der hier in Frage stehende Fabrikationszweig sei unzweifelhaft zum Betriebe als Aktienunternehmung geeignet, da er zunächst die Herstellung eines Fabrikates zum Gegenstand" habe, "das bis jetzt vom Auslande, namentlich aus England, in großem Maße eingeführt" worden sei; MH 5751; vgl. ferner den Antrag vom 13. März 1837, in dem die Bedeutung der Substitution von Importen an Rohkattun für die heimischen Kattundruckereien hervorgehoben wird, MH 5677 (Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg).

bb) Existenzgefährdung vorhandener Wettbewerber

Da die Befriedigung der voraussichtlichen Nachfrage durch den neu eintretenden Wettbewerber nicht zu einer Existenzgefährdung der vorhandenen Gewerbetreibenden führen sollte, wurde neben der Nachfrage auch die Angebotsseite einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Das Ministerium stellte sich die Frage, in welchem Umfang - zunächst ungeachtet der Kostensituation des newcomers - die durch die Gründung bewirkte Ausweitung des Angebots zu einer Preisbildung unterhalb der Grenzkosten der vorhandenen Betriebe führen und sie damit aus dem Markt verdrängen werde. In der Verwaltungs- und Gesetzessprache wurde dieser Sachverhalt mit dem Begriff der "Sicherung des Nahrungsstands der vorhandenen Gewerbsinhaber" umschrieben.¹⁾

Obwohl Konkretisierung und verwaltungsmäßige Überprüfung dieses Punktes Hauptgegenstand der gewerbepolitischen Diskussion der Zeit von 1834 bis 1871 waren und die Rechtsform der Aktiengesellschaft hier besonders geeignet war, in die "Schußlinie" zu geraten, gehen die Genehmigungsakten über eine floskelhafte Behandlung dieses Punkts nur selten hinaus. Einige Ausnahmen beweisen jedoch, daß die wettbewerbspolitische Problematik gesehen wurde.

So befahl der König durch "a.h. Signat vom 8. Mai 1853", daß "der Betrieb von Brau-, Mühl-, Bäcker- und Metzgergewerben und diesen ähnlichen durch Aktiengesellschaften in der Regel nicht mehr bewilligt werden" sollte.²⁾ Es wurde also ein sachlich begrenztes Verbot der Gründung von Aktiengesellschaften erlassen, weil die bezeichneten Gewerbe geschützt und erhalten werden sollten.

1) Vgl. Art. 2 Gewerbsgesetz 1825 i.V.m. Kgl. VO. vom 1. Juli 1834, abgedr. bei Döllinger, a.a.O., S. 1543.

2) Vgl. MH 1463 (Brauerei Pappenheim).

Anlaß für dieses Verbot war das Genehmigungsverfahren der Kunstmühle Augsburg (1853) gewesen. Diese Mühle sollte nach dem kostengünstigeren britisch-amerikanischen System¹⁾ arbeiten und war daher nach Ansicht des Königs in der Lage, das kleinere Mühlengewerbe vom Markt zu verdrängen und gleichzeitig eine beherrschende Stellung am Getreidemarkt einzunehmen.²⁾

Bereits in früheren Jahren hatte die staatliche Genehmigungsbehörde bei Gründungen von Aktiengesellschaften im Bereich der Nahrungsmittelproduktion zu - freilich weniger einschneidenden - Maßnahmen gegriffen, die vorhandene Betriebe bzw. das Einkommen derer Inhaber schützen sollten. Dem Bankier Erich wurde im Jahr 1837 die Gründung der kgl. priv. Walzmühle in München nur unter der Bedingung genehmigt, daß die nicht in seinem Besitz verbleibende Hälfte der emittierten Aktien den "im Stadtbezirke München, und den k. Landgerichten München und Au befindlichen Müllermeistern" zu reservieren sei.³⁾

Im gleichen Jahr wurde den Gründern der Runkelrüben-Zuckerfabriken in Regensburg-Straubing auferlegt, bei der Finanzierung nur Landwirte zu beteiligen.⁴⁾ Damit

-
- 1) Vgl. dazu: Bauriedel, Paul, Die bayerische Mühlenindustrie, in: Gutmann, Adam (Hrsg.), Bayerns Industrie und Handel, Nürnberg 1906, I. Teil. Wissenschaftliche Abhandlungen über die einzelnen Industrien, S. 97-99 (97).
 - 2) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 162; Graßmann, a.a.O., S. 161 f.
 - 3) Vgl. § 4 der Statuten, abgedr. in: RegBl., Beilage zu Nr. 52 vom 21. Oktober 1837, Sp. 1 ff. (4).
 - 4) Vgl. Schreiben der Gründer vom 12. Juni 1837, MH 6055; Zur branchenspezifischen Entwicklung der Rechtsform der Aktiengesellschaft im Bereich der Zuckerrübenfabrikation hauptsächlich in Preußen, vgl. Hagelberg, Gerhard, Müller, Hans-Heinrich, Kapitalgesellschaften für Anbau und Verarbeitung von Zuckerrüben in Deutschland im 19. Jahrhundert. Eine Materialsammlung zu einer Geschichte der Kapital-, Sozial- und ökonomischen Struktur der Rübenzuckerindustrie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte, 1974 Teilband IV, Berlin 1974, S. 113 bis 147.

wollte man in erster Linie erreichen, daß "der Fabrikationsprozeß in den Händen der Landwirte bleiben solle".¹⁾

Ein gutes Beispiel für die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemen des Existenzkampfes einer veralteten gewerblichen Struktur liefert der Fall der Spiegelglas- und Zinnfolienfabrik Erlangen. Dieser Fall kann als exemplarisch bezeichnet werden, da er - was im untersuchten Zeitraum selten der Fall war - gleichzeitig zwei zur Isolierung des Problems wichtige Erfordernisse erfüllt: Die Gründung der Aktiengesellschaft sollte zur Übernahme eines bereits bestehenden und im Betrieb befindlichen Unternehmens erfolgen. Das heißt, für die kgl. Genehmigung stand allein die Frage der Rechtsform zur Diskussion.

Zum anderen arbeitete dieses Unternehmen in einem Gewerbe-
bezweig, der zu dieser Zeit bereits Tradition hatte und in dem
dementsprechend eine Zahl von Betrieben am Markt war,
die von der geplanten Rechtsformänderung Nachteile be-
fürchten konnten.²⁾

Im Zusammenhang mit dem genannten Genehmigungsverfahren richteten eine Anzahl mittel- und oberfränkischer Spiegelglas-, Spiegel- und Folien-Fabrikanten eine Eingabe an die Regierung von Oberfranken, mit der sie die Genehmigung verhindern wollten.³⁾ Die Unterzeichner machten geltend, die Rechtsformänderung werde die antragstellende Unternehmung in die Lage versetzen, eine nicht durch Kostenvorteile, sondern durch größere Kapitalkraft ermöglichte Politik ruinöser Konkurrenz zu verfolgen.

Zur Begründung wiesen sie auf das Beispiel einer im Jahr 1847 in Aachen "mit Millionen an Kapital" eröffneten Spiegelfabrik in der Rechtsform der Aktiengesellschaft hin, wo "wie so häufig das große Kapital die kleineren in

1) Vgl. Schreiben der Gründer vom 12. Juni 1837, a.a.O.

2) Hieran fehlte es z.B. bei der Gründung der Maschinenfabrik Augsburg.

3) Eingabe von 22 mittel- und oberfränkischen Fabrikanten an die Regierung von Mittelfranken vom 1. Dezember 1858, MH 5976.

gleicher Richtung arbeitenden Kapitalien vernichten zu können" geglaubt habe. Das Unternehmen habe seinerzeit damit begonnen, die Preise herabzusetzen, darauf kalkulierend, "mit den Opfern mehrerer Jahre jede Concurrenz zu beseitigen, um sich nach Monopolisierung des Geschäfts für die früheren Nachteile zu entschädigen."¹⁾

Auf die Gründung der Erlanger Aktiengesellschaft eingehend fahren die Unterzeichner fort:

"Nach unserer Beurteilung können auch dieser Gesellschaft bei ihrer Preisstellung so wenig Rosen blühen wie der Aachener, aber bei ihren colossalen Mitteln ist sie auch in gleichem Verhältnis auf lange Zeit opferfähig." Es bestehe die Gefahr, daß dieses Unternehmen "die Wurzeln (unserer) geschäftlichen Tätigkeit wenn nicht auf einmal, so doch nach und nach abschneiden und somit den Ruin von hunderten fleißiger Bürger und Arbeiter herbeiführen" werde.

Um solcher Argumentation mehr Nachdruck zu verleihen, verweisen die Unterzeichner noch auf den fiskalischen Aspekt möglicher Steuerausfälle infolge der Existenzvernichtung der bestehenden Betriebe hin. Schließlich werden auch noch die damals üblichen Kritikpunkte hinsichtlich der Aktiengesellschaften (Unwirtschaftlichkeit der Verwaltung von Aktiengesellschaften, unberechtigte Gründergewinne usw.) wiederholt.

Das Handelsministerium²⁾ läßt in seinem Gutachten zunächst dahingestellt, ob die Befürchtung der Fabrikanten zutreffe, das Unternehmen werde nunmehr eine Strategie ruinöser Konkurrenz verfolgen. Es stellt sich vielmehr auf den Standpunkt, die beantragte Rechtsformänderung sei einerseits vom Standpunkt der Förderung der heimischen Industrie durchaus positiv zu beurteilen, andererseits sei die Verweigerung der Genehmigung auch gar nicht geeignet, die Gefahr zu beseitigen, daß in nächster Zukunft manche der bestehenden Betriebe aufgeben müßten:

1) Eingabe von 22 mittel- und oberfränkischen Fabrikanten an die Regierung von Mittelfranken, a.a.O.

2) Antrag vom 21. Mai 1859, MH 5976.

Die positive Bewertung der Rechtsformänderung leitet das Gutachten daraus ab, daß die heimische Spiegelfabrikation, die bis da lediglich auf die Veredelungsstufe beschränkt gewesen sei, nur dann auf die Dauer der ausländischen Konkurrenz begegnen könne, wenn auch die Erzeugung des Rohglases in das Produktionsprogramm aufgenommen werde. Die Abhängigkeit vom ausländischen Rohmaterial sei ungünstig, zumal "Vervollkommnung" nur hier möglich sei. Die Ausdehnung des Produktionsprozesses sei aber nur auf der Basis der erhöhten Kapitalkraft einer Aktiengesellschaft möglich.

Andererseits sei die Nichtgenehmigung nicht geeignet, die Gefahr der Vernichtung bestehender Betriebe zu beseitigen, denn falls französische und belgische Konkurrenten ebenfalls halb- und dreiviertelweiße Gläser in ihr Produktionsprogramm aufnehmen würden, sei das Schicksal der hierauf spezialisierten bayerischen Spiegelfabrikanten besiegelt, "da es ihnen unmöglich sein würde, der Wucht des Capitals Stand zu halten, mit welchem die auswärtigen Fabriken arbeiten."

Angesichts dessen sieht der Gutachter einen Ausweg für die Bittsteller allein in einem genossenschaftlichen Zusammenschluß des Kleingewerbes. Schließlich sei die Versagung der Genehmigung auch deshalb ein ungeeignetes Mittel zum Schutz des bestehenden Gewerbes, da in diesem Fall die antragstellenden Unternehmer die Aktiengesellschaft im Königreich Sachsen gründen wollten, auf deren Rechnung der bayerische Betrieb dann geführt werde.

Die angeführten Beispiele lassen folgende Feststellungen zu.

Die Administration ging davon aus, daß die Zulassung der Rechtsform der Aktiengesellschaft ein neues Element in die Wettbewerbsordnung brachte, das es den begünstigten Unternehmen ermöglichte, die Produktion im betreffenden Gewerbezug ganz oder teilweise an sich zu ziehen. Andererseits erkannte sie an, daß die Rechtsform der Aktien-

gesellschaft wenn nicht als Voraussetzung, so zumindest als Erleichterung unternehmerischer Innovationen und damit verbundener Investitionen anzusehen war und vielfach die einzige Möglichkeit bot, dem internationalen Konkurrenzdruck standzuhalten.

Genehmigung oder Nichtgenehmigung waren Ergebnis einer Abwägung dieser Gesichtspunkte. Wie ausgeführt, war die kgl. Regierung zunächst in einzelnen Bereichen durchaus bereit, den Schutz der vorhandenen Betriebe höher zu bewerten als die Förderung der inländischen Industrie. Tendenziell waren ihr jedoch die Steigerung der inländischen Produktion sowie die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vorrangig.

cc) Das betriebliche Leistungspotential der geplanten Aktiengesellschaft - die subjektiven Voraussetzungen der Rentabilität

Die Prüfung des Nahrungsstandes nach Art. 2 des Gewerbsgesetzes von 1825 umfaßte nicht nur das "Fortkommenkönnen"¹⁾ der vorhandenen Gewerbeinhaber, sondern auch das des "Concessionssuchers".

Die Verwaltung mußte daher eine mehr oder weniger umfangreiche Prüfung der Rentabilitätsaussichten des geplanten Unternehmens vornehmen. Da die Bürokratie insoweit regelmäßig überfordert war, beschränkte man sich auf allgemeine Überlegungen hinsichtlich der betrieblich bedingten Ertragsaussichten und stützte sich im wesentlichen auf die Beurteilung der Gründer-Personen durch die gutachtlich zu hörenden Stadt-Magistrate bzw. die Regierungen.²⁾

1) Vollzugsweisung des Ministeriums des Innern vom 23. Juli 1834, Döllinger, a.a.O., S. 921.

2) Antrag vom 6. Januar 1854, MH 5685 (Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth); Schreiben der Regierung von Mittelfranken, K.d.L., vom 18. Dezember 1860, MH 5688 (Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl); Bericht der Regierung von Oberfranken, K.d.L., vom 27. Oktober 1853, MH 5695 (Mechan. Baumwollspinnerei Hof); Antrag vom 21. Dezember 1860, MH 5751 (Tuchfabrik Augsburg).

Entgegen der damals z.T. lebhaft geführten Diskussion über die Wirtschaftlichkeit von Aktienunternehmen im Vergleich zu Einzelunternehmen¹⁾ ging das Ministerium offenbar davon aus, daß die Organisationsform der Aktiengesellschaft sich durchaus positiv auf den Geschäftsbetrieb auswirke. Anläßlich der Übernahme der Maxhütte durch eine Aktiengesellschaft stellte das ministerielle Gutachten nämlich fest, "der Betrieb des Eisenwerks durch eine AG (sei) bei weitem vorzuziehen, da hier ein schwunghafterer Betrieb zu erwarten stehe ..."²⁾.

Teilweise wurden - wie im Fall der Spiegelglasfabrik Erlangen - detaillierte Berechnungsunterlagen verlangt.³⁾

Es gab auch Ablehnungen wegen fehlender Ertragsaussichten. Der Bergwerksbesitzer Fraenkel in Fladungen wurde auf sein Gesuch hin verbeschieden:

"Die durch das k. Bergamt veranlaßten Erhebungen über den Umfang der Bergwerksberechtigung des J. Fraenkel über die bisherige Ausbeute, künftige Bauwürdigkeit und den beiläufigen Wert seiner Kohlengruben haben (jedoch) in keiner Beziehung ein befriedigendes Ergebnis geliefert, vielmehr die finanziellen Grundlagen des projektierten Aktienunternehmens als durchaus unhaltbar herausgestellt. Das unterfertigte k. Staatsministerium ist daher nicht in der Lage, dieses Projekt zur a.h. Genehmigung zu befürworten."⁴⁾

Ähnlich erging es den Antragstellern der 2. Dampfwaschanstalt, denen das Fehlen hinreichender Betriebsunterlagen vorgehalten wurde.⁵⁾

Während die bisher angeführten Kriterien mehr oder weniger die Frage betrafen, ob die Gründung als solche erwünscht

-
- 1) Martens, Fritz, Die AG in der Kritik der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts und ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Oldenburg 1934, Diss., S. 28 ff.
 - 2) Antrag vom 23. September 1853, MH 5458.
 - 3) Kgl. Anordnung vom 27. Mai 1859, MH 5976; vgl. auch Min. Rescr. vom 19. März 1865, MH 6410 (Brauerei Miltenberg).
 - 5) Min. Rescr. vom 1. April 1867, RA 35260.
 - 4) Min. Rescr. vom 1. Dezember 1869, RA 35284.

war, gab es noch eine Reihe von Punkten, die ebenfalls einen wirtschaftspolitischen Bezug hatten, die aber darauf gerichtet waren, durch Stellung besonderer Anforderungen, das Aktienwesen inhaltlich unter Kontrolle zu halten:

b) Mindesthöhe des Grundkapitals

Den Genehmigungsakten läßt sich entnehmen, daß die entscheidende Behörde davon ausging, nur solche Unternehmen seien legitimiert, die Rechtsform der Aktiengesellschaft in Anspruch zu nehmen, deren durch die festgesetzte Höhe des Grundkapitals indizierten Finanzierungsbedürfnisse dies als notwendig und gerechtfertigt erscheinen ließen. So lesen wir im ministeriellen Gutachten vom 21. Dezember 1860 die Tuchfabrik Augsburg betreffend:

"Die Summe, mit welcher das Actien-Unternehmen begründet und in Betrieb gesetzt werden soll, ist auf den Betrag von 250.000 fl. festgesetzt, sohin von solchem Betrage, daß eine Kapitalassoziation vollkommen gerechtfertigt erscheint."¹⁾

Da der Grund für eine solche staatliche Haltung kaum in der Furcht vor einer bedrohlichen Machtballung bei den Aktiengesellschaften gewesen sein kann, dürfte die Überlegung maßgeblich gewesen sein, daß nur solche Unternehmen das Haftungsprivileg (und damit einen Wettbewerbsvorteil) erhalten sollten, deren geplante Größenordnung die besondere Form der Eigenkapitalbeschaffung unter den gegebenen Verhältnissen typischerweise erforderte.

α) Sachliche Begrenzung der Konzession

Da die aktienrechtliche Konzession inhaltlich nicht von der gewerberechtlichen getrennt wurde und da letztere

1) MH 5751.

immer nur für einen bestimmten Gewerbebezweig bzw. die Produktion bestimmter Güter erteilt wurde, war der Aktionsradius der Aktienunternehmen auch insoweit eingeschränkt.¹⁾ Wenn die staatliche Bedürfnisprüfung überhaupt einen Sinn haben sollte, konnte es bestehenden Unternehmen nicht gestattet sein, ohne weiteres den Gegenstand des Unternehmens zu verändern.

d) Begrenzung der Dauer der Konzession

Ein anderes Mittel, die Entwicklung der Aktienunternehmen unter Kontrolle zu halten, sah der Staat offensichtlich in einer zeitlichen Begrenzung der Konzession.

§ 80 Abs. IV²⁾ bestimmte: "Concessionen an anonyme Gesellschaften oder Corporationen werden übrigens nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren verliehen werden." Fehlte eine entsprechende Zeitbestimmung im vorgelegten Entwurf der Statuten, mußten die Antragsteller mit einer Aussetzung der Behandlung der Sache bis zur Behebung des Mangels rechnen.³⁾ Beschränkten sich die Rügen im wesentlichen auf diesen Punkt, wurde die Genehmigung vorbehaltlich einer Änderung erteilt.⁴⁾

Bei der Festsetzung der Dauer wurden von den staatlichen Stellen grundsätzlich maximal 50 Jahre toleriert. Der Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl wurde im Hinblick auf die im übrigen unbeanstandeten Statuten angetragen, die Dauer der Gesellschaft von 99 Jahre auf 50 Jahre zu reduzieren.⁵⁾

1) Vgl. die Überlegungen, die das Ministerium hinsichtlich der satzungsmäßigen Bezeichnung des Unternehmensgegenstandes bei der Tuchfabrik Augsburg anstellte, Antrag vom 21. Dezember 1860, MH 5751.

2) § 80 Abs. IV der Vollzugsinstruktion 1853; ähnlich § 37 Vollzugsinstruktion 1862.

3) Vgl. Min. Rescr. vom 19. März 1865, MH 6410 (Brauerei Miltenberg).

4) Antrag vom 24. September 1857, MH 5554 (Fabrik für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate in Heufeld).

5) Antrag vom 17. November 1860, MH 5688.

Die Gründung der Spiegelglasfabrik Erlangen wurde ebenfalls entgegen ihrem Antrag nur für die Dauer von 50 Jahren genehmigt.¹⁾

Daß dieser Grundsatz weitgehend befolgt wurde, bestätigt der folgende statistische Überblick.

Tabelle 5: Befristung der Genehmigungen von Aktiengesellschaften in Bayern 1834 bis 1871

Dauer der Genehmigung	Aktiengesellschaften	in % (145 = 100 %)
50 Jahre	84	58 %
länger als 50 Jahre ²⁾	36	25 %
kürzer als 50 Jahre	25	17 %

In nur 25 % der Fälle wurden Genehmigungen über eine längere Zeit als 50 Jahre ausgesprochen. In allen übrigen Fällen lag die statutenmäßig festgesetzte Dauer bei 50 Jahren oder darunter.

Zudem läßt sich feststellen, daß eine längere Zeitdauer (60, 90, 99 Jahre) hauptsächlich auch nur solchen Unternehmen zuerkannt wurde, die dem tertiären Sektor zuzurechnen sind.

Tabelle 6: Zahl der Aktiengesellschaften mit einer Konzessionsdauer von mehr als 50 Jahren nach Zeitabschnitten

Zeit	Gründungen insgesamt (1)	AGen mit Konz.- Dauer über 50 J. (2)	(2) in % von (1) (3)	darunter: industrielle AGen (4)
1834-53	25	7	28 %	---
1854-63	73	16	22 %	3
1864-71	47	13	28 %	6

1) Antrag vom 21. Mai 1859, MH 5976.

2) Incl. Konzessionen von unbestimmter Dauer.

Die Tabelle zeigt, daß der Anteil der Aktiengesellschaften mit einer über der Norm liegenden Konzessionsdauer relativ konstant zwischen 20 % und 30 % beträgt. Das sektorale Gewicht der Ausnahmen verschiebt sich im Zeitablauf allerdings zunehmend zugunsten der industriellen Aktiengesellschaften. In den ersten beiden Jahrzehnten waren es drei Eisenbahnunternehmen, eine Gasfabrik, die Münchener und Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherung sowie die Hypobank, denen man in dieser Hinsicht entgegenkam.

Im Zeitraum 1854 bis 1863 erhielten hauptsächlich Gasfabriken (11), aber auch zwei Textilunternehmen¹⁾ eine längere Dauer zugebilligt.

Im Hinblick auf die 26 Unternehmen, deren Statuten eine Dauer von weniger als 50 Jahren ausweisen, ist eine einheitliche Aussage über die Ursache (staatliche Restriktion - Umfang des Antrags der Gründer) nicht möglich.

Bei den 8 Unternehmen der Gasindustrie dürften hauptsächlich die Länge der mit den Gemeinden ausgehandelten Vertragsdauer eine Bindung bewirkt haben.

Andererseits wird etwa bei der Aktiengesellschaft für Häuserbau in Würzburg der ins Auge gefaßte Zeitpunkt der Zweckerreichung Grund für die geringe Zeitdauer von nur 15 Jahren gewesen sein.²⁾

Dafür, daß aufgrund staatlicher Restriktion die Unternehmen für eine geringere Dauer als 50 Jahren projiziert wurden, konnten im übrigen keine Anhaltspunkte gefunden werden. Dennoch läßt sich zusammenfassend sagen, daß die Bedeutung, die die Genehmigungsbehörden der Dauer der Genehmigung zumaßen, ein Unbehagen der staatlichen Stellen gegenüber der Rechtsform der Aktiengesellschaft insbesondere ihrer "Unsterblichkeit" erkennen läßt. Man erhoffte offensichtlich, durch eine Befristung die Entwicklung in den Händen zu behalten.

1) Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth, MH 5685; Kammergarnspinnerei Kaiserslautern, vgl. Rasp, Die

2. Eingriffe, die dem Schutz des redlichen Vermögensverkehrs dienen

Nach Prüfung und Billigung der volkswirtschaftlichen Zulässigkeit und Opportunität der projektierten Aktienunternehmung gehen die Genehmigungsakten auf die - im heutigen Sinn - eigentlich aktienrechtliche Seite, nämlich den Inhalt der Statuten ein.

In Anlehnung an Stützel¹⁾ kann der gemeinsame Zweck eines Großteils staatlicher Eingriffe in diesem Bereich darin gesehen werden zu verhindern, daß einzelne die Gegebenheiten einer Kapitalgesellschaft (Satzungsautonomie, Majoritätsprinzip, Geschäftsführung durch Organe, Haftungsbeschränkung sowie Übertragbarkeit der Mitgliedschaftsrechte²⁾) dazu ausnutzen, sich ohne produktive Leistung auf Kosten anderer Gewinne zu verschaffen. Stützel unterscheidet dabei zwischen folgenden vier Arten von Vermögensumschichtungen, die in einem Kapitalvereinsmodell ohne staatliches Korrektiv denkbar erscheinen:

- (1) Von der Gesamtheit der Aktionäre zu den geschäftsführungsbefugten Organen (Untreue der Geschäftsleitung).
- (2) Von den Gläubigern der Gesellschaft zur Gesamtheit der Aktionäre: Ausschüttung von Gesellschaftsvermögen ohne vorherige Gläubigerbefriedigung (Gläubigerbetrug).

(Forts. von S. 78) Aktien-Gesellschaften Bayerns, a.a.O., S. 199.

- 2) Das Unternehmen wurde dann aber bereits nach vier Jahren aufgelöst, vgl. Rasp, Die Aktien-Gesellschaften Bayerns, a.a.O., S. 225.

1) Vgl. Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration, in: Helmut Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, 2. Band, Schr. d.V.f. Sozialpolitik, N. F., Band 20, II, Berlin 1960, S. 907 ff. (948 f.).

2) Merkmale, die wie der Abriß der rechtlichen Rahmenbedingungen gezeigt hat, in Bayern bereits anerkannt seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts und bei den damaligen Aktiengesellschaften regelmäßig auch zu finden waren.

- (3) Von vergleichsweise schlechter oder absichtlich falsch informierten "outsidern" zu besser über die wirkliche Lage der Gesellschaft informierten "insidern" (Gewinne aus Monopolisierung von Informationen über die Lage der Gesellschaft).
- a) Kreditbetrug: Kreditbetrug durch Vorlage eines die Vermögenslage zu günstig darstellenden Kreditstatus.
 - b) Beim Austritt aus dem Verein (Aktienverkauf): Der austretende Anbieter des Anteilsrechts stellt die Lage des Vereins günstiger dar als es der Wirklichkeit entspricht, um den Erwerber zur Zahlung eines überhöhten Übernahmepreises zu veranlassen.
 - c) Beim Eintritt in den Verein (Erwerb von Aktien): Der Erwerber stellt die Lage des Vereins schlechter dar als es der Wirklichkeit entspricht, um den Ausscheidenden zu veranlassen, mit einem geringen Abgabepreis bzw. einer geringen Abfindung vorlieb zu nehmen.
- (4) Von Aktionären ohne maßgeblichen Einfluß auf Gesellschaftsorgane (Hauptversammlung, Aufsichtsrat, Vorstand) zu Aktionären, die kraft Satzung oder außerhalb der Satzung dahin wirken können, daß von den Organen nicht die für die Gesellschaft als Ganzes günstigsten Verträge, Satzungsänderungen usw. zustande kommen (Ausnutzung des Einflusses zur Erlangung gesellschaftsfremder Sondervorteile).

b) Auf Informationsdifferenzen beruhende Vermögensverschiebungen

Hauptaugenmerk richten die Genehmigungsakten auf die Gefahr von Vermögensverschiebungen von schlechter informierten Outsidern zu besser informierten Insidern anläßlich der Transaktion von Anteilsrechten, insbesondere also auch anläßlich der Emission.

aa) Preise der Sacheinlagen

Um solcher "Agiotage" vorzubeugen, kontrollierte man zunächst bei Gründungen zur Übernahme von bereits in Betrieb befindlichen Unternehmungen den satzungsgemäß festgelegten Preis der Übernahme des betrieblichen Vermögens durch die Aktiengesellschaft. Das Renommee der Firma und ihrer Inhaber, aber auch andere Erwägungen bestimmten die Intensität der Nachforschungen. So begnügte sich das Ministerium bei Gründung der Augsburger Maschinenfabrik AG mit der Feststellung, "nach dem damaligen Umfange der Fabrik und dem Maße ihrer unbedingt notwendigen Ausdehnung" erscheine die ins Auge gefaßte Aktiensumme "in keiner Beziehung zu hoch gegriffen, sohin auch keinerlei Anlaß zu der Annahme einer unsoliden Geld- und Börsenspekulation gegeben."¹⁾

Im Verfahren der Umwandlung der Streichgarnspinnerei Mehring wurde demgegenüber hinsichtlich des Schätzwertes der durch den Fabrikanten Marcus Pflaum eingebrachten Unternehmung der Direktor der Kammgarnspinnerei Bietigheim gutachtlich beteiligt.²⁾

Den Inhabern der Spiegelglasfabrik Erlangen verweigerte der König³⁾ sogar vorläufig die Genehmigung mit der Begründung, "ohne Einsicht des Schätzungsprotokolles und einer Übersicht der bisherigen Durchschnittsertragsberechnungen, sowie ohne Anhaltspunkte über die mutmaßliche künftige Ertragsfähigkeit dieses Unternehmens" sei "ein Urteil über dessen Solidität und Nachhaltigkeit nicht mit einiger Sicherheit zu fällen." Der König verlangte vielmehr, "diejenigen nötigen Aufschlüsse vorzulegen, so-

1) Vgl. Antrag vom 20. März 1858, MH 5489.

2) MH 5711.

3) Entgegen dem die Genehmigung befürwortenden Gutachten des Handelsministeriums.

weit sie als Grundlage dieser von Oberaufsichts wegen erforderlichen Beurteilung" dienten. "Die bloße Angabe des Schätzungswertes" reiche jedenfalls zu diesem Zweck nicht ganz aus.¹⁾

bb) Vorrechte der Gründer

Daneben wurden Statuten gerügt, die den Gründern oder ihren Erben besondere Vorteile bzw. Vorrechte einräumten und auf diese Weise den Übernahmepreis erhöhten oder auf sonstige Weise den Gründern die Inanspruchnahme gesellschaftsfremder Vorteile ermöglichten.²⁾

cc) Stückelung der Anteile

Den besten Schutz vor Agiotage sahen die staatlichen Stellen in einem möglichst kleinen Aktionärskreis, insbesondere wenn dies durch geringe Stückelung der Aktien abgesichert war und die bisherige Anlagepolitik der Anleger erwarten ließ, daß es ihnen "nicht um augenblicklichen durch Agiotage zu erzielenden großen Gewinn, sondern um dauernde Verwendung ihrer disponiblen Fonds bei einem Unternehmen" ging.³⁾

In einigen Fällen wurde eine zu weitgehende Stückelung des Aktienkapitals etwa auf Anteile kleiner als 250 bis 500 fl. untersagt und eine entsprechende Korrektur angeordnet.⁴⁾

1) Kgl. Anordnung vom 27. Mai 1859, MH 5976.

2) Vgl. Min. Rescr. vom 19. März 1865, MH 6410 (Brauerei Miltenberg); Antrag vom 21. Mai 1859, MH 5976 (Spiegelglasfabrik Erlangen). Die Einräumung lebenslänglichen Sitzes und Stimme im Ausschuß der Mechanischen Baumwollspinnerei Bayreuth für L.A. Riedinger blieb allerdings unbeanstandet; vgl. § 20 Abs. I der Statuten, MH 5685.

3) Antrag vom 20. September 1856, MH 5758 (Mechanische Weberei Haunstetten).

4) Vgl. Antrag vom 24. Oktober 1861, MH 1463 (Brauerei Pappenheim); Min. Rescr. vom 19. März 1865, MH 6410 (Brauerei Miltenberg).

Begründet wurde das damit, bei einem Betrag der einzelnen Aktien von 100 fl. etwa, könnten "viele gering bemittelte Leute veranlaßt sein,... ihre Ersparnisse hier anzulegen, und bei dem immerhin doch möglichen Falle des Mißlingens zu gefährden, während bei Statuierung höherer Aktienbeträge, etwa zu 500 fl., das ganze Unternehmen mehr auf den Bereich der größeren Kapitalisten beschränkt, die Geschäftsführung vereinfacht und bzw. auch die Intelligenz und Wirksamkeit der Generalversammlung verstärkt erscheinen würde." ¹⁾

Die Begründung läßt erkennen, daß man mit dieser Maßnahme nicht nur der Spekulation sowie möglichem Gründungsschwindel vorbeugen, sondern auch die Besitzer geringer Ersparnisse vor den Risiken des Aktienbesitzes schützen und zugleich dem Trend zur Anonymisierung der Aktiengesellschaft entgegenwirken wollte.

Die statistische Übersicht zeigt, daß es mit nur teilweisem Erfolg und dabei im Zeitablauf abnehmender Intensität gelang, der Tendenz zur starken Stückelung administrativ entgegenzuwirken.

Tabelle 7:

Zeitraum	Gründungen	AGen mit Aktienwert kleiner als 250 fl.	(2) in % von (1)
	(1)	(2)	(3)
1834-53	25	7	28 %
1854-63	73	26	35,6 %
1864-71	47	23	48,9 %
1834-1871	145	56	38,6 %

Zeitraum	von (2): Verk. u. L. (4)	(4) in % von (2) (5)	Verk. u. L. insg. (6)	(6) in % von (1) (7)
1834-53	4	57,1 %	11	44 %
1854-63	17	65,4 %	19	26 %
1864-71	7	30,4 %	9	19,1 %
1834-1871	28	50,0 %	39	26,9 %

Während der Anteil der Aktiengesellschaften, die Aktien von geringerem Nennbetrag als 250 fl. hatten, zunächst bei 28 % lag, stieg dieser Anteil bis zum Zeitraum 1864

bis 1871 auf 48,9 % an. Wie die Tabelle weiter verdeutlicht, nahm man für die stark im öffentlichen Interesse liegenden Unternehmen des Verkehrswesens und der Leuchtstoffindustrie eher die "Kleinaktie" in Kauf. Gegenüber einem Anteil der Verkehrs- und Leuchtstoff-Gesellschaften an allen Aktiengesellschaften von 26,9 %¹⁾ finden wir diese Unternehmensgegenstände bei den Unternehmungen mit Kleinaktien zu 50 % vertreten.

Die Motivierung für dieses Abgehen ist in den durchgesehenen Akten unmittelbar nicht angesprochen. Sie lässt sich aber der Tatsache entnehmen, daß bereits Art. III Satz 2 der Fundamentalbestimmungen von 1836 für Eisenbahngesellschaften bestimmte, daß Aktien unter 500 fl., mindestens jedoch 100 fl. nach Vollendung des Baus zugelassen werden konnten. Offensichtlich glaubte man für diesen Fall den Zugang zu weiteren Finanzquellen, nämlich den kleinen Ersparnissen öffnen zu können,

- weil mit Inbetriebnahme der Spekulation weitgehend die Grundlage entzogen war und
- weil die Eisenbahnunternehmen unter stärkerer staatlicher Kontrolle standen, alles in allem das Verlustrisiko für den unerfahrenen Anleger also verhältnismäßig gering erschien.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die staatlichen Bestrebungen, Publikumsgesellschaften mit kleinen Aktienbeträgen einzuschränken, gegenüber der Tendenz der Unternehmungen zur Erschließung neuer Kapitalquellen auf die Dauer nicht durchsetzen konnten.

dd) Publizität

Während man dem Schutz der ersten Aktionäre vor Übervorteilung durch eine verhältnismäßig intensive staatliche Gründungsprüfung große Aufmerksamkeit schenkte, wurden

1) Vgl. Tab. 7, Spalte 7. S. 83

die Interessen späterer Aktienerwerber sowie u.U. auch der Aktionäre am Zustandekommen realistischer Aktienkurse weitgehend vernachlässigt. Denn die Publizitätspflicht der Gesellschaften war bereits erfüllt, wenn sie in den Statuten regelten, auf welchem Wege Bekanntmachungen veröffentlicht werden sollten.

Eine Pflicht zur Veröffentlichung von über Organisatorisches hinausgehenden Daten über den Geschäftsgang wurde den Unternehmen nicht auferlegt. Wie die beharrliche - und schließlich erfolgreiche - Weigerung der Gebr. Fischer⁴⁾ zur Offenlegung ihrer Geschäftsbücher zeigt, war es den damaligen Unternehmern offenbar undenkbar, nähere Aufschlüsse über die finanzielle Entwicklung und den Geschäftsgang an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Auf dieser Grundlage dürfte auch die Bestimmung des § 13 der Kammgarnspinnerei zustandegekommen sein, wonach "alle Bekanntmachungen an die Aktionäre in Betreff des Geschäftsbetriebs und dessen Resultat ... nur in mündlicher Eröffnung des Ausschusses an die General-Versammlung" zu geschehen hatten.¹⁾

Soweit die Genehmigungsakten die Frage der Bekanntmachungen behandeln, geht es um die Frage, ob der oder die in den Statuten angegebenen Bekanntmachungsorgane für Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre (z.B. Ankündigung einer Generalversammlung) ausreichend waren, d.h. ob sämtliche Aktionäre durch diese Publikationen potentiell erreichbar waren.²⁾

Bei der Beurteilung dieses Sachverhalts muß allerdings berücksichtigt werden, daß die damals noch geringe Mobilität der Anteile³⁾ sowie die lokale Begrenzung des Krei-

1) MH 5678.

2) Bericht der Regierung von Schwaben vom 8. Dezember 1860, MH 5628 (Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl).

3) In Augsburg wurden 1856 erstmals Industri Aktien der heimischen Aktiengesellschaften an der Börse eingeführt,

4) MH 2376.

ses der Aktionäre dazu beitrugen, daß Mißstände in dieser Hinsicht in größerem Umfang wohl nicht aufgetreten sind, denen die staatliche Genehmigungspraxis hätte entgegen-treten müssen. Wenn Lieb¹⁾ bemerkt, für die Bewertung der an der Augsburger Börse notierten Dividendenpapiere sei neben der allgemeinen Lage die eigene Lage der Unter-nehmen, "die in den jeweiligen Jahresabschlüssen und Di-videndenauszahlungen zum Ausdruck kam", maßgeblich gewesen, so läßt das keinen Schluß darauf zu, inwieweit eine in-formelle Publizität an Stelle einer gesetzlich angeord-neten und formalisierten Publizität stand und sie er-setzte. Vielmehr spricht einiges dafür, daß Ausgangspunkt für die Bewertung wahrscheinlich nur die Dividendenzah-lungen waren. Das bedeutet, daß mit zunehmender Anonymi-sierung und Ausweitung des Marktes für die bayerischen Aktienwerte die negativen Auswirkungen des Fehlens von Publizitätsvorschriften für das Zustandekommen realisti-scher Aktienkurse spürbarer werden mußten.

c) Vermögensverschiebungen von Gläubigern zur
Gesamtheit der Aktionäre

aa) Das Versprechen fester Zinsleistungen

Wohl um mit den damals noch den Kapitalmarkt weitgehend beherrschenden Staatspapieren konkurrieren zu können, war es bis in die fünfziger Jahre bei den Gesellschaften fast durchgehend üblich, den Aktionären eine feste Verzinsung

(Forts. von S. 85) für die - so Lieb, die Entwicklung der Augsburger Effektenbörse 1816-1896, Augsburg 1930, S. 65 - die Augsburger Börse "der einzige Markt" war; Spenkuch, Georg, Zur Geschichte der Münchener Börse, Leipzig 1908, S. 37, berichtet, daß von den 1863 in Bayern bestehenden 91 Aktiengesellschaften lediglich 5 an der Münchener Börse notiert waren; nach Baur, Rudolf, Geschichte und Bedeutung der Börse zu München 1829-1952, Diss. München 1954, Tabellenanhang, Darstellung 24, waren es 7.

1) a.a.O., S. 64.

des von ihnen eingebrachten Kapitals zu versprechen. Lediglich darüber hinaus gehende Dividendenzahlungen sollten von den erwirtschafteten Gewinnen abhängen.¹⁾ In Anlehnung an die Praxis bei den Obligationen wurden den Aktien daher Dividenden-Coupons beigegeben, die zu dem festgesetzten Datum einzulösen waren.²⁾

Allmählich wurde man sich jedoch bewußt, daß solche Versprechungen faktisch zu einer Rückzahlung des Eigenkapitals führten, soweit die Erträge die an die Aktionäre zu zahlenden Zinslasten nicht deckten. Damit war aber die Aufrechnungseigenschaft³⁾ des Eigenkapitals zu Lasten der Fremdkapitalgeber gefährdet.

Das Ministerium untersagte daher 1853 "die Stipulierung von Zinsen zu einer gewissen Höhe" unter Berufung auf das preußische Aktiengesetz von 1843. Lediglich für den Zeitraum, "welchen die Vorbereitung des Unternehmens bis zum Anfange des vollen Betriebs erfordert", ließ man das Versprechen sog. Bauzinsen zu.⁴⁾ Aber auch hier scheint die staatliche Praxis nicht ganz ohne Ansehen der Person gehandhabt worden zu sein. Denn der entsprechende § 8 der Statuten der Augsburger Maschinenfabrik vom 30. 11. 57 passierte ohne Rüge die staatliche Kontrolle.⁵⁾ Es war schließlich die Gesellschaft selbst, die eine Änderung dieser Bestimmung initiierte, als sie 1866 im Zuge einer Revision ihrer Statuten diese Bestimmung an die Vorschriften des AdHGB anpaßte.⁶⁾

1) Vgl. §§ 8 und 10 der Statuten der Hypobank, abgedr. bei Hocker, N., Sammlung der Statuten aller Aktienbanken Deutschlands mit statistischen Nachweisen und Tabellen, Band I, Köln 1858, S. 2 ff. (3); § 5 Statuten der Tivoli-Walzmühle, abgedr. in: Beilage zum Reg. Bl. Nr. 52 vom 21. Oktober 1857, Sp. 5; § 8 Statuten der Kammgarnspinnerei Augsburg, MH 5678.

2) Vgl. das Beispiel eines "Zins-Coupons" der Tivoli-Walzmühle in: Reg. Bl., a.a.O., Sp. 23 f.

3) Vgl. dazu Raettig, a.a.O., S. 34.

4) Antrag vom 18. November 1853, MH 5695 (Mechanische Baumwollspinnerei Hof).

5) Ebenso § 8 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, MH 5751;

bb) Rücklagenbildung und Abschreibungspraxis

Der Sicherung der Gläubiger im Fall anhaltend schlechter Ertragslage diente neben anderen Zielen auch die Aufmerksamkeit, die die staatlichen Stellen den Bestimmungen über die Anlegung eines sog. Reservefonds bzw. den Vorschriften über die Abschreibung zuwendeten. Wie die erwähnte Übung hinsichtlich fester Zinsleistungen, aber auch die Ausschüttungspraxis vieler Unternehmen bestätigt, waren die Aktionäre regelmäßig mehr an Ausschüttungen als an Einbehaltung, Selbstfinanzierung und am internen Unternehmenswachstum interessiert.¹⁾ Da die Bewertung der Anteilsrechte zudem stark von der Höhe der Dividende beeinflußt war, sahen sich die staatlichen Stellen auch hier veranlaßt, zugunsten der Gläubiger, aber auch zugunsten der Aktionäre und Beschäftigten zu verlangen, daß Rücklagen gebildet und Abschreibungen in bestimmter Höhe getätigt wurden.

Noch unter dem Eindruck des starken Absatzrückgangs in der Krise um das Jahr 1848 rügte das Ministerium gegenüber den Gründern der Fichtelbach AG, daß die Bildung eines "Reservefonds" nicht vorgesehen sei. Die Notwendigkeit eines solchen ergebe sich aber aus der Tatsache, daß

(Forts. von S. 87) Art. 9 Statuten der Maxhütte, MH 5614; §§ 6, 29 Statuten der Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl, MH 5688; § 8 Statuten der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Kempten, MH 5702.

6) Vgl. Art. 217 AdHGB.

1) Vgl. die ausschüttungsfreudige Dividendenpolitik der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg, die erst Anfang der siebziger Jahre einer Neubesinnung Platz machte, Haßler, a.a.O., S. 93; kritisch zur Ausschüttungspolitik der Aktiengesellschaften bereits Wieck, F.G., Industrielle Zustände Sachsens, Chemnitz 1839/1840, S. 391.

"die Fabrikunternehmen und mit ihnen die Fabrikbevölkerung sehr in der Zunahme begriffen" seien, "was namentlich bei unruhigen Zeiten immerhin bedenklich" erscheine, "da hier in der Regel der Verkehr und der Absatz der Fabrikate strikt und die Arbeiter beschäftigungslos" würden, "wenn die Fabrik wegen Mangels eines entsprechenden Reservefonds außer Stand" sei, "auf Vorrat arbeiten zu lassen und ihre Arbeiter auch in solchen Zeiten zu beschäftigen."¹⁾

cc) Erwähnung der Eigenschaft einer juristischen Person in der Firma

Martin stellt in seinem Aufsatz über frühindustrielle Aktiengesellschaften fest, die Erlaubnis zur Gründung einer Aktiengesellschaft habe einen für heutige Verhältnisse kaum vorstellbaren Eingriff in die Unternehmensordnung der Frühindustrialisierung beinhaltet:

"Seit Jahrhunderten hatte ausnahmslos der Grundsatz bestanden, daß ein Schuldner mit seinem gesamten Vermögen zu haften habe. Geschäftsverbindungen kamen daher im allgemeinen erst zustande, wenn der gut Ruf des präsumtiven Partners durch die Empfehlung eines bereits bekannten Geschäftsfreundes befestigt worden war."²⁾

Es scheint daher, daß die bayerischen Konzessionsbehörden in erster Linie den Schutz der Gläubiger der Aktiengesellschaften im Auge hatten, wenn sie verlangten, daß in der Satzung deutlich zum Ausdruck gelangen müsse, daß der Gesellschaft die Eigenschaft einer juristischen Person zukomme.

Tatsächlich verfolgte man damit - wie die ministeriellen Begründungen ergeben - jedoch den Zweck, die Aktiengesellschaften mangels einer gesetzlichen Regelung nicht der Gefahr auszusetzen, "von den Gerichten nach den Grundsätzen über die civilrechtlichen Sozietäten behandelt

- 1) Antrag vom 19. Juni 1852, MH 5750; ähnlich die Stellungnahme der Regierung von Schwaben vom 26. Januar 1858, MH 5489, zum Statutenentwurf der Augsburger Maschinenfabrik, in der die Bildung eines Reservefonds aus denselben Gründen anerkennend konstatiert wird; vgl. ferner Min. Rescr. vom 19. März 1865 MH 6410 (Brauerei Miltenberg).
- 2) Martin, Paul C., Frühindustrielles Gewerbe in der Rechtsform der AG, in: Schr. d. Vereins f. Socialpolitik, N.F., Bd. 63 (1971), S. 195 ff. (189).

und hienach mit Anständen aller Art überhäuft zu werden."¹⁾ Nicht der Gläubiger, sondern die Gesellschaft erschien schutzbedürftig, wenn die a.h. Genehmigung einmal vorhanden war. Offensichtlich fürchtete man, daß die Gerichte den von den staatlichen Stellen akzeptierten Schritt zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung aus dogmatischen Gründen nicht nachvollziehen und damit das Haftungsprivileg von dieser Seite her aushöhlen würden.²⁾

d) Interessebedingte Vermögensverschiebungen

aa) Stimmrechtsbeschränkung

In den untersuchten Genehmigungsakten nicht erwähnt, wohl aber in den meisten Statuten enthalten³⁾ ist ein Grundsatz, der bereits in den Fundamentalbestimmungen von 1836⁴⁾ Eingang gefunden hatte. Danach sollte das Stimmrecht nicht "nach arithmetischer Berechnung des Aktienbesitzes, sondern nach Quoten desselben festgesetzt werden", so daß nicht ein einzelner Aktionär Beschlüsse majorisieren könne (Art. VIII).

Dieser Grundsatz, der in spätere gesetzliche Regelungen nicht übernommen worden ist, dürfte im betrachteten Zeitraum bis 1871 wesentlich dazu beigetragen haben, "in-

1) Antrag vom 18. November 1853, MH 5695 (Mechanische Baumwollspinnerei Hof) ; ähnlich: Antrag vom 27. Juli 1856, MH 5614 (Kunst-Guano-Fabrik Augsburg).

2) Siehe oben S.24 f.

3) Vgl. § 14 Statuten der 2. Dampfwaschanstalt (RA 35260); Art. 10 Statuten der Maxhütte (MH 5458); § 4 Statuten der Fabrik für chem. und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate (MH 5554); § 11 Statuten der Kunst-Guano-Fabrik Augsburg (MH 5614); § 13 Statuten der Mechn. Baumwollspinnerei Bayreuth (MH 5658); § 13 Statuten der Baumwollspinnerei am Teufelsberg (MH 5697); § 11 Statuten der Runkelrübenzuckerfabrik Regensburg, und Straubing (MH 6055); § 15 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, MH 5751.

4) Lechner, a.a.O., S. 26.

teressebedingte" ¹⁾ Aktienwanderungen zu verhindern. Unter interessebedingten Aktienbewegungen sind solche Transaktionen zu verstehen, die durch Unterschiede im Interesse einzelner Aktionäre am Aktienbesitz ausgelöst sind, und zwar durch solche Unterschiede, die durch das Aktienrecht selbst, nicht durch Informationsdifferenzen geschaffen sind. Ein solches Interessegelände besteht insbesondere dann, wenn das Aktienrecht Aktionären ab einer bestimmten Beteiligungshöhe einen Einfluß auf die Geschäftsführung einräumt, der es ihnen ermöglicht, gesellschaftsfremde Sondervorteile zu erlangen.

Die Statuten der betrachteten bayerischen Aktiengesellschaften weisen in der Regel ein Stimmrechtsmaximum von zwischen 5 und 10 Stimmen pro Aktionär aus. Eine Majorisierung durch einen einzelnen Aktionär war damit satzungsmäßig ausgeschlossen. Die Runkelrübenzuckerfabrik in Regensburg und Straubing gewährte sogar pro Aktionär maximal nur eine Stimme. ²⁾

Die Satzung der Kammgarnspinnerei stellte zwar fest, "die Vereinigung der Stimmenanzahl durch einen Aktionär" sei unbeschränkt, ließ dies jedoch nur insoweit als wirksam gelten, "als niemals ein einzelner Aktionär durch die in ihm vereinigten Stimmen alle übrigen Anwesenden für sich allein überbieten" könne, "vielmehr allen anderen gegenüber jedenfalls die Minorität" bilde. ³⁾

Auch bei dieser Gesellschaft war also eine Majorisierung durch einen einzelnen Mehrheitsaktionär noch ausgeschlossen.

Die Stimmrechtsbegrenzung hatte mitunter einschneidende Auswirkungen. Da laut Satzung der Ludwigs-Kanal-Gesellschaft der Besitz von mehr als 36 Aktien keinen Stimm-

1) Stützel, a.a.O., S. 959

2) MH 6055.

3) § 14, MH 5678.

rechtszuwachs gewährte, sah sich der Staat gezwungen, seinen Aktienbesitz von 40 % auf 100 % zu erhöhen, um nicht durch das Veto einzelner Aktionäre behindert zu sein.¹⁾

bb) Fungibilität der Anteile

Folgt man den zeitgenössischen Kritikern, so kam es dennoch vielfach zu Umgehungen, die den Sinn dieser Vorkehrungen aushöhlten.²⁾ Mevissen, ein bekannter Bankier des vorigen Jahrhunderts, sah Schutz hier nur in einer Verbindung von Stimmrechtsbegrenzung und Namensaktie.³⁾ Die staatlichen Stellen haben in Bayern jedoch keinerlei Einfluß zugunsten der Namensaktie als grundsätzlichem Übertragungsprinzip geltend gemacht, so daß sie von untergeordneter Bedeutung blieb. Ein statistischer Überblick bestätigt diese Feststellung:

Tabelle 8: Fungibilität der Anteile; Verteilung nach Inhaber-, Namensaktien und wahlweiser Ausstellung. Die Prozentsätze bezeichnen die Anteile an sämtlichen erfaßten Aktiengesellschaften des Zeitraums

Zeit	Gründungen	davon: erfaßt	Inhaber- aktien	wahlweise Ausstellung
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1834-53	25	18	5 (27,8 %)	8 (44,4 %)
54-63	73	66	30 (45,5 %)	24 (36,4 %)
64-71	47	46	28 (60,9 %)	6 (13,0 %)
Sa.:	145	130	63 (48,5 %)	38 (29,2 %)

Zeit	(4) + (5)	Namensaktien
	(6)	(7)
1834-53	13 (72,2 %)	5 (27,8 %)
54-63	54 (81,8 %)	12 (18,2 %)
64-71	34 (73,9 %)	12 (26,1 %)
Sa.:	101 (77,7 %)	29 (22,3 %)

1) Vgl. Schanz, Georg, Der Donau-Main-Kanal und seine Schicksale, Bamberg 1894, S. 189, Anm. 208.

2) Vgl. Bericht der Handels- u. Gewerbekammer zu Zittau

Im Zeitablauf ist ein stetiger Zuwachs der Unternehmen mit auf Inhaberpapiere beschränkten Anteilsrechten zu erkennen. Es signalisiert dies eine Tendenz zur stärkeren Mobilisierung der Anteile, damit aber auch zugleich zu einer verstärkten Anonymisierung.

3. Die innere Organisation - Trennung von Eigentum und Unternehmensleitung

Ebenso wie das AdHGB enthielt sich auch die Genehmigungspraxis in Bayern weitgehend der Bevormundung in Bezug auf die innere Organisation der Unternehmungen. Sie achtete - entsprechend der Eisenbahnverordnung von 1855¹⁾ - darauf, daß hinsichtlich der wichtigsten organisatorischen Fragen Bestimmungen in die Statuten aufgenommen wurden, stellte es den Unternehmen aber frei, wie das geschah. So vertrat die Regierung von Mittelfranken in einem Bericht vom 29. Oktober 1858 die Ansicht, "daß in Ermangelung positiver gesetzlicher Normen über Aktiengesellschaften die Bestimmungen über Gesellschaftssatzungen zunächst den Unternehmen selbst zu überlassen sei." Abänderungen schienen ihr nur dann "vom Standpunkt der staatlichen Genehmigung aus angezeigt, wenn die Sicherheit des Unternehmens, das öffentliche Interesse" solches gebiete.²⁾

(Forts. von S. 92) 1876, zit. nach Grossfeld, Bernhard, Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionär, Diss. Tübingen 1963, S. 120; vgl. auch Lauenstein, a.a.O., S. 18; Martens, a.a.O., S. 16; Hansen, J., G. Nevisson, Band II, Berlin 1906, S. 535.

3) Vgl. ebd.

1) Reg. Bl. Nr. 30 vom 2. Juli 1855, Sp. 659.

2) MH 5976 (Spiegelglasfabrik Erlangen).

Und der Gutachter des Handelsministeriums sprach sich am 4. September 1861 ebenfalls für eine möglichst freie Gestaltung der inneren Angelegenheiten der Aktiengesellschaften aus, "soweit nicht staatspolitische Erwägungen" entgegenstünden.¹⁾

Aus staatspolitischen Erwägungen nicht erwünscht sah man offensichtlich eine zu starke Trennung von Eigentum und Unternehmensleitung an. Wie schon die erwähnten Bestrebungen; die einzelne Aktiengesellschaft überschaubar und zahlenmäßig klein zu halten, gezeigt hat, wollte man die Eigentümer an die Leitung der Unternehmung binden. Die Geschäftsführung sollte dadurch unkompliziert bleiben und "Intelligenz und Wirksamkeit der GV verstärkt" sein.²⁾ Wenn andererseits schon eine Delegation von Befugnissen von den Eigentümern zur Unternehmensleitung erforderlich war oder gewünscht wurde, so sollte diesen besonderen Befugnissen ein besonderes finanzielles Engagement entsprechen.³⁾

In den nachfolgend aufgeführten Unternehmungen war der statutenmäßig erforderliche Aktienbesitz für die Ausschußmitglieder wie folgt angegeben:

Gesellschaft	Notwendiger Aktienbesitz pro Ausschußmitglied
Maxhütte ⁴⁾	10.000 fl.
Südchemie ⁵⁾	10.000 fl.
Maschinenfabrik Augsburg ⁶⁾	5.000 fl.
Kammgarnspinnerei Augsburg ⁷⁾	5.000 fl.
Tuchfabrik Augsburg ⁸⁾	2.500 fl.

1) Antrag vom 4. September 1861, MH 5697 (Baumwollspinnerei am Teufelsberg); in Zweckmäßigkeitsfragen übte man Zurückhaltung, vgl. Antrag vom 1. Juni 1869, MH 5615 (Dün-
gerfabrik Kaiserslautern).

2) Antrag vom 24. Oktober 1861, MH 1463, (Brauerei Pappenheim).

3) Vgl. Min. Rescr. vom 6. März 1858, Staatsarchiv München, RA 35.427.

4) Art. 24, MH 5458.

5) Art. 11 Abs. IV, MH 5554.

6) § 27, MAN-Archiv Augsburg.

7) Die Ausschußmitglieder mußten Aktionäre sein, § 18,

Derart hoch gesetzte Voraussetzungen der Wählbarkeit hatten jedoch die unerwünschte Folge, daß fähige Manager ausgeschlossen waren, wenn es ihnen am erforderlichen Besitz fehlte. Die Fabrik für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate sah sich deshalb gezwungen, bereits 1861 - vier Jahre nach ihrer Gründung also - dem Ministerium eine Statutenänderung vorzulegen, die den erforderlichen Mindestbesitz an Aktien von insgesamt 10.000 fl. auf 5.000 fl. Nennwert herabsetzte.¹⁾

Das Ministerium hatte gegen die Begründung keine Einwände, wonach die aus erhöhter Geschäftstätigkeit sich ergebende erweiterte Geschäftsaufgabe Anlaß gebe, "technisch und merkantilistisch befähigte Persönlichkeiten" heranzuziehen, "welche den ausgedehnten Betriebsverhältnissen gewachsen sind."²⁾

Auf Bedenken gegen eine Trennung von Haftung und Verantwortlichkeit innerhalb der Unternehmung läßt auch die Rüge des Ministeriums an den von der Torfpreßaktiengesellschaft vorgelegten Satzungsbestimmungen erkennen. Es wird nämlich festgestellt, die Statuten enthielten eine zu weitgehende Delegation der Befugnisse auf den Geschäftsführer, einen Angestellten der Unternehmung, der nach damaliger Praxis regelmäßig hauptsächlich für den technischen und verwaltungsmäßigen Ablauf verantwortlich war.³⁾

(Forts. von S. 94) MH 5678.

8) § 27, MH 5751.

1) Vgl. Antrag vom 12. Juni 1862, MH 5554.

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Min. Rescr. vom 6. März 1858, RA 35427.

4. Sozialpolitische Auflagen

Nicht nur auf dem unmittelbar ökonomischen Feld, sondern auch auf dem der sozialen Vorsorge wurde die Rechtsform der Aktiengesellschaft zum Modellfall für neue Organisationsformen.

Der (trotz Befristung der Konzession) prinzipiell auf Dauer angelegte Charakter der Aktiengesellschaft sowie die durchwegs breitere finanzielle Grundlage und Unabhängigkeit von der Person der Eigentümer boten es an, im Rahmen dieser Unternehmensform zunächst auf betrieblicher Ebene die soziale Sicherung zu institutionalisieren.

Schon bald - mindestens seit Gründung der mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei im Jahre 1837 - wurde die Erteilung der königlichen Genehmigung von der Errichtung einer betrieblichen Krankenkasse sowie einer Pensionskasse abhängig gemacht.¹⁾

Unterließen es die Gründer, ihrem Statutenentwurf die Satzung einer entsprechenden betrieblichen Einrichtung beizufügen, wurde entweder die Genehmigung bis zur Behebung dieses Mangels ausgesetzt²⁾ oder aber nur unter einer entsprechenden Bedingung erteilt.³⁾ Die Statuten dieser betrieblichen Einrichtungen bedurften dann noch ihrerseits der königlichen Genehmigung.⁴⁾

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 22; 187 ff., 196 ff.

2) Vgl. Min. Rescr. vom 26. Juni 1866, RA 35260 (1. Dampfwaschanstalt); Min. Rescr. vom 24. November 1860, MH 5688 (Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl).

3) Vgl. Min. Rescr. vom 6. März 1858, RA 35427 (Torfpreßgesellschaft); Antrag vom 6. Januar 1854 MH 5685 (Mech. Baumwollspinnerei Bayreuth); Min. Rescr. vom 19. März 1865, MH 6410, (Brauerei Miltenberg); Antrag vom 27. Juli 1856, MH 5614 (Kunst-Guano-Fabrik Augsburg).

4) Bericht der Regierung von Mittelfranken, vom 8. Dez. 1860, MH 5688 (Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl).

Angeregt durch einen Informationsbesuch bei der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei sowie der Kammgarnspinnerei hatte König Maximilian II durch Schreiben vom 9. Mai 1851 an das Innenministerium die Satzungen der Wohlfahrtseinrichtungen dieser Unternehmungen für beispielhaft erklärt¹⁾, so daß anzunehmen ist, daß dies im wesentlichen der Maßstab war, an dem die späteren Entwürfe gemessen wurden. Hinsichtlich der Organisation bestand allerdings relative Freiheit.

Beispielhaft soll hier kurz die Konstruktion der Institutionen sozialer Sicherung bei der Tuchfabrik Augsburg nachgezeichnet werden. Organisatorisch wurde die Kranken- und Altersversorgung von zwei von der Aktiengesellschaft rechtlich unabhängigen Vereinen, dem "Kranken-Unterstützungs-Verein" und dem Pensions-Verein getragen. Für jeden "in der Fabrik mit monatlichem Salaire oder täglichem Lohne Angestellte(n)" bestand Beitrittspflicht.

Die Mitglieder des Kranken-Unterstützungs-Vereins hatten gegen einen Beitrag von maximal ca. 2 % des Verdienstes Anspruch auf eine tägliche Unterstützung von 20 oder 10 Kreuzern je nach Höhe der geleisteten Beiträge.²⁾

- Der Anspruch auf Unterstützung war ausgeschlossen,
- bei Krankheiten mit einer Dauer von weniger als drei Tagen sowie bei Krankheitsdauer von länger als 3 Monaten,
 - bei chronischen Leiden, die bereits bei Eintritt in das Unternehmen bestanden,
 - bei selbst verschuldeten Leiden sowie bei
 - Schwangerschaften und Entbindungen, "dann bei Ledigen die aus solchen Zuständen gefolgt Krankheiten."

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 188.

2) Art. 1 und 2 der Statuten, MH 5751.

Verwaltung der Kasse und jährliche Abrechnung waren dem Fabrik-Comptoir übertragen. Dem Ausschuß, einem Gremium aus sämtlichen Meistern sowie 5 vom Geranten - aus einer Gruppe von 10 von der Belegschaft gewählten Kandidaten - ausgesuchten Delegierten, oblag die Rechnungsprüfung sowie die Beratung des Geranten in Ermessensfällen. Die "endgiltige Entscheidung" stand aber hinsichtlich aller dem Ausschuß übertragenen Aufgaben dem Geranten zu.¹⁾ Dieser hatte auch das Recht für den Fall, daß die Beiträge zur Deckung der laufenden Unterstützungszahlungen nicht ausreichten, die Beiträge zu erhöhen.²⁾

Anders als beim Kranken-Unterstützungs-Verein sollten die Leistungen des Pensionsvereins nicht aus den laufenden Beiträgen, sondern den Zinsen eines im Laufe von 10 Jahren seit Gründung aus verschiedenen Quellen zu bildenden Kapitalstocks geleistet werden. Der Beitragssatz lag bei 1,7 % des jeweiligen Verdienstes.

Anspruchsvoraussetzungen waren im wesentlichen:

- Arbeitsunfähigkeit sowie
- mindestens fünfjährige Betriebszugehörigkeit, soweit nicht ein Betriebsunfall Ursache der Arbeitsunfähigkeit war.

Die Höhe der zu gewährenden Pensionsleistungen sollten jeweils vierteljährlich im voraus je nach "dem Stande der Kasse" vom Geranten festgesetzt werden, wobei im Einzelfall

- die Höhe der geleisteten Beiträge,
- der Grad der Arbeitsunfähigkeit sowie
- die Art der Ursache (durch Betriebsunfall bedingte oder sonstig veranlaßte Arbeitsunfähigkeit) zu berücksichtigen waren.³⁾

1) Nach Ermessen des Geranten konnte neben der Kranken-Unterstützung auch außerordentliche Unterstützung in "besonderen oder sonst dringenden Fällen" gewährt werden; Art. 5 Abs. II, a.a.O.

2) Art. 8, a.a.O.

3) Art. 5 und 4, a.a.O.

Die Mittel des Kapitalstocks sollten auf Beschluß des Gesellschafts-Ausschusses "nach den für Stiftungskapitalien bestehenden Vorschriften" verzinslich angelegt werden.¹⁾ Das bedeutet, daß bei der Tuchfabrik Augsburg im Gegensatz zu anderen Unternehmungen, der Kapitalstock dieser Kasse der Unternehmung nicht als Kapital für unternehmerische Investitionen zur Verfügung stand. Die Unternehmung beteiligte sich mit jährlich 200 fl. an der Finanzierung der Pensionskasse.

Wenngleich die Einrichtung derartiger Institutionen der sozialen Sicherung auch bei Unternehmungen anderer Rechtsform anzutreffen war²⁾, bot die Organisationsform der Aktiengesellschaft doch in erster Linie die Gelegenheit, auf diesem Gebiet - unter staatlicher Aufsicht - Erfahrungen im größeren Umfang zu sammeln. Wesentliche Elemente der sozialen Sicherung: Schutz bei Krankheit, Unfall und im Alter, wie sie später in die Sozialgesetzgebung des Reiches eingehen sollten, waren hier wenn auch in unvollkommener Weise berücksichtigt.

Nach dem Urteil Graßmanns waren dann auch "bei Ausarbeitung der Versicherungsgesetze die Erfahrungen der hiesigen Industrien von großem Nutzen, wenn auch nicht ausschlaggebend".³⁾

1) Art. 8, a.a.O.

2) Vgl. die Übersicht bei Graßmann, a.a.O., S. 194 ff.

3) Graßmann, a.a.O., S. 222.

D. Die innere Struktur der frühindustriellen Aktiengesellschaften nach ihren Statuten

Anhand einiger ausgewählter Beispiele sollen nunmehr für die Einschätzung der Bedeutung der Rechtsform relevante Besonderheiten in den Satzungsbestimmungen der frühindustriellen Aktiengesellschaften aufgezeigt werden. Da ab 1870 die Gesetzgebung in der oben dargestellten Art zunehmend Einfluß auf die innere Organisation der Aktiengesellschaft genommen hat, sollen an dieser Stelle Satzungen aus der Periode untersucht werden, in der der staatliche Einfluß auf die innere Organisation noch gering, die Gestaltungsfreiheit also noch relativ groß war.¹⁾

I. Aktien, Aktionäre und Gewinnermittlung

Beschränkungen des Aktienerwerbs auf bestimmte Personengruppen konnten im untersuchten Zeitraum nicht aufgefunden werden. Auf besonderen Wunsch der Staatsführung hin wurden allerdings bei der Gesellschaft für Zuckerfabrikation in Regensburg (gegr. 1837) sowie der im gleichen Jahr gegründeten Tivoli-Walzmühle statutenmäßig ein Anteil von 40 % bzw. 31 % der Aktien den Landwirten bzw. Müllermeistern vorbehalten.²⁾

Auch die Beschränkung der Übertragbarkeit der Anteilsrechte durch Ausstellung von Namensaktien war von nur untergeordneter Bedeutung. Die oben gegebene Übersicht³⁾

- 1) Soweit einzelne Aspekte auch hier Gegenstand staatlicher Einflußnahme waren, sind sie oben bereits diskutiert und werden hier nur am Rande erwähnt.
- 2) § 2 der Statuten der Gesellschaft für Zuckerfabrikation in Regensburg, vgl. Schreiben der Gründer vom 12. Juni 1837, MH 6055; § 4 Statuten der Ludwigs-Walzmühle Tivoli, Beilage zum Reg. Bl. Nr. 52 vom 21. Oktober 1837, S. 4.
- 3) Vgl. Tabelle 8, S. 92.

bestätigt dies. Von 18 erfaßten Unternehmen des Zeitraums 1834 bis 1853 z.B. sahen lediglich 5 die alleinige Ausstellung von Namensaktien vor. Auch in den darauf folgenden Jahren bleibt dieser Anteil auf einem etwa gleich niedrigen Stand.

Grundsätzlich wurden bei allen Aktiengesellschaften nur Aktien mit einem bestimmten Nennwert ausgegeben. "Die eingezahlten Gelder" konnten "niemals zurückgefordert werden".¹⁾ Damit war satzungsmäßig festgestellt, daß das Reinvermögen der Gesellschaft bis zur Höhe des Aktienkapitals den Herausgabeansprüchen der Eigentümer entzogen war.²⁾ Trotzdem war die Garantiefunktion des Grundkapitals noch nicht immer deutlich erkannt.

Um den Gründer der Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung in Bamberg, L.A. Riedinger, von einem Aktienpaket in Höhe von 80.000 fl. zu befreien, das dieser selbst nur mit Hilfe eines persönlichen Darlehens finanziert hatte, entschloß sich die Gesellschaft im Jahre 1857 zum Rückkauf dieser Aktien.

Die Mittel zur Abfindung Riedingers wurden mit Hilfe eines Darlehens bei der Staatsbank in Nürnberg beschafft, deren Darlehensansprüche nunmehr an die Stelle der abgelösten Beteiligungsrechte traten.³⁾ Denn bei Rasp ist der Angabe über die Höhe des Grundkapitals die Bemerkung hinzugefügt, dieses "bestehe aus":

1) So § 7 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, MH 5751.

2) Zur Problematik des Versprechens fester Zinsleistungen an die Aktionäre, vgl. oben S. 86 f..

3) O.V., Hundert Jahre Bamberger Gas; 1855 - 1955, Historie und Prosa im Dienst der Technik. Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Bamberger Gaswerkes. Bamberg 1955 (Zitierweise: Hundert Jahre Bamberger Gas), S. 50.

- "- 70.000 fl. in 350 Aktien à 200 fl.,
- 60.000 fl. Kapital, mit welchem sich die Stadt Bamberg betheiligt hat und
- 80.000 fl. Hypothekenkapital, welches letzteres durch Amortisation bereits auf 66.000 fl. herabgesunken ist."

Im Ergebnis wurde also durch mehrere Transaktionen ein Teil des Grundkapitals in Fremdkapital umgewandelt, ein Vorgang, der die Aufrechnungsfähigkeit des Eigenkapitals erheblich in Frage stellte. Offensichtlich nahm man aber angesichts der guten Geschäftslage keinen Anstoß an diesem Vorgehen.

Bei der Ludwigswalzmühle Tivoli bei München ist der Beteiligungscharakter der Aktie schon in den Statuten nicht deutlich zu erkennen. Der Gründer Chr. A. Erich behielt sich nämlich den Rückkauf der Aktien nach einer Frist von sechs Jahren vor.¹⁾ "Zur Ersparung von Weitläufigkeiten und Kosten" verzichtete er zudem auf eine Über-eignung der von ihm einzubringenden Sacheinlagen (Grundstücke) an die Gesellschaft und versprach den Aktionären zur Sicherheit die Bestellung einer Hypothek in Höhe der Aktiensumme.²⁾

Die Einzahlung des Aktienkapitals wurde unterschiedlich gehandhabt. Die Fundamentalbestimmungen von 1836 sahen z.B. in Art. IV vor, daß bei Zeichnung der Subskriptions-summe nach Ermessen der Gesellschaft 1 % bis 5 % des Betrages zur Deckung der "Initiativkosten" einzuzahlen war.³⁾ Nach dem definitiven Beschluß der Bauausführung sollten weitere 10 % fällig sein. Der Rest sollte je nach Bedarf auf Verlangen der Gesellschaft in der Höhe einbezahlt werden, daß mindestens 5 % des Aktienkapitals wäh-

1) § 8 der Statuten, a.a.O.

2) § 1, a.a.O.

3) Vgl. Lechner, a.a.O., S. 26.

rend der gesamten Bauzeit als Reserve "in Kassa" zur Verfügung standen.

Die Statuten der Tivoli-Walzmühle sahen demgegenüber vor, daß die "Einzahlung der Actien" in "zwei Abtheilungen" zu geschehen habe, und zwar sollte die erste Hälfte am 1. Dezember, die zweite Hälfte am 31. Dezember 1837 zu bezahlen sein.¹⁾

Bis zur vollen Einzahlung des Aktienbetrages wurden den Subskribenten an Stelle von Aktien sog. Interimscheine ausgehändigt.²⁾

Da den Aktionären zunächst noch regelmäßig die Zahlung eines festen Zinses versprochen war, wurden die Aktien-Zertifikate mit Zins-Coupons versehen, die zur Entgegennahme von Zins und Dividende berechtigten.³⁾

In der Rechnungsführung wurden dementsprechend die festen Zinszahlungen als Kostenbestandteil behandelt.⁴⁾

Dem verbleibenden "Netto-Gewinn" wurden zunächst die dem Geranten und anderen Angestellten versprochenen Tantiemen entnommen. Vom Rest ("Aktiv-Überschuß") erhielt 5 % der Ausschuß, 10 % wurden einem Reserve-Konto gutgeschrieben und der alsdann verbleibende Rest kam als Dividende zur Verteilung unter die Aktionäre.⁵⁾

1) § 12 der Statuten, a.a.O.

2) § 8 Statuten der München-Augsburger Eisenbahngesellschaft, abgedr. bei: Döllinger, a.a.O., S. 2233-2243.

3) § 8 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, MH 5751.

4) § 35, a.a.O.

5) Einen ungewöhnlichen Verteilungsmodus hatte sich der Gründer der Tivoli-Walzmühle ausbedungen. Über die garantierten 5 Prozent Jahreszinsen hinaus sollten die Aktionäre weitere 3 Prozent Dividende erhalten. "Der diese 8 Procente über steigende Rest des Gewinns sollte ihm und seinen Mitinteressenten für den Mitgenuß unseres Privilegiums, die Ausführung unseres Mahlsystems und die Zinsen-Garantie, so wie für die obere Geschäftsleitung" verbleiben. Vgl. § 7 der Statuten, a.a.O.

Die Verteilung des Ertrages unter die Aktionäre wurde jedoch ausgesetzt, wenn die Generalversammlung auf Antrag des Ausschusses die Erhöhung der Reserven beschlossen hatte oder die Dividende 5 % des Aktienkapitals überstieg und das Reserve-Konto noch nicht 20 % des Aktienkapitals betrug.¹⁾

Bei Verlusten wurden zunächst das Reserve-Konto, bei Erschöpfung desselben das Gewinn- und Verlust-Konto belastet.²⁾ Zinsen wurden allerdings nur bis zur Erschöpfung des Reservekontos geleistet. Aus diesem Grund nicht bezahlte Zinsen sollten in gewinnbringenden Jahren nachgezahlt werden.³⁾

Nach den Vorstellungen der Satzungsgeber dieser Unternehmung war demnach der jährlich erwirtschaftete Vermögenszuwachs in der Regel bis zu einem Anteil von 10 % dem Dividendenanspruch der Aktionäre entzogen. Bei fünf aufeinander folgenden Verlustjahren hatte die Generalversammlung automatisch über die Liquidation bzw. den Fortbestand der Unternehmung zu entscheiden.⁴⁾

Das Stimmrecht der Aktionäre in der Generalversammlung wies - wohl mit Rücksicht auf Art. VIII der Fundamental-Bestimmungen von 1836⁵⁾ - zur Zeit des Konzessionssystems regelmäßig zwei Besonderheiten auf. Zunächst war die Wahrnehmung einer Stimme an den Besitz einer bestimmten Anzahl von Aktien - häufig 5 Aktien - gebunden.⁶⁾ Inhaber einzelner Aktien konnten sich bei Vereinigung der Mindestanzahl einen "Repräsentanten aus ihrer Mitte bestellen und durch diesen eine Stimme ausüben."⁷⁾

1) § 36 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, MH 5751.

2) § 37, a.a.O.

3) § 38, a.a.O.

4) § 39, a.a.O.

5) Lechner, a.a.O.

6) § 15 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, a.a.O.

7) ebd.

Besonders ausgeprägt und damit Zeichen einer sehr aristokratischen Verfassung war das Quorum der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Lediglich die 40 größtbe- teiligten Aktionäre hatten Stimmrecht im Bank-Ausschuß, dem letztinstanzlichen Willensbildungsorgan der Gesell- schaft.¹⁾

Nach oben war das Stimmrecht andererseits durch einen un- unterschiedlichen Stimmenplafond begrenzt.²⁾ Der Anreiz zu interessebedingten Aktienbewegungen dürfte hierdurch stark reduziert worden sein.³⁾

II. Die organisatorische Struktur der Unternehmensspitze

Anhand der Statuten der Tuchfabrik Augsburg (gegr. 1860), die noch vor Einführung des AdHGB genehmigt wurden, soll nunmehr die Funktionsteilung demonstriert werden, wie sie von vielen Gesellschaften dieser Zeit in ähnlicher Weise gehandhabt wurde.

Die Gesellschaft wurde durch drei Organe vertreten: Die Generalversammlung, den Ausschuß sowie die Geschäftslei- tung (Geranten).

a) Die Generalversammlung repräsentierte die Gesamtheit der Aktionäre (§ 12). Sie wurde alljährlich einmal nach Ablauf des Rechnungsjahres sowie dann einberufen, wenn der Ausschuß es für notwendig hielt oder Aktionäre mit einem Aktienbesitz von mindestens einem Drittel des ge- samten Aktienkapitals dies schriftlich beantragt hatten (§ 13).

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 138; ab 1851 hatten die sechzig größtbeteiligten Aktionäre Zutritt zu diesem Organ, vgl. § 25 der Statuten der Hypobank vom 1. Dezember 1851, abgedr. bei Hocker, a.a.O.

2) Vgl. § 15 Statuten der Tuchfabrik Augsburg, MH 5751.

3) Vgl. die Ausführungen oben, S. 90 f.

Beschlüsse wurden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Statutenänderungen sowie der auf Liquidation gerichtete Beschluß bedurften einer qualifizierten Mehrheit von mindestens $\frac{2}{3}$ der in der Generalversammlung vertretenen Stimmen (§ 16).

Zum Wirkungskreis der Generalversammlung gehörten u.a. folgende Gegenstände:

- die Wahl des Ausschusses,
- Beschluß über Statutenänderungen und die Auflösung der Gesellschaft,
- die Durchführung von Erweiterungsinvestitionen,
- die Bestätigung der Wahl des Geranten,
- die Entgegennahme der Berichterstattung des Geranten und des Ausschusses sowie
- die Genehmigung der Jahresbilanz und der Vorschläge des Ausschusses über die Verwendung des Gewinns.

b) Die unternehmerischen Entscheidungen lagen demgegenüber in den Händen des Ausschusses.¹⁾ Der Ausschuß repräsentierte die Gesellschaft und hatte über alle die Unternehmung berührenden Fragen zu befinden, soweit sie nicht der Generalversammlung vorbehalten oder dem Geranten ausdrücklich übertragen worden waren (§ 23). Damit zählte insbesondere zu seinen Aufgaben

- die Wahl des Geranten,
- die Genehmigung von Vorschlägen des Geranten, soweit sie investive Ausgaben bzw. die Einstellung von Angestellten mit einem Jahresgehalt von mehr als 600 fl. betrafen,
- die Anlage freigesetzter Mittel,
- die Kontrolle der Geschäftsführung des Geranten und
- die Prüfung der Jahresrechnung und der Bilanz.

1) Teilweise wurde für dieses Organ der Gesellschaft auch die Bezeichnung Verwaltungsrat verwendet, vgl. Statuten der München-Augsburger Eisenbahn-Gesellschaft, Döllinger, a.a.O., S. 2233 ff.

Der Ausschuß bestand aus fünf Mitgliedern (§ 18), die zunächst auf sechs Jahre gewählt wurden (§ 19). Nach Ablauf dieser Zeit mußten sich jährlich jeweils zwei Mitglieder erneut zur Wahl stellen (§ 19). Voraussetzung der Mitgliedschaft im Ausschuß war die Hinterlegung von 5 Aktien bei der Gesellschaftskasse (§ 27).

Die Ausschußmitglieder erhielten keine Vergütung, sondern "als Entschädigung" für ihre "Zeitversümnis, Mühewaltung und Verantwortlichkeit - außer dem Ersatz ihrer Barauslagen - 5 % des Aktiv-Überschusses ". (§ 27).

c) Aufgabe des vom Ausschuß gewählten und von der Generalversammlung bestätigten Geranten war "der unmittelbare Betrieb des Geschäftes und die Leitung der Fabrikation" (§ 29).

Er war zur Einstellung und Entlassung von Personal mit einem Jahresgehalt unter 600 fl. berechtigt sowie zur Herstellung von Jahresabschluß, Bilanz und Rechenschaftsbericht verpflichtet (§§ 30 f.).

Die hier vorgeführte organisatorische Konstruktion zeigt bereits eine deutliche Annäherung an die heutige Dreiteilung in Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Dem Ausschuß war allerdings laut Satzung noch ein weitgehender Einfluß auf die Geschäftsführung eingeräumt. Der Gerant hatte nicht nur alle Entscheidungen über investive Ausgaben dem Ausschuß zur Beschlußfassung vorzulegen (§ 23 lit. c), sondern war darüber hinaus gehalten, den Vorstand des Ausschusses "von allen wichtigeren Vorfällen in Kenntniß zu setzen." (§ 29).

Der Ausschuß vereinigte also leitende und kontrollierende Funktionen. Kompetenzschwierigkeiten waren damit in gewisser Weise programmiert. Insbesondere wenn die Aufgaben der Geschäftsführung durch eine starke Unternehmerpersönlichkeit wie die L.A. Riedingers wahrgenommen wurden, war

die Leitungsfunktion des Ausschusses in Frage gestellt. Unternehmensinterne Auseinandersetzungen waren die Folge.¹⁾

2. Andere Unternehmungen

Bei anderen Unternehmen war die Gewichtsverteilung (Beschränkung des Geschäftsführers auf routinemäßige Vorgänge) noch stärker ausgeprägt. § 19 der Statuten der Kammgarnspinnerei²⁾ normierte eine umfassende Kompetenz des Ausschusses, soweit es sich nicht um die Zuständigkeit der Generalversammlung handelte. Danach wurden ausdrücklich als zur Zuständigkeit des Ausschusses zugehörig aufgezählt:

- die Erwerbung und Veräußerung von Mobiliar- und Immobilien-Eigentum,
- Anschaffung von Maschinen,
- Materiallieferungen,
- Kreditbestimmungen,
- Führung der Handelsbücher,
- Anstellung und Entlassung des Personals.

In der Praxis wurde hier jedoch von der Befugnis, den größten Teil der Kompetenzen an den Direktor zu delegieren, weitgehend Gebrauch gemacht. Der Gründer und Vorbesitzer der Unternehmung, Friedrich Merz, hatte sich nämlich vor Übergabe nicht nur die Stellung eines Direktors für mindestens zehn Jahre ausbedungen, sondern auch umfassende Befugnisse hierfür bei der Geschäftsführung gefordert.³⁾ Tatsächlich wurde die Prosperität des Unternehmens in den folgenden Jahren durch seine erfolgreiche Spekulation am Beschaffungsmarkt in erheblichem Umfang mitbestimmt.⁴⁾

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 228.

2) MH 5678.

3) §§ 4 und 6 der Übergabebedingungen des Gründers, MH 5678.

4) Vgl. Dey, W., Die Entstehung und Entwicklung der Augsburger Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen 1688-1914. Diss. München 1947, S. 64.

Die Satzung der München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft sah als Organe die Generalversammlung, den Verwaltungsrat und ein Direktorium vor¹⁾ (§ 21). Dabei war der aus 24 Mitgliedern bestehende Verwaltungsrat bereits wesentlich auf Aufgaben der Beratung und Kontrolle beschränkt. Lediglich die Entscheidung über den Bauplan sowie über die Tarife war seiner Zustimmung vorbehalten.²⁾

Einen lediglich zweigliedrigen Aufbau sahen die ursprünglichen Satzungen der Ludwigsbahn und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank vor.

Zwischen dem siebenköpfigen Direktorium der Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft und der Generalversammlung war kein weiteres Kontroll- oder Geschäftsführungsorgan eingeschaltet.³⁾ Sitzungsgemäß war lediglich die Delegation routinemäßiger Vorgänge sowie unaufschiebbarer Anordnungen an einen von den Mitgliedern des Direktoriums aus ihrer Mitte bestimmten Direktor vorgesehen.⁴⁾

Die Statuten der Hypobank sahen als Organe der Geschäftsführung und Kontrolle den "Bankausschuß" und die "Bankadministration" vor. Der Bankausschuß war oberstes Willensbildungsorgan der Gesellschaft und daher von seiner Stellung her entfernt mit der heutigen Hauptversammlung zu vergleichen. Wie erwähnt, hatten in diesem Gremium jedoch nur die 40 größten Kapitaleigner Sitz und Stimme.

Die Geschäftsführung oblag andererseits der aus sieben Ausschußmitgliedern bestehenden sog. Bankadministration, die aus ihrer Mitte zwei Direktoren bestimmte. Diese Konzeption hatte - wie die Praxis erwies - zwei gravierende

1) Döllinger, a.a.O.

2) Vgl. §§ 35 Ziff. 5 i.V.m. 39 Ziff. 2 und 8 der Statuten, a.a.O.

3) Vgl. Art. III ff. sowie X der Statuten der Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft, abgedr. bei Mück, a.a.O., Anhang, S. 13 ff.

4) Vgl. Art. XIX f., a.a.O.

Mängel: Einmal fehlte es an einem Kontrollorgan zwischen Bankverwaltung einerseits und dem obersten Willensbildungsorgan, dem Bankausschuß, andererseits. Zum anderen waren Rechte und Pflichten der beiden Organe nur ungenügend abgegrenzt. Überschneidungen trugen den Keim von Auseinandersetzungen in sich.¹⁾

Diese Mängel in der Konstruktion der Führungsorgane der Unternehmung führten 1849 zum Beschluß einer Änderung der Statuten. Nunmehr sollte ein Bank-Direktorium errichtet "und diesem eine aus besoldeten Beamten bestehende Administration untergeben werden, dergestalt, daß das Direktorium als leitende, überwachende Stelle und die Administration als vollziehendes Organ in geregelter inniger Verbindung die Bankverwaltung" darstellten, "welcher gegenüber der Bank-Ausschuß die gesamte Aktien-Gesellschaft" vertreten sollte.²⁾ Damit war der Schritt zum heutigen dreigliedrigen System getan. Allerdings war eine Arbeitsteilung zwischen Direktorium und Bankadministration hinsichtlich der Geschäftsführung und Kontrolle noch nicht klar durchgeführt.

Ein wichtiger Anstoß zur Fortentwicklung der inneren Organisation zur heutigen Dreiteilung hin ging von der Gesetzgebung aus. Das AdHGB von 1862 stellte dem Vorstand zunächst fakultativ einen Aufsichtsrat mit kontrollierenden Funktionen zur Seite.

Soweit sich die Unternehmen diese Organisationsstruktur zu eigen machten, führte sie zu einer Verlagerung der Geschäftsführungsfunktionen auf die Geschäftsleitung. Gleichzeitig war damit vielen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden Organen bei der Entscheidung von Fragen der Geschäftsführung abgeholfen.

1) Sayle, Hans, Die ersten Führungsorgane der Hypo-Bank, unveröffentl. Manuskript, München 1975.

2) Vgl. Sayle, a.a.O., S. 15.

3. Gemeinsame Strukturen

Folgende Punkte lassen sich in einer Zusammenfassung als für denjenigen Zeitraum wesentlich festhalten, in dem die innere Organisation noch nicht verrechtlicht war:

1. Die Trennung von Eigentum und Unternehmensführung ist nur ansatzweise durchgeführt. Dies kommt teilweise darin zum Ausdruck, daß die zur Geschäftsführung bestimmten Personen Inhaber einer bestimmten Anzahl von Aktien sein mußten.
Wo andererseits ein besoldeter Geschäftsführer vorhanden war, war seine Stellung regelmäßig auf routinemäßige Vorgänge und den Vollzug von Beschlüssen des Ausschusses bzw. der Generalversammlung beschränkt.
2. Eine Trennung zwischen geschäftsführendem Organ und kontrollierendem Organ gab es in der Regel noch nicht.
3. Die Ansiedlung eines großen Teils der unternehmerischen Entscheidungen im Ausschuß hatte zur Folge, daß diese weitgehend durch Kollegien, nicht aber durch einzelne Personen getroffen wurden.

E. Entwicklungen und Strukturen in der Gründungstätigkeit bei den Aktiengesellschaften

Anhand der Gründungsstatistik der bayerischen Aktiengesellschaften im Zeitraum von 1834 bis 1893 soll nunmehr aufgezeigt werden, welche Bedeutung zahlenmäßig und vom Quantum der gebundenen Kapitale den Aktiengesellschaften in der Zeit der Frühindustrialisierung Bayerns zukam.

Angesichts des Fehlens vergleichbarer Daten von Unternehmen anderer Unternehmungsform in diesem Zeitraum dürfen an die Aussagekraft einer insoweit beschränkten statistischen Analyse keine zu hohen Anforderungen gestellt werden. Ihr Wert erweist sich jedoch nicht nur in der Möglichkeit, eine Anschauung des Realitätsgehalts der zunächst juristisch-organisatorischen Konstruktion: Aktiengesellschaft zu gewinnen. Die Bildung von Zeitreihen erlaubt es zudem, durch Offenlegung von Entwicklungstendenzen der Erfassung der ökonomischen Bedeutung dieser Organisationsform näherzukommen.

I. Quellenlage

Obwohl bereits 1862 mit dem AdHGB ein einheitliches Aktienrecht für ganz Deutschland geschaffen und damit die Rechtsform der Aktiengesellschaft auch im öffentlichen Bewußtsein keine Einzelercheinung mehr war, finden sich Anfänge einer antlichen Statistik erst erheblich später, und dies zunächst auch nur auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten.¹⁾

Bayern machte hier den Anfang. 1882 und 1884 erschienen in der Zeitschrift des königlich bayerischen Statistischen

1) Vgl. Moll, Ewald, Statistik der Aktiengesellschaften, in: HdStW, 1. Bd., 4. Aufl., Jena 1923, S. 143.

Bureaus zwei von Rasp bearbeitete Veröffentlichungen, die die Gründungen und Auflösungen von Aktiengesellschaften in Bayern in den Jahren 1834 bis 1883 sowie die 1883 noch bestehenden 137 Gesellschaften behandelten.¹⁾ Die erste Arbeit mit dem Titel "Die Aktien-Gesellschaften Bayerns" enthält ein Verzeichnis der im Königreich Bayern im Jahre 1882 noch bestehenden Aktiengesellschaften, geordnet nach Regierungsbezirken und dem Datum ihrer Genehmigung mit Angabe des Gegenstands der Unternehmung, der Konzessionsdauer und der Höhe des Grundkapitals, der Aktienart (Inhaber-/Namensaktien) und der Stückelung, ferner einen Ausweis der gegründeten, aber nicht ins Leben getretenen oder bis 1882 aufgelösten Aktiengesellschaften.

Die zweite Veröffentlichung "Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften" bringt das gebotene Material in nach Geschäftszweigen geordneter Form und bietet Ansätze einer statistischen Auswertung der Basisdaten.

Diese Statistik wird jedoch erst im "Statistischen Jahrbuch für das Königreich Bayern 1894" wieder aufgenommen und in den weiteren Jahrgängen 1895, 1897 und 1898 als Rentabilitätsstatistik fortgeführt.²⁾

Da die im Statistischen Jahrbuch vorgefundenen Zahlen - nach Branchen geordnete Bestandsziffern - für die Vervollständigung der Gründungsstatistik nicht ausreichten, wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit zur Ergänzung auf die Angaben im "Handbuch der bayerischen (später: süddeutschen) Aktiengesellschaften"³⁾ zurückgegriffen. Dieses Nach-

1) Rasp, Carl, Die Aktien-Gesellschaften Bayerns in: Zeitschrift des kgl. Statistischen Bureaus, 14. Jg., München 1882, S. 191 ff.; ders., Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften, a.a.O., 14. Jg., München 1886, S. 285 ff.

2) Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern, herausgegeben vom kgl. Statistischen Bureau, 1. Jg., München 1894, S. 127 f.; a.a.O., 2. Jg., München 1895, S. 122; a.a.O., 3. Jg., München 1897, S. 151; a.a.O., 4. Jg. München 1898, S. 141.

3) Pfeleiderer, Eugen (Hrsg.), Handbuch der Bayerischen

schlagewerk, das seit 1882 jährlich erschien, enthielt eine ausführliche Beschreibung jeder einzelnen jeweils in Betrieb befindlichen Aktiengesellschaft und ermöglicht es damit, an Rasp anzuschließen.

II. Aussagefähigkeit des Datenmaterials und angewandte Ordnungskriterien

Die vorhandenen Basisdaten lassen eine Betrachtung folgender Grundgesamtheiten zu:

- Gründungen
- Auflösungen
- Nominalkapital der Neugründungen

Als Ordnungskriterien stehen zur Verfügung:

- Standort
- Branche
- Zeitpunkt der Gründung
- Neuerrichtung einer Unternehmung vs. bloße Rechtsformänderung bei bestehendem Unternehmen.

1. Zahl der Gründungen

Im Zusammenhang mit der hier gestellten Frage nach der ökonomischen Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft erscheint die Tatsache der Gründung einer Aktiengesellschaft zunächst wenig aussagekräftig, da sie im Grunde nur eine - wenn auch bedeutsame - Momentaufnahme aus dem Leben einer Gesellschaft ist.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Tatsache eines konkreten Gründungsvorganges in seinem sachlichen, zeitlichen, räumlichen und personellen Zusammenhang eine

(Forts. von S. 113) Aktiengesellschaften, München 1883 ff. (Jg. 1 bis 10); fortgeführt von: Bonschab, Friedrich (Hrsg.), Handbuch der süddeutschen Aktiengesellschaften, München 1893 ff. (Jg. 11 ff.).

Reihe entscheidender Weichenstellungen beinhaltet, die über den Augenblick hinausweisen.

Die zahlenmäßige Zusammenfassung aller Gründungsvorgänge kann damit - nach verschiedenen Kriterien geordnet - einen ungefähren Eindruck vom Gewicht geben, das die Institution in verschiedenen Zeiträumen hatte.

2. Zahl der aufgelösten Gesellschaften

Die eindrucksvolle Entwicklung einer Gründungsstatistik darf nicht den Blick dafür verstellen, daß im Zuge des Wachstumsprozesses ein erheblicher Teil der Gründungen sich als Fehlschlag erwies.¹⁾ Auflösungen von Aktiengesellschaften können allerdings durch vielfältige Gründe veranlaßt sein. Neben dem Konkurs spielen der Verkauf an eine andere Unternehmung, die Umwandlung in eine andere Rechtsform, die Zerstörung des Betriebes durch äußere Einflüsse²⁾ sowie die Verstaatlichung bzw. Verstadtlichung eine bedeutende Rolle.

Der Mißerfolg von Unternehmen tritt in der Statistik neben die durch andere Faktoren verursachte Liquidation der Gesellschaft. Wo das möglich ist, sind daher die Ursachen im Einzelfall zu untersuchen.

Unter den durch Mißerfolg gekennzeichneten Betrieben sind in erster Linie diejenigen von Interesse, deren Auflösung nicht von langfristigen Entwicklungen, insbesondere gesamtwirtschaftlichen Strukturveränderungen, herbeigeführt wurde, sondern deren fehlerhafte Gründungskonzeption bereits die Ursache des Verfalls in sich trug, sei es, daß die Gewinnchancen überschätzt wurden, sei es, daß die eingesetzte Unternehmensleitung ihren Führungsaufgaben nicht gerecht wurde.

-
- 1) Zur allgemeinen Problematik einer Überbewertung des Beitrags der erfolgreichen Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsgeschichte, vgl. Borchardt, Knut, Die Industrielle Revolution in Deutschland, München 1972, S. 87 f.
 - 2) Die 1853 gegründete Kunstmühle in Augsburg brannte im Sommer 1864 ab; die Aktionäre gründeten daraufhin auf demselben Grundstück die mechan. Baumwollspinnerei am Senkelbach, vgl. Zorn, Handelsgeschichte, S. 162, 170.

Eine solche Konstellation dürfte in erster Linie bei denjenigen Gesellschaften anzutreffen sein, deren Existenzdauer bis 10 Jahre einschl. reicht. Die Zeitspanne von 10 Jahren erscheint als Ordnungskriterium angebracht, da sie einen Krisenzyklus umfaßt, andererseits aber noch so kurz ist, daß langfristige Veränderungen exogener Natur als Ursachen der Auflösung regelmäßig nicht in Betracht kommen.

3. Nominelles Gründungskapital

Den Nominalkapitalzahlen wurden die Beträge zugrunde gelegt, die die Statuten der Gesellschaften als Grundkapital bei der Gründung vorsahen. Dabei wurde die Tatsache vernachlässigt, daß in vielen Fällen die Aktienemissionen die angesetzten Grundkapital-Beträge unterschritten, gezeichnetes Aktienkapital nicht voll eingezahlt war, bzw. daß andererseits zahlreiche Gesellschaften bereits kurze Zeit nach der Gründung zu Kapitalerhöhungen schritten, da sich die Planung als zu knapp gegenüber dem tatsächlichen Bedarf erwies.

Trotz dieser möglicherweise störenden Faktoren sind die ermittelten Zahlenwerte von erheblicher Aussagekraft. Sie zeigen an, welches wirtschaftliche Aktivitätsniveau die wirtschaftenden Subjekte in der Organisationsform der Aktiengesellschaft zu realisieren wünschten, orientiert an den ihnen bekannten Rahmengrößen.¹⁾

1) Eine von Rasp, Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 293, angeführte Bestandsrechnung des Jahres 1883 zeigt, daß die Nominalkapitalbeträge nicht sehr stark von der Größe des tatsächlich eingezahlten Kapitals abweichen: In 9 der 16 aufgeführten Branchen war das Nominalkapital zu mehr als 90 %, in weiteren 5 zwischen 80 % und 90 % und lediglich im Handels-(Banken!) und Versicherungsgewerbe zu einem geringeren Anteil eingezahlt (Durchschnitt insgesamt: 82 %). Anderes gilt wohl für Preußen und Sachsen, wo vor 1860 durchschnittlich nur $\frac{3}{4}$ bzw. $\frac{2}{3}$ des konzessionierten Kapitals eingezahlt waren, vgl. Blumberg, a.a.O., S. 187.

4. Umwandlungsgründung vs. Neuerrichtung einer Unternehmung

Bei der Beurteilung der ökonomischen Rolle der Aktiengesellschaft als Institution kommt der Eignung der Aktiengesellschaft zur Beschaffung von Risikokapital für kommerzielle Projekte, der Finanzierungsaufgabe besonderes Gewicht zu. Es liegt daher nahe, diesen Aspekt quantitativ durch Darstellung kumulierter Grundkapitalbeträge neugegründeter Aktienunternehmungen zu erfassen. Eine undifferenzierte Aufsummierung dieser Beträge würde den Finanzierungsbeitrag der Aktiengesellschaft, d.h. den Umfang der durch Aktien-Emission für Neuinvestitionen aufbrachten Mittel stark überbewerten.

Denn in vielen Fällen war das Aktienkapital ganz oder zum Teil zum Erwerb vorhandener Produktionsmittel bestimmt und nur zu einem geringen Teil zur Durchführung neuer Investitionen. Es kann davon ausgegangen werden, daß bei Aktiengesellschaftsgründungen zur Errichtung einer Unternehmung der zur Finanzierung von Neuinvestitionen verwandte Teil des aufgebrachten Aktienkapitals regelmäßig sehr viel größer war als bei Umwandlungsgründungen. Damit ist die vorangestellte Unterscheidung wichtiges Mittel zur Beurteilung kumulierter Gründungskapitalgrößen.

5. Geschäftszweige

Die wohl wichtigsten Aufschlüsse, die eine Gründungsstatistik über die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu geben geeignet ist, ergeben sich aus einer branchenmäßigen Aufgliederung der Gründungszahlen. Bereits zur Zeit der Entstehung von Aktiengesellschaften im letzten Jahrhundert machten Zeitgenossen die Beobachtung, daß die Rechtsform der Aktiengesellschaft in einzelnen Geschäftszweigen überrepräsentiert war. Dies führte schnell zu der Frage, ob denn diese neue Unternehmungsform nur für bestimmte Branchen geeignet, für andere Unternehmensziele nicht geeignet sei.

Wenn auch die historische Entwicklung über diese Fragestellung hinweggegangen ist, weil in ihr die Branche als etwas konstantes, vom technologischen und ökonomischen Entwicklungsstand losgelöstes betrachtet wird, soll in der Analyse die Behauptung, die Aktiengesellschaft taue nur für bestimmte Geschäftszweige, dennoch als Arbeitshypothese überprüft werden.

Dabei ist einmal festzustellen, inwieweit die damals aufgestellte These durch das statistische Material bestätigt wird; sodann ist zu untersuchen, welche allgemeineren Merkmale der branchenmäßig unterschiedlichen Entwicklung der Gründungstätigkeit zugrunde liegen.

In der Einteilung der Branchen ist in Übereinstimmung mit Rasp¹⁾ von einer Gliederung in folgende 16 Gruppen ausgegangen worden:²⁾

1. Bergbau und Hüttenwesen (BH)
2. Industrie der Steine und Erden (SE)
3. Metallverarbeitung (Me)
4. Maschinenbau (Ma)
5. Chemische Industrie (C)
6. Industrie der Leuchtstoffe (L)
7. Textil-Industrie (T)
8. Papier-, Leder- und Holz-Industrie (PLH)
9. Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (NG)
10. Bekleidung und Reinigung (BR)
11. Baugewerbe (Bau)
12. Polygraphisches Gewerbe (Pol)
13. Handelsgewerbe (mit Banken) (H)
14. Versicherungsgewerbe (Vers)
15. Verkehrsgewerbe (Verk)
16. Vergnügungs-Etablissements (Vergn)

1) Rasp, Zur Statistik der Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 285 ff., hat bei seiner Einteilung die Gruppen III bis X, XII bis XV, XVIII bis XX der Reichsgewerbestatistik übernommen und die Vergnügungs-Etabl. (Gruppe 16) noch gesondert ausgewiesen.

2) Abkürzungen in Klammer.

Ein gröberes "Raster" liefert die Einteilung der Unternehmenszweige in drei Sektoren. Dabei soll unterschieden werden zwischen einem Produktionsgütersektor, einem Konsumgütersektor und einem tertiären Sektor, der als Dienstleistungs- und Infrastrukturbereich zu charakterisieren ist.

In der oben angegebenen Gruppeneinteilung wären die Ziffern 1 bis 5 dem Produktionsgütersektor (abgekürzt: II), die Ziffern 7 bis 9 dem Konsumgüterbereich (I) sowie die Ziffern 6 und 10 bis 16 dem tertiären Sektor (III) zuzuordnen.

6. Rentabilitätsentwicklung

Die statistische Darstellung enthält keinen Überblick über die Rentabilitätsentwicklung bzw. den Rentabilitätsstand der Aktiengesellschaften im Untersuchungszeitraum.

Obwohl eine entsprechende Aufstellung für die Beurteilung der Situation der untersuchten Unternehmen sicher vorteilhaft wäre, mußte mangels repräsentativen Quellenmaterials hierauf verzichtet werden. Wie erwähnt wurde die amtliche bayerische Statistik erst im Jahre 1894 auf Rentabilitätsdaten ausgedehnt, so daß Rentabilitätsentwicklungen bei frühindustriellen Aktiengesellschaften lediglich am Einzelfall verfolgt werden können.

Im übrigen begegnet der Versuch, die wirtschaftliche Leistungskraft der Organisationsform der Aktiengesellschaft überhaupt wie auch in speziellen Branchen bzw. Unternehmensgrößenklassen auf diesem Wege zu ermitteln, gewichtigen grundsätzlichen Bedenken.¹⁾

So fehlt es einerseits an einer hinreichenden Anzahl der zum Vergleich notwendigen gleich großen und gleich-

1) Vgl. Passow, Richard, Wirtschaftlicher Charakter der AG, in: HdStW, a.a.O., S. 129 - 141 (138)

artigen Unternehmungen anderer Rechtsform.¹⁾ Soweit es solche gegeben hat, fehlen auch die erforderlichen Gewinnzahlen.

Aber schon was die Basiszahlen einer Rentabilitätsstatistik anbetrifft, bestehen Zweifel an der Verwertbarkeit für die Beantwortung der Frage nach der wirtschaftlichen Leistungskraft der Aktiengesellschaft. Im betrachteten Zeitraum fehlte es an Vorschriften über die Bilanzerstellung bzw. Gewinnermittlung. Die Untersuchung der Genehmigungspraxis hat zwar ergeben, daß z.B. auf die Rücklagenbildung geachtet wurde, im übrigen blieb es jedoch weitgehend der einzelnen Gesellschaft überlassen, ob und wie sie in den Statuten die Gewinnfeststellung und Bilanzierung regelte. Damit dürften die von den Unternehmen angegebenen Gewinnzahlen nicht ohne weiteres kompatibel sein.

Schließlich bleiben andere den Aktionären nicht als geklarierter Gewinn, sondern als sonstige Vorteile zufließende Vergünstigungen unberücksichtigt.²⁾ Häufig wird in industriegeschichtlichen Untersuchungen³⁾ die Dividendenhöhe als Indikator der Ertragsentwicklung herangezogen. Dies ist jedoch mindestens ebenso problematisch, da die Unterschiede der Dividenden- resp. Selbstfinanzierungspolitik zu stark sind, um eine sinnvolle Aussage zuzulassen.

Es kann hier somit dahinstehen, inwieweit die Rentabilitätszahlen für andere Untersuchungszwecke (etwa die einer Konjunkturanalyse) aussagekräftig sind. Im gegebenen Zusammenhang erscheint eine Analyse dieser Daten wegen der genannten Bedenken nicht sinnvoll.

1) Vgl. Passow, Richard, Wirtschaftlicher Charakter der AG, a.a.O.

2) Z.B. Geschäftliche Vorteile beteiligter Bankhäuser, vgl. Graßmann, a.a.O., S. 23; externe Vorteile aus der Errichtung einer Bahnlinie (z.B. München-Augsburg).

3) Vgl. z.B. Struve, Emil, Die Entwicklung des bayerischen Braugewerbes im 19. Jahrhundert, Leipzig 1893, S. 178 ff. (122 ff.).

III. Die Gründungen und Auflösungen von Aktiengesellschaften in den Jahren 1834 bis 1893 und die Entwicklung des Nominalkapitals dieser Gesellschaften

1. Gründungshäufigkeiten

a) Die Entwicklung der jährlichen Gründungszahlen

Die Tabelle der jährlichen Gründungen im Zeitraum von 1834 bis 1893 vermittelt einen Überblick über die Gründungstätigkeit in Bayern in der Zeit der Frühindustrialisierung.

Tabelle 9: Von 1834 bis 1893 konzessionierte Aktiengesellschaften

Jahr	AGen	Jahr	AGen	Jahr	AGen
vor					
1834	6	1854	4	1874	7
1834	4	1855	5	1875	6
1835	11)	1856	10	1876	5
1836	—	1857	6	1877	1
1837	2)	1858	10	1878	4
1838	2	1859	5	1879	6
1839	—	1860	6	1880	10
1840	1	1861	11	1881	12
1841	—	1862	3	1882	19
1842	1	1863	3	1883	10
1843	1	1864	7	1884	16
1844	—	1865	43)	1885	15
1845	1	1866	6	1886	11
1846	—	1867	5	1887	14
1847	1	1868	5	1888	26
1848	1	1869	5	1889	39
1849	—	1870	6	1890	10
1850	1	1871	9	1891	15
1851	—	1872	23	1892	3
1852	5	1873	20	1893	11
1853	3				

1) Ohne Ludwigskanal, gegr. 1835/36, verstaatlicht 1852, vgl. Schanz, Georg, Der Donau-Main-Kanal und seine Schicksale, Bamberg 1894, S. 51, 113.

2) Ohne München-Augsburger Eisenbahngesellschaft, gegr. 1837, an den Staat veräußert gegen Auszahlung des Aktienkapitals und Entschädigung für Zinsverluste im Jahre 1843, vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 150 f.

3) Ohne Badische Anillin- und Sodafabrik, die Sitz im nichtbayerischen Mannheim hatte; vgl. Jacob, Gustaf,

Die Zusammenstellung läßt eine wenig kontinuierliche Gründungstätigkeit in den ersten zwei Jahrzehnten erkennen. Dabei fallen fast drei Viertel (18 von 25) der hier verzeichneten Gründungen auf die ersten fünf sowie letzten 2 Jahre dieses Zeitraums. In der daran anschließenden Zeit von etwa 1852 bis 1879 pendelt sich das Niveau der Gründungshäufigkeit auf eine Zahl von 4 bis 8 Gründungen ein, akzentuiert von extrem hohem Aktivitätsniveau in den Jahren 1856 bis 1864 sowie 1872/73. Zu Beginn der 80er Jahre ist schließlich eine Verschiebung des allgemeinen Niveaus auf Gründungszahlen zwischen 10 und 20 Gründungen pro Jahr zu erkennen mit Extremwerten in den Jahren 1888 und 1889.

Damit läßt sich der Untersuchungszeitraum in eine Periode niedrigen Niveaus von 1834 bis 1851, eine Periode mittleren Gründungsniveaus von 1852 bis 1879 sowie eine Periode hohen Gründungsniveaus vom Jahre 1880 bis 1893 aufteilen. In Periode I finden wir eine jährliche Gründungsrate von .94, in der zweiten Periode von 7.14, in der dritten Periode von 15.71.

Der Verlauf der sich aus den angegebenen Zahlen ergebenden Verlaufskurve der Gründungszahlen zeigt, daß die Gründungstätigkeit im wesentlichen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung parallel verläuft.

So ist der erste Aufschwung in den dreißiger Jahren deutlich im Zusammenhang mit der Wiederbelebung der bayerischen Wirtschaft nach Gründung des Zollvereins in den dreißiger Jahren zu sehen. Die Feststellung Graßmanns¹⁾, es habe sich um einen Aufschwung "in den alten volkswirtschaftlichen Formen", eine im wesentlichen vorindustrielle Wirtschaftsbelebung also, gehandelt, wird durch

(Forts. von S. 121) Friedrich Engelhorn, der Gründer der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, Mannheim 1959, S. 18.

1) a.a.O., S. 11.

die Gründungszahlen nicht widerlegt. Denn abgesehen von der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg (gegr. 1837) findet sich unter den 11 bis 1839 einschl. gegründeten Unternehmen kein typisch industrielles. Vielmehr handelt es sich bei den übrigen Unternehmen um sechs des tertiären Sektors sowie zwei Mühlen und eine Zuckerfabrik.

Die vierziger Jahre zeichnen sich durch eine sehr geringe Gründungstätigkeit (sechs Neubildungen) aus. Drei Gründungen fallen in die Bereiche Verkehr sowie Gasbeleuchtung, lediglich zwei auf die für Bayern wichtige Textilindustrie. Die vorübergehende Besserung der Lage der Textilindustrie in den vierziger Jahren findet damit nur geringen Niederschlag in den Gründungszahlen.

Erst das Jahr 1852 weist auf eine Erholung von der Krisenzeit um 1848 hin und leitet zugleich die erste "Gründungswelle" in Bayern ein. Die anhaltend lebhafte Gründungstätigkeit der Jahre 1856 bis 1865 wird von den Jahren 1857 und 1859/60 unterbrochen. Die - wenn auch geringen - Abweichungen deuten darauf hin, daß sich die allgemeine Handelskrise von 1857 sowie der Preisverfall auf dem Tuchmarkt im Jahr 1859 retardierend auf die Gründungstätigkeit auswirkten. Die Jahre 1865 und 1869 zeigen einen Rückgang der Gründungstätigkeit entsprechend der allgemein unsicheren konjunkturellen Situation dieser Jahre.

Das steile Emporschnellen der Gründungsziffern in den Jahren 1872 und 1873 rechtfertigt auch für Bayern die Bezeichnung dieser Periode als "Gründerjahre". Die Gründerkrise des Jahres 1873 findet ihre Entsprechung in einem abrupten Rückgang der Gründungstätigkeit von 20 Gründungen im Jahre 1873 auf 7 Gründungen im Jahre 1874. Der absolute Tiefpunkt wird dann aber erst im Jahr 1877 mit

nur einer Gründung erreicht. Die Jahre ab 1880 zeigen ein insgesamt höheres Niveau. Konjunkturrell bedingt dürfte die stark beschleunigte Gründungsaktivität in den Jahren 1882 und 1889 gewesen sein. Auffallend ist die immer noch rege Gründungstätigkeit in den Jahren 1883 bis 1887.

aa) Vergleich mit Preußen (1834 bis 1867)

Ein Vergleich mit der Entwicklung in Preußen soll die Besonderheiten der bayerischen Entwicklung verdeutlichen.

Tabelle 10: Von 1834 bis 1867 in Preußen konzessionierte Aktiengesellschaften.¹⁾

Jahr	AGen	Jahr	AGen
vor 1834	20	1851	5
1835	4	1852	7
1836	5	1853	23
1837	5	1854	8
1838	3	1855	14
1839	6	1856	31
1840	2	1857	71
1841	7	1858	14
1842	3	1859	7
1843	3	1860	5
1844	12	1861	2
1845	11	1862	2
1846	11	1863	5
1847	3	1864	16
1848	8	1865	10
1849	4	1866	6
1850	4	1867	2

Folgende Unterschiede in der zeitlichen Struktur der Gründungstätigkeit verdienen Beachtung:

1) Quelle: Bösselmann, Kurt, Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939, S. 201; Thieme, Horst, Statistische Materialien zur Konzessionierung von Aktiengesellschaften in Preußen bis 1867, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1960, Teil II, S. 235 - 300 (286); nicht enthalten sind in dieser Statistik Chausseebau-Aktiengesellschaften sowie die von Martin, Paul, C., Die Entstehung des preußischen Aktiengesetzes von 1843, a.a.O., für den Zeitraum bis 1843 zusätzlich aufgefundenen Gesellschaften.

- Die äußerst geringe Gründungstätigkeit der Jahre 1839 bis 1851 mit nur vereinzeltten Gründungen findet in Preußen - auch unter Berücksichtigung eines generellen Niveauunterschieds - keine Parallele. Insbesondere fehlt es an einer bayerischen Entsprechung für die bedeutenden Gründungszahlen der Jahre 1844 bis 1846.
- Die Gründungswelle der fünfziger Jahre war in Preußen sehr viel heftiger, aber auch kürzer als in Bayern.
- Vom Abschwung der späten fünfziger und der beginnenden sechziger Jahre bleibt Bayern zunächst unberührt. Vielmehr bleibt die Gründungstätigkeit auf anhaltend hohem Niveau.
- Andererseits findet die in Preußen in den Jahren 1864 und 1865 beobachtete Dynamik keine Entsprechung in Bayern.

Ein stärkeres Ausschlagen auftretender Wellenbewegungen sowie teilweise abweichende Verlaufstendenzen sind demnach die Hauptmerkmale, durch die sich die preußische Entwicklung von der bayerischen abhebt.

Das im ganzen günstigere Erscheinungsbild Preußens in den vierziger Jahren dürfte nicht nur auf einen gegenüber Bayern fortgeschrittenen Entwicklungsstand zurückzuführen sein. Auch institutionelle Faktoren sind ausschlaggebend gewesen. Bis 1847 wurden nämlich in Preußen 24 Eisenbahngesellschaften gegründet, während es in Bayern aufgrund des 1843 eingeführten Staatsbahnprinzips bis 1852 bei drei Eisenbahngründungen blieb.¹⁾ Das preußische Aktiengesetz von 1843 hatte zudem die Genehmigungspraxis transparenter gemacht und damit insgesamt die Gründung von Aktienunternehmungen erleichtert.

1) Incl. die München-Augsburger Eisenbahngesellschaft.

Ein höherer Stand der Industrialisierung im Zusammenhang mit einem vergleichsweise liberal gehandhabten Aktienrecht, ferner die Beteiligung eines relativ unerfahrenen Anlegerpublikums¹⁾ können auch als Moment der Erklärung für die größere Intensität sowie die kürzere Dauer der preußischen Gründungswelle in den fünfziger Jahren herangezogen werden.

Umgekehrt - und das bietet auch eine Erklärung für die teilweise gegenläufige Entwicklung der Gründungstätigkeit in den sechziger Jahren - zeigt sich hierin, daß Bayern aufgrund seiner noch geringen industriellen und kommerziellen Entwicklung von den Wechsellagen der nationalen und internationalen Wirtschaft verhältnismäßig wenig berührt wurde.²⁾ Augsburger Industrieaktien wurden ja erst seit 1856 an der Börse gehandelt³⁾ und in München waren bis da auch lediglich zwei bayerische Aktienwerte notiert worden.⁴⁾ Die Spekulation entfiel damit weitgehend als Stimulanz vermehrter Gründungstätigkeit. Auch dies kann als Grund für die im ganzen gleichmäßigere Entwicklung der Gründungstätigkeit in Bayern sowie die geringere konjunkturelle Reagibilität angesehen werden.

bb) Vergleich mit dem Deutschen Reich (1871 bis 1893)

Für die Zeit nach 1871 soll die Gründungsstatistik des deutschen Reichs als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. In diesem Zeitraum wurden im Gebiet des deutschen Reichs insgesamt 3406 Aktiengesellschaften gegründet, davon 301 Aktiengesellschaften oder knapp 9 % in Bayern.

1) Vgl. hierzu Rosenberg, a.a.O., S. 97 ff.

2) Vgl. Spenkuch, a.a.O., S. 39.

3) Vgl. Lieb, a.a.O., S. 63.

4) Vgl. Baur, a.a.O., Tabellenanhang.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 11: Zahl der im Gebiet des deutschen Reichs in den Jahren 1871 bis 1893 gegründeten Aktiengesellschaften sowie der Anteil bayerischer Gründungen¹⁾

Jahr	AGen	Anteil bayr. AGen in %	Jahr	AGen	Anteil bayer. AGen in % von (2)
(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
1871	207	4 %	1882	94	20 %
1872	479	5 %	1883	192	5 %
1873	242	8 %	1884	155	11 %
1874	90	8 %	1885	70	19 %
1875	55	11 %	1886	113	10 %
1876	42	12 %	1887	168	8 %
1877	44	2 %	1888	184	14 %
1878	42	10 %	1889	360	11 %
1879	45	13 %	1890	236	4 %
1880	97	10 %	1891	160	9 %
1881	111	16 %	1892	127	6 %
			1893	95	12 %

Die vorgeführten Relationen lassen keine herausragenden Konturen erkennen. Immerhin läßt sich feststellen, daß Bayern, gemessen an dem angegebenen durchschnittlichen Gründungsanteil von 9 %, am Gründerboom der Jahre 1871 bis 1873 noch unterproportional beteiligt gewesen, in den bis 1879 folgenden Depressionsjahren andererseits meist noch überdurchschnittliche Anteile zu verzeichnen hat. Es erscheint daher die Feststellung berechtigt, daß die Gründungsaktivität in Bayern auch in den 70er Jahren noch weniger stark auf konjunkturelle Schwankungen reagierte, als dies in anderen deutschen Staaten der Fall war. Für die achtziger Jahre bestätigen die Daten die bereits oben gemachte Beobachtung einer generellen Niveaushochschiebung der bayerischen Gründungstätigkeit nach oben. Bis auf die Jahre 1883 und 1887 bewegen sich die bayerischen Anteile deutlich über dem durchschnittlichen Anteil von 9 %.

1) Quelle: Moll, a.a.O., S. 155.

b) Einteilung nach institutionellen Orientierungsdaten

Die Bedeutung institutioneller Faktoren für die Bewertung der Rolle der Aktiengesellschaften ist oben bereits Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Dabei wurde insbesondere das Gewicht herausgestellt, das als Rahmenbedingung der Entwicklung des Gewerberechts im allgemeinen, des Aktienrechts im besonderen sowie Maßnahmen zur Erweiterung des eigenen Marktes und zum Schutz vor außerbayerischer Konkurrenz zukommt.

Inwieweit ist das statistische Material in der Lage, die dort getroffenen Feststellungen zu bestätigen? Besteht eine direkte Korrelation zwischen dem Gründungsverlauf und herausragenden Daten des institutionellen Fortschreitens? Der Beantwortung dieser Frage stellt sich die kaum überwindbare Schwierigkeit entgegen, daß nicht einzuschätzen ist, wie die Entwicklung ohne Vorhandensein dieser Einflußfaktoren verlaufen wäre. Lediglich eine an den beobachteten Daten festgestellte auffällige Veränderung der Tendenzen könnte positive Hinweise auf eine Korrelation liefern.

aa) Die sog. Zollvereinsperioden

Rasp¹⁾ bildet in seiner Untersuchung - implizit wohl auf der Basis der oben gestellten Frage - für den von ihm untersuchten Zeitraum fünf zeitliche Untergruppen nach von ihm als wichtig eingeschätzten Veränderungen im System der Außenzölle.

Im einzelnen unterscheidet er zwischen folgenden sog. Zollvereinsperioden:

1) Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 289.

1. Zollvereinsperiode	1834 bis 1841	Begründung des deutschen Zollvereins
2. Zollvereinsperiode	1842 bis 1853	Erhöhung wichtiger Zölle
3. Zollvereinsperiode	1854 bis 1865	Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages ¹⁾
4. Zollvereinsperiode	1866 bis 1878	Zolltarifermäßigungen infolge des Handelsvertrages mit Frankreich, Gründung des deutschen Reichs, freihändlerische Tarife vom 1.10.70 sowie 7.7.73.
5. Zollvereinsperiode	1879 bis 1883	Reichszolltarif von 1879

Es ergeben sich dabei folgende jährliche Gründungsraten:

Tabelle 12:

Periode	Gründungen	pro Jahr
1. Zollvereinsperiode	11	1,4
2. Zollvereinsperiode	14	1,2
3. Zollvereinsperiode	14	1,0
4. Zollvereinsperiode	102	7,8
5. Zollvereinsperiode	63	12,6

Für die ersten vier Perioden läßt sich anhand dieser Statistik kaum ein Einfluß der Zollverhältnisse auf das Gründungsniveau dartun. Insbesondere läßt sich dem für die 2. Zollvereinsperiode gewonnenen Ergebnis nicht entnehmen, ob die gegenüber vorher geringere Gründungsrate trotz Erhöhung von Außenzöllen aufgetreten ist (ob also die Zolländerungen ohne Einfluß geblieben sind), oder ob die Zollerhöhung ein noch weiteres Absinken der Gründungstätigkeit verhindert hat.

1) Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 794.

Allenfalls die Entwicklung in der 5. Zollvereinsperiode ist geeignet, eine eigene Aussage zuzulassen. Die signifikante Erhöhung der jährlichen Gründungsrate von 7,8 auf 12,6 weist den Zollltarif von 1879 und die auf der gleichen Linie liegenden später erfolgten Festsetzungen als Erklärungsaspekt für die bereits oben festgestellte Niveauverschiebung in den achtziger Jahren aus.

bb) Die Perioden der Gesetzgebung

In der Gesetzgebungsgeschichte können folgende Daten als für die Gründungstätigkeit möglicherweise ausschlaggebend angenommen werden:

Die Zeit des noch nicht kodifizierten Aktienrechts von 1834 bis 1. Juli 1862 (Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs); eine zweite Periode bis zur Abschaffung des Konzessionssystems durch Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 11. Juni 1870, betr. die KGaA und die Agen, in Bayern am 13. Mai 1871; eine dritte Periode bis zur Gesetzesänderung von 1884 sowie viertens die Zeit ab 1884.

Die entsprechende Aufgliederung ergibt folgendes Bild:

Tabelle 13:

<u>Zeitraum</u>	<u>Gründungen</u>	<u>Jahresrate</u>
1834 bis 1862	90	3,1
1863 bis 1871	55	6,1
1872 bis 1883	129	10,8
1884 bis 1893	163	16,3

Auch hier bestehen Bedenken, die sicher eindrucksvolle Kontinuität des Anstiegs der Gründungsraten im Sinn einer Korrelation zu den bezeichneten Reformen der rechtlichen Rahmenbedingungen zu interpretieren. So verbergen sich hinter der Durchschnittsrate der ersten Periode äußerst unterschiedliche Gestaltungen. Insbesondere wird

durch diese Zusammenfassung der Tatbestand verwischt, daß im Jahrzehnt vor Einführung des AdHGB (1852 bis 1861) mit 65 Neugründungen immer noch 2 Gründungen mehr zu verzeichnen sind als im Jahrzehnt bis zur Einführung des Normativsystems (1862 bis 1871). Die Bestätigung eines positiven Einflusses der Kodifizierung des Aktienrechts auf die Gründungstätigkeit in Bayern kann damit der Statistik nicht entnommen werden.¹⁾ Eine andere Beurteilung ist im Hinblick auf das Datum der Abschaffung des Konzessionssystem geboten. Die durchschnittliche Rate von 10,8 im Zeitraum 1872 bis 1883 läßt zwar nicht erkennen, daß in den Jahren 1874 bis 1879 die Gründungsrate mit 4,7 noch unter der der 2. Gesetzgebungsperiode liegt. Andererseits ist der Gründerboom der Jahre 1872/73, der den Durchschnitt in diesem Maß anhebt, mit seinem steilen Anstieg der Gründungszahlen wohl kaum ohne die Beseitigung administrativer Hemmnisse bei der Errichtung von Unternehmen dieser Rechtsform zu erklären.

Die deutlich höhere Gründungstätigkeit in der 4. Periode kann schließlich allenfalls als Koinzidenz, nicht aber als kausale Verknüpfung gedeutet werden, zumal der Anstieg des Gründungsniveaus bereits einige Jahre vor der Reform zu verzeichnen ist.²⁾

1) Das bedeutet nicht, daß ein solcher Einfluß durch die Gründungsstatistik - etwa wegen der geringeren Gründungstätigkeit im Jahrzehnt 1862-1871 - widerlegt ist. Auch hier bleibt die Möglichkeit, daß ohne diese Rahmenbedingung das Gründungstempo noch weiter zurückgegangen wäre.

2) Vgl. Tabelle 9 (jährliche Gründungshäufigkeiten), S. 121.

2. Die Zahl der Gründungen im Verhältnis zum Nominalkapital

a) Die durchschnittliche Höhe des Grundkapitals

Da die Industrialisierung einerseits, die Rechtsform der Aktiengesellschaft andererseits typischerweise mit der Tendenz zur Bildung an Größe zunehmender betrieblicher und unternehmerischer Einheiten in Verbindung gebracht wird, ist zu prüfen, inwieweit die Entwicklung des pro Aktienunternehmen durchschnittlich aufgebrachten Grundkapitals im Zeitablauf einen solchen Zusammenhang bestätigen kann.

Tabelle 14: Durchschnittliches Grundkapital der 1834
bis 1893 gegründeten Aktiengesellschaften

Periode	Anzahl der AGen	GK in Tsd. Mark	Durchschnittl. GK pro Unterneh- mung (Tsd. M.)
1834-1843	13	40.193	3092
1844-1853	12	13.172	1514
1854-1863	73	155.480	2130
1864-1873	90	173.225	1980
1874-1883	86	53.655	682
1884-1893	163	151.427	929

Die Aufstellung scheint zunächst das Gegenteil des unterstellten Zusammenhangs anzuzeigen. Der Grund dafür ist in der Tatsache zu sehen, daß in den einzelnen Perioden Unternehmen mit stark überdurchschnittlichen Kapitalbeträgen unterschiedlich vertreten sind:

Aktienunternehmen mit einem GK über 10 Mio Mark 1834-1893:

- Bayer. Hypotheken- und Wechselbank (1834) 17 Mio Mark
- Pfälz. Ludwigsbahn (1838) 15 Mio Mark
- Bayer. Ostbahnen (1856) 102 Mio Mark
- Bayer. Handelsbank (1869) 21 Mio Mark
- Bayer. Vereinsbank (1869) 36 Mio Mark
- Süddeutsche Bodenkreditbank (1871) 24 Mio Mark
- Bayer. Baugesellschaft (1872) 18 Mio Mark

- Bayer. Notenbank (1875) 15 Mio Mark
- Electricitäts-Actien-Ges. vorm. Schuckert & Co.
(1893) 12 Mio Mark.

Aber auch eine um solche "Ausreißer" bereinigte Durchschnittsermittlung ergibt keine Veränderung im Sinne einer Bestätigung der These tendenziell zunehmender Unternehmensgröße.

Die Übersicht über die Unternehmen mit Nominalkapitalbeträgen von über 10 Mio Mark weist darauf hin, daß aufgrund der sektoral und branchenmäßig unterschiedlichen Bedingungen eine Differenzierung in diesem Sinne erforderlich ist.

Tabelle 15: Verhältnis der Aktiengesellschaften zur Höhe des Grundkapitals nach Sektoren ¹⁾

Periode/ Sektor	AGen	GK in Mio Mark	durchschn. GK pro AG in Tsd. Mark
<u>1834-1843</u>			
I	4	2.829	707
II	1	446	446
III	8	36.918	4.615
<u>1844-1853</u>			
I	8	7.200	900
II	0	-	-
III	4	10.972	2.743
<u>1854-1863</u>			
I	30	30.383	1.013
II	19	13.556	713
III	24	111.541	4.648
<u>1864-1873</u>			
I	36	31.430	873
II	17	14.632	861
III	34	132.163	3.887
<u>1874-1883</u>			
I	33	22.042	668
II	10	5.061	506
III	43	31.552	734
<u>1884-1893</u>			
I	81	57.057	704
II	37	42.335	1.144
III	45	52.035	1.156

1) Zur Sektoren-Gliederung vgl. S. 119

Auch hier lassen die Kennziffern allenfalls im Bereich der Produktionsgüterindustrie eine Tendenz zur Vergrößerung des durchschnittlichen Startkapitals erkennen.

Im Konsumgüterbereich nimmt die Höhe des durchschnittlichen Grundkapitals in den ersten drei Jahrzehnten stetig zu, entwickelt sich dann jedoch wieder rückläufig. Dies ist, wie eine branchenmäßige Aufschlüsselung zeigt¹⁾, darauf zurückzuführen, daß sich das Übergewicht der bereits wesentlich mechanisierten Textilindustrie im Jahrzehnt 1854 - 1863 zugunsten der Gründungen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie umkehrt. Letztere kamen jedoch mit kleineren Gründungskapitalbeträgen aus.²⁾

Der tertiäre Sektor zeichnet sich durch ein in allen Perioden verhältnismäßig hohes Grundkapital aus. Dabei sind es von 1834 bis 1863 vornehmlich Eisenbahngesellschaften, die extrem hohe Beträge aufweisen, im Zeitraum 1864 ff. dominieren insbesondere die Bankinstitute, was Gründungszahl und Nominalkapital anbetrifft.

b) Die Verteilung nach Größenklassen

Ein Überblick über die Verteilung der Gründungen nach Größenklassen des Grundkapitals sowie die Ermittlung der Quartalswerte sollen die zuvor vorgenommene Untersuchung vervollständigen.

1) Vgl. unten S.149, Tabelle 27.

2) Zentralwert der Textilindustrie 1834 bis 1893: 700.000 Mark; Zentralwert der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im gleichen Zeitraum: lediglich 400.000 Mark.

Tabelle 16: Verteilung der AG-Gründungen nach Größenklassen des Grundkapitals 1834 - 1893

GK in Tsd. Mark	AGen	in % aller Gründungen
0 bis u. 100	61	14 %
100 bis u. 500	165	38 %
500 bis u. 1000	91	21 %
1000 bis u. 2000	71	16 %
2000 bis u. 5000	32	7 %
5000 und mehr	17	4 %

Nach Jahrzehnten differenziert ergibt sich folgende Entwicklung:

Tabelle 17: Größenklassenverteilung der Gründungen nach Jahrzehnten (in % der Gesamtzahl jedes Jahrzehnts; Angaben in Klammer: absolute Anzahl)

GK in Tsd. Mark	34-43 13=100%	44-53 12=100%	54-63 73=100%
0-u. 100	15 (2)	- (-)	10 (7)
100-u. 500	38 (5)	25 (3)	51 (37)
500-u. 1000	15 (2)	17 (2)	14 (10)
1000-u. 2000	- (-)	50 (6)	16 (12)
2000-u. 5000	15 (2)	- (-)	7 (5)
5000 u. mehr	15 (2)	8 (1)	3 (2)

GK in Tsd. Mark	64-73 90=100%	74-83 86=100%	84-93 163=100%
0-u. 100	19 (17)	28 (24)	7 (11)
100-u. 500	32 (29)	35 (30)	37 (61)
500-u. 1000	21 (19)	20 (17)	25 (41)
1000-u. 2000	12 (11)	10 (9)	20 (33)
2000-u. 5000	9 (8)	6 (5)	7 (12)
5000 u. mehr	7 (6)	1 (1)	3 (5)

Auch diese Zahlen lassen kaum einen vertretbaren Schluß auf bestimmte Entwicklungsstrukturen in der größenmäßigen Verteilung der Gründungen zu. Insbesondere bereitet der Einbruch im Jahrzehnt 1874 - 1883 Schwierigkeiten der Einordnung.

Läßt man diesen Zeitabschnitt wegen seiner lang anhaltenden Periode der Depression als untypisch aus der Betrachtung heraus, läßt sich im Anschluß an das Jahrzehnt 1854-1863 eine leichte Verschiebung in der Größenordnung von den Gesellschaften mit einem GK bis zu 500.000 zu solchen mit einem höheren GK erkennen:

Tabelle 18: Größenklassenverteilung der Gründungen nach Jahrzehnten

GK in Tsd. Mark	1834-43	1844-53	1854-63	1864-73	1874-83
0 bis u. 500	54 %	25 %	60 %	51 %	63 %
500 und mehr	46 %	75 %	40 %	49 %	37 %

GK in Tsd. Mark	1884-93
0 bis u. 500	44 %
500 und mehr	56 %

3. Neugründungen vs. Übernahmegründungen

Die Entwicklung des Verhältnisses von Gründungen zum Zweck der Errichtung eines neuen Betriebes (Neugründungen) zu den Gründungen zur Übernahme - regelmäßig: Erweiterung - bestehender Unternehmungen, wie sie in der folgenden Tabelle zum Ausdruck kommt, läßt einen deutlichen Trend erkennen.

Tabelle 19: Anteil der Übernahmegründungen an den insgesamt beobachteten Gründungen

Periode	AGen ins- gesamt	davon: Über- nahmegründun- gen	ohne an- gabe	(3) in % von (2)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1834-43	13	1	-	8
1844-53	12	2	-	17
1854-63	73	9	-	12
1864-73	90	31	-	34
1874-83	86	29	22	34
1884-93	165	101	2	62

Während in den ersten drei Jahrzehnten die Neugründungen bei weitem überwiegen, verändert sich das Verhältnis in der Folgezeit stark zugunsten der Übernahmegründungen. Im Jahrzehnt 1880 bis 1893 ist der Anteil der Neugründungen schließlich auf nur 38 % zusammengeschrumpft.

Wenn man berücksichtigt, daß in letzten 13 Jahren diese Untersuchung die Zahl der Neugründungen mit 59 immer noch höher war, als in dem der folgenden Jahrzehnte, wird klar, daß die Gesamt-Gründungsziffern nicht nur weiteres im Zeitablauf vergleichbar sind und nur bedingt Aussagen über das Niveau der unternehmerischen Innovation zulassen.

Die hier vorgenommene Differenzierung ermöglicht es demgegenüber, die Entwicklung der Gründungsziffern besser zu verstehen. Insbesondere wird die oben für die Jahre 1880 bis 1893 konstatierte Niveauverschiebung der Gründungshäufigkeiten erklärlich: Bei einem großen Teil der Gründungen handelte es sich lediglich um Änderungen der Rechtsform.

Zugleich wird anhand der angegebenen Relationen deutlich, daß die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft im Schwerpunkt eine Verlagerung erfahren hat. War sie zunächst in der Hauptsache Organisationsmodell und rechtlicher Rahmen für unternehmerische Pionierleistungen in

Gestalt der Errichtung neuer Betriebe, kam ihr später zunehmend die Rolle zu, bestehenden Betrieben die Finanzierung des Wachstums zu erleichtern oder ihnen zu helfen, den wachsenden Risiken und höheren Kapitalanforderungen auf enger werdenden Märkten besser zu begegnen.

Die größenmäßige Verteilung der Übernahmegründungen zeigt, daß diese regelmäßig mit einem höheren Grundkapital anfangen als Neuerrichtungen.

Tabelle 20: Größenmäßige Verteilung der AG-Gründungen

GK in Tsd. Mark	Übernahme- gründungen 1874-1893	Alle Grün- dungen 1874-1893	Alle Grün- dungen 1884-1893
(1)	(2)	(3)	(4)
0-u. 100	3 %	14 %	7 %
100-u. 500	34 %	38 %	37 %
500-u. 1000	27 %	21 %	25 %
1000-u. 2000	21 %	16 %	20 %
2000-u. 5000	10 %	7 %	7 %
5000 u. mehr	1 %	4 %	3 %

Insbesondere im Bereich der Unternehmen mit einem Grundkapital von unter 100.000 Mark sind die Übernahmegründungen mit einem Anteil von nur 1 % stark unterrepräsentiert.

Allerdings ist offenbar im Jahrzehnt 1884-93 eine Angleichung der Größenstruktur der Neuerrichtungen an die Übernahmegründungen erfolgt (Tabelle 20, Spalte 4).

4. Aufgelöste Gesellschaften

Von den im Zeitraum 1834 bis 1893 gegründeten 437 Aktiengesellschaften waren bis 1894 148, d.h. 34 % wieder aufgelöst. Auf die Vielfältigkeit der Gründe, die zu diesen Auflösungen führten, ist bereits hingewiesen worden.

Andererseits gibt es naturgemäß nur wenig qualitative und quantitative Unterlagen über die Hintergründe der Liquidationen bzw. Liquidationsbeschlüsse. Gerichtsakten sind hier wenig ergibig. Denn sofern die Gerichte bei der Liquidation überhaupt eingeschaltet wurden, ging es regelmäßig um das Wie der Abwicklung der Liquidation, nicht aber um das Warum der Beendigung der Kapitalgesellschaft. Das "Zirkular des Comitès zur Wahrung der Interessen der Besitzer von Prioritäts-Obligationen I. Emissior der Waggon- und Eisenbahnbedarfs-Fabrik München"¹⁾ ist daher als Einzelfall zu werten. In ihrem Bestreben, wenigstens einen Teil ihres eingesetzten Kapitals zu retten, versuchen die Unterzeichner, durch Erschließung neuer Finanzierungsquellen den drohenden Konkurs abzuwenden. Dabei gehen sie auch auf die Gründe des Scheiterns ein: Schuld am drohenden Konkurs der "vorzüglich situierten und eingerichteten Waggon und Eisenbahnbedarfs-Fabrik" sei die Überschätzung des Bedarfs zur Zeit der Gründung (1872) sowie die später infolgedessen eingerissene ruinöse Konkurrenz zwischen den Wettbewerbern der übersetzten Branche gewesen.

a) Auflösungsgründe

Da die Arten des weiteren Schicksals des Betriebsvermögens der aufgelösten Gesellschaften Hinweise auf die Ursachen der Liquidationen geben können, soll nunmehr deren quantitative Verteilung vorgeführt werden.

1) Staatsarchiv München, Landgerichte 2390.

Unter den von Rasp in seiner ersten Veröffentlichung über Aktiengesellschaften¹⁾ genannten 72 Auflösungen vor Mitte 1882 sind 37 lediglich als "Liquidation" bezeichnet, also ohne Angabe weiterer Einzelheiten.

Bei den restlichen 35 Liquidationsfällen gibt er das weitere Schicksal des betrieblichen Vermögensstandes wie folgt an:²⁾

- Aufgabe des Geschäftsbetriebs wegen Konkurs- bzw. "Gant"-Verfahren	19
davon: anschließend übergegangen an eine AG	2
sonstige Privatunternehmung	1
- Übergang an einen Unternehmer der öffentlichen Hand	7
- Übergang an eine andere AG	3
- Übergang an privaten Einzelunternehmer oder Personalgesellschaft	6

Die Zusammenstellung macht deutlich, daß eine undifferenzierte Betrachtung der Zahl der Auflösungen ihrer Bedeutung nicht gerecht würde. Immerhin steht bei nur 19 von 72 Auflösungen fest, daß ihre Liquidation mit einem Konkurs verbunden war. Andererseits kann in den Fällen, in denen die Unternehmung an einen Unternehmer der öffentlichen Hand überging, kaum von einem Mißerfolg die Rede sein. Häufig war das Gegenteil der Fall. Es war die positive Ertragslage, die unter anderem die Stadtväter dazu veranlaßte, Gaswerke in Gemeineigentum zu überführen.³⁾ Auch die Fälle, in denen die Unternehmen an Privatunternehmer weiterveräußert wurden, sind nicht ohne weiteres als Mißerfolge zu qualifizieren.

1) Die Aktien-Gesellschaften Bayerns, a.a.O., S. 191 ff.

2) Rasp, a.a.O., S. 191, stützt sich dabei teils auf Veröffentlichungen der einschlägigen Publikationsorgane, teils auf persönliche Korrespondenz mit den zuständigen Kommunalbehörden sowie Handelsabteilungen der Gerichte.

3) Vgl. Brunckhorst, Hans-Dieter, Faktoren und Motive der Kommunalisierung der Versorgungswirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargestellt am Beispiel der Gasindustrie in Deutschland, unveröffentl. Diss., München 1975, S. 160ff.

b) Der Anteil der aufgelösten Gesellschaften an
sämtlichen Gründungen

Der Anteil der bis 1893 wieder aufgelösten Gesellschaften an den Gründungen der einzelnen Zeitabschnitte liegt ziemlich konstant bei 50 %:

Tabelle 21: Gründungen und Zahl der hiervon bis 1893
wieder aufgelösten Aktiengesellschaften

Zeit	Gründun- gen	davon bis 1893 wieder aufgel.	in % der Gründun- gen des Abschnitts
(1)	(2)	(3)	(4)
1834-43	13	7	54 %
1844-53	12	5	42 %
1854-63	73	36	49 %
1864-73	90	44	49 %
1874-83	86	35	41 %
1884-93	163	(21)	(13 %)
1872/73	46	23	50 %

Die günstigeren Anteilswerte (Spalte 4) des sechsten, aber auch des fünften Jahrzehnts müssen im Zusammenhang mit dem schrumpfenden Abstand zum Erhebungsdatum gesehen werden.

Ein zu geringer Abstand zum Erhebungsdatum ist wohl auch der Grund dafür, daß die Auflösungsquote der Jahre 1872/73 (50 %) nicht aus dem Rahmen fällt. Denn das Emporschnellen der Gründungszahlen in diesen beiden Jahren läßt vermuten, daß ein relativ hoher Anteil der Gründungen Ergebnis überoptimistischer Beurteilung der Ertragsaussichten war.¹⁾

c) Der Anteil der Gesellschaften mit einer Lebensdauer
von bis zu zehn Jahren

Der Anteil der aufgelösten Gesellschaften mit einer Lebensdauer von 10 Jahren und darunter fällt für die Gründungsjahre tatsächlich vergleichsweise hoch aus (37 % ge-

1) Entsprechend dem oben angeführten Beispiel der 1872 gegründeten Waggonfabrik, vgl. oben, S. 139 .

genüber 27 % im Mittel der Jahre 1834 bis 1883)¹⁾, wie die folgende Aufstellung ergibt.

Tabelle 22: Die Aktiengesellschaften mit einer Lebensdauer von 10 Jahren und weniger

Periode	AGen	davon mit einer Lebensdauer kleiner/gleich 10 J.	in % der Gründungen des Zeitabschnitts
(1)	(2)	(3)	(4)
1834-43	13	1	8 %
1844-53	12	1	8 %
1854-63	73	17	22 %
1864-73	90	30	33 %
1874-83	86	25	29 %
1884-93	163	(21) ²⁾	(13 %)
1872/73	43	17	37

Das Einpendeln des Anteils kurzlebiger Gesellschaften auf dem erhöhten Niveau von etwa 30 % seit den siebziger Jahren dürfte damit zu erklären sein, daß in den Anfangsjahren der Gründungstätigkeit die Zurückhaltung der Kapitalgeber gegenüber gewerblichen Projekten wie auch die strenge Handhabung des Konzessionssystems dazu beitrugen, daß Unternehmen nur in den Bereichen gegründet wurden, die hinreichend gesicherte Ertragsaussichten hatten.

Andererseits können der mit zunehmender industrieller Entwicklung verstärkte Konkurrenzdruck, eine höhere Risikobereitschaft der Kapitalgeber sowie eine erhöhte Krisenanfälligkeit dafür angeführt werden, daß insbesondere seit dem vierten Jahrzehnt die Zahl der Gründungen kurzlebiger Gesellschaften anstieg.

d) Die Größenordnung der aufgelösten Gesellschaften

Anhand der durchschnittlichen Grundkapitalbeträge der aufgelösten Gesellschaften soll nunmehr abschließend noch eine Aussage über die Größenordnung dieser Unternehmen gesucht werden.

¹⁾ Das Jahrzehnt 1884 bis 1893 wurde bei der Bildung des Mittels nicht berücksichtigt, da für diese Unternehmen

Da die Unternehmungen des tertiären Sektors einzelne Gesellschaften mit extrem hohen Grundkapital-Beträgen umfassen, ihre Untersuchung hier andererseits deswegen nicht so wichtig erscheint, weil bei ihrer Auflösung vielfach institutionelle Faktoren eine Rolle spielten, beschränkt sich die folgende Aufstellung auf die aufgelösten Aktiengesellschaften des Sektors I und II.

Tabelle 23: Durchschnittliches Grundkapital industrieller bayerischer Aktiengesellschaften, die bis 1893 wieder aufgelöst waren

<u>Periode</u>	<u>GK pro Unternehmung (Tsd. Mark)</u>
1834-43	305
1844-53	750
1854-63	522
1864-73	593
1874-83	330
1884-93	619

Ein Vergleich mit den für sämtliche Gründungen der Sektoren I und II angegebenen Werten¹⁾ ergibt, daß die Grundkapitalbeträge der aufgelösten Gesellschaften deutlich darunter liegen. Die Annahme scheint daher gerechtfertigt, daß sich kleine Kapitalgesellschaften weniger behaupten konnten, sei es, weil sie nicht genügend fundiert waren, sei es, weil die Rechtsform der Aktiengesellschaft sich für Unternehmen geringerer Größenordnung als ungeeignet erwies.

(Forts. von S. 142) das Ende der 10-Jahres-Frist jenseits des abschließenden Erhebungszeitpunkts von 1893/94 liegt.

2) Angabe wegen des Stichjahres von 1893 nur bedingt aussagefähig, vgl. vorige Anmerkung.

1) Vgl. oben, Tabelle 15, S. 133.

IV. Die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen und Sektoren

"Die einzigen Handelsgeschäfte, die eine Aktiengesellschaft offenbar mit Erfolg zu betreiben vermag, ohne ein ausschließliches Privileg zu besitzen, sind jene, in denen man alle Vorgänge so stark reduzieren kann, daß sie zur sogenannten Routine werden oder zu einem solch uniformen Verfahren, bei dem nur eine geringe oder überhaupt keine Veränderung auftritt. Hierzu gehört erstens das Bankgewerbe, zweitens die Versicherungen gegen Feuerrisiken in der Schifffahrt und gegen Aufbringung in Kriegszeiten, drittens das Gewerbe zum Bau und zur Unterhaltung eines Durchstiches oder Kanals für Schiffe und schließlich viertens ein ähnliches Gewerbe, nämlich die Wasserversorgung einer großen Stadt."

Mit diesen Worten stellte Adam Smith ¹⁾ bereits 1776 eine Hypothese über die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft auf.

Sie enthält die doppelte Feststellung:

1. Nur in bestimmten Geschäftszweigen sind erfolgreiche Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu finden.
2. Die Ursache für den Erfolg der Aktiengesellschaft in diesen Geschäftszweigen ist darin begründet, daß in diesen Branchen die zu verrichtenden Operationen routinemäßig verlaufen bzw. auf wenig variierbaren Verfahren beruhen.

Diese Thesen wurden auch im 19. Jahrhundert in Deutschland viel diskutiert und fanden unter Fachleuten weitgehende Zustimmung. ²⁾

Der Grund für das Interesse, das diese Überlegung damals fand, ist in dem Wunsch zu sehen, eine plausible Erklärung und zugleich Abhilfe für die Mißstände zu finden, die im Gefolge der Ausbreitung des Aktienwesens auftraten.

1) Adam Smith, Finanzpolitik, Buch 5 aus: Der Wohlstand der Nationen. Neu aus dem Englischen übertragen von Horst Claus Recktenwald, München 1974, S. 642

2) Vgl. Martens, a.a.O., S. 38; Passow, a.a.O., S. 35 ff. m.w.N.

Diagnose und Therapie auf der Basis der Hypothese von Adam Smith waren einfach und daher in der rechtspolitischen Diskussion sehr gerne angeführt: Schuld an den Mißständen sei die Tatsache, daß die Rechtsform der Aktiengesellschaft außerhalb "ihrer" Gebiete zur Anwendung gelangte. Abhilfe könne eine branchenmäßige Beschränkung dieser Rechtsform schaffen.¹⁾

Ungeachtet der genannten seinerzeitigen wirtschafts- und rechtspolitischen Aspekte soll im folgenden untersucht werden, inwieweit die von Smith aufgestellte These einer genaueren Überprüfung standhält. Dabei soll zunächst im statistischen Vergleich, dann anhand der Entwicklung einzelner Branchen ein allgemeiner Überblick über die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft in den einzelnen Geschäftszweigen gegeben werden. Im Anschluß daran²⁾ soll dann eine kritische Gegenüberstellung dieses Materials sowie weiterer Einflußfaktoren mit den zwei Aspekten der These von Adam Smith erfolgen.

1. Statistischer Überblick

Im Zeitraum von 1834 bis 1893 entfielen von der Gesamtzahl der 437 Gründungen 192 auf den Sektor I, 84 auf den Sektor II sowie 161 auf den Sektor III.

Die stärkste Stellung nehmen damit in Bayern die Aktiengesellschaften im Konsumgüterbereich sowie im Dienstleistungs- und Infrastrukturbereich ein, während der Anteil der Aktiengesellschaften im Produktionsgütersektor mit einem Fünftel verhältnismäßig gering ist.

1) Vgl. Martens, a.a.O., S. 38.

2) Siehe Teil G, unten S. 197 .

Die Verteilung des gesamten Nominalkapitals auf die Sektoren bestätigt diese Struktur, hebt aber gleichzeitig das besondere Gewicht hervor, das die Aktiengesellschaften des Sektors III in der Zeit der Frühindustrialisierung in Bayern hatten:

Tabelle 24: Aktiengesellschafts-Gründungen und Grundkapital nach Sektoren (1834 bis 1893)

Sektor	AGen	437=100%	GK in Tsd. Mark	(4) in % des GK aller Gründungen
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
I	192	44	150.941	25
II	84	19	76.030	13
III	161	37	375.181	62

Im Zeitablauf nimmt der Sektor III zunächst, d.h. im ersten Jahrzehnt, eine noch stärkere Stellung ein, kann jedoch auch nach der Einführung des Staatsbahnprinzips im Jahre 1843 eine dominierende Position behaupten.

Im einzelnen ergeben sich folgende Anteilswerte:

Tabelle 25: Verteilung der AG-Gründungen nach Sektoren in % (in Klammer: absoluter Wert)

Sektor	1834-43	44-53	54-63	64-73	74-83	84-93
I	31 (4)	67 (8)	41 (30)	40 (36)	38 (33)	50 (81)
II	7 (1)	-- (-)	26 (19)	19 (17)	12 (10)	23 (37)
III	62 (8)	33 (4)	33 (24)	41 (37)	50 (43)	28 (45)
Sa.:	100 (13)	100 (12)	100 (73)	100 (90)	100 (86)	101 (163)

Die auch in dieser Anordnung zu beobachtende Ausnahmestellung des Jahrzehnts 1874 bis 1883 macht es schwer, Entwicklungstendenzen in der sektoralen Verteilung der Gründungen festzustellen.

Der Konsumgüterbereich hält von 1854 bis 1883¹⁾ ziemlich kontinuierlich einen Anteil von etwa 40 %, um dann im letzten Jahrzehnt dank einer großen Zahl von Rechtsformänderungen im Brauereigewerbe auf einen Anteil von 50 % zu gelangen. Der Sektor III nimmt im Zeitraum 1854-1883 prozentual kontinuierlich zu, ist dann aber im letzten Jahrzehnt trotz weiter gestiegener absoluter Zahl von Gründungen rückläufig.

Der Sektor II schließlich kann seinen Anteil vom Jahrzehnt 1854-1863 trotz beachtlicher absoluter Steigerung im Jahrzehnt 1884-1893 nicht halten. Auch die einzelnen Anteilswerte sind vergleichsweise gering. So hatte Preußen etwa in den Jahren 1851 bis 1857 von 119 Gründungen 60 im Produktionsgüterbereich.²⁾

Bei der Beurteilung dieses Tatbestands muß jedoch berücksichtigt werden, daß in diesem Bereich in Bayern der Staat eine wichtige Rolle als Unternehmer spielte.

Insbesondere in der Branche Bergbau und Hüttenwesen wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Produktion weitgehend von staatlichen Betrieben beherrscht.³⁾ Dabei wurde der Zugang zur Produktion von Hüttenerzeugnissen nicht nur durch das Vorhandensein von staatlichen Unternehmungen erschwert, sondern teilweise auch durch deren privilegierte Stellung in Bezug auf die Rohstoffversorgung.

Die Firmengeschichte der "Maxhütte" berichtet z.B., daß die "ärarischen" Werke aus den Staatswaldungen bevorzugt das mangels einer brauchbaren Steinkohlenbasis lebenswichtige Holz zu einem bis zu 25 % ermäßigten Preis er-

1) Die ersten beiden Jahrzehnte können nur bedingt zur Aussage herangezogen werden, da angesichts der jeweils geringen Gesamtzahl (13 bzw. 12 Gründungen) die einzelne Gründung zu sehr ins Gewicht fällt.

2) Angaben nach Thieme, a.a.O., S. 286 f., Tabellen 1 und 4.

3) Vgl. Zorn, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 29 f.

nielten.¹⁾ Auch bei der Erzabgabe durch die staatlichen Erzbergwerke wurden die staatlichen Hüttenunternehmen bevorzugt.²⁾

In der Aufgliederung nach Branchen liegen die Unternehmen des Nahrungs- und Genußmittelbereichs mit 109 Gründungen (25 %) an der Spitze, gefolgt von der Textilindustrie mit 62 Gründungen (14 %) sowie dem Handelsgewerbe (10 %):

Tabelle 26: Zahl der AG-Gründungen nach Wirtschaftszweigen (1834-93) und deren Nominalkapital

Branché	AGen	Nominalkapital in Tsd. Mark
BH	14	13.510
SE	31	18.758
Me	5	2.504
Ma	21	31.552
C	13	9.926
T	62	64.739
PLH	21	17.891
NG	109	68.311
L	28	11.126
BR	9	2.005
Bau	14	21.410
Pol	13	6.601
H	44	159.045
Vers	8	28.114
Verk	32	142.512
Vergn	13	4.368

In der Verteilung der anlässlich der Gründung aufgebraachten Eigenkapitalbeträge führt das Handelsgewerbe (26 %),

1) O.V., Hundert Jahre Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, 1853-1953, Firmenfestschrift, München 1953, (Zitierweise: Hundert Jahre Maxhütte), S. 20.

2) ebd., S. 22.

gefolgt von den Verkehrsunternehmen (24 %). Erst dann schließen sich Nahrungs- und Genußmittel- sowie Textilunternehmen an (jeweils 11 %). Die fünfte Stelle nimmt nach Nominalkapitalbeträgen bereits die Maschinenbauindustrie ein.

Ein chronologischer Vergleich bezeichnet die Schwerpunkte der Gründungstätigkeit.

Tabelle 27: Zahl der AG-Gründungen nach Branchen

	34-43	44-53	54-63	64-73	74-83	84-93
BH	1	-	2	2	1	2
SE	-	-	5	9	2	15
Me	-	-	1	1	2	1
Ma	-	-	1	1	1	15
C	-	-	1	1	4	1
T	1	7	22	10	7	15
PLH	-	-	2	6	2	11
NG	3	1	6	20	24	54
L	-	2	15	6	5	-
BR	-	-	2	3	2	2
Bau	-	-	2	7	3	2
Pol	-	-	-	1	3	9
H	1	-	-	12	17	14
Vers	1	-	1	-	1	5
Verk	6	2	4	4	8	8
Vergn	-	-	-	3	5	5

Obwohl 10 der 16 angegebenen Geschäftszweige im ersten Jahrzehnt (1834-43) keine Gründung aufweisen, sind die bedeutenden Geschäftszweige (Textil, Nahrungs- und Genußmittel, Handelsgewerbe mit Banken) bereits alle vertreten. Bei Beginn der verstärkten Gründungstätigkeit in den Jahren 1854-63 stehen die Textilindustrie sowie die Gasversorgungs-Unternehmen an der Spitze. Aber schon im

darauf folgenden Jahrzehnt tritt eine deutliche Verschiebung zugunsten der Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie des Handelsgewerbes ein, die ihre führende Position bis in die neunziger Jahre halten. Die Textilindustrie verliert trotz anhaltend beachtlicher absoluter Gründungsziffern an relativer Bedeutung, die Leuchtstoffindustrie weist - wohl angesichts der Verstaatlichungstendenzen und zunehmender Bedeutung der Elektrizität - im letzten Jahrzehnt keine Gründung mehr auf.

Andererseits zeigen die Branchen Steine/Erden sowie Maschinenbau - insbesondere im Vergleich zu vorher - in diesem Zeitraum eine beachtliche Gründungsaktivität.

Beurteilt man den Erfolg der Rechtsform der Aktiengesellschaft nach der Quote der wieder aufgelösten Gesellschaften, so ergeben sich auch hier bei sektoraler und branchenmäßiger Betrachtung bemerkenswerte Unterschiede. So wurden im gesamten Zeitraum 1834-93 von den 192 Aktiengesellschaften des Konsumgütersektors 53 (28 %) wieder aufgelöst, im Produktionsgüterbereich entfielen auf 84 Gründungen 30 Auflösungen (36 %) und im Sektor III waren es bei 161 Gründungen 65 (40 %) Unternehmen, die bis 1893 liquidierten.

In der zeitlichen Differenzierung lassen alle drei Sektoren in den Jahren 1854 bis 1883 eine leicht fallende Tendenz in den Auflösungsquoten erkennen, die durch den schrumpfenden Abstand zum Erhebungsdatum mit beeinflußt sein mag.

Tabelle 28: Bis Ende 1893 wieder aufgelöste AGen nach Jahrzehnten und Sektoren (in Klammer: Anteil dieser AGen an der Gesamtzahl der Gründungen dieses Zeitraums sowie Sektors)

Sektor	34-43	44-53	54-63	64-73	74-83	84-93
I	3 (75%)	4 (50%)	11 (37%)	15 (42%)	9 (27%)	11 (14%)
II	1 (100%)	-	12 (63%)	9 (53%)	4 (40%)	4 (11%)
III	3 (38%)	1 (25%)	13 (54%)	20 (59%)	22 (51%)	6 (13%)

Im sektoralen Vergleich läßt sich jedoch feststellen, daß die Rechtsform der Aktiengesellschaft im Bereich der Produktionsgüterindustrie in Bayern mehr zu kämpfen hatte als im Bereich der Konsumgüterindustrie.

Im Sektor III tragen bis 1873 die Verstaatlichungen in gewissem Umfang zu den relativ hohen Auflösungsquoten bei, im darauf folgenden Jahrzehnt kann dieser institutionelle Grund nicht zur Erklärung für den hohen Anteil der Liquidationen herangezogen werden, da nur eine der Liquidationen durch eine Veräußerung an einen Unternehmer der öffentlichen Hand bedingt war.

Die Zusammenstellung der Anteile kurzlebiger Aktiengesellschaften ergibt eine ähnliche Gewichtsverteilung.

Tabelle 29: AG-Gründungen mit einer Existenzdauer von 10 Jahren und weniger nach Sektoren und Jahrzehnten (in Klammer: Anteil dieser Aktiengesellschaften an der Gesamtzahl der Gründungen dieses Zeitraums sowie Sektors)

Sektor	1834-43	1844-53	1854-63	1864-73	1874-83	1884-93
I	1 (25%)	1 (13%)	6 (20%)	9 (25%)	6 (18%)	11 (13%)
II	-	-	8 (42%)	7 (41%)	3 (30%)	4 (11%)
III	-	-	3 (15%)	14 (41%)	16 (37%)	6 (13%)

Auch hier weisen die Anteile der Produktionsgüterindustrie insbesondere im dritten und vierten Jahrzehnt der Tabelle darauf hin, daß die Aktiengesellschaften der Produktionsgüterindustrie einen schweren Stand hatten. Aber auch im tertiären Sektor findet sich ein großer Anteil von Unternehmen in den Jahren 1864 bis 1883, die bald wieder aufgeben mußten. Veräußerungen an den Staat fallen dabei kaum ins Gewicht.¹⁾

Bei den einzelnen Branchen weisen im Produktionsgütersektor Bergbau- und Hüttenwesen mit 50 %, im tertiären Sektor das Baugewerbe, das Polygraphische Gewerbe sowie das Handelsgewerbe mit 50 %, 38 % bzw. 34 % der jeweiligen Gründungen die höchsten Anteile kurzlebiger Gesellschaften auf.

Tabelle 30: Vergleich: 1834 bis 1893 gegründete Aktiengesellschaften; davon: bis 1893 wieder aufgelöst; davon: mit einer Existenzdauer von 10 Jahren und weniger; jeweils nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige	AGen	Bis 1893 aufgelöst	Mit Existenz- dauer von 10 Jahren u. we- niger
BH	14	9	7
SE	31	9	8
Me	5	3	1
Ma	21	5	4
C	13	4	2
T	62	19	12
PLH	21	3	2
NG	109	31	20
L	28	11	1
BR	9	4	2
Bau	14	9	7
Pol	13	5	5
H	44	21	15
Vers	8	1	1
Verk	32	11	6
Vergn	13	3	2

2. Die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft in den einzelnen Branchen

a) Bergbau und Hüttenwesen

Angesichts der Tatsache, daß der Eisenbahnbau bereits früh einen erheblichen Bedarf an Brennstoffen sowie Eisenerzeugnissen mit sich brachte, setzt die Gründungstätigkeit im bayerischen Bergbau und Hüttenwesen erst verhältnismäßig spät ein und ist auch nur von bescheidenem Umfang. Auch muß die Zahl von 8 Gründungen im Zeitraum von 1854 bis 1865 im Zusammenhang mit einer hohen Auflösungsrate gesehen werden. Noch vor 1870 wurden sieben dieser Unternehmen wieder aufgelöst.

Dennoch kann der Rechtsform der Aktiengesellschaft auch in dieser Branche eine wichtige Rolle zugesprochen werden.

Beim Steinkohlenbergbau¹⁾ ist zunächst zu berücksichtigen, daß aus standortbedingten Gründen trotz einer Steigerung der Abbauleistung von 1848 bis 1893 auf das etwa 8-fache die bayerischen Gruben bei weitem nicht in der Lage waren, den heimischen Bedarf zu decken.²⁾ Damit waren einer Expansion in diesem Bereich natürliche Grenzen gesetzt, die sich auch in der Gründungstätigkeit von Aktiengesellschaften niederschlagen mußte.

Hinzu kommt, daß die wichtigen Kohlengruben von St. Ingbert sowie Bexbach in der Pfalz in staatlicher Hand waren und somit für diese die Rechtsform der Aktiengesellschaft zum damaligen Zeitpunkt nicht zur Wahl stand.

(Anm. 1) von S. 152) Für die Jahre 1864 bis 1883 sind lediglich zwei derartige Fälle registriert.

1) Vgl. Blasberg, Eugen, Die Steinkohlenversorgung Bayerns, München 1910, S. 14 f.

2) Vgl. ebd., S. 23; Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 303.

Die wichtigsten Vorkommen in Oberbayern waren - wenn man von dem mißlungenen Versuch der Oberländischen Steinkohलगewerkschaft absieht¹⁾ - zunächst teils in staatlicher (Peißenberg) Hand, teils bei einem Privatunternehmer²⁾ (Penzberg) sowie in Händen der Miesbacher Steinkohलगewerkschaft.

Nachdem die Miesbacher Steinkohलगewerkschaft im Jahre 1869 die Penzberger Gruben von v. Eichthal erworben hatte³⁾, mit einem Bahnanschluß sämtlicher Gruben andererseits die Voraussetzungen raschen Wachstums der Förderungsleistung gesetzt waren⁴⁾, wurde 1870 die bereits einige Jahre zuvor geplante Rechtsformänderung in eine Aktiengesellschaft vollzogen.⁵⁾

Damit war ein erheblicher Teil der bayerischen Steinkohlenproduktion in der Hand einer Aktiengesellschaft. Weithofer gibt die Gesamtförderung der Miesbacher Steinkohलगewerkschaft für 1867 - also noch vor Fusionierung mit den Penzberger Gruben - mit über 1,5 Mio Ztr. an.⁶⁾ Hierbei muß es sich aber bereits um einen wesentlichen Anteil der gesamten oberbayerischen Förderleistung gehandelt haben.⁷⁾

In Oberfranken und der Oberpfalz wurden zwischen 1856 und 1860 5 weitere Kohlenbergwerke in der Rechtsform der Aktiengesellschaft gegründet, die jedoch sämtlich

1) Vgl. Blasberg, a.a.O., S. 8 f.

2) Simon Frhr. v. Eichthal, später sein Sohn Karl, vgl. Weithofer, Karl, Anton, Das Pechkohलगebiet des bayerischen Voralpenlands und die Oberbayrische AG für Kohlenbergbau 1870-1920, München 1920, S. 14.

3) Die Erwerbung der Grube in Peißenberg war ebenfalls geplant, scheiterte jedoch; vgl. Weithofer, a.a.O., S. 20.

4) Vgl. Blasberg, a.a.O., S. 16; Weithofer, a.a.O., S. 20.

5) Vgl. ebd., S. 20.

6) Vgl. Weithofer, a.a.O., S. 20.

7) Nach Blasberg, a.a.O., S. 14 f. lag in Oberbayern die Steinkohlenproduktion ohne Selbstverbrauch zu dieser Zeit bei 76.004 t.

bald wieder schließen mußten. Es ist dies ein Reflex der beschränkten, schließlich mehr oder weniger versiegenden Vorkommen dieser Gegenden.¹⁾ Auch das 1875 als Aktiengesellschaft gegründete Stockheimer Steinkohlenwerk wurde bereits 1882 wieder aufgelöst.

Im Erzbergbau und Hüttenwesen, dessen Entwicklungschancen mangels ausreichender Erz- und Kohlevorkommen in ähnlicher Weise begrenzt waren²⁾, waren neben den staatlichen Unternehmen zunächst nur zwei private Betriebe zu Bedeutung gelangt, die gewerkschaftliche Grube bei Arzberg sowie die v. Gienanth'sche Grube bei Imsbach.³⁾ Im Hüttenwesen dominierten lange die Eisenwerke der Gebr. v. Gienanth.

Mit dem Aufkommen des Kokseisens wurden sie vom Eisenwerk Gebr. Kraemer in St. Ingbert in der Pfalz überrundet. Dieses Unternehmen wurde 1859 trotz des damals in dieser Branche höchsten Aktienkapitals von 3,5 Mio fl. (6 Mio Mark) zunächst nur als KGaA gegründet. Erst im Jahre 1888 erfolgte dann die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

Das einzige Aktienunternehmen im rechtsrheinischen Bayern, das die ersten zehn Jahre seines Bestehens überdauerte, konnte zu erheblicher Bedeutung in seiner Branche gelangen. 1856 aus einer kurz vor der Liquidation stehenden Eisenbahnschienenfabrik in Sauforst bei Burglengenfeld in der Oberpfalz umgegründet, gelangte die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte schon bald zu einer soliden wirtschaftlichen Position. Durch Erwerb der Sulzbacher und später der Auerbacher Eisenerzvorkommen trug das Unternehmen wesentlich zur Wiederbelebung des Oberpfälzer Eisenerzbergbaus bei.⁴⁾

1) Vgl. Blasberg, a.a.O., S. 5 f.

2) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 789.

3) 1871 betrug die bayerische Roheisenerzeugung 3,7 % des Volumens des deutschen Reichs, die Eisenerzförderung nur 3,1 %. Beide Anteile entwickelten sich weiter rück-

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß unter Berücksichtigung der besonderen Faktoren im bayerischen Bergbau und Hüttenwesen, insbesondere des hohen Anteils staatlicher Unternehmen, die Rechtsform der Aktiengesellschaft eine erheblichere Rolle gespielt hat, als dies in den Gründungsziffern zum Ausdruck kommt. Die drei damals führenden Unternehmen der Branche konstituierten sich jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Entwicklung als Aktiengesellschaften.

b) Industrie der Steine und Erden

Das plötzliche Einsetzen der Gründungstätigkeit ab 1857 im Bereich der Industrie der Steine und Erden bezeichnet die Zeit, in der es neben den Ziegelproduzenten insbesondere der in Bayern traditionsreichen Porzellan- und Glasindustrie gelang, die industrielle Produktionsweise zu übernehmen.

Für den Bereich der Glasindustrie kann die 1859 mit einem Grundkapital von 1,8 Mio Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Spiegelglas- und Zinnfolienfabrik in Erlangen als typisches Beispiel dieser Umstellung angesehen werden. Ursprünglich war die Organisation der bayerischen Spiegelglasindustrie dadurch gekennzeichnet gewesen, daß der Zahl der als Nebenbetriebe zur Ausnutzung der großen Waldungen einer Grundherrschaft geführten Glashütten ein Netz kleinbetrieblicher Schleif- und Polierwerke gegenüberstand.¹⁾

Die Einführung der Kohlenfeuerung, später der Gasfeuerung sprengte dann einerseits den Rahmen nebenbetrieblicher Produktion im Bereich der Verhüttung, andererseits geboten

(Forts. von S. 155) häufig, vgl. Marchand, Hans, Säkularstatistik der deutschen Eisenindustrie, Schriften der volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Neue Folge/Hauptreihe, Heft 3, Essen 1939, Tabelle 26

4) Vgl. o.V., Hundert Jahre Maxhütte, a.a.O., S. 29 f.

1) Vgl. Berlin, Philipp, Die bayerische Spiegelgalsindustrie Diss., Erlangen/Berlin 1910, S. 30.

die intensive Konkurrenz zunehmend die Konzentration von Rohglaserzeugung und Veredelung in einer Hand.¹⁾ Den erhöhten Kapitalbedürfnissen unter derartigen betrieblichen Strukturen zu entsprechen, war der tragende Gesichtspunkt, der die Gebrüder Fischer zur Einbringung ihres Unternehmens in eine Aktiengesellschaft bewog.²⁾

Insgesamt blieb die Zahl der Aktienunternehmen im Bereich der Glasfabrikation mit fünf Gründungen bis 1893 gering. Erst ab den 90er Jahren treten mit zunehmendem Preisdruck, insbesondere einer Exportkrise, fühlbare Veränderungen in der Branche auf. Es kommt zur Gründung eines grenzüberschreitenden Rohglas-Syndikats "Vereinigte Bayerische und Böhmische Spiegelglasfabrikanten" in Weiden³⁾ wie auch zu einer starken Konzentration durch Gründung zweier Aktiengesellschaften, die aus der Fusion mehrerer Firmen entstanden.⁴⁾ Nach Berlin sind für den beobachteten Konzentrationsprozeß folgende Aspekte ursächlich

- Die Umstellung von Holz- auf Kohle- bzw. Gasfeuerung im Bereich der Rohglaserzeugung,
- Die Eisenbahnverbindung zu den auf Wasserkraft angewiesenen, verstreut liegenden Veredlern in der Oberpfalz,
- Als auslösendes Moment: Preisdruck, der zu einer Zusammenfassung der Produktionsstufen zwang.⁵⁾

Während die Ziegeleien während des gesamten Untersuchungszeitraums gegründet wurden, treten ab 1870 insbesondere noch Gründungen im Bereich der Zementindustrie (3), der Granitgewinnung (3) sowie bei der Herstellung sonstiger Baustoffe in nennenswertem Umfang auf.

1) Vgl. Berlin, a.a.O., S. 33f.

2) Konzessionsgesuch vom 20. Oktober 1858, MH 5976.

3) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 812.

4) Vgl. Berlin, a.a.O., S. 38 f., 44.

5) ebd., S. 44.

c) Maschinenbau

Für die Zeit vor 1884 weist die Statistik eine nur geringe Anzahl von Aktienunternehmen im Maschinenbaubereich auf.

1858 wurde die von Sander im Jahr 1840 errichtete Maschinenfabrik Augsburg in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, 1873 die damals ebenfalls schon fast 30 Jahre alte Klett'sche Maschinenfabrik Nürnberg als Aktiengesellschaft gegründet. Bei den übrigen Unternehmen vor 1884 handelt es sich um 5 dem Ausrüstungsbedarf der Eisenbahn dienende Unternehmen sowie eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen. Eine starke Zunahme der Gründungstätigkeit ist erst im Jahrzehnt 1884-1893 zu verzeichnen. Lediglich bei vier der 15 Unternehmen erfolgte die Gründung zum Zweck der erstmaligen Errichtung einer Produktionsstätte. Alle übrigen Unternehmen bauten auf bereits existierende Betriebe auf. Es signalisiert dies, daß wie schon bei den Maschinenfabriken von Sander und Klett die Anfänge der Produktion durchaus auf einzelunternehmerischer Basis möglich waren, die besonderen Finanzierungsbedürfnisse einer raschen Expansion andererseits die Umwandlung der Unternehmen in Aktiengesellschaften in einem bestimmten Stadium der Entwicklung unumgänglich werden ließen.

Auch in der Elektroindustrie erzwang der rasche Expansionsprozeß die Gründung einer Aktiengesellschaft. Bereits 20 Jahre nach Eröffnung einer mechanischen Werkstätte in Nürnberg wurde nach dem Tod Schuckerts im Jahr 1895 die Umwandlung des hauptsächlich Starkstromanlagen produzierenden Unternehmens in eine Aktiengesellschaft mit dem damals in dieser Branche größten Grundkapitalbetrag von 12 Millionen Mark vorgenommen.¹⁾ Weitere Ka-

1) Vgl. Zorn, Wolfgang, Die Hochindustrialisierung, in: Pfeiffer, Gerhard (Hrsg.), Nürnberg - Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971, S. 402 ff. (409).

pitalerhöhungen ließen das Aktienkapital des Unternehmens noch auf 42 Mio Mark im Jahr 1899 anwachsen.¹⁾

d) Chemische Industrie

Das Einsetzen der Gründungstätigkeit im Bereich der chemischen Industrie geht im wesentlichen mit der Erfindung des Kunstdüngers durch Justus v. Liebig sowie Fortschritten im Bereich der Teerfarbenerzeugung einher.

Auf Anregung und mit Beteiligung Justus v. Liebig's wurde 1857 in München die Bayerische Aktiengesellschaft für chemische und landwirtschaftlich chemische Fabrikate in Heufeld in Oberbayern mit einem Grundkapital von 500.000 fl. (257.143 Mark) gegründet.

Eine Führungsrolle sollte dann die 1865 von F. Engelhorn und den Brüdern Clemm als Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 2.4 Mio Mark gegründete Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen in der Pfalz einnehmen.

e) Textilindustrie

Verhältnismäßig frühzeitig fand die Rechtsform der Aktiengesellschaft in der Textilindustrie Anwendung. Nachdem bereits Ende des 18. Jahrhunderts die Erfindung der Spinnmaschine die Voraussetzung für eine Mechanisierung geschaffen hatte, war für die nunmehr gegründeten Textilunternehmen ein hoher Kapitaleinsatz unabdingbar.

An erster Stelle ist hier die Baumwollindustrie zu nennen. Um die örtlichen Kattunfabriken von der Garnversorgung aus dem Ausland unabhängig zu machen, gründete 1837 das Augsburger Bankhaus v. Schaezler die Aktienge-

1) Vgl. Zorn, Wolfgang, Die Hochindustrialisierung, a.a.O., S. 402 ff. (409).

2) MH 5554.

sellschaft Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg. Das Grundkapital betrug 2.057.000 Mark; 753 Arbeiter sollten Beschäftigung finden. Die nötige Antriebskraft lieferte der abgeleitete Lech¹⁾, die Maschinen-ausstattung und Anlernung der Facharbeiter übernahm eine elsässische Maschinenfabrik.²⁾

Lediglich durch die Industriekrise von 1848 zeitweilig unterbrochen, hielt die Gründungstätigkeit bis zur Gründung des deutschen Reichs an. Ab 1854 kamen zu den Gründungen in Schwaben zahlreiche Gründungen in Ober- und Mittelfranken, wo die Mechanisierung der Baumwollindustrie später eingesetzt hatte.³⁾

Während die Gründungstätigkeit ab 1870 im ganzen auf geringerem Niveau fortgesetzt wird, ist der Eintritt der elsässischen Baumwollindustrie für die vorhandenen Unternehmen Anlaß zur inneren technischen und finanziellen Reorganisation.⁴⁾

Um einen ungefähren Eindruck der Anteile der textil-industriellen Aktienunternehmen an der Produktion zu geben, sollen Kapazitätsindikatoren gegenübergestellt werden. Graßmann⁵⁾ gibt für das Jahr 1869 bei den Augsburger Aktienspinnereien eine Kapazität von 219.660 Spindeln gegenüber 45.000 bei den ins Gewicht fallenden Einzelunternehmungen an. Die Webereien in der Rechtsform der Aktiengesellschaft vereinigten 2062 Webstühle auf sich, die Einzelunternehmen wiesen 1254 Webstühle auf.

1) Dampfkessel wurden zunächst nur selten verwendet; 1850 waren in Augsburg 20 Dampfkessel in Betrieb, 1893 waren es 316. Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 243.

2) Vgl. Zorn, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 50; Graßmann, a.a.O., S. 21 ff.

3) Vgl. Zorn, a.a.O.

4) Vgl. Reuther, Otto, Die Entwicklung der Augsburger Textilindustrie, Diss., Diessen vor München 1915, S. 71.

5) a.a.O., S. 53.

Aber auch die damals existierenden personalistischen Unternehmen wurden regelmäßig im Lauf der weiteren Entwicklung in Aktiengesellschaften überführt. So wurde die Spinnerei J.F. Ober u. Söhne, die 1869 mit 24.000 Spindeln registriert war, 1878 nach Zwangsversteigerung und Konkurs von einer Aktiengesellschaft "Spinnerei Wertach" übernommen.¹⁾ Die Augsburger Buntweberei vormals L.A. Riedinger, die 1869 480 Webstühle aufwies, wurde 1880 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.²⁾ Die Spinnerei und Weberei Pfersee, Solivo, Leiner & Cie. ging 1881 an eine AG über.³⁾

Für ganz Bayern ist das 1863 in der Baumwollindustrie angelegte Kapital auf 23,5 Mio fl. = 40,3 Mio Mark berechnet worden.⁴⁾ Dem steht ein Gründungskapital der bis da existierenden 22 Aktienunternehmen im Baumwollbereich von 28,8 Mio Mark gegenüber. Berücksichtigt man hierbei, daß sich die Gründungskapitalien im Wege der Akkumulation noch erhöht haben dürften, kann die Aktiengesellschaft auf dem Gebiet der Baumwollproduktion als die dominierende Unternehmungsform bezeichnet werden.

f) Papier, Leder und Holz

Unter den Aktienunternehmen dieser Branche nehmen die Papierfabriken den größten Anteil ein (10 von 21). Daneben kommt der Leder- (3 Gründungen) und der Holzverarbeitung (4 Gründungen) eine geringe Bedeutung zu.

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 157.

2) Vgl. Rasp, Die Aktien-Gesellschaften Bayerns, a.a.O., S. 213.

3) ebd., S. 214.

4) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 802.

g) Nahrungs- und Genußmittelindustrie

Im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel fand die Rechtsform der Aktiengesellschaft in einem weit gefächerten Spektrum von Unternehmensgegenständen Anwendung. Mühlenbetriebe und Brauereien sind eindeutig als Schwerpunkte zu erkennen. Neben 68 Aktienbrauereien und 15 Mühlen, weist die Statistik sechs Malzfabriken, je 4 Zuckerfabriken, Eisproduzenten und Wasserwerke, je 2 Brot- bzw. Teigwaren- und Spirituosenfabriken sowie je 1 Fabrik für Tabakwaren, Kartoffelmehl, Molkereiprodukte sowie Fleischwaren auf.

Nach einem Vorspiel Ende der dreißiger Jahre mit zwei Aktienmühlen fällt der Beginn der Gründungstätigkeit bei den Mühlen in eine Zeit, in der die Mühlenbetriebe allgemein von der Kunden- zur Handelsmüllerei übergingen¹⁾ und Kunstmühlen nach britisch-amerikanischem System einrichteten.²⁾ Wie oben bereits anhand des Beispiels der Kunstmühle Augsburg (gegr. 1853) dargestellt, stieß diese Umstellung auf industrielle Betriebsweise wegen Gefährdung der vorhandenen Betriebe auf Bedenken des Königs, wurde dann aber dennoch genehmigt.³⁾

Dem Aufschwung der Aktiengesellschaften im Bereich des Brauwesens gingen eine Reihe umwälzender technischer Neuerungen voraus, die eine starke Ausweitung der Produktion wie auch eine Konzentration begünstigten. Motiviert und instruiert durch eine Studienreise nach England im Jahre 1852 hatte Gabriel Sedlmayr nach Übernahme der väterlichen Brauerei in den vierziger Jahren die Anwendung von Saccharometer und Thermometer, die Methode der englischen Mälzerei sowie die Anwendung der Dampfkraft erstmals praktiziert.⁴⁾ Zum eigentlichen Durchbruch gelangte

1) Vgl. Bauriedel, a.a.O.

2) Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 162.

3) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 161 f.

4) Vgl. Struve, a.a.O., S. 53.

der Einsatz von Maschinen mit der durch Verbesserung der Transportmittel (Eisenbahn und Flußschifffahrt) vermehrten Zufuhr von Kohlen an Stelle der wesentlich kostspieligeren Holzfeuerung.¹⁾

Die Einrichtung rationeller Lagerkeller in Verbindung mit der Anwendung von Natureis in den fünfziger Jahren, die Erfindung der Herstellung künstlichen Eises im Jahre 1856 und deren industrielle Anwendung in den siebziger Jahren, weiterhin die zunehmende Verwendung mechanischer Hebe- und Transporteinrichtungen und schließlich ein ausgebautes brautechnisches Unterrichtswesen in Bayern sind die herausragenden Punkte der Entwicklung der bayerischen Brauereien zu Industriebetrieben.²⁾

Die Verbesserung der technisch-ökonomischen Bedingungen der Produktionsbedingungen im Brauwesen spiegeln sich in hohen Anwachsraten des jährlichen Ausstoßes nieder.

1891 hatte sich die Biererzeugung im rechtsrheinischen Bayern gegenüber 1831 von 4,3 Mio hl auf 13,6 Mio hl mehr als verdreifacht.

Den bei Struve gemachten Angaben lassen sich folgende Zuwachsraten der Biererzeugung in Bayern (ohne Rheinpfalz) entnehmen:

Tabelle 31:³⁾ Biererzeugung in Bayern (ohne Rheinpfalz)
1846 bis 1891 mit Veränderungsraten

Zeitraum	Bierproduktion in hl	Veränderung in % gegenüber Vor- periode
1846/47 bis 50/51 ⁴⁾	25.986	
1851/52 bis 55/56	24.074	./.
1856/57 bis 60/61	30.966	+ 29 %
1861/62 bis 65/66	39.343	+ 27 %
1866/67 bis 1871 ⁵⁾	39.661	+ 1 %
1872 bis 1876	53.751	+ 48 %
1877 bis 1881	58.583	+ 0 %
1882 bis 1886	59.495	+ 2 %
1887 bis 1891	66.155	+ 11 %

1) Vgl. Struve, a.a.O., S. 55, 58.

2) Vgl. ebd., S. 55 ff.

3) Nach Struve, a.a.O., S. 65, 95, 129, 150.

Die Verbesserungen des Transportwesens begünstigten nicht nur die Produktionsbedingungen, sondern auch den Absatz. So kam von der Exportseite der Anstoß zur Gründung der ersten bayerischen Aktienbrauerei in Ludwigshafen im Jahr 1862. Ebenfalls exportbedingt waren die drei weiteren Gründungen in den Jahren 1863 und 1864 in Nürnberg und Kulmbach.

Im einzelnen entwickelte sich die Gründungstätigkeit im Brauwesen wie folgt:¹⁾

Tabelle 32: Zahl der Gründungen von Aktienbrauereien
1862 - 1893 in Bayern (mit Rheinpfalz)

Jahr	AG-Gründungen	Jahr	AG-Gründungen
1862	1	1881	4
1863	2	1882	4
1864	1	1883	1
1865/66	-	1884	9
1867	1	1885	6
1868-70	-	1886	4
1871	1	1887	4
1872	3	1888	2
1873	3	1889	4
1874	2	1890	3
1875-78	-	1891	-
1879	1	1892	1
1880	2	1893	3

Bis 1874 waren bereits 12,9 Mio Mark an Aktienkapital²⁾ den Aktienbrauereien zugeflossen. Der Anteil an der Gesamtproduktion war allerdings bis da noch verhältnismäßig gering. Im Durchschnitt der Jahre 1874 bis 1878 belief sich der Malzverbrauch der Aktiengesellschaften (als Indikator der Produktion) auf nur 3,9 % aller Braunbierbrauereien in Bayern ohne Rheinpfalz.³⁾

(Forts. von S. 163)

4) Finanzjahre Oktober bis September.

5) Ohne Übergangsquartal Okt. bis Dez. 1867.

1) Quellen: Rasp, Zur Statistik der bayerischen Aktien-Gesellschaften, a.a.O.; Pfeleiderer, Handbuch der süddeutschen Aktiengesellschaften, a.a.O.

2) z.Zt. der Gründung.

3) Vgl. Struve, a.a.O., S. 133.

Allerdings nahmen die Aktienbrauereien schon damals, was den Betriebsumfang betrifft, eine hervorragende Stellung ein. Die Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München (gegr. 1872) war damals mit einem Grundkapital von 5,4 Mio Mark die größte ihrer Art in Deutschland.¹⁾

Auch der durchschnittliche jährliche Produktionsumfang läßt einen deutlichen Abstand der Aktienbrauereien zu den übrigen Betriebsformen erkennen.²⁾

Im Mittel der Jahre 1874 bis 1878 betrug der Produktionsumfang für eine

Braunbierbrauerei in "Privatbesitz"	2.100 hl Bier
Aktienbrauerei	39.000 hl Bier
sog. Hausbrauerei	2.100 hl Bier
Weißbierbrauerei	1 1/8 hl Bier

Für die Zeit nahezu maximaler Beschäftigtheit in den Jahren 1874 bis 1878 sind nach Struve keine Tendenzen fortschreitender Konzentration in Brauereien zu erkennen.

Dies sollte sich jedoch synchron mit der Gründungswelle in den achtziger Jahren ändern.

Der Malzverbrauch verteilte sich nunmehr auf die verschiedenen Betriebsgrößen wie folgt:

Es entfielen⁴⁾ vom jährlichen Gesamtmalzverbrauch bei den Brauereien Bayerns rechts des Rheins:

Jahr	Kleinbrauereien ⁵⁾	Mittelbrauereien ⁵⁾	Großbrauereien ⁵⁾
	in %	in %	in %
1876	29	41	30
1882	28	38	34
1885	26	36	38
1888	23	33	44
1891	21	33	46

1) Vgl. Struve, a.a.O., S. 135.

2) Vgl. ebd., S. 136.

3) Vgl. ebd., S. 137.

4) Nach Struve, a.a.O., S. 172.

5) Als Kleinbrauereien gelten in diesem Zusammenhang - ohne definitorischen Anspruch - Brauereien mit einem

In der Rheinpfalz war die Konzentrationstendenz noch stärker. Es entfielen¹⁾ auf die

Jahr	Kleinbrauereien	Mittelbrauereien	Großbrauereien
1882	18 %	40 %	42 %
1891	7 %	17 %	76 %

des Gesamtmalzverbrauchs.

An dieser Konzentrationsbewegung müssen die Aktienbrauereien maßgeblich beteiligt gewesen sein, denn es betrug ungefähr der Malzverbrauch im rechtsrheinischen Bayern²⁾ z.B. bei den

	1879	1891
"Privatbrauereien"	89 %	76,5 %
Aktienbrauereien	3,8 %	17,8 %
Kommune- und sonst. Brauereien	6,2 %	5,6 %

Gleichzeitig betrug ungefähr die Durchschnittsproduktion³⁾ einer

	1879	1891
"Privatbrauerei"	2.000 hl	2.314 hl Bier
Aktienbrauerei	41.434 hl	49.216 hl Bier
Kommune- und sonst. Brauereien	1.636 hl	1.322 hl Bier

Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß die große Gründungswelle in eine Zeit vergleichsweise nur geringer Zuwächse der gesamten Produktion fällt. So ist die Produktion im rechtsrheinischen Bayern von 1876 bis 1891 nur noch um 9 % gestiegen.

Struve⁴⁾ sieht einen eindeutigen Zusammenhang mit der positiven Entwicklung der Bierexporte in diesem Zeitraum:

(Forts. von S. 165) jährlichen Malzverbrauch bis 1000 hl, als Mittelbrauereien solche zwischen 1001 und 5000 hl, als Großbrauereien diejenigen, die mehr als 5001 hl Malz im Jahr verbrauchen.

1) Vgl. Struve, a.a.O.

2) Vgl. ebd., S. 168.

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. ebd., S. 180 f.

"Diese erhebliche Zunahme des Aktienbetriebes in der bayerischen Großbrauerei kann nur im Zusammenhange mit der Entwicklung der Bierausfuhr, als deren fast ausschließliche Träger, ebenso wie für die Zunahme der Produktion überhaupt, diese oberen Kreise des Gewerbes erkannt waren, richtig gewürdigt werden ..." Die von ihm vorgenommene Gegenüberstellung zeigt in der Tat eine synchrone Zunahme der Zahl der Aktienbrauereien und des Bierexports:

Tabelle 33: Entwicklung des bayerischen Bierexports und der jährlichen Zahl der Aktienbrauerei-Gründungen¹⁾

Jahre	Bierexport in Tsd. hl	Zuwachs ggü. Vorjahr in %	Gründungen von Aktienbrauereien
1883	1.104	-	1
1884	1.234	12,6 %	9
1885	1.379	10,9 %	6
1886	1.572	14,0 %	4
1887	1.677	6,7 %	4
1888	1.858	10,8 %	8
1889	2.016	8,5 %	4
1890	2.147	6,5 %	3
1891	2.197	2,3 %	-

Bedenkt man, daß die absolute Zunahme des Bierexports dieser Jahre um 1,09 Mio hl etwa die Hälfte des Zuwachses der gesamten Biererzeugung (2,22 Mio hl) betrug, so kann durchaus ein Zusammenhang zwischen den im Export liegenden Gewinnchancen und der durch eine starke Gründungstätigkeit indizierten Expansion von Großbrauereien gesehen werden. Nur diese waren zunächst in der Lage, den besonderen Anforderungen des Exportgeschäfts, insbesondere etwa was den Vertrieb von Flaschenbier betrifft, in eigener Hand rentabel durchzuführen.²⁾

1) Nach Struve, a.a.O., S. 181; Pfleiderer, a.a.O.

2) Vgl. Struve, a.a.O., S. 120.

Abschließend sollen die herausragenden Merkmale der Entwicklung der Aktiengesellschaften im Brauwesen noch einmal stichwortartig zusammengefaßt werden:

- Revolutionäre Umwälzungen im Bereich der Produktion (Kühltechnik, Dampfkraft, verbilligte Energie) sowie des Absatzes (Eigenvertrieb) mit hohen Kapitalanforderungen einerseits, attraktiven Kostenersparnissen andererseits.
- Eine starke Konzentration der Produktion auf Aktienunternehmen, wie sie in einer signifikanten Zunahme des Anteils der Aktienbrauereien am gesamten Malzverbrauch sowie deren steigendem durchschnittlichen Produktionsumfang bei gleichzeitig zunehmender Zahl der Aktienunternehmen zum Ausdruck kommt.
- Ein auffallender zeitlicher Zusammenhang zwischen der Exporttätigkeit und der Gründungstätigkeit sowohl zur Zeit der ersten Gründungen in den sechziger Jahren wie zur Zeit der Gründungswelle in den achtziger Jahren.

h) Industrie der Leuchtstoffe

Ähnlich wie im Bereich des Verkehrswesens schien im Bereich der Leuchtstoff-Industrie die Rechtsform der Aktiengesellschaft in besonderem Maß geeignet, die verhältnismäßig hohen Anlagekosten durch private Beteiligung aufzubringen. Häufig waren die städtischen Körperschaften zu einem erheblichen Teil an diesen Gründungen beteiligt. Rasp¹⁾ erwähnt die Beteiligung kommunaler Körperschaften in 8 Fällen ausdrücklich.

Anders als bei den Eisenbahn-Gesellschaften entschlossen sich die öffentlichen Stellen jedoch nur zögernd dazu, diese Gesellschaften voll zu übernehmen.²⁾ Unter den

1) Die Aktien-Gesellschaften Bayerns, a.a.O., S. 191 ff.

2) Zu den Motiven solcher Transaktionen, vgl. Brunckhorst, a.a.O.

28 Gründungen sind bis 1893 11 Auflösungen berichtet, hiervon sind fünf als Kommunalisierungen ausdrücklich bezeichnet.¹⁾

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der bayerischen Gaswerke in der Rechtsform der Aktiengesellschaft muß die Person L.A. Riedingers, bis 1852 technischer Direktor der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg, erwähnt werden, da er in besonderem Maß die Entwicklung auf dem Gebiet der Gasindustrie beeinflußt hat. So hat er in Bayern 25 Gaswerke, außerhalb Bayerns 42 Gaswerke errichtet. Seit 1857 Inhaber einer "Mechanischen Werkstätte am Senkelbach"²⁾, die zunächst auf den Ausrüstungsbedarf für Gaswerke spezialisiert war, verfügte L.A. Riedinger auf dem Gebiet der Errichtung über ein know-how, das ihm große Erfolge einbrachte.

Soweit er nicht unmittelbar im Auftrag städtischer Körperschaften oder bereits konstituierter Gesellschaften tätig wurde, nahm er den Bau zunächst auf eigene Rechnung vor und veräußerte diesen Komplex sodann entweder an die Städte oder an nunmehr von ihm ins Leben gerufene Aktienunternehmen, bei denen er sich regelmäßig weiterhin ein entscheidendes Mitspracherecht vorbehielt.

Dieser typischen Entstehungsgeschichte ist es auch zuzuschreiben, daß in dieser Branche eine überraschende überörtliche Konzentration festzustellen ist. Da es sich hier um eine reine Form multipler Betriebsgrößenvariation handelt, war durch die Zusammenfassung mehrerer Gaswerke in einer Hand eine Veränderung der variablen wie auch der gesamten Kosten pro Einheit der Erzeugung kaum zu erwarten.³⁾

1) Rasp, a.a.O.

2) Später: "L.A. Riedinger, Maschinen- und Broncewarenfabrik"; 1887 an eine AG mit einem Grundkapital von 1,1 Mio Mark übergegangen, vgl. Graßmann, a.a.O., S. 107.

3) Vgl. Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, in: Arndt, Helmut, Die Konzentration in der Wirtschaft, Schrift des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20, Stand der Konzentration Berlin 1960, S. 377 ff. (385).

Wohl um einen Teil seiner dort gebundenen Kapitalien wieder freizubekommen, gründete Riedinger 1863 eine Aktiengesellschaft zur Übernahme der zwölf in seinem Eigentum befindlichen Gasfabriken. Mit einem Grundkapital von 3,4 Mio Mark war dieses Unternehmen das größte kapitalistische Unternehmen der Augsburger Industrie.¹⁾ Es hatte "multinationalen" Wirkungskreis.²⁾ Auch die 1883 von Riedinger gegründete Aktiengesellschaft "Vereinigte Gaswerke in Augsburg" (Grundkapital 1 Mio Mark) vereinigte mehrere, insgesamt 18, Gasfabriken in einer Hand.³⁾

Insgesamt hat die Rechtsform der Aktiengesellschaft im Bereich der in Privathand befindlichen Gasfabriken eine entscheidende Rolle gespielt.

i) Banken

Unter den Bankinstituten bestimmen die Aktienbanken in Bayern - etwa im Vergleich zu Preußen, wo 1867 bereits 16 Banken als Aktiengesellschaft gegründet worden waren⁴⁾ - verhältnismäßig spät das Bild.

Nach der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank im Jahre 1834 und einer Filialeröffnung in Augsburg 1837 treten Aktienbanken erst 1869 mit zwei Gründungen wieder in Erscheinung.

Die Gründung der Hypothekenbank war vom König selbst angeregt worden und wurde durch Gesetz vom 1. Juli 1834 gesetzlich geregelt.⁵⁾ Die Einhaltung der Statuten unterstand der staatlichen Oberaufsicht durch einen königlichen Commissär. (§ 21 der Statuten). Die Bank war gehalten, drei Fünftel ihrer Fonds für ländliche Hypothekendarlehen zu 4 % zu verwenden.⁶⁾ Im übrigen konnte sie

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 168.

2) Neben deutschen Gasanstalten waren auch solche in Österreich und Italien in der Hand dieser AG, vgl. ebd., S. 169.

3) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 138.

4) Vgl. Thieme, a.a.O., S. 287.

5) Abgedr. bei Hocker, a.a.O., S. 45 f.

6) § 6 des Gesetzes vom 1. Juli 1834, a.a.O.

auch sonstige Bankgeschäfte ausführen, war jedoch verpflichtet, "hierbei vorzüglich die gewerbetreibende Klasse zu unterstützen."¹⁾

Daneben hatte sie ein gesetzlich umrissenes Recht zur Notenausgabe.²⁾ 1836 gliederte sie sich noch eine Möbi-
liar-Feuerversicherungs-Anstalt an, aus der später die
Bayerische Versicherungsbank hervorging.³⁾

1857 und 1861 wurden weitere Filialen in Lindau und
Kempten eröffnet. 1853 hatte sich der Kapitalbestand
der Bank auf 20 Mio fl. verdoppelt.⁴⁾

Die Gründung der nächsten zwei Aktienbanken mit einem
Grundkapital von insgesamt 56,6 Mio fl. (Bayerische Ver-
einsbank und Bayerische Handelsbank) war gleichbedeutend
mit einer gewissen Zunahme der Konzentration im Bankge-
werbe, denn in beiden Unternehmen gingen mehrere klei-
nere Münchner und Augsburger Privatbanken auf.⁵⁾

1871 entstanden zwei weitere für den Geschäftszweig sehr
wichtige Bankunternehmen, die Süddeutsche Bodencredit-
bank mit einem Grundkapital von 24 Mio Mark, sowie die
Vereinsbank in Nürnberg mit einem Grundkapital von 4,5 Mio
Mark. Während letztere wie die beiden zuvor genannten
Münchner Institute ebenfalls eine sog. gemischte Aktien-
bank war, war die "Südboden" die erste Bank in Bayern,
die als reine Hypothekenbank gegründet wurde.⁶⁾

1875 wurde der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank
das Recht der Notenausgabe entzogen und an die Bayerische

1) § 7 des Gesetzes vom 1. Juli 1834, a.a.O.

2) § 8, a.a.O.

3) Vgl. Zorn, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 59.

4) Vgl. Spenkuch, a.a.O., S. 31.

5) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 807.

6) Vgl. Achterberg, Erich, Süddeutsche Bodencreditbank,
Ein Jahrhundert Werden und Wirken, Frankfurt/Main,
1971, S. 18.

Notenbank, die zu diesem Zeitpunkt mit einem Grundkapital von 15,0 Mio Mark gegründet worden war,¹⁾ übertragen.

Neben diesen soliden Gründungen sind sechs weitere in den Jahren 1871 bis 1873 gegründete Bankaktiengesellschaften mit einem Grundkapital von insgesamt 19.725.000 Mark zu nennen, die bereits bald nach Eröffnung wieder aufhören mußten.

Lag der Schwerpunkt der Gründungstätigkeit von 1868 bis 1875 etwa hauptsächlich bei Instituten beachtlicher Größenordnung, dominiert ab 1879 die Zahl kleinerer Bankinstitute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft. Von den 1884 bis 1893 gegründeten Aktienbanken entfielen zwei auf Volksbanken sowie sieben weitere auf sog. Creditvereine bzw. Vorschussvereine (letztere alle in Unter- und Mittelfranken).

Wie auch weitere Gründungen der siebziger Jahre im Handelsgewerbe, nämlich solche von Dreschmaschinengesellschaften zeigen, wurden hier in der Rechtsform der Aktiengesellschaft hauptsächlich typisch genossenschaftliche Zielsetzungen verfolgt. Nicht die Gewinnerzielung, sondern die Gewährung von Dienstleistungen an die Teilnehmer stand im Vordergrund.

Um die Bedeutung der Aktienunternehmen im Bankgewerbe richtig zu gewichten, muß berücksichtigt werden, daß nicht nur vor 1868, als sich die bis da allein stehende Hypobank das Bankgeschäft mit der Nürnberger Staatsbank und einer Anzahl privater Bankhäuser teilte²⁾, sondern auch danach nicht kapitalgesellschaftlich organisierte Bankunternehmen eine bedeutende Rolle spielten.

1) Vgl. Zorn, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 61.

2) Da die Hypobank eine nur beschränkte Kreditkapazität hatte, war es vielfach Sache der Privatbankiers, in den schwierigen Fällen der Vergabe kurzfristiger Überbrückungskredite helfend einzugreifen, vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 152, 173.

Auf den bedeutenden Beitrag, den das Bankhaus Schaezler etwa für die Gründung der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg geleistet hat, wurde bereits hingewiesen. 1869 gab es in Augsburg neben einer Filiale der Hypobank acht private Bankhäuser, elf Wechselgeschäfte, zwei landwirtschaftliche Credit-Institutionen, die städtische Sparkasse sowie mehrere Arbeiter-Sparkassen der großen Industrieunternehmen.¹⁾ In Nürnberg bestanden 1871 außer der königlichen Bank, Stadtparkasse und Kreissparkasse 26 Bank- und Wechselhandlungen.²⁾

In München tat sich insbesondere der Bankier S.v. Eichthal hervor, so z.B. bei der Gründung der Hypobank wie auch später bei der Gründung der München-Augsburger Eisenbahngesellschaft.³⁾

Das 1870 unter maßgeblicher finanzieller Beteiligung des Nürnberger Unternehmers Th. v. Cramer-Klett sowie der Darmstädter Bank gegründete Bankhaus "Merck, Christian & Co." (später: Merck, Finck & Co) trug entscheidend zur Entwicklung und Ausdehnung des Versicherungswesens bei.⁴⁾ Bei der Gründung der Münchener Rückversicherungsgesellschaft im Jahr 1880 war es mit einem Aktienanteil von 17 % beteiligt und wirkte später auch bei der Entstehung der Allianzversicherungs-Gesellschaft im Jahr 1890 mit.⁵⁾

In Augsburg gelang es seit Ende der siebziger Jahre dem Bankhaus P. Schmid, eine beherrschende Position bei der Gewährung kurzfristiger Kredite an die führenden Unternehmen Augsburgs insbesondere im Textilbereich zu erlangen und sich dadurch nicht nur dem Aufsaugungsprozeß durch größere Bankinstitute zu entziehen, sondern auch einen

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 173.

2) Vgl. ders., Die Hochindustrialisierung, a.a.O., S. 403.

3) Vgl. ders., Handelsgeschichte, a.a.O., S. 136, 140.

4) Vgl. O.V., Münchener Rückversicherungsgesellschaft, 75 Jahre. 1880-1955, München 1955, S. 7 f.

5) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 819.

maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsführung seiner Kreditnehmer zu gewinnen.¹⁾

Die Beispiele geben einen Hinweis darauf, daß die Aktienbanken in Bayern zwar einen wesentlichen Anteil am landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgeschäft in ihrer Hand vereinigen konnten. Andererseits kam den Privatbankiers gerade bei der Gründung von Aktienunternehmen eine bedeutende Rolle als Initiatoren und Mitbegründern zu.²⁾

k) Versicherungsunternehmen

Im Versicherungswesen wurde die Versicherung von Gebäuden gegen Brandschäden von einer öffentlich-rechtlichen Brandversicherungs-Anstalt³⁾, die Hagelversicherung von genossenschaftlich organisierten Unternehmen besorgt.

Im Bereich der Mobiliar-Feuerversicherung teilten sich bis 1850 im wesentlichen die Feuer-Versicherungsanstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank sowie die 1854 für Bayern zugelassene Münchener und Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft den bayerischen Markt.

Um den von den Handelskammern zunehmend beklagten Mangel an ausreichendem Versicherungsschutz, insbesondere bei der an Umfang zunehmenden Industrie abzuhelpfen, entschloß sich dann die bayerische Staatsregierung um 1850, fast sämtlichen deutschen Versicherungsgesellschaften die Geschäftstätigkeit in Bayern zu erlauben.⁴⁾

Gerade in Anbetracht dieses Umstands ist die geringe Anzahl von Gründungen in Bayern vor 1880 erstaunlich. Denn

1) Vgl. Reuther, Otto, a.a.O., S. 72.

2) Vgl. Zorn, a.a.O., S. 807.

3) Vgl. O.V., Hundert Jahre Münchener und Aachener, S. 73.

4) Vgl. ebd., S. 86.

in Preußen waren z.B. bis 1867 bei nur 8 Auflösungen 51 Versicherungsgesellschaften gegründet worden.¹⁾

Erst ab 1860 kam es dann in Bayern zu weiteren sechs Gründungen, hierunter zwei Rückversicherungen, drei Lebensversicherungen sowie je ein Feuer- und Transportversicherungs-Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft.

l) Baugewerbe

Vor 1870 wurden im Baugewerbe vier Aktiengesellschaften gegründet. Zwei davon, der Hausbau-Verein in Hof sowie der Nürnberger Wohnungsverein, waren offensichtlich genossenschaftlich ausgerichtet.

Das Gründungsfieber der Jahre 1872 und 1873 reizte auch hier zur Gründung von Aktiengesellschaften. In diesen Jahren wurden fünf Baugesellschaften gegründet. Die mit einem Grundkapital von 18 Mio Mark bei weitem größte unter diesen wurde bereits 1878 wieder aufgelöst.

Im übrigen war der Zuschnitt der Baugesellschaften von mittlerer Größenordnung (bis 700.000 Mark Grundkapital) bei einer jedoch ungewöhnlichen Zahl kleiner Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von unter 100.000 Mark.²⁾

m) Verkehrsgewerbe

In der Zeit von 1834 bis 1893 wurden insgesamt 33 Aktiengesellschaften³⁾ auf dem Gebiet des Transport und Verkehrs gegründet, darunter 5 Eisenbahn-Gesellschaften,

1) Vgl. Thieme, a.a.O., S. 287, Tabelle 4; S. 288, Tab. 5.

2) Im gesamten Untersuchungszeitraum fünf Unternehmen.

3) Bei Einbeziehung der München-Augsburger Eisenbahngesellschaft sowie der Ludwigskanal-Gesellschaft ergibt sich eine Zahl von 35 Unternehmen.

7 sog. Localbahngesellschaften, 3 Trambahn-Unternehmen, 11 Schiffahrtsgesellschaften, 5 Brückenbau-Gesellschaften sowie eine Tunnelbaugesellschaft. Dem Flächenverkehr dienende eigentliche Eisenbahngesellschaften sind wegen des Staatsbahnprinzips mit nur 5 Gründungen selten gewesen.

Zwar hatte sich die Staatsführung zunächst als Unternehmer zurückgehalten, so daß die Ludwigsbahn-Gesellschaft sowie die München-Augsburger Eisenbahn-Gesellschaft noch auf Privatinitiative entstehen konnten.

Doch schon im Zuge des Baus der Nordgrenzeisenbahn übernahm der Staat die Durchführung. Eine bereits konstituierte private Aktiengesellschaft wurde wieder aufgelöst.¹⁾

Nach Übernahme der München-Augsburger Eisenbahn im Jahre 1844²⁾ blieb die Ludwigsbahn damit zunächst die einzige Privatbahn Bayerns.

Daneben führten militärische Gesichtspunkte, vor allem in Hinblick auf die Streckenführung und Tragfähigkeit zu der Entscheidung, zum Staatsbahnprinzip überzugehen.³⁾ Gegen Ende der vierziger Jahre rückte die Staatsregierung vorübergehend vom Staatsbahnprinzip ab und ermöglichte damit noch einmal, daß eine private Eisenbahngesellschaft von allerdings sehr erheblichem Zuschnitt entstehen konnte. 1856 wurde diese als "Kgl. private Aktiengesellschaft der bayerischen Ostbahnen" mit einem Grundkapital von ca. 100 Mio Mark konzessioniert.

Der pfälzische Eisenbahnverkehr war vom Staatsbahnprinzip ausgenommen. Es konnten daher 1838 die Pfälzische

1) Vgl. Mück, a.a.O., S. 217.

2) Kaufpreis ca. 7,5 Mio Mark; vgl. Lechner, a.a.O., S. 61.

3) Vgl. hierzu im einzelnen Mück, a.a.O., S. 222.

Ludwigsbahn (GK: 14,6 Mio Mark), 1852 die Maximiliansbahn (GK: 7,5 Mio Mark) sowie 1862 die Pfälzer Nordbahnen (GK: 3 Mio Mark) auf privater Basis entstehen.

Dort wo das Staatsbahnprinzip Lücken ließ, kam es noch zu reger Gründungstätigkeit. Ab 1880 wurden außer drei Straßenbahngesellschaften mehrere sog. Localbahngesellschaften gegründet, die in erster Linie dem industriellen Nahverkehr zu dienen bestimmt waren.¹⁾

Bemerkenswert erscheint bei der Augsburger Lokalbahn die technisch-organisatorische Konstruktion: Ausführung und Betrieb der Bahn wurden für Rechnung der Aktiengesellschaft von der Staatseisenbahnverwaltung übernommen.²⁾

Berücksichtigt man insgesamt die Restriktionen, die durch den staatlichen Mitsprache- und Kontrollanspruch im Bereich des Verkehrs- und Transportwesens gesetzt waren, muß die Rechtsform der Aktiengesellschaft als initiierendes und beschleunigendes Moment der Entwicklung in diesem Bereich angesehen werden.

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 153 ff.

2) ebd.

F. Ausgangslage und Motivationsstrukturen bei den Gründern frühindustrieller Aktiengesellschaften

Nachdem zuvor versucht wurde, die branchenspezifisch unterschiedliche Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft im Untersuchungszeitraum darzustellen, sollen nunmehr die positiven Impulse und wirtschaftlichen Anreize empirisch erfaßt werden, die zur Gründung von Aktiengesellschaften führten.

Denn nur eine Zusammenschau solcher positiven Impulse einerseits, möglicher organisatorischer Restriktionen, wie sie von A. Smith angesprochen wurden, andererseits, läßt tragfähige Aussagen über die Ursachen der unterschiedlichen Ausbreitung der Aktiengesellschaften in den einzelnen Bereichen zu.

Anhand des empirischen Materials soll daher im folgenden festgestellt werden,

- welches die konkreten Zielsetzungen waren, die von den Gründern mit der Wahl der Rechtsform verfolgt wurden,
- welche externen Bedingungen, insbesondere Veränderungen hierbei von Einfluß waren,
- welche Aspekte die Rechtsform der Aktiengesellschaft zur Verfolgung der Ziele im besonderen Maß geeignet erscheinen ließ.

Inhaltlich wird die Darstellung nach den hauptsächlichen aufgefundenen Zielsetzungen aufgegliedert sein; es sind dies:

- Die Durchführung und Finanzierung großer Projekte,
- Expansion und Rationalisierung,
- Abfindung von Gläubigern einer gescheiterten Einzelunternehmung,
- Erleichterung der Erbteilung,
- Geschäftliche Interessen beteiligter Unternehmer sowie
- Sonstige Gründe.

I. Die Durchführung und Finanzierung großbetrieblicher Projekte

Wie die oben durchgeführte Gegenüberstellung von sog. Umwandlungsgründungen gegenüber Neugründungen gezeigt hat, überwog zunächst deutlich die Zahl der Gründungen, die mit der Errichtung einer Unternehmung einhergingen.

In diesem Fall hatten die Gründer häufig einen für damalige Verhältnisse außergewöhnlich großen Zuschnitt des Betriebs geplant. Die Gründe für eine solche Strategie waren vielfältiger Art. Sie lagen zum Teil in den Bedingungen der Produktion bzw. Leistungserstellung, zum anderen Teil in den Anforderungen und Chancen des Absatz- und Beschaffungsbereichs.

Regelmäßig waren mehrere Gründe gleichzeitig anzutreffen.

1. Die Absatzbedingungen

Vom Absatzbereich her bildete eine massenhafte Nachfrage den Anlaß und Anreiz, die Gewinnchancen einer großbetrieblichen Produktion auszunutzen. Der Augsburger Bankier J.L. Schaezler wies in einem Subskriptionsprospekt darauf hin¹⁾, daß die Kattundruckerei in Bayern noch "größtenteils von dem Auslande abhängig" sei und daß daher für die geplante Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg die "sichere Aussicht eines sehr lohnenden Ertragnisses" bestehe.

Der erwartete Fortbestand des Zollvereins, der Abschluß des für den Export förderlichen deutsch-österreichischen Handelsvertrages, "der gesteigerte Luxus" sowie das Fehlen ernsthafter Konkurrenz ermunterten 1851 den Großhändler Georg Heinzelmann, die Gründung der Baumwollfeinspinnerei in die Wege zu leiten.²⁾

1) Brief des J.L. Schaezler an potentielle Subscribenten vom 28. Februar 1837, MH 5677.

2) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 43.

Die Gründer der Waggon- und Eisenbahnbedarfs-Fabrik München ließen sich bei ihrem Unternehmen durch einen "während und unmittelbar nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges zu Tage getretenen außergewöhnlichen Bedarf an Eisenbetriebs- und Fahrmaterial" leiten.¹⁾

Die Münchener Rückversicherungsgesellschaft (gegr. 1880) sollte nach ihrer Gründungskonzeption das mit fortschreitender Industrialisierung und wachsendem Verkehr gestiegene Rückversicherungsbedürfnis der Versicherungsunternehmen befriedigen.²⁾

Teilweise sah man besondere Marktchancen in der Auswertung eines verliehenen Privilegs. Emil Breisach, Inhaber eines Privilegs für die Herstellung von Kunstdünger, betrieb 1856 die Gründung einer Aktiengesellschaft "Kunst-Guano-Fabrik" in Augsburg, um die erwarteten Gewinnchancen zu nutzen.³⁾

Etwa zur gleichen Zeit baten auch der Reichsrat v. Niethammer, der k. Hofbankier J.v. Hirsch, der k. Direktor Dr. Fraas sowie Dr. W. Mayer den König um die Konzession zur Gründung einer Fabrik von künstlichem Guano, da es an einer solchen Fabrik "in großem Stile" fehle und die Preise für Guano stark gestiegen seien.⁴⁾

Wesentliche Vorbedingung für eine massenhafte Nachfrage, wie sie in den meisten Fällen vorausgesetzt wurde, war neben dem Abbau innerdeutscher Zollschränken durch den Zollverein die im untersuchten Zeitraum rasch fortschreitende Entwicklung des Transportwesens (Eisenbahn und Schifffahrt). Hierdurch wurden erst diejenigen Märkte er-

1) Vgl. Zirkular des "Comités zur Wahrung der Interessen der Besitzer von Prioritäts-Obligationen I. Emission der Waggon- und Eisenbahnbedarfs-Fabrik München, in: Staatsarchiv München, Landgerichte 2890.

2) Vgl. O.V., Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, 75 Jahre. 1880-1955, München 1955, S. 7.

3) MH 5614.

4) Konzessionsgesuch vom 8. Juli 1857, MH 5554.

öffnet, die die großbetriebliche Produktion attraktiv erscheinen ließen.¹⁾

2. Die Bedingungen der Leistungserstellung

Im Bereich der Leistungserstellung wurde ein großbetrieblicher Zuschnitt regelmäßig erst durch den Einsatz von Maschinen möglich, die mitunter zu erheblichen Kostenersparnissen führten. Wo es zunächst an natürlichen Energiequellen gefehlt hatte, ermöglichte der zunehmende Einsatz von Dampfmaschinen die Mechanisierung.²⁾

Die Vorteile der Vereinigung mehrerer Produktionsstufen in einer Hand veranlaßte die Gründer der Fabrik für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate, von vornherein die Produktion des Kunstdüngers sowie der chemischen Vorprodukte in einem Unternehmen zu verbinden.³⁾

"Ein großes Angebot in der Baumwollweberei geschulter Arbeitskräfte" sowie günstige Absatzchancen weckten bei den Großhändlern A. Walz und O. Weidner sowie dem Fabrikdirektor Romminger den Plan, eine "mechanische Weberei Hof" ins Leben zu rufen.⁴⁾

3. Die Beschaffungsbedingungen

Im Beschaffungsbereich ließen starke Schwankungen der Rohstoffpreise insbesondere in der Textilindustrie die breite Kapitalbasis eines großen Unternehmens erforderlich erscheinen.

1) Vgl. hierzu z.B. o.V., Hundert Jahre Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bayreuth, Bayreuth 1953, S. 19 ff.

2) Vgl. o.V., Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof 1853-1953, Firmenfestschrift, Hof 1953, S. 13.

3) Vgl. Konzessionsgesuch vom 8. Juli 1857, a.a.O.

4) Vgl. Schmid, Karl, Die Entwicklung der Hofer Baumwollindustrie 1432-1913, Leipzig-Erlangen 1923, S. 211.

So wurden in den Textilunternehmen Gewinne vielfach überwiegend durch eine spekulative Beschaffungspolitik erzielt.¹⁾

4. Die Finanzierung

Über die Gründe, die den Urhebern von Neugründungen die Rechtsform der Aktiengesellschaft als für die Durchführung großer Projekte eher geeignet erschienen ließ, gab es offenbar keinen Zweifel. Die Aufbringung der erforderlichen umfangreichen Kapitalmittel sah man nur auf diese Weise gewährleistet. Den Antragstellern, die durch Konzessionsgesuch vom 18. Mai 1858 um die Genehmigung der Gründung einer Aktiengesellschaft "Baumwollspinnerei München" einkamen, erschien "bei der Größe der sowohl zur Anlage als auch zum Betriebe einer solchen Fabrik erforderlichen Kapitals ... die Begründung durch einen Privaten unzulässig und die Vereinigung der Finanzkraft mehrerer durchaus geboten."²⁾

Es kann hier dahinstehen, inwieweit es z.B. den Augsburger Kaufleuten und Unternehmern nicht auch ohne die Institution der Rechtsform der Aktiengesellschaft gelungen wäre, industrielle Großunternehmen zu errichten, wie das in England zur Zeit der Geltung des bubble acts der Fall war.³⁾ Denn die geschäftliche und familiäre Verflechtung spielte auch in Augsburg eine erhebliche Rolle, so daß die notwendige Vertrauensbasis für die gegenseitige Bereitstellung von haftendem Kapital vorhanden gewesen sein dürfte.⁴⁾

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 48; vgl. auch Enke, Alfred, Das Anwachsen der Aktiengesellschaften in der Elektrizitäts- und Textilindustrie, Diss., Stuttgart 1911, S. 54 f., 60 f.

2) MH 5718.

3) Vgl. hierzu Mathias, Peter, Die Unternehmer, in: Braun, Rudolf, u.a. (Hrsg.), Industrielle Revolution, Köln-Berlin 1972, S. 83 ff. (90); Rosenberg, a.a.O., S. 52 f.

4) Die Mechanische Spinnerei Kaufbeuren wurde 1839 als Personalgesellschaft mit einem Grundkapital von

Auf jeden Fall hat die Rechtsform der Aktiengesellschaft die Gründung derartiger Großbetriebe sehr begünstigt. Denn sie ermöglichte neben einer Teilung der Risiken, die insbesondere im Textilbereich wegen der erheblichen Rohstoffpreisschwankungen erheblich waren, auch die Begrenzung derselben.

Die erwähnten Gründer der Mechanischen Weberei Hof sahen sich wegen der für die geplante Größe des Unternehmens unzureichenden eigenen Mitteln gezwungen, von ihrem ursprünglichen Plan, das Werk auf eigene Rechnung gemeinschaftlich zu führen, abzulassen und mit Großkaufleuten und Fabrikanten von Hof eine Aktiengesellschaft zu gründen.¹⁾ Der Magistrat der Stadt Bamberg gab anlässlich der Einführung der Gasbeleuchtung den ursprünglichen Plan auf, die Anstalt in eigener Regie zu errichten und zu betreiben, da dies - so die Begründung einer hierzu eingesetzten Kommission - zu aufwendig wäre.²⁾ Durch einen Vertrag vom 4. April 1856 wurde daher L.A. Riedinger das Recht zur Durchführung der Errichtung und zum Betrieb eines Gaswerks erteilt und ihm anheimgestellt, das Unternehmen in eine einfache oder eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.³⁾

(Forts. von S. 182) 805.000 fl. (1,38 Mio Mark) gegründet, vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 186, 227; vgl. auch Reuther, Otto, a.a.O., S. 67.

1) Vgl. Schmid, a.a.O., S. 211.

2) Vgl. o.V., Hundert Jahre Bamberger Gas, a.a.O., S. 31 ff.

3) Vgl. ebd., S. 46.

II. Expansions- und Rationalisierungsentscheidungen als Folge sich verändernder Produktions- und Marktbedingungen

Klare Konturen der Motivation sind bei denjenigen Gründungen zu erkennen, die zur Übernahme und zum Betrieb eines schon bestehenden Unternehmens gegründet wurden.

Denn die Inhaber eines Unternehmens entschlossen sich regelmäßig erst dann zur Änderung der Rechtsform, wenn dieser Schritt unumgänglich schien, da dieser seiner Natur nach mit einer Minderung der persönlichen Macht und des Einflusses auf die Geschicke der Unternehmung verbunden war.

Zudem waren die Gründer bis 1871 deshalb zu einer klaren Formulierung ihrer Gründe gezwungen, weil in solchen Fällen lediglich die aktienrechtliche Frage der Statutengenehmigung entscheidungserheblich war.

1. Internes Unternehmenswachstum

Bei den Rechtsformänderungen, die zum Zweck einer Expansion des Unternehmens erfolgt sind, handelt es sich zunächst um solche Firmen, bei denen die eigenen Mittel nicht ausreichten, die bei hohen Wachstumsraten des Umsatzes zunehmenden Anforderungen an den Umfang von Anlage- und Betriebskapital zu decken.

Der Gründer der Kammgarnspinnerei Augsburg glaubte zwar, seine Erweiterungspläne durch Aufnahme der Brüder F.B. und W.H. v. Schaezler als Teilhaber realisieren zu können. Schon wenige Monate später entschloß er sich dann jedoch, sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, um dem Unternehmen die erforderliche breite Kapitalgrundlage zu geben.¹⁾

1) Vgl. Zorn, a.a.O., S. 153.

Mehr noch als in der Baumwollindustrie spielten in der Wollindustrie die Risiken starker Rohstoffpreisschwankungen wie auch Schwankungen im Garnpreis eine erhebliche Rolle.¹⁾

Auch die bisherigen Inhaber der Augsburger Maschinenfabrik Carl Buz und Carl Reichenbach sahen sich einer starken Zunahme von Großaufträgen gegenüber, als sie sich 1857 zur Umwandlung ihres Unternehmens in eine Aktiengesellschaft entschlossen. Anlässlich der Gründungsversammlung begründet einer der bisherigen Inhaber, so das Protokoll, den Schritt damit, daß "bei dem raschen Emporblühen der Fabrik und der großen Ausdehnung, welche dieselbe genommen" habe, "zur Realisierung der vorliegenden großartigen Bestellungen eine Vereinigung von Kräften notwendig sei, wenn dem Unternehmen fernerer Fortschritt ... gesichert sein solle."²⁾ Angesichts der Alternative Stillstand oder Fortschritt entschieden sich die Gründer für eine Ausdehnung der Operationen.

Die Gründung der AG Tuchfabrik Augsburg stand im Zusammenhang mit einer Fabrikerweiterung³⁾, die 1866 gegründete Actien-Ziegelei München (heute: AGROB) war durch den Bau einer neuen modernen Fabrik an der Denninger Straße veranlaßt.⁴⁾

Zunehmende Exportchancen hatten die Umwandlungsgründungen in der Brauereiindustrie eingeleitet.⁵⁾ Die verstärkten Kapitalanforderungen nicht nur an das Betriebskapi-

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 27.

2) "Protocoll über die Constituierung einer Aktiengesellschaft zur Übernahme und zum Fortbetrieb der Reichenbach'schen Maschinenfabrik dahier, Augsburg, 10. November 1857", Firmenarchiv der MAN in Augsburg.

3) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 170.

4) Klaß, Gert v., Gebrannte Erde, Baustoff der Jahrtausende. Hundert Jahre AG für Grob- und Feinkeramik, Wiesbaden 1959, S. 20.

5) Vgl. Struve, a.a.O., S. 24.

tal, sondern auch an das Anlagekapital waren die unmittelbaren Beweggründe.

Auch die Gründungen der Erlanger Spiegelglas- und Zinnfolienfabrik sowie der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik waren wesentlich durch Betriebserweiterungen ausgelöst. Allerdings waren es hier in erster Linie die Zustände auf den Beschaffungsmärkten, die das betriebliche Wachstum provozierten. Die Spiegelglasfabrik hatte kurz vor Antragstellung in Zwickau eine Glashütte errichtet, die sie nicht nur von Rohglasversorgung unabhängig machte, sondern auch die zusätzlichen Gewinnspannen dieser Produktionsstufe eröffnete.¹⁾

In ähnlicher Weise war die Gründung der BASF durch eine Make-or-Buy-Entscheidung eingeleitet. Um sich den ungünstigen Folgen ständig steigender Preise auf den Beschaffungsmärkten zu entziehen, entschloß sich F. Engelhorn, der Gründer des Aktienunternehmens, dazu, die Produktion von Anilin sowie anderer anorganischer Hilfsstoffe in die eigene Produktion einzubeziehen.²⁾ Zu diesem Zweck versuchte er zunächst, eine Fusion mit seinem Konkurrenten und größten Lieferanten an Vorprodukten und Hilfsstoffen durchzuführen. Erst als dieses Unternehmen scheiterte, ging er daran, die Aktiengesellschaft zu gründen, um auf diese Weise die Mittel für den Aufbau des geplanten Werkes anorganischer Stoffe zu erhalten.³⁾

Die Umwandlung war Ausdruck eines unternehmenspolitischen Programms. Man wollte den gemischten chemischen Be-

1) Konzessionsgesuch der Glasspiegel- und Zinnfolienfabrikanten Gebrüder Fischer vom 20. Oktober 1858, MH 5976.

2) Vgl. Jacob, Gustaf, Friedrich Engelhorn, Der Gründer der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz, Heft 8, Mannheim 1959.

3) ebd., S. 17 f.; vgl. ferner Holdermann, Zur Gründung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, unveröffentl. Manuskript des Firmenarchivs der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG, Mannheim 1956.

trieb mit vertikaler Produktionsfolge - vom Grundstoff bis zum fertigen Farbstoff - aufbauen.¹⁾ In der Betriebsführung sollten Produktion und betriebseigene Forschung eine möglichst enge Verbindung eingehen und das Unternehmen in seiner Entwicklungspolitik weitgehend unabhängig machen.²⁾

2. Wachstum durch Unternehmenszusammenschlüsse

Einen anderen Typ der Motivation zur Umwandlung repräsentiert die Gründung der AG Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Epple. Ein sich ab 1878 erheblich verschärfender Konkurrenzkampf unter den drei Augsburger Anbietern landwirtschaftlicher Maschinen hatte den Inhaber des Unternehmens, Karl Epple, dazu bewogen, den Rückhalt einer Aktiengesellschaft zu suchen.³⁾ Da auch dieser Schritt nicht zu einer Entscheidung im Existenzkampf zwischen den drei Wettbewerbern führte, entschlossen sie sich zur Fusion. Die Konkurrenzfirmen gingen in der Aktiengesellschaft 1935 auf.⁴⁾

Auch die Gründung zweier Aktiengesellschaften durch Fusion mehrerer Firmen in der Glasindustrie, von der Berlin⁵⁾ berichtet, war durch einen heftigen Konkurrenzkampf im Gefolge eines starken Rückganges der Exporte ausgelöst.

3. Rationalisierungsentscheidungen

Während bei diesen Unternehmen die Strategie in erster Linie auf Sanierung durch Abbau der Konkurrenzintensität gerichtet war, versuchten andere Betriebe, ihre Markt-

1) Vgl. Mauersberg, Hans, Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts, Stuttgart 1966, S. 71.

2) ebd.

3) Vgl. Seebauer, Hermann, Die vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Epple & Buxbaum AG

position durch Rationalisierungsinvestitionen zu verbessern. Der vorausgegangene schlechte Geschäftsgang hatte die eigenen Mittel der alten Inhaber aufgezehrt, so daß nur noch eine grundlegende finanzielle Reorganisation in der Lage war, den plötzlich anfallenden Kapitalbedarf von Rationalisierungsinvestitionen zu befriedigen. Eine derartige Konstellation ist etwa bei der Sammt-Seidenzeug- und Kirchenornatfabrik Lechhausen¹⁾ anzutreffen, sowie bei der Firma Schöppler & Hartmann²⁾, der Spinnerei Wertach und der Spinnerei Pfersee.³⁾ Dabei wurden hier die Inhaber - soweit wie bei den Spinnereien Wertach und Pfersee ein Konkurs zur Umwandlung führte - förmlich enteignet, so daß für die gegründeten Aktienunternehmen dank geringerer Kapitalbelastung günstigere Aussichten auf Verzinsung des eingesetzten Kapitals bestanden.

Struve⁴⁾ berichtet für den Bereich der Brauindustrie der achtziger Jahre von einem ähnlichen, aber in der zeitlichen Abfolge anders gelagerten typischen Entwicklungsgang zur Aktiengesellschaft. Danach hatten eine Reihe von Mittelbrauereien durch hohe Nachfragezuwächse der siebziger Jahre wie durch eine Erhöhung der Steuerlast ab 1879 veranlaßt, kostspielige Erweiterungen ihrer Betriebsanlagen vorgenommen und diese mit langfristigen Hypothekendarlehen sowie durch Fortsetzung eines Teiles des Betriebskapitals finanziert. Die in solcher Weise damals geführte Liquidationsposition der Unternehmen

(Forts. von S. 187) Augsburg, Diss., Würzburg 1924, S. 28.

4) Ebd., S. 29.

5) Vgl. Berlin, a.a.O., S. 33.

1) Vgl. Dey, a.a.O., S. 51 f.

2) O.V., 150 Jahre Neue Augsburger Kattunfabrik vormals Schöppler & Hartmann (1781-1931), München 1931, S. 25.

3) Vgl. Dey, a.a.O.

4) a.a.O., S. 271

hielt den Anforderungen eines verstärkten Wettbewerbsdrucks bei leicht gesunkener Nachfrage in den frühen achtziger Jahren nicht Stand und führte dazu, daß diese Unternehmen ihr Heil in der Rechtsform der Aktiengesellschaft suchten.

Unter dem Aspekt der Marktsituation lassen sich zusammenfassend die angeführten Fälle in folgender Weise strukturieren.

Auf der einen Seite stehen die Unternehmen, bei denen die Umwandlung durch die mit einer rapiden Zunahme der Nachfrage einhergehenden Kapitalbedürfnisse begründet war. Hohe Extra-Gewinne durch Anwendung großbetrieblicher Produktion ließen es hier attraktiv erscheinen, dem Zug der Nachfrage zu folgen. Auf der anderen Seite stehen die Unternehmen, denen der harte Druck, der sich aus dem drängender werdenden Wettbewerb aufstaute, Anlaß war, den Rückhalt in der starken Kapitalbasis einer Aktiengesellschaft zu suchen.

Sofern die Gründung mit einer Fusion mehrerer Unternehmen verbunden war, diente sie tendenziell dazu, die Intensität des Wettbewerbs zu verringern.

Andere Unternehmen versuchten, sich der marginalen Unternehmerposition zu entziehen, indem sie sich zu Rationalisierungsinvestitionen entschlossen, die kurzfristig zu einem starken Anstieg des Kapitalbedarfs führten.

III. Abfindung von Gläubigern der Unternehmung

Die oben bereits angesprochenen Fälle der Spinnereien Wertach und Pfersee in Augsburg lassen sich auch unter einem anderen Aspekt charakterisieren, der als Motiv zur Gründung einer Aktiengesellschaft führte. Es ist dies das Bestreben von Gläubigern einer fallierten oder gefährdeten Einzelunternehmung oder auch Aktiengesellschaft, durch Fortbetrieb der funktionsfähigen betrieblichen Organisationseinheit ihr Kapital zu erhalten.

Anlässlich der Versteigerung des Betriebs der 1869 in Konkurs gegangenen Mechanischen Baumwollspinnerei Hof machten die Hauptgläubiger der Unternehmung, die k. Bank in Nürnberg sowie die Hypobank von ihrem Einlösungsrecht Gebrauch und wurden dadurch Eigentümer des Unternehmens. Auf ihr Betreiben hin kam es dann zur Gründung der "Neuen Baumwollspinnerei Hof", die den Fortbetrieb sicherstellte.¹⁾

Ähnlich war der Fall der Baumwollspinnerei J.F. Chur & Söhne gelagert. Nach Konkurs im Jahre 1877 ging das Unternehmen an das Bankhaus v. Stetten über, das wiederum an eine hierzu gegründete Aktiengesellschaft Spinnerei Wertach weiterveräußerte.²⁾

Eine unmittelbare Analogie zum Fall der Umwandlung des Kölner Bankhauses A. Schaffhausen, wo die drohende Insolvenz dadurch vermieden worden war, daß die Gläubiger zu Aktionären wurden³⁾, konnte für Bayern nicht aufgefunden werden.

1) Vgl. Schmid, a.a.O., S. 200.

2) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 64, 157.

3) Vgl. Isaak, Alfred, Der Wandel in der Finanzierung der Unternehmung, in: Gestaltwandel der Unternehmung, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 4, Berlin 1954, S. 223 ff (227).

Es ist allerdings zu vermuten, daß unter den Aktionären der Kattunfabrik Augsburg (gegr. 1880) neben den alten Inhabern (Familie Forster) Gläubiger des von geschäftlichen Schwierigkeiten gezeichneten Unternehmens waren.¹⁾

In diesem wie den vorgenannten Beispielen ermöglichte die Rechtsform der Aktiengesellschaft den Gläubigern der alten Unternehmung, bei Wahrung ihrer Vermögensinteressen die Struktur ihrer Beziehung zum Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, indem sie sich selbst nicht aktiv an der Geschäftsführung beteiligen mußten.

IV. Erleichterung der Erbteilung

"So zeigt sich denn die Actiengesellschaft darin als die stärkste Unternehmungsform, daß ihr gegebenes Kapitalvermögen den Wechselfällen der Erbteilung und Erbsveräußerung vollständig entzogen ist." Mit diesen Worten hob Schäffle 1969 in einer vergleichenden Studie der verschiedenen Unternehmensformen²⁾ ein Merkmal hervor, das für eine Anzahl von Unternehmensgründungen unmittelbar motivierend wirkte.

Die zunächst als Personalgesellschaft gegründete Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Kaufbeuren wurde 1858 unter anderem schließlich deshalb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, weil die acht Teilhaber die Erbteilung erleichtern wollten.³⁾

"Familienverhältnisse und" sein "vorgerücktes Alter" veranlaßten den Unternehmer Marcus Pflaum u.a., seine "mit großer Sorgfalt und Umsicht eingerichtete Streich-Garn-(Schafwollen-)Spinnerei ... zu einem Actien-Unternehmen anzubieten."⁴⁾

1) Die Angaben in o.V., 150 Jahre Neue Augsburger Kattunfabrik vormals Schöppler & Hartmann (1781-1931), a.a.O., S. 125 sind insoweit nur vage.

2) Vgl. Schäffle, a.a.O., S. 274.

3) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 190.

4) Programm des Marcus Pflaum, München, Oktober 1860, MH 5711.

Angesichts überaus günstiger Geschäftslage sah der allein haftende persönliche Gesellschafter der Locomotivfabrik Krauss & Comp. grundsätzlich keinen Anlaß, eine Änderung der Rechtsform eintreten zu lassen. Die Tatsache, daß "die gesetzlichen Bestimmungen bei vorkommenden Erbschaftstheilungen für die Commandit-Gesellschaft mit mancherlei lästigen Umständen verknüpft" war sowie die bei zunehmendem Geschäftsumfang gestiegene Verantwortung ließen dem Inhaber die Umwandlung schließlich dennoch "mehr als wünschenswerth erscheinen".¹⁾

Die Eröffnungsbilanz der Aktiengesellschaft bestätigt, daß hier - anders als bei Gründung der Schuckert & Co. AG²⁾ - im Zeitpunkt der Umwandlung der Unternehmung außer einer Bareinlage von 20.000 Mark keine weiteren Mittel von außen zugeflossen sind.³⁾

In der Erkenntnis, "daß bei der verschiedenen Lebensrichtung unserer Kinder ein Betrieb der Fabriken, wie er bisher stattfindet, in Zukunft nicht mehr thunlich sei", betrieben die Gebr. Fischer die Umwandlung ihres Unternehmens in eine Aktiengesellschaft. Sie versprachen sich davon, daß dieser Schritt ihr Vermögen in eine Form bringen werde, "welche eine leichte Teilung möglich macht und ... Garantien bietet, daß die Fabriken auch nach (unserem) Tode in einer ehrenvollen, sachkundigen Weise weitergeführt werden ..."⁴⁾

Es liegt im Wesen einer solchen Motivation, daß die alten Inhaber der Unternehmen mit einer erheblichen Einlage an der Aktiengesellschaft beteiligt blieben. Sämtliche 344 Aktien der Krauss & Comp. AG gingen an die veräußernde

1) O.V., Geschäftsbericht der Locomotivfabrik Krauss & Comp., Acitengesellschaft zu München & Linz, für die ordentliche Generalversammlung, Betriebsjahr 1887, München 1888, S. 3 (Zitierweise: O.V., Geschäftsbericht)

2) Vgl. Enke, a.a.O., S. 19.

3) Vgl. O.V., Geschäftsbericht, a.a.O., S. 4.

4) Konzessionsgesuch der Glasspiegel und Zinnfolien-Fabrikanten Gebrüder Fischer vom 20. Oktober 1858, MH 5976.

Kommanditgesellschaft.¹⁾ Die Gebrüder Fischer blieben mit der Hälfte des Grundkapitals an der nunmehrigen Aktiengesellschaft beteiligt.²⁾

Die Beispiele zeigen, daß die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft aufgrund der Haftungsbeschränkung erleichterte Trennung von Eigentumsposition und Unternehmensführung einerseits, der Schutz der betrieblichen Vermögenseinheit vor den Herausgabeansprüchen der Teilhaber andererseits eher als Gewähr für den Fortbestand einer prosperierenden Unternehmung denn als Gefährdung angesehen wurden.

V. Geschäftliche Interessen beteiligter Unternehmer

Eine große Rolle bei der Gründung von Aktienunternehmen zur Zeit der Frühindustrialisierung spielten geschäftliche Interessen der beteiligten Unternehmer, die nicht im erwarteten Gewinn der Unternehmung selbst begründet waren, sondern auf dem Gebiet der Beschaffungs- und Absatzbeziehungen zu dem neuen Unternehmen lagen. Dabei kann zwischen der Gründung solcher Unternehmen unterschieden werden, die als Abnehmer oder Lieferant für einen bestimmten Aktionär besonders interessant war und solchen, die wie etwa Eisenbahngesellschaften, Gasanstalten und Banken Dienstleistungen für alle Wettbewerber in gleichem Umfang zur Verfügung stellten.

Bereits die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg kam unter wesentlicher Beteiligung direkt interessierter Unternehmer zustande. Nach Graßmann³⁾ war

1) Vgl. O.V. Geschäftsbericht, a.a.O.

2) Vgl. Konzessionsgesuch, a.a.O.

3) a.a.O., S. 21.

das Gelingen der Gründungsbemühungen zum großen Teil auf die Mitwirkung des Leiters der Kattundruckerei Schöppler & Hartmann zurückzuführen. Als erwartungsge-
mäß größter Abnehmer der von der Mechanischen Baumwoll-
spinnerei und Weberei produzierten Rohkattune war dieses
Unternehmen in besonderem Maß an einem gegenüber dem aus-
ländischen preisgünstigeren Rohprodukt interessiert.

Auch die zu den Gründungsaktionären gehörige elsässische
Maschinenfabrik André Köchlin war als Lieferant des Ma-
schinenparks in erheblichem Maß an der Durchführung der
geplanten Gründung interessiert.¹⁾ Ein Teilhaber dieser
Firma suchte Anfang 1837 J.L. Schaezler persönlich auf
und unterstützte ihn bei der Aufstellung einer Rentabi-
litätsberechnung.²⁾

Die maßgebliche Mitwirkung L.A. Riedingers an der Grün-
dung einer ganzen Anzahl von Aktiengasanstalten ist
sicher nicht zu verstehen ohne die beträchtlichen Vor-
teile, die Riedingers Maschinenfabrik aus den gleichzei-
tigen Geschäftsbeziehungen zog.³⁾ Die Maschinenfabrik
Klett & Co. lieferte sämtliche Waggons an die AG der
bayerischen Ostbahnen, nachdem sie sich zuvor durch Grün-
dungsbeteiligung die Auftragserteilung gesichert hatte.⁴⁾

Demgegenüber waren die Vorteile, die sich die beteiligten
Münchener und Augsburger Handelshäuser vor der München-
Augsburger Eisenbahn erwarteten, wenn man von den Er-
trägen selbst absieht, wohl mehr mittelbarer Art. Der
Wunsch, das bestehende Transportnetz zu verbessern, ver-
einte einige Jahrzehnte später auch eine Anzahl Augsburger
Unternehmen zur Gründung einer Aktiengesellschaft, die

1) Vgl. ebd.

2) Vgl. Hassler, a.a.O., S. 22.

3) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 168;
Graßmann, a.a.O., S. 107 f.

4) Vgl. Zorn, Die Hochindustrialisierung, a.a.O., S. 405.

Augsburger Lokalbahn-Aktiengesellschaft, die eine sog. Gürtelbahn zur Verbindung der einzelnen Fabriken mit der Fernbahn am Augsburger Bahnhof finanzieren sollte.¹⁾

VI. Sonstige Motivationen

In einzelnen Fällen spielten Konflikte oder divergierende Interessen der bisherigen Teilhaber eine maßgebliche Rolle bei dem Entschluß, die Unternehmung in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Rechtsformänderung der Kattunfabrik Schöppler & Hartmann im Jahre 1880 war neben allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dadurch motiviert, daß die männlichen Mitglieder der Familie Forster "sich vielfach anders orientierten" - wie die Festschrift dieses Unternehmens etwas verschwommen formuliert.²⁾ Auch die Veräußerung des Unternehmens an die AG Neue Augsburger Kattunfabrik war offensichtlich durch Konflikte im Aufsichtsrat ausgelöst.³⁾

Differenzen zwischen den persönlich haftenden Gesellschaftern der Maximilianshütte Michiels und Goffard führten zum Ausscheiden des einen und zur Gründung der gleichnamigen Aktiengesellschaft.⁴⁾

Die Gründungen der AG Mechanische Baumwollspinnerei Senkelbach sowie der Mechanischen Baumwollspinnerei am Teufelsberg in Hof (beide 1861 gegr.) dienten beide dazu, im Interesse der Aktionäre vorhandene Vermögensgesamtheiten vor der Zerschlagung durch Liquidation resp. Konkurs zu retten.

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 153. Bau und Betrieb auf Rechnung der Aktiengesellschaft waren dem kgl. Oberbahnamt übertragen, vgl. ebd. und oben S. 138.

2) Vgl. o.V., 150 Jahre Neue Augsburger Kattunfabrik, a.a.O., S. 25.

3) ebd., S. 26.

4) Vgl. Hundert Jahre Maxhütte, a.a.O., S. 27 f.

Das Augsburger Unternehmen setzte sich aus den Aktionären der Kunstmühle Augsburg zusammen, deren Produktionsstätte abgebrannt war und die nunmehr am selben Platz ein Textilunternehmen errichten wollten.¹⁾ Die Hofer Aktionäre wollten durch die Einrichtung des neuen Betriebs von der in Liquidation befindlichen "Oberfränkischen Berg- und Hüttengewerkschaft" den Konkurs abwenden.²⁾

Für einen Unternehmer wie L.A. Riedinger, der 1851 mit einem privaten Vermögen von 25.000 fl. anfang, war die Rechtsform der Aktiengesellschaft ein Instrument, bei nur mäßiger eigener Kapitalbeteiligung Einfluß auf eine Vielzahl von Unternehmen zu bekommen - eine Aussage, die angesichts der engen Verflechtung der Beteiligungen sicher auch auf einen großen Teil anderer Augsburger Unternehmer und Kaufleute ausgedehnt werden kann.³⁾

Riedinger ließ sich z.B. bei einem eigenen Aktienanteil von 12 % an der von ihm gegründeten Mechanischen Baumwollspinnerei in Bayreuth in den Statuten einen lebenslänglichen Sitz im Ausschuß zusichern.⁴⁾ Auch die Gesellschaft für Gasindustrie nominierte ihn zum lebenslänglichen Verwaltungsratsmitglied.⁵⁾

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 170.

2) Vgl. Schmid, a.a.O., S. 203 f.

3) Reuther, Otto, a.a.O., S. 67 bemerkt dazu: "Vergleicht man die Gründungsgeschichten der Werke, so findet man immer wieder die gleichen Namen vollzählig vor. Wie eine Gesellschaft mit ungeschriebenen Satzungen erscheinen die aktiven Mitglieder der Großkaufmannschaft. Stets die gleichen Bankiers, stets die gleichen Direktoren, stets auch dieselben Aktionäre. Sie wechseln nur in der Führung. Das eine Unternehmen finanziert Schätzler; Schmid, Erzberger und die anderen sitzen im Aufsichtsrat. Das andere finanziert Schmidt; während Erzberger, Schätzler etc. den Aufsichtsrat bilden."

4) Vgl. o.V. Hundert Jahre Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Bayreuth, a.a.O., S. 16.

5) Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 168.

G. Analyse der Ursachen der unterschiedlichen Ausbreitung der Rechtsform der Aktiengesellschaft

Die Übersicht über die Ausbreitung der Rechtsform der Aktiengesellschaften hat deutlich gemacht, daß in Übereinstimmung mit dem Ansatz der vorangestellten Hypothese von A. Smith eine unterschiedliche Gewichtsverteilung festzustellen ist.

Im Anschluß daran soll nunmehr zunächst überprüft werden, inwieweit die Hervorhebung der genannten Beispiele von Unternehmensgegenständen durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt ist sowie weiterhin, inwieweit die dafür angeführten Gründe in diesen und in anderen Bereichen zutreffen.

I. Die rein branchen-bezogene Betrachtung

Zu den Gewerbebezweigen, die eine Aktiengesellschaft ohne Privileg in erster Linie mit Erfolg betreiben können sollte, gehörten lt. Hypothese das

- Bankgeschäft,
- die Versicherung gegen Feuer- und Seegefahr und gegen Kaperei im Krieg,
- die Errichtung und Unterhaltung eines Schiffahrtskanals und die
- Wasserversorgung einer großen Stadt.

Im Bankgeschäft gab es in Bayern vor 1869 lediglich eine Gründung, nämlich die der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Die Existenz einer bereits eingeführten Institution wie die der k. Staatsbank in Nürnberg, der nach der sog. Bankengeometrie im Verhältnis zur Hypobank der gesamte nördliche Raum Bayerns vorbehalten war¹⁾,

1) Vgl. Zorn, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 59.

dürfte dazu beigetragen haben, mögliche Anträge auf Errichtung weiterer Aktienbanken in Bayern für die staatlichen Genehmigungsbehörden als nicht so dringlich erscheinen zu lassen.

Ab 1869 zeigt die Entwicklung ein differenziertes Bild. Es kam zwar zu einer Anzahl von Gründungen mit z.T. erheblichem Geschäftsumfang, nicht-kapitalgesellschaftlich organisierte Bankinstitutionen blieben jedoch auch weiterhin im Kreditgeschäft (z.B. Bankhaus P. Schmid in Augsburg) wie auch im Gründungsgeschäft (z.B. Bankhaus Merck, Finck & Co.) von erheblicher Bedeutung.

Poschinger¹⁾ führt die relativ schwach ausgeprägte Gründungstätigkeit im Bankgewerbe nach 1870 wesentlich darauf zurück, daß die restriktive Konzessionspolitik der bayerischen Regierung vor der Freigabe am 1. Januar 1873 die bayerischen Kapitalien auf außerbayerische Aktienbanken umgelenkt habe. Insbesondere in Preußen kam es bereits vor 1869 zu einer erheblichen Zahl von Aktienbank-Gründungen. Bis 1867 waren insgesamt 16 Bank- und Kredit-Aktiengesellschaften gegründet worden.²⁾

In der Zusammenschau aller dieser Umstände ergibt sich, daß sich die bayerische Entwicklung vom äußeren Tatbestand her nicht als augenfällige Bestätigung einer besonderen Eignung der Rechtsform der Aktiengesellschaft für diesen Geschäftszweig bewerten läßt.

Auch im Bereich des Versicherungsgeschäfts sucht man vergeblich nach deutlichen Tendenzen. Angesichts der Tatsache, daß bis 1867 in Preußen bei nur 3 Auflösungen 51 Versicherungsgesellschaften gegründet wurden³⁾, muß

1) Vgl. Zorn, Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., S. 34.

2) Thieme, a.a.O., S. 287, Tabelle 4.

3) ebd., S. 287, Tabelle 4, S. 288, Tabelle 5.

jedoch davon ausgegangen werden, daß die geringe Zahl der Gründungen keine Aussage im Rahmen dieser Fragestellung zuläßt, sondern im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß das Angebot an Dienstleistungen im Versicherungsbereich in Bayern lange Zeit ausreichend war, Neugründungen also nur geringe Gewinnchancen hatten.

Die einzige Aktiengesellschaft im Kanalbau, die 1836 unter maßgeblicher Gründungsbeteiligung des Bankhauses Rothschild in Frankfurt gegründete Ludwigskanal-Gesellschaft¹⁾, wurde trotz umfangreicher staatlicher Garantien für den Bau, die Unterhaltung und die Verwaltung des Kanals²⁾ zum ausgesprochenen Mißerfolg. Die ersten vier Jahre nach Vollendung des Baus im Jahre 1846 brachten nur Verluste und auch danach war die Ertragsentwicklung wegen niedriger Gebührensätze, zunehmender Konkurrenz der Eisenbahn sowie abnehmendem Verkehrsaufkommen ungünstig.³⁾ 1850 lag der Kurs der Kanalaktien bei 372 fl. bei einem Nennwert von 500 fl.⁴⁾

Ursprünglich am gesamten Aktienkapital zu einem Viertel beteiligt, kaufte der Staat bereits in den vierziger Jahren im Hinblick auf den niedrigen Preis der Aktien sowie "um wenigstens in der Einrichtung seines Betriebes vom staatswirthschaftlichen Standpunkte aus nicht durch die Einsprache der Aktionäre beengt zu sein"⁵⁾, weitere 60 % der Aktien auf, 1852 den Rest.⁶⁾

1) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 798.

2) Vgl. Schanz, a.a.O., S. 51.

3) ebd., S. 111 f.

4) ebd., S. 113.

5) Vortrag des Ausschußreferenten v. Lerchenfeld über den Gesetzentwurf die Aufbringung des Bedarfs für die Erwerbung des Ludwigs-Donau-Main-Kanals betr., Beil. Bd. III, S. 189 z.d. Verh. d.K.d. Abg. 1851/52, zit. nach: Schanz, a.a.O., S. 112. Der Staat konnte laut Satzung seine Position als Mehrheitsaktionär nicht geltend machen, daher Besitz von mehr als 36 Aktien keinen weiteren Stimmrechtszuwachs gewährte; vgl. Schanz, a.a.O., S. 189, Anm. 208.

6) ebd., S. 113.

Obwohl die erheblichen Überschreitungen der ursprünglich angesetzten Kosten, z.T. auf fortwährende Streitigkeiten zwischen Pechmann, als staatlichem Bauleiter, und dem Vorstand der Aktiengesellschaft zurückzuführen waren, kann der Mißerfolg wohl wesentlich als durch die erwähnten externen Umstände bedingt angesehen werden.¹⁾

Bezieht man abschließend noch die Tatsache in die Betrachtung ein, daß in Bayern lediglich vier Aktienwasserwerke gegründet wurden, so läßt sich sagen, daß die von Smith benannten Beispiele in Bayern keine eindeutig herausragende Bedeutung unter den hier gegründeten Aktiengesellschaften gewonnen haben.

1) Offensichtlich galt das Projekt bereits vor der Gründung der Aktiengesellschaft unter Kapitalbesitzern als fragwürdig. Versuche der bayerischen Regierung, interessierte Kreise im In- und Ausland zur Teilnahme zu bewegen, waren "mit einer Art von Hohn zurückgewiesen" worden; Bericht des Fürst Wallerstein in der Reichsratskammer, Verh. d.K.d. Reichsr., 3. Bd., S. 294, zit. nach: Schanz, a.a.O., S. 49. Erst die Initiative des Hauses Rothschild sowie umfangreiche staatliche Garantien ermöglichten die Unterbringung der gesamten Emission; vgl. Schanz, a.a.O., S. 51.

II. Das Gewicht der Vorzüge und Mängel der Rechtsform der Aktiengesellschaft

1. Der Einfluß der behaupteten organisatorischen Schwerfälligkeit

Was den zweiten Teil der Hypothese betrifft, können der bayerischen Entwicklung zunächst durchaus positive Argumente entnommen werden.

Läßt man institutionelle Bedingungen sowie Standortfragen außer Acht, so hat die Rechtsform der Aktiengesellschaft nämlich insbesondere in den Bereichen Anwendung gefunden, bei denen der Geschäftsbetrieb an gewisse feste Regeln und Ordnungen gebunden ist, wo die Betriebsführung also kaum eigentliche unternehmerische Entscheidungen verlangt. In diesen Bereichen besteht das Aktivvermögen der Unternehmung regelmäßig in der Hauptsache aus Anlagekapital.

Gaswerke und Verkehrsbetriebe sind hier hervorzuheben. Auf die Frage: Was ist der reinste Typus einer Aktiengesellschaft? antwortete Alexander Mayer auf dem 11. Kongreß deutscher Volkswirte im September 1869¹⁾:

"Das ist eine Gasgesellschaft. Da ist ein Komplex von Apparaten, mit dem absolut nichts weiter gemacht werden kann als Gas; die Direktion dieses Geschäfts vollzieht sich mit einem Minimum von geistiger Anstrengung; jede Spekulation ist dabei ausgeschlossen. Man kann kein Gas auf Lager arbeiten, keine neuen Absatzwege suchen; mit dem Apparat absolut nichts anderes arbeiten als Gas.

Selbst mit dem Rohstoff läßt sich kaum spekulieren, denn die Lagerkosten für die Kohlen würden alle Preisschwankungen bei weitem übertreffen."

1) Vgl. Wackernagel, W. (Berichterstatte), Bericht über die Verhandlungen des 11. Kongresses deutscher Volkswirte in Mainz, September 1869, Berlin 1870, S. 13 f., zit. nach: Passow, Die Aktiengesellschaft, a.a.O., S. 37.

Ähnliches kann über den Betrieb einer Eisenbahn, über Wasserwerke, Eiswerke, Brücken- und Kanalbauten gesagt werden.¹⁾

Mangoldt brachte in seiner 1868 erschienenen "Volkswirtschaftslehre" den verbreiteten Vorbehalt gegen die Rechtsform der Aktiengesellschaften dahingehend zum Ausdruck²⁾, daß die Organisationsform der Aktiengesellschaft offenbar zu schwerfällig, der Mangel an geeigneten Führungskräften andererseits (noch) zu groß, als daß die Aktiengesellschaft in Bereichen erfolgreich bestehen könne, die stärker als die von A. Smith genannten den konjunkturellen Wechsellagen ausgesetzt seien.

Die Entwicklung der industriellen Aktienunternehmen in Bayern kann trotz der besonderen Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft im Bereich der Gaswerke und Verkehrsbetriebe diese Auffassung nicht bestätigen. Zwar finden sich auch in der Textilindustrie, die in Bayern mit 47 Gründungen bis 1871 weitaus dominierte, im Produktionsbereich routinemäßige Operationen sowie eine gewisse Gleichmäßigkeit des Verfahrens, andererseits stellt Graßmann für die Augsburger Gesellschaften fest, daß gerade die hervorragendsten Firmen "ihre gesicherte finanzielle Stellung, den Abschreibungen, welche durch die Einkaufs-, nicht durch Arbeits-Gewinne möglich wurden" verdankten.³⁾

Die Beispiele der Augsburger Gründungen in der Textilindustrie wie auch die der Augsburger Maschinenfabrik AG im Jahre 1856, der Fabrik für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate im Jahre 1857 sowie der

-
- 1) Auch die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank war einer strengen Ordnung ihrer Geschäfte unterworfen; vgl. die Statuten, in: Hocker, a.a.O., S. 2 ff., sowie das Gesetz die Errichtung einer bayerischen Hypotheken- und Wechselbank betreffend vom 1. Juli 1834, a.a.O., S. 15 f.
 - 2) Mangoldt, Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 1868, S. 247 ff., zit. nach Passow, a.a.O., S. 35 f.
 - 3) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 46.

BASF im Jahre 1866 beweisen, daß Organisation und Unternehmensführung als limitierende Faktoren für die Aktiengesellschaften keine besondere Rolle gespielt haben. Gerade die erleichterte Trennung von Eigentum und Unternehmensführung ermöglichte es, Führungskräfte von außen heranzuziehen oder im eigenen Unternehmen heranzubilden.¹⁾

2. Der Einfluß der besonderen Finanzierungsbedürfnisse im Rahmen des Wachstums der Wirtschaft

Nicht der Betriebsablauf in seinen Anforderungen an die dispositiven Fähigkeiten der Unternehmensspitze, sondern die durch den Entwicklungsstand des einzelnen Geschäftszweiges bedingte Größe des Kapitalbedarfs bzw. das Tempo seiner Zunahme weist auf die Schwerpunktsbereiche, in denen sich Aktiengesellschaften bildeten.

Insbesondere in Bereichen, in denen natürliche Bedingungen (Kanalbau) oder technische Innovationen (Eisenbahnwesen, Gasbeleuchtung, Verwendung von Maschinen und Dampfkraft) meist im Zusammenhang mit sprunghafter Steigerung der Nachfrage eine (plötzliche) Konzentration der Leistungserstellung auf einzelne große Betriebe hervorriefen, hat die Rechtsform der Aktiengesellschaft Bedeutung erlangt.

In der zeitlichen Entwicklung sind diejenigen Wirtschaftszweige, in denen technische Veränderungen und damit der Übergang von handwerksmäßiger bzw. kleinbetrieblicher zu industrieller Produktion nur langsam vor sich gingen, zunächst unterrepräsentiert. Das mäßige Wachstumstempo ermöglichte es, den Kapitalbedarf in den ersten Jahren aus

1) Reuther, Otto, a.a.O., S. 66 f. verweist auf die Anziehungskraft Augsburgs auf auswärtige Kaufleute, der sich in einem starken Zuzug nach Gründung des Zollvereins bemerkbar machte.

eigenen Mitteln zu decken. Sobald auch hier steigende Wachstumsraten der Nachfrage bei weiterem technischen Fortschritt zu registrieren waren, wurde für die meisten Unternehmen eine Änderung der Rechtsform unumgänglich. Gerade die Unternehmen, die in ihrer Branche führend waren, organisierten sich regelmäßig an einem früheren oder späteren Zeitpunkt ihrer Entwicklung als Aktiengesellschaften.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die von A. Smith behauptete organisatorische Schwäche der Rechtsform der Aktiengesellschaft in Bayern - entgegen einer noch bis weit ins 19. Jahrhundert weit verbreiteten Ansicht - keinen nennenswerten Einfluß auf die branchenmäßige Verbreitung dieser wirtschaftlichen Organisationsform genommen hat.

Die These von der organisatorischen Schwerfälligkeit der Aktiengesellschaft wird durch einzelne Gründungen widerlegt, deren weitere Geschichte von einer sehr aktiven Geschäftspolitik gekennzeichnet ist, weit entfernt von jener Routine, die als wesentliche Voraussetzung des Erfolgs einer Aktiengesellschaft angesehen wurde.

Entscheidend waren vielmehr die positiven Impulse, die von den oben als dominierend herausgestellten Motivationen zur Gründung von Aktiengesellschaften ausgingen. Es kam in erster Linie darauf an, inwieweit sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen die großbetriebliche Produktion jeweils durchgesetzt hatte bzw. in welchem Tempo der Kapitalbedarf der Unternehmen wuchs.

H. Die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft als Finanzierungsinstitution zur Zeit der Frühindustrialisierung in Bayern

Die Analyse der Motivationen, die Anlaß zur Gründung von Aktiengesellschaften waren, hat ergeben, daß der wichtigste Aspekt dieses Organisationsmodells ganz allgemein formuliert in der Erleichterung der Mittelbereitstellung für unternehmerische Vorhaben gesehen wurde.

Es liegt daher nahe, nach dem Beitrag zu fragen, den die Rechtsform der Aktiengesellschaft für die Finanzierung der frühindustriellen Investitionen geleistet hat. Die vorhandenen Zahlen charakterisieren diesen Beitrag nur unvollkommen.

Die von 1834 bis 1883 gegründeten Aktiengesellschaften (einschl. der wieder aufgelösten) hatten ein Nominalkapital von 451 Mio Mark, bis 1893 wurden weitere Aktiengesellschaften mit einem Gründungskapital von 151 Mio Mark gegründet.

Dabei wirkt sich die Tatsache, daß 40 % der Aktiengesellschaften Übernahmegründungen waren, das bei diesen angegebene Nominalkapital also nicht erst durch die Rechtsform der Aktiengesellschaft für erwerbswirtschaftliche Vorhaben bereitgestellt wurde, vergleichsweise wenig störend aus. Denn es bleiben ja andererseits Finanzierungsbeiträge in Form von Nachemissionen, Rücklagenbildung sowie erhöhter Fremdverschuldung ebenfalls unberücksichtigt.

Entscheidend ist jedoch, daß es an den erforderlichen Vergleichsdaten fehlt. Einen Anhaltspunkt könnte hier allenfalls z.B. die Angabe von Zorn liefern, wonach 1861 sämtliche Augsburger Fabrikbetriebe eine Kapitalanlage von 15 Millionen fl. verkörperten, wobei auf die

damals existierenden elf Aktiengesellschaften 7 Mio ~~fl.~~¹⁾ entfielen.

Obwohl dies für einen zeitlich und regional begrenzten Ausschnitt ausweist, daß fast fünfzig Prozent aller großbetrieblichen Investitionen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft durchgeführt wurden, wird die eigentliche Bedeutung des Organisationsmodells der Aktiengesellschaft für die Finanzierung des Wachstums der Wirtschaft erst in einer qualitativen Analyse deutlich.

I. Die Inkongruenz der Anforderungen, die Sparer und Investoren an die Bedingungen der Bereitstellung von Kapital stellten

Denn nicht die geringe Quantität des Kapitalangebots, insgesamt, sondern die besonderen Anforderungen der Investitionen an Risikobereitschaft, Dauer und Höhe bei der Kapitalüberlassung im Einzelfall wirkten hemmend auf die Bereitschaft der Besitzer anlagebereiter Mittel, diese selbst zu investieren oder einem Unternehmer zu überlassen.

Das Finanzierungsproblem zu Anfang des hier betrachteten Zeitraums bestand darin, die spezifisch neuen Anforderungen der technisch möglich gewordenen, dabei kommerziell ertragreich erscheinenden Investitionsvorhaben mit den Bedürfnissen der Kapitalbesitzer an Sicherheit, Liquidität und Teilbarkeit der Anlage in Einklang zu bringen.

1. Das Risiko der Anlage

Die Gründung der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg im Jahre 1837 liefert ein Beispiel für die besonderen Anforderungen, die der Übergang zur in-

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.ä.O., S. 171.

dustriellen Produktionsweise zunächst an die Finanzierung stellte.

Mit einem Grundkapital von 1,2 Mio fl. waren die erforderlichen Mittel von einer Höhe, die von Augsburger Kaufleuten zwar auch einzeln hätte aufgebracht werden können¹⁾, angesichts der besonderen Risiken einer solchen Anlage für einen einzelnen jedoch nicht tragbar erschienen. In einem solchen Investitionsobjekt trafen die Risiken einer langfristigen Bindung des Kapitals mit dem Risiko des Funktionierens einer neuartigen technischen Produktionsweise sowie den Risiken starker Preisschwankungen am Beschaffungs- und Absatzmarkt zusammen.²⁾

Die Teilung und Begrenzung des Risikos war damit Bedingung, daß überhaupt in einem Projekt diesen Zuschnitts investiert wurde.

Die Anlagebedürfnisse der Teilhaber der frühen Aktiengesellschaften bis etwa Mitte der fünfziger Jahre waren noch durchweg auf eine langfristige Anlage gerichtet. Dies läßt sich der Tatsache entnehmen, daß die Aktien in festen Händen waren und selten transferiert wurden.³⁾ Damit konnte der Bedarf an langfristigem Risikokapital noch aus den Mitteln einer Gruppe von häufig professionellen Anlegern (Handels- und Bankhäuser) gedeckt werden, die ebenfalls langfristig orientiert waren.

1) Vgl. Borchardt, Knut, Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, a.a.O., Anm. 55

2) ebd.

3) Vgl. Lieb, a.a.O., S. 63: "Er (der Handel mit Aktien, d.V.) dürfte sich im engsten Rahmen gehalten haben; denn man weiß, daß sich die große Mehrheit dieser Aktien in festen Händen befand, aus denen nur selten Material an den Markt kam."

2. Die Fristigkeit und Teilbarkeit der Anlage

Der zunehmende Kapitalbedarf aus der Investitionstätigkeit in Industrie und Infrastruktur machte es erforderlich, auch diejenigen Besitzer von finanziellen Mitteln für die Bereitstellung von Risikokapital zu gewinnen, die über kleine Bestände verfügten und zudem nicht langfristig gebunden sein wollten.

Erst eine erhöhte Mobilisierung der Anteile war geeignet, den Bedarf an langfristigen Mitteln der Unternehmen mit den Liquiditätsvorstellungen einer großen Zahl von Anlegern in Einklang zu bringen. Von einer Mobilität der Aktien kann allerdings erst einige Jahrzehnte nach der Einführung der Aktiengesellschaft gesprochen werden.

Rechtlich war die Fungibilität der Anteile zwar in den meisten Fällen schon frühzeitig vorhanden, denn Namensaktien waren eher die Ausnahme. Bis in die fünfziger Jahre fehlt es aber an einem Markt für diese Anteile. Die ersten Kursnotierungen für industrielle Aktien bayerischer Herkunft an den Börsen von Augsburg und München tauchen in den Jahren 1856/57 auf.¹⁾ Zuvor gab es lediglich private Kursnotizen.²⁾ Publizitätspflichten als Voraussetzung der Transparenz auf diesem Markt und als Bedingung eines fairen Vermögensverkehrs gab es im gesamten betrachteten Zeitraum nicht.

Dennoch gelang es nunmehr der Rechtsform der Aktiengesellschaft, einen erheblichen Teil der Mittel, die zuvor in das Staatspapiergeschäft geflossen waren, auf industrielle Unternehmen, Banken und Verkehrsunternehmen umzulenken.³⁾

1) Vgl. Lieb, a.a.O.; Spenkuch, a.a.O., S. 37.

2) Vgl. Lieb, a.a.O., S. 54 f., 63.

3) Ebd., S. 60.

Zwei teilweise ineinandergreifende Phasen können damit unterschieden werden.

In der ersten Phase beschränkte sich die Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft als Finanzierungsinstitution im wesentlichen darauf, den "brachliegenden Kapitalkräften Außenstehender zum Gewerbebetriebe nicht Berechtigter oder nicht Befähigter"¹⁾ die Anlage in erwerbswirtschaftlichen Projekten durch Minderung des Risikos (Teilung und Begrenzung) überhaupt zu ermöglichen. Es ging hier also in erster Linie um eine Befriedigung der Sicherungsbedürfnisse der Anleger. Das Bedürfnis nach Transformation der Fristen war noch relativ gering.

Um im weiteren Verlauf die wachsenden Bedürfnisse nach Risikokapital quantitativ befriedigen zu können, mußte sich die Finanzierung den Bedürfnissen auch derjenigen Sparer anpassen, die - anders als die Augsburger Kaufleute etwa - höhere Liquiditätsbedürfnisse in Bezug auf ihre Anlagen hatten.

Neben den bereits von Beginn vorhandenen rechtlichen Voraussetzungen der Fungibilität der Anteile bedurfte es hierzu der Schaffung eines Marktes, auf dem die Anteile gehandelt wurden sowie einer Transparenz, die es für den Effektenbesitzer wahrscheinlich erscheinen ließ, bei Veräußerung einen fairen Preis für sein Beteiligungsrecht zu erzielen.

Insbesondere die erste Voraussetzung wurde mit der Einführung der Aktien auf breiter Basis an den Börsen von München und Augsburg in den fünfziger Jahren erzielt. Damit war eine hohe Liquidität des für industrielle Vorhaben bereitgestellten Geldvermögens gesichert, so daß die Aktie als Anlageobjekt an Attraktivität gewonnen hatte und die Finanzierungsbedürfnisse der expandierenden Wirtschaft stärker als bisher befriedigen konnte.

1) Nieb, a.a.O., S. 60.

II. Die Dividenden- und Selbstfinanzierungs- politik der Aktiengesellschaften

Neben den Aspekten des Finanzierungsanteils sowie bestimmter Transformationsfunktionen ist für die Beurteilung der Rechtsform der Aktiengesellschaft als Finanzierungsinstitution von Bedeutung, an welcher Stelle der Aktiengesellschaft und in welcher Weise über die weitere produktive Verwendung der erzielten Erträge entschieden wurde.¹⁾

Angesichts der untergeordneten Bedeutung langfristiger Anlagekredite hatten sich die Führungsgremien der Aktiengesellschaften bei der Planung von Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen zunächst in der Hauptsache zwischen der Einbehaltung von Gewinnen und der Emission neuer Aktien zu entscheiden.

Tendenziell scheint die Selbstfinanzierung bei den Aktienunternehmen vor 1870 eine nur untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Das ergibt sich z.B. daraus, daß es üblich war, den Aktionären eine feste Verzinsung zu versprechen.²⁾ Denn damit war ein erheblicher Teil des laufenden Ertrages bereits für die Ausschüttung festgelegt. Aber auch bereits angesammelte Rücklagen waren nicht als endgültig dem Unternehmen überlassen anzusehen. Die Statuten sahen vielmehr vor, daß "solange der Vorrat reichte", die Aktienzinsen in Jahren, in denen die Erträge zu ihrer Auszahlung nicht genügten, auf Kosten der Rücklagen zu vergüten waren.³⁾

Die Aktionäre waren offensichtlich wenig geneigt, die Gewinne dem Unternehmen zu belassen. Über die weitere Verwendung wollten sie selbst entscheiden. Die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg schüttete in den ersten zehn Betriebsjahren (1840 bis 1850) 906.000 fl. als Aktienzins und Superdividende an die Aktionäre aus, 271.473 fl. wurden als Reserven einbehalten. 1866 bis 68 wurde mit einer Dividende von 22 1/2 % der gesamte Gewinn ausgeschüttet.⁴⁾ Nach Reuther haben die Augsburger Textilunternehmen in den sechziger Jahren ihre Gewinne

nahezu voll ausgeschüttet, ohne "nennenswerte Quoten in Reserve zu stellen."¹⁾ Die Kehrseite einer solchen Ausschüttungspolitik war, daß man die verdienten Dividenden entweder demselben Unternehmen anlässlich einer Neuemission von Aktien wieder zukommen ließ oder mit diesem Geld Anteile anderer neu gegründeter Aktiengesellschaften erwarb.

Einige Unternehmen nahmen schon einige Jahre nach der Gründung erhebliche Kapitalerhöhungen durch eine weitere Emission von Aktien vor.²⁾ Dennoch hat der "Kapitalexport" von den bestehenden Aktienunternehmen zu neuen Gründungen hin wohl überwogen. Dabei ging es den Aktionären nicht nur darum, Gewinnchancen in anderen Branchen wahrzunehmen. Man entschloß sich mitunter auch in der gleichen Branche zur Gründung einer neuen Aktienunternehmung, anstatt die bestehende durch Kapitalerhöhung und Angliederung neuer Produktionsstätten zu erweitern. Als die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei um 1850 zunehmend ihre Garnversorgung gefährdet sah, da andere Nachfrager einen großen Teil des Augsburger Angebots aufnahmen, wurde eine Erweiterung des Unternehmens um eine weitere Spinnerei mit einer Kapazität von 25.000 Spindeln ins Auge gefaßt. Die Direktion der "Mechanischen" leistete jedoch "gegen die Vereinigung zweier getrennter Anlagen unter einer Leitung"³⁾ Widerstand, so daß sich die Aktionäre entschlossen, eine neue Aktiengesellschaft "Baumwollspinnerei am Stadtbach" mit einem Grundkapital von 1,5 Millionen Mark zu gründen. Der Gründungsgeschichte kann entnommen werden, daß die Gründungskapitalien nach dem

(Anm. v. S. 210)

1) Vgl. zum Ganzen Stützel, a.a.O., S. 911 ff.

2) Siehe oben, S. 95 ff.

3) Siehe oben, S. 115.

4) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 49

1) Vgl. Reuther, Otto, a.a.O., S. 70.

2) Vgl. Schmid, a.a.O., S. 197, 211.

3) Vgl. Reuther, Otto, a.a.O., S. 63.

ursprünglichen Plan über eine Neuemission der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei zugeflossen wären.

Die nunmehr in den fünfziger und sechziger Jahren folgenden Gründungen weisen auffallend häufig dieselben Namen unter Gründern und Aktionären auf, so daß zu vermuten ist, daß neue Aktiengesellschaften vielfach mit den ausgeschütteten Erträgen der vorhandenen Unternehmen finanziert wurden. Die Richtung der Finanzierungsströme wurde damit weitgehend noch von den Kapitalbesitzern selbst bestimmt und nicht den geschäftsführenden Organen der Aktiengesellschaften überlassen.

Mit der Krise der siebziger Jahre bahnt sich eine Wende in der Finanzierungspolitik der Aktiengesellschaften an. Verstärkter Konkurrenzdruck auf den meisten Märkten führte bei den existierenden Aktienunternehmen zunehmend zu der Erkenntnis, daß Stillstand Rückschritt bedeutete und nur die Erweiterung bzw. Verbesserung der vorhandenen Anlagen dauerhaften Erfolg versprach. Das Verhältnis der angesammelten Rücklagen zu den kumulierten Ausschüttungen, wie es die 187 im Jahre 1883 bestehenden Aktienunternehmen ausweist, signalisiert eine Veränderung in den Selbstfinanzierungsgewohnheiten der Aktiengesellschaften. Nach der Erhebung von Rasp²⁾ verteilten sich die in den verschiedenen Branchen erwirtschafteten Gewinne wie folgt auf Ausschüttungen und Rücklagenbildung:

Branche	Rücklagen in Tsd. Mark	Zur Verteilung gelangter Reingewinn (Tsd. Mark)
BH	3.901	1.557
SE	153	169
Me	3	-
Ma	842	456
C	229	126
L	1.863	1.448
T	11.432	4.688
PLH	956	362
NG	2.816	1.521
BR	76	71
Bau	226	9
Pol	18	6
H	13.351	8.288
Vers	11.535	1.320
Verk	966	2.453
Vergn	79	52

Auch wenn es sich hier um eine Gegenüberstellung lediglich der Überlebenden Unternehmen handelt, wird deutlich, daß in den meisten Branchen ein wesentlich überwiegender Anteil des Ertrags einbehalten wurde. Graßmann stellt im Zusammenhang mit einer Beurteilung der Situation der Augsburger Aktienunternehmen im Zeitraum 1873 bis 1893 anhand der Kurs- und Dividendenentwicklung der Unternehmen fest, daß "die Amortisation der Anlagen auch in schlimmen Zeiten nicht versäumt und das Vermögen der Unternehmungen zum Teile weit über den Nominalbetrag des Aktienkapitals gesteigert worden" sei.¹⁾ Der Kurswert der Augsburger Aktienunternehmen betrug 157 % des Nennwertes der emittierten Aktien. Gleichzeitig wiesen die Unternehmen Rücklagen in Höhe von 32 % des Aktienkapitals aus.²⁾

III. Die Bedeutung der Fremdfinanzierung

Über die quantitative Bedeutung der Fremdfinanzierung in der Gesamtfinanzierung der Aktiengesellschaften liegen für die Zeit vor 1883 keine Daten vor. Wie Einzelunternehmer erhielten Aktiengesellschaften langfristige Anlagenkredite nur bis zur Höhe hypothekarischer Sicherung. Es gibt keine Anhaltspunkte, daß Aktiengesellschaften weniger kreditwürdig erschienen als Einzelunternehmer oder Personengesellschaften. Ein "Verzeichnis über die Baumwoll-Spinnereien und Webereien mit Rücksicht auf ihre Belehnung durch die Hypotheken- und Wechsel-Bank" vom 20. November 1867 führt neben Personengesellschaften als Schuldner von "Geld-Darlehen" in Höhe von insgesamt 617.000 fl. 4 Textil-Aktiengesellschaften mit Darlehen in Höhe von 382.000 fl. auf.³⁾

(Anm. v. S. 212)

1) Vgl. Stützel, a.a.O., S. 933 f.

2) Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 293.

1) Vgl. Graßmann, a.a.O., S. 262.

2) Ebd.

3) MH 5689 (Mechanische Baumwollspinnerei Erlangen).

Andererseits wurde der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Augsburg 1841 ein in Höhe von 300.000 fl. beantragtes hypothekarisches Darlehen von der Hypotheken-Bank lediglich zu zwei Dritteln bewilligt.¹⁾

Die Bilanz der Augsburger Maschinen-Fabrik vom 30. Juni 1859 weist unter dem Titel "C. Reichenbach'sche Maschinenfabrik, 26 Creditoren" Fremdmittel in Höhe von 17,8 % der Bilanzsumme sowie Bestände der Arbeiter-, Spar- und Unterstützungskassen in Höhe von weiteren 1,6 % der Bilanzsumme aus.²⁾

Ab 1870 verschafften sich offensichtlich Aktiengesellschaften in größerem Umfang Zutritt auch zum Markt für langfristige Fremdmittel. Für die im Jahr 1883 existierenden Aktiengesellschaften ergeben sich nämlich folgende Proportionen des langfristigen Fremdkapitals (Prioritätsanleihen und hypothekarische Darlehen) zum eingezahlten Aktienkapital (in % des eingezahlten Aktienkapitals):³⁾

Branche	Prioritäten und Pfandbriefe in % des eingezahlten Aktienkapitals
BH	21 %
SE	3 %
Me	- %
Ma	20 %
C	22 %
L	11 %
T	15 %
PLH	17 %
NG	4 %
BR	2 %
Bau	8 %
Pol	- %
H	753 %
Vers	- %
Verk	176 %
Vergn	4 %

1) Haßler, a.a.O., S. 79.

2) MAN-Archiv Augsburg.

3) Nach Rasp, Zur Statistik der bayerischen Aktiengesellschaften, a.a.O., S. 295.

Die Tendenz zur verstärkten Inanspruchnahme von langfristigem Fremdkapital durch die Aktiengesellschaften verstärkte sich im folgenden Jahrzehnt weiter. Dem Handbuch der süddeutschen Aktiengesellschaften von 1894/95¹⁾ lassen sich folgende Proportionen von "Obligationen" zu "Actiencapital" entnehmen:²⁾

Montan- und Eisenindustrie-Gesellschaften	30 %
Industrie der Steine und Erden	17 %
Chemische Industrie	17 %
Leuchtstoff-Industrie	8 %
Diverse Industrie-Gesellschaften	7 %
Textil-Unternehmen	24 %
Brauereien	16 %
Malzfabriken	35 %
Mühlen	6 %
Wasser- und Eiswerke	-
Druckereien und lit. Unternehmen	14 %
Immobilien und Bau-gesellschaften	-
Bäder, Hotels etc.	13 %
Transport-Gesellschaften	206 %
Banken	977 %
Versicherungen	-
Lagerhausgesellschaften und Unternehmungen für öffentl. Wege	-

Zusammenfassend lassen sich folgende Strukturmerkmale in der Finanzierungstätigkeit der Aktiengesellschaften im untersuchten Zeitraum feststellen. Die Entscheidung über die Anlage der in den Aktiengesellschaften erwirtschafteten Erträge blieb bis 1870 vollständig, danach zu einem großen Teil bei den Aktionären. Erst allmählich wurden in größerem Umfang die Gewinne zur Finanzierung eigener Vorhaben der Unternehmung einbehalten.

1) a.a.O.

2) Obligationen in % des AK.

Vor 1870 sahen nur verhältnismäßig wenige Unternehmen die Notwendigkeit, über den ursprünglichen Zuschnitt hinaus zu expandieren, um mit der Entwicklung Schritt zu halten. Die Folge war, daß ein wesentlicher Teil der Neugründungen der fünfziger und sechziger Jahre einem Kapitalexport von den bereits bestehenden Aktienunternehmen zu verdanken sein dürfte. Die Ausschüttungspolitik erweist sich damit als ein flexibler Allokationsmechanismus der frühindustriellen Entwicklung.

Die Finanzierung der unternehmerischen Aktivitäten mit langfristigem Fremdkapital erreichte erst mit zunehmender Entwicklung des Bankwesens einen nennenswerten Umfang. Die Aktiengesellschaft profitierte nunmehr von ihrer besonderen Fremdkapitalattraktivität, indem nicht nur die Basis für die Finanzierung erweitert war, sondern auch im Hinblick auf eine Ausnutzung des Leverage-Effekts¹⁾ positive Auswirkungen auf die Gewinnsituation der Aktiengesellschaft unterstellt werden können.

IV. Die Herkunft der in den Aktiengesellschaften angelegten Kapitalien

Einen herausragenden Anteil an der Realisierung und Finanzierung der Projekte von Aktienunternehmen hatten bis 1870 die privaten Handels- und Bankhäuser. Das erste Großprojekt, die Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, kam unter maßgeblicher Beteiligung des Münchener Hofbankiers Simon v. Eichthal sowie mit Unterstützung des Hauses Hirsch sowie des Frankfurter Hauses Rothschild zustande.²⁾ Eichthal selbst hielt Anteile in Höhe von ca. 3 Mio fl.³⁾ Unter den Augsburger Aktionären besaßen ebenfalls Bankiers die größeren Anteile.⁴⁾

1) Vgl. Weston, J. Fred, Brigham, Eugene, F., Essentials of Managerial Finance, Holt, Rinehart and Winston, Inc. New York 1968, S. 146 ff..

2) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 136; ders., Handbuch, a.a.O., S. 206.

3) Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 139.

4) Ebd., S. 137.

Das Grundkapital der München-Augsburger Eisenbahn-Gesellschaft teilten sich Münchener und Augsburger Bank- und Handelshäuser zur Hälfte.¹⁾

Die maßgebliche Beteiligung des Augsburger Bankhauses J.L. v. Schaezler bei der beispielhaften Gründung der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg wurde bereits hervorgehoben.

Die erste Stelle unter den 47 Aktionären der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg nahmen 1838 die Bankhäuser Schaezler, Erzberger & Schmid sowie I. Obermayer ein.²⁾ Auch unter den übrigen Aktionären dominierten Bankiers und deren nahe Verwandte.³⁾

Fragt man nach dem Grund der intensiven finanziellen aber auch persönlichen Beteiligung der Bank-, Handels- und Wechselhäuser, so gelangt man zu der wesentlichen Tatsache, daß bei diesen Unternehmern bedeutende Vermögen angesammelt waren, als die Industrialisierung einsetzte. Der Gründer des gleichnamigen Bankhauses J.L. v. Schaezler hinterließ bei seinem Tode im Jahre 1826 ein Vermögen von 2.142.938 fl. 2 kr. Münz.⁴⁾ Der überwiegende Teil war in Staatspapieren angelegt.

J.G. v. Süsskind veranschlagte in seinem Testament von 1846 sein Vermögen auf 2.700.000 fl.⁵⁾ Friedrich v. Halder hatte lt. Testament von 1850 Vermögenswerte in Höhe von 821.000 fl..⁶⁾

1) Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 797.

2) Zorn, Handelsgeschichte, S. 146.

3) Ebd., S. 226 f.

4) Ebd., S. 213.

5) Ebd., S. 219; bei der Gründung der Hypobank wollte er seinen zunächst gezeichneten Anteil von 500.000 fl. auf 1,5 Mio fl. erhöhen; Zorn, a.a.O., S. 136 f.

6) Ebd., S. 219.

Angesammelt im Waren-, Geld- und Wechselhandel waren diese Vermögenswerte meistens in Staatspapieren angelegt worden, die sich bis in die vierziger Jahre großer Beliebtheit erfreuten.¹⁾

Das verstärkte Engagement der finanzstarken Handelshäuser bei der Gründung und Beteiligung an industriellen Unternehmungen löst eine Phase ab, in der das Wechselgeschäft weitgehend an Bedeutung verloren hatte.²⁾

Es kann daher angenommen werden, daß es im wesentlichen im Handel akkumuliertes Kapital gewesen ist, das den Grundstock der Pioniergründungen insbesondere in Schwaben bildete.

Die Gründungen ab 1850 lassen dann aber bereits nicht mehr erkennen, inwieweit diese Kapitalquellen noch für die Finanzierung eine Rolle spielte.

Etwas anders waren die Gründer und Hauptaktionäre der oberfränkischen Textilunternehmen einzuordnen. Das Gründungskollegium der Mechanischen Baumwollspinnerei Hof (gegr. 1854) bestand aus drei Webereifabrikanten (Verlegern) sowie zwei Kaufleuten.³⁾ Die Gründer waren zugleich die Hauptgeldgeber. Sie emittierten ihre Aktien selbst, ohne - wie damals sonst allgemein üblich - sich der Unterstützung von Banken zu bedienen.⁴⁾ Auch die Mechanische Weberei Hof wurde im wesentlichen von (mit den Aktionären der Baumwollspinnerei Hof meist identischen) Großkaufleuten und Verlegern finanziert.⁵⁾

1) Vgl. Neidlinger, a.a.O., S. 73 ff.

2) Vgl. Lieb, a.a.O., S. 60, 71.

3) Vgl. o.V., Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof 1853-1953, Firmenfestschrift, Hof 1953, S. 10.

4) Vgl. Schmid, a.a.O., S. 121.

5) Ebd., S. 211.

Wurde hier also in größerem Umfang in der gewerblichen Produktion akkumuliertes Kapital zur Finanzierung der ersten Gründungen herangezogen, war die finanzielle Basis der "reinen" Fabrikanten in Augsburg relativ schwach und damit nicht in der Lage, bedeutende Beiträge zur Finanzierung zu leisten. Der Geschäftsanteil des Unternehmers Carl Forster an der Kattunfabrik Schoeppler und Hartmann betrug im Jahr 1833 69.026 fl., das Gesamtvermögen des Teilhabers einer Bleicherei in Augsburg, Clemens Martini, betrug 1848 50.000 fl., L.A. Riedinger's Aktienbeteiligungen blieben unterhalb der Millionengrenze.¹⁾

Eine recht heterogene Zusammensetzung zeigt die Liste der "Stifter" und Aktionäre der Mechanischen Baumwollspinnerei Bayreuth:

Während die entscheidenden Impulse von einem reinen "Unternehmer", L.A. Riedinger, ausgegangen waren, wurden in Art. 22 der Statuten folgende Personen als "Stifter der Gesellschaft" benannt: Alexander v. Württemberg, Friedrich Feustel Bayreuth, H.J. Merck u. Co. Hamburg, Freiherr v. Stengel, kgl. Regierungs- und Kreisforstrat, Theodor Schmidt, Fabrikant zu Bayreuth und S.M. Wilmersdörfer, ebenfalls zu Bayreuth.²⁾ Auch hier hatten offenbar Banken und Fabrikanten Anteil an der Gründung. Die Beteiligung von Honoratioren, wie dem Herzog Alexander v. Württemberg schien für das Ansehen der geplanten Unternehmung bei Staat und Publikum nützlich. Unter den kleineren Aktionären sollen sich neben höheren Beamten, Offizieren, Ärzten, Apothekern und Militärs auch ein Postpacker, ein Strickermeister sowie verschiedene Handwerker aus Bayreuth befunden haben.³⁾

1) Vgl. Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 219 f.

2) Vgl. o.V., Hundert Jahre Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bayreuth, a.a.O., S. 16.

3) Ebd., S. 17 f.

Bei den Übernahmegründungen nahmen naturgemäß die Inhaber der übernommenen Unternehmung aufgrund ihrer Sacheinlage eine führende Stellung unter den "Finanzierern" der Gesellschaft ein. Die Gesellschafter Sonntag, Engelhorn und Clemm übernahmen z.B. zusammen über 50 % des Grundkapitals der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik. In dem 13-köpfigen Gründungskonsortium, das das Grundkapital voll übernahm, fanden sich des weiteren ein Bankhaus sowie eine Exportfirma.¹⁾

Die bisherigen Inhaber der Maschinenfabrik Augsburg übernahmen bei Gründung der Aktiengesellschaft 37 % des Grundkapitals. L.A. Riedinger, selbst Inhaber einer Maschinenfabrik, übernahm weitere 15 % der emittierten Aktien.²⁾

Nicht an industriellen Aktienunternehmungen, wohl aber solchen des Sektors III war der Staat bzw. städtische Körperschaften in z.T. beachtlichem Umfang beteiligt:

Einem Aktienanteil von 400.000 fl. bei der Hypobank³⁾ steht die mehr symbolische Teilnahme bei Ludwigs-Eisenbahn mit 200 fl. gegenüber.⁴⁾

Gas-Gesellschaften wurden häufig mit Beiträgen der städtischen Körperschaften finanziert. Vor die Wahl gestellt, die Mittel in voller Höhe aufzubringen oder das Recht des Betriebs einer Aktiengesellschaft zu überlassen, entschieden sich die städtischen Repräsentanten in vielen Fällen für die in Bezug auf die finanzielle Beteiligung flexiblere Lösung der Gründung einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft. Bei der Bamberger Gasgesellschaft wurde es der Gemeinde sogar durch die Aufsichtsbehörde

1) Vgl. Mauersberg, a.a.O., S. 69.

2) Vgl. Subscriptionsliste, MAN-Archiv Augsburg.

3) Vgl. Zorn, Handbuch, a.a.O., S. 806.

4) Vgl. ders., Liberalisierung der Wirtschaft und Frühindustrialisierung, in: Pfeiffer, Gerhard (Hrsg.), a.a.O., S. 397 ff. (399).

(Regierung von Oberfranken) ausdrücklich untersagt, eine über den ursprünglich ins Auge gefaßten Betrag von 60.000 fl. hinausgehende Beteiligung zu erwerben.¹⁾

Landwirtschaftliches Kapital ist in den frühindustriellen Aktiengesellschaften nicht in nennenswertem Umfang zur Verwendung gelangt. Die Vergabe von 40 % der Aktien an Landwirte der Umgebung durch die Zuckerfabrik Regensburg und Straubing (gegr. 1837) erfolgte erst auf hoheitliche Anordnung und muß auch sonst als Ausnahme angesehen werden.²⁾

Zum möglichen Kreis der Finanzierer gehörte auch der Adel. Ihm waren durch die Ablösungsgesetzgebung nach 1848 recht bedeutende relativ liquide Vermögenswerte zugeflossen, die geeignet waren, auch in industriellen Unternehmen angelegt zu werden. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß zumindest vor 1870 aus dieser Richtung keine bedeutenden Beiträge für die Finanzierung frühindustrieller Aktiengesellschaft gekommen sind.

Obwohl die hierfür in erster Linie in Betracht kommende und auch meist durch Familien-Fideikomnisse vorgeschriebene Wiederanlage der kurzfristig liquidierbaren Vermögenstitel in landwirtschaftlichem Grundbesitz wegen eines plötzlichen starken Nachfrageüberhangs mehr oder weniger unmöglich geworden war, wurde die Anlage in industriellen Projekten nicht oder nur ganz am Rande in die Überlegungen einbezogen. Winkel, der das Anlageverhalten des Adels näher untersucht hat, sieht die Hauptgründe darin, daß das damit verbundene Risiko den jeweiligen Hausgesetzen widersprochen habe³⁾ und daß andererseits die finanziellen Angelegenheiten des Adels noch meist in Händen von Bankiers und Finanzmaklern gelegen habe, die sich haupt-

1) Hundert Jahre Bamberger Gas, a.a.O., S. 47, 50.

2) Vgl. Schreiben der Gründer vom 12. Juni 1837; MH 6055.

3) Winkel, Harald, Höhe und Verwendung der im Rahmen der Grundlastenablösung bei Standes- und Grundherren angefallenen Ablösungskapitalien, Schr. d. Vereins f. Socialpolitik, N.F., Bd. 63 (1971), S. 83 ff. (91 ff.).

sächlich mit dem Staatspapierhandel befaßten und hier ihre Aufgabe sahen.¹⁾

Neben denjenigen Herrschaften, die schon immer im Bergbau und der Metallgewinnung tätig waren, nimmt eine Ausnahmestellung lediglich das Haus Fugger-Glött ein. In diesem Fall haben nämlich Ablözungskapitalien überwiegend für die Finanzierung industrieller Vorhaben Verwendung gefunden. Der kaufmännisch geschulte Graf Fugger-Glött hatte rechtzeitig erkannt, daß der Erwerb von Grundbesitz zum damaligen Zeitpunkt die unrentabelste Anlageart gewesen wäre.²⁾

Unter anderem war er mit 120.000 fl. an der Kunstmühle Augsburg beteiligt, die nach einem Brand in die Baumwollspinnerei am Senkelbach, ebenfalls eine Unternehmung in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, umgewandelt wurde.³⁾ Auch die Gesamtfamilie v. Tucher legte den Erlös aus dem Verkauf von Ablösungsobligationen in industriellen Projekten an.⁴⁾

Ausländische Kapitalbeteiligung hat nur selten größeren Umfang bei den bayerischen Aktienunternehmungen angenommen. Das Eisenwerk Maximilianshütte wurde von zwei belgischen Unternehmern errichtet und von einem der beiden später in die gleichnamige Aktiengesellschaft eingebracht.⁵⁾

In der Textilindustrie waren in einigen Fällen Schweizer maßgeblich an der Finanzierung beteiligt⁶⁾, so insbeson-

1) Winkel, a.a.O., S. 97.

2) ebd., S. 98.

3) Zorn, Handelsgeschichte, a.a.O., S. 162.

4) Ders., Die Hochindustrialisierung, a.a.O., S. 403; offen bleibt, inwieweit Aktiengesellschaften hiervon profitierten.

5) Vgl. Hundert Jahre Maxhütte, a.a.O., S. 28.

6) Legge, Joseph, Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands, von 1800 bis 1923/24, Halberstadt 1924, S. 91.

dere bei der Baumwollspinnerei und Weberei Blaichach (gegr. 1852), der Baumwollspinnerei Erlangen sowie der Spinnerei und Weberei A.G. Kottern (gegr. 1873).¹⁾

Bereits bestehende enge persönliche und Handelsbeziehungen zwischen schweizerischen und süddeutschen Textilindustriellen im Verein mit dem Wunsch nach Umgehung der Zollerhöhungen und Ausnutzung der Wasserkräfte bildeten die Grundlage für das Engagement der ausländischen Kapitalisten.

Obwohl die Herkunft der Gründer von Aktienunternehmungen nur bedingt eine Aussage über die Herkunft der Finanzierungsmittel besagt, soll abschließend noch eine statistische Zusammenstellung der Herkunft der Gründer von Aktienunternehmen vorgeführt werden, die in der Zeit ab etwa 1880 gegründet wurden. Da die Zahl der Gründer von Aktiengesellschaft zu Aktiengesellschaft sehr stark variierte, können die Angaben nur einen ungefähren Eindruck vermitteln.

Den "Handbüchern" konnten Angaben über die Gründer für 143 meistens nach 1880 gegründete Aktiengesellschaften entnommen werden.²⁾ Die dort genannten 981 Gründer verteilten sich auf die verschiedenen soziologischen Gruppen wie folgt:

Gruppe	Zahl der Gründer	in % (981=100%)
Kaufleute	195	20
Fabrikanten	263	27
Beamte	17	2
Bankiers	60	6
Landwirte	19	2
Rentiers	85	9
Vorbesitzer	24	2
Aktiengesellschaften	12	1
Direktoren	43	4
Handwerker	55	6
Sonstige bzw. unbestimmt	208	21

1) O.V., Fünzig Jahre Spinnerei und Weberei Kottern AG.,

wenn auch die Grenzen zwischen einzelnen Gruppen fließend sein mögen, so verdienen folgende Merkmale hervorgehoben zu werden:

- Der dominierende Anteil der "Fabrikanten" im Zusammenhang mit einer ansehnlichen Beteiligung von Direktoren läßt darauf schließen, daß nunmehr die wesentlichen Anstöße zur Gründung von Aktienunternehmen aus der Industrie selbst kamen.
- Der Anteil der Landwirte (Gutsbesitzer) und Handwerker deutet auf eine spürbare Beteiligung des "Mittelstandes".
- Die Zahl der Aktiengesellschaften, die sich als Gründer an Gründungen beteiligten, war mit 12 gering. Allein 8 von diesen waren an der Gründung der Augsburger Localbahn beteiligt, so daß sich hieraus kaum auf ein erstes Anzeichen zur Konzernierungsbewegung schließen läßt.

(Forts. von S. 223) Zugleich Geschichte des Werkes von 1847 bis zur Gründung der AG im Jahre 1873 mit Vorgeschichte der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Wasserkräfte. Lindenberg, 1923.

2) Pfeleiderer, a.a.O., Jg. 1883 ff.

I. Zusammenfassung

Ziel der vorliegenden Untersuchung war es, unter verschiedenen Aspekten für einen regional begrenzten Raum Kriterien und Maßstäbe für die Einschätzung des Stellenwerts und Beitrags der Rechtsform der Aktiengesellschaft in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Frühindustrialisierung zu gewinnen.

Im Anschluß an eine Erläuterung der wirtschaftsgeographischen und wirtschaftshistorischen Rahmenbedingungen wurde zunächst der wirtschaftliche Gestaltungsraum der Aktiengesellschaften in seiner Begrenzung durch den staatlichen bzw. rechtlichen Einfluß analysiert.

Es konnte festgestellt werden, daß seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, der Zeit also, in der Aktiengesellschaften in Bayern erstmals in relevantem Umfang zu beobachten sind, diejenigen wirtschaftlichen Merkmale dieser Unternehmungsform, die eine Anerkennung im Verkehr mit Dritten erfordern, nämlich das der beschränkten Haftung bzw. der eigenen Rechtsfähigkeit der Anteile rechtlich anerkannt waren.

Andererseits waren das "Ob" der staatlichen Anerkennung einer Gesellschaft als Aktienunternehmung sowie das "Wie" der inneren Organisation vor der Abschaffung des Konzessionssystems im Jahre 1871 noch kaum verrechtlicht.

Das einzelfallbezogene Ermessen der Staatsregierung bestimmte den Umfang der Gründungsaktivität. Die Erteilung der Konzession war eine nicht kalkulierbare Größe in der unternehmerischen Planung. Es gab insbesondere keinen Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung. Orientierungshilfen boten den Gründern lediglich ab 1862 die Vorschriften des ADHGB, vor 1862 die Fundamentalbestimmungen für sämtliche Eisenbahn-Statuten in Bayern, die Ei-

senbahn-VO von 1855, das preußische Aktiengesetz von 1843 sowie die hierzu ergangene preußische Instruktion von 1845.

Die Genehmigungsakten geben Zeugnis von einem zwar sehr streng durchgeführten Prüfungsverfahren, lassen aber auf eine grundsätzlich positive Einstellung der Staatsregierungen gegenüber der Institution der Aktiengesellschaft schließen.

Das Schwergewicht der staatlichen Einwände und Kontrollen lag im ordnungspolitischen Bereich. Wie bei allen gewerblichen Unternehmen auf Grund der gewerberechtlichen Vorschriften bis 1868 vorgeschrieben, wurde in jedem einzelnen Fall eine Bedürfnisprüfung durchgeführt und dabei auch die unternehmerischen Fähigkeiten der Gründer und ersten Führungskräfte in Betracht gezogen.

Einzelne Fälle von Übernahmegründungen, bei denen lediglich die Genehmigung der Statuten begehrt wurde, lassen erkennen, daß die Institution der Aktiengesellschaft als konzentrationsförderndes Element bereits frühzeitig erkannt und als solches Gegenstand wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen war. Insbesondere in den Bereichen, in denen - wie etwa im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe - neu gegründete Aktiengesellschaften mit traditionsreichen Gewerben konkurrierten, hatte die Administration mit der Konzession eine ordnungspolitische Entscheidung zu treffen.

Die Genehmigungsbehörden gingen insgesamt davon aus, daß die Zulassung der Rechtsform der Aktiengesellschaft ein neues Element in die Wettbewerbsordnung brachte, das es den begünstigten Unternehmen ermöglichte, die Produktion in den betreffenden Gewerbezweigen ganz oder teilweise an sich zu reißen.

Andererseits erkannten sie an, daß die Aktiengesellschaft wenn nicht Voraussetzung, so zumindest eine Erleichterung

unternehmerischer Innovation und damit verbundener Investitionen war und von daher für viele Gewerbebezüge die einzige Möglichkeit bot, in einem durch Zölle nur ungenügend vor ausländischer Konkurrenz geschützten Markt zu bestehen. Die Regierungen waren zwar zunächst in verschiedenen Bereichen geneigt, den Schutz der vorhandenen Betriebe höher zu bewerten als die Förderung der heimischen Industrie insgesamt. Tendenziell waren ihr jedoch die Steigerung der inländischen Produktion sowie die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vorrangig.

Die Begrenzung der Konzessionsdauer auf maximal fünfzig Jahre sowie die Einstellung, daß erst ab einer bestimmten Betriebsgröße die Finanzierungsbedürfnisse die Gründung einer Aktiengesellschaft rechtfertigen konnten, wurden als weitere Indizien dafür gewertet, daß der Staat die Entstehung von Aktiengesellschaften auf das notwendige Maß beschränkt sehen wollte.

Nur mittelbar ordnungspolitische Bedeutung hatte eine weitere Gruppe staatlicher Restriktionen, die dem Schutz des redlichen Vermögensverkehrs dienen sollten. Hauptaugenmerk richtete man auf die Gefahr von Vermögensverschiebungen von schlechter informierten Outsidern zu besser informierten Insidern für den Fall der Transaktion von Anteilsrechten, insbesondere also auch der Emission von Aktien. Um solcher "Agiotage" vorzubeugen, kontrollierte man bei Gründungen zur Übernahme von bereits in Betrieb befindlichen Unternehmungen den satzungsgemäß festgelegten Preis der Übernahme des betrieblichen Vermögens durch die Aktiengesellschaft.

Auch die Einräumung sonstiger Sondervorteile für die Gründung verfiel regelmäßig der Ablehnung durch das überprüfende Ministerium. Den besten Schutz vor "Agiotage" sahen die staatlichen Stellen allerdings in einem möglichst kleinen Aktionärskreis, insbesondere wenn dies durch eine geringe Stückelung der Aktien abgesichert war.

Das Interesse künftiger Erwerber und ausscheidender Aktionäre am Zustandekommen realistischer Aktienkurse durch Offenlegung der wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmung wurde von der Administration vernachlässigt. Dieses Problem wurde wohl noch nicht mit genügender Klarheit erkannt, da die Mobilität der Anteile zunächst noch sehr gering war (Börsennotierungen von Industrieaktien fanden in München und Augsburg erstmals 1856 statt) und die Informationen unter den damals eng verflochtenen Aktionärskreises offenbar noch ausreichten.

Während das Aktienkapital an sich bei allen untersuchten Aktienunternehmen von Anfang an den Herausgabeansprüchen der Teilhaber entzogen war, bestand aufgrund der - noch bis weit in die fünfziger Jahre üblichen - Einräumung eines festen Zinsanspruchs für die Aktionäre die Gefahr einer Rückzahlung des Aktienkapitals und damit einer Gefährdung der Gläubiger der Unternehmung. Der Staat reagierte hier durch ein Verbot des Versprechens von obligatorischen Zinsleistungen.

Darüber hinaus wurde durch Auferlegung der Bildung von Rücklagen auch in geringem Umfang der Zuwachs des Unternehmenskapitals den Ansprüchen der Aktionäre entzogen.

Interessebedingten Aktienbewegungen wirkte eine - ausnahmslos befolgte - Vorschrift der Fundamentalbestimmungen von 1836 entgegen, die vorschrieb, daß die Majorisierung durch einen einzelnen Aktionär ausgeschlossen sein müsse. Dieser Grundsatz, der in spätere gesetzliche Regelungen nicht aufgenommen wurde, dürfte in Bayern dazu beigetragen haben, die Tendenz zur Konzentration von Aktienbesitz in wenigen Händen zu mäßigen. Die Aussicht auf die Erlangung von Sondervorteilen im Wege des Erwerbs von Aktienpaketen war so zunächst ausgeschlossen.

Was die Regelung der inneren Organisation der Aktiengesellschaften betrifft, konnte als herrschender Grundsatz

der Genehmigungspraxis festgestellt werden, daß man den Unternehmen die Gestaltung selbst überlassen solle.

Die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1868 sowie die Einführung des Normativsystems im Jahre 1871 entzogen die Rechtsform der Aktiengesellschaft und ihre Ausbreitung dem einzelfallbezogenen staatlichen Einfluß und erleichterten damit wesentlich die Gründung von Aktiengesellschaften. Einen gewissen Ersatz für den Wegfall der staatlichen Kontrolle und Überwachung sollte die obligatorische Einrichtung eines auf Kontrollaufgaben beschränkten Aufsichtsrates bieten. Die aktienrechtliche Novelle von 1884 versuchte durch verschiedene Neuregelungen, den als nicht interessegerecht empfundenen Einfluß einzelner Gruppen innerhalb der Aktiengesellschaft insbesondere der Gründer, des Aufsichtsrates oder von Großaktionären zu vermindern.

Als wesentliche Kennzeichen der staatlich-institutionellen Rahmenbedingungen können damit folgende Punkte festgehalten werden.

1. Das bis 1871 gültige Konzessionssystem hatte restriktiven Charakter, indem es insbesondere
 - a) durch eine nicht voll kalkulierbare Ermessensentscheidung Gründungsinitiativen einem erheblichen zusätzlichen Risiko aussetzte,
 - b) Erwägungen ordnungspolitischer Natur heranzog und dabei mitunter den Interessen bestehender kleingewerblicher Produktion den Vorzug gab,
2. Die innere Organisation wurde vor 1871 weitgehend der Gestaltungsfreiheit der Gründer überlassen und konnte sich somit selbständig entwickeln.
3. Eingriffe zugunsten des redlichen Vermögensverkehrs beschränkten sich vor allem auf die Verhinderung des Gründungsschwindels. Das Interesse an der Offenlegung der Ertragssituation der Unternehmungen war als solches noch nicht akzeptiert.
4. Die Erleichterung der Gründung von Aktiengesellschaften durch Einführung des Normativsystems im Jahre 1871

ist begleitet von Eingriffen in die innere Organisation der Unternehmungen; die Novelle von 1884 versucht, durch verstärkten Minderheitenschutz Sonderinteressen einzelner Gruppen innerhalb der Aktiengesellschaft zu beschneiden.

5. a) Eine Entscheidung darüber, inwieweit die Konzessionspraxis durch sorgfältige Prüfung der realisierten Projekte für die Gesamtentwicklung positiv wirkte oder die Unternehmertätigkeit unnötig hemmte, war in diesem Zusammenhang nicht möglich. Das Ausbleiben exzessiver Erscheinungen des Gründungsschwindels wie etwa in Österreich deutet auf einen positiven Einfluß hin.
- b) Soweit der Staat sich aus ordnungspolitischen Erwägungen der Gründung von Aktiengesellschaften entgegenstellte, macht die Analyse deutlich, daß die Rechtsform an sich - und nicht lediglich die fabrikmäßige Produktionsweise - frühzeitig wettbewerbspolitische Bedeutung hatte.

In einem statistischen Teil wurde versucht, anhand verschiedener Kriterien ein Bild der Gründungstätigkeit und ihrer Ausprägungen nachzuzeichnen.

Eine Zusammenstellung der jährlichen Gründungshäufigkeiten ließ eine Periode niedrigen Niveaus von 1834 bis 1851 mit einer jährlichen Gründungsrate von 0,94 erkennen, gefolgt von einer Periode mittleren Niveaus von 1852 bis 1879 (Gründungsrate: 7,14). Die dritte Periode von 1880 bis 1893 wies die im Vergleich hohe jährliche Gründungsrate von 15,71 aus.

Charakteristisch für den Gründungsverlauf waren insbesondere die erste und rechtlang anhaltende "Gründungswelle" von 1852 bis 1863, das steile Emporschnellen der Gründungsziffern in den Jahren 1872 und 1873 gefolgt von sehr gedämpfter Gründungstätigkeit bis 1879, schließlich das erwähnte insgesamt höhere Gründungsniveau der Jahre ab 1880.

Ein Vergleich mit den Gründungszahlen von Preußen (bis 1867) dann des Reichs (1871 bis 1893) ergab für Bayern insgesamt schwächere konjunkturelle Ausschläge bei teilweise abweichenden Verlaufstendenzen.

Einer Zusammenfassung der Gründungsdaten nach institutionellen Daten insbesondere der Zoll- und Aktiengesetzgebung wurde wegen grundsätzlicher Bedenken ein begrenzter Aussagewert zugemessen. Allerdings konnte ein Zusammenhang zwischen einer Steigerung der Gründungsaktivität und der Einführung des Normativsystems im Jahre 1871 einerseits sowie dem Reichszolltarif von 1879 andererseits nicht ausgeschlossen werden.

Die Analyse der Entwicklung der Größenstruktur der Aktiengesellschaftsgründungen im Zeitablauf konnte keine signifikanten Tendenzen ermitteln. Insbesondere konnte keine deutliche Verschiebung der Größenordnung nach oben mit zunehmendem Industrialisierungsgrad festgestellt werden. Die wesentliche Ursache hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß nach Einführung des Normativsystems und vor Einführung der GmbH als zusätzlicher kapitalgesellschaftlicher Rechtsform viele kleinere Unternehmen sich das Privileg der Haftungsbeschränkung durch Wahl der Rechtsform der Aktiengesellschaft zunutze machen wollten.

Als Ausgangspunkt der Untersuchung der branchenmäßigen Entwicklung wurde die These von A. Smith herangezogen, die Rechtsform der Aktiengesellschaft könne nur in bestimmten, durch besondere Merkmale ausgezeichneten Geschäftszweigen mit Erfolg übernommen werden.

Anhand der Entwicklung der Gründungszahlen konnte zunächst festgestellt werden, daß die vier insgesamt meistvertretenen Geschäftszweige (Textil, Nahrungs- und Genußmittel, Handelsgewerbe mit Banken und Verkehr) bereits alle im ersten Jahrzehnt mit mindestens einer Gründung vertreten waren.

Bei Beginn der verstärkten Gründungstätigkeit in den Jahren 1854 bis 1863 stehen die Textilindustrie sowie die Gasversorgungsunternehmen an der Spitze. Aber schon im darauf folgenden Jahrzehnt tritt eine deutliche Verschiebung zugunsten der Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie des Handelsgewerbes ein, die ihre führende Position bis in die neunziger Jahre halten. Die Textilindustrie verliert trotz anhaltend hoher absoluter Gründungsziffern an relativer Bedeutung, die Leuchtstoffindustrie weist im letzten Jahrzehnt keine Gründung mehr auf. Die Branchen Steine und Erden sowie Maschinenbau zeigen im Jahrzehnt 1884 bis 1893 im Vergleich zu den vorherigen Abschnitten eine rege Gründungsaktivität.

Eine Gegenüberstellung des Gewichts der Aktiengesellschaften innerhalb der gesamten Entwicklung der einzelnen Branchen ergab, daß die Aktienunternehmen regelmäßig überproportional am Wachstum beteiligt waren. Dies verdient insbesondere in den Bereichen hervorgehoben zu werden, die im Vergleich der Branchen relativ geringe Gründungsziffern aufweisen (z.B. Maschinenbau und Chemie), dabei aber für die gesamte Entwicklung von besonderer Bedeutung sind. In einzelnen Bereichen (Spiegelglasfabrikation, Bankgewerbe, Brauereiwesen) konnte ein Zusammenhang zwischen der Ausbreitung von Aktiengesellschaften und Konzentrationstendenzen innerhalb der Branche festgestellt werden.

Die von Smith namentlich benannten typischen Aktiengesellschaften (Banken, Versicherungen, Kanalbau und Wasserversorgung) konnten im bayerischen Raum - von Banken abgesehen - nicht die ihnen zugesprochene dominierende Position erlangen.

Auch die allgemeinere Behauptung, Aktiengesellschaften seien in erster Linie da erfolgreich, wo der Geschäftsbetrieb an gewisse feste Regeln und Ordnungen gebunden sei, konnte allenfalls für die ersten zwanzig Jahre des

Untersuchungszeitraums und auch hier nur bedingt bestätigt werden. Anhand der tragenden Motivationsstrukturen für die Wahl der Rechtsform der Aktiengesellschaft wurden vielmehr als für die Ausbreitung wesentlich die jeweiligen besonderen Finanzierungsbedürfnisse der einzelnen Branchen herausgearbeitet. Soweit die Faktoren Organisation bzw. Unternehmensführung überhaupt limitierend gewirkt haben, muß diese Phase Ende der fünfziger Jahre als abgeschlossen gelten.

Typischerweise waren jeweils in den Branchen besonders hohe Gründungsziffern zu finden, die

- hohe Anforderungen an das Startkapital stellten (Textilindustrie, Banken z.B.) oder
- eine starke Nachfrageexpansion aufwiesen, wobei die Finanzierung der Expansion die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der beteiligten Unternehmen überschritt (z.B. Chemie, Maschinenbau) oder
- die bei stagnierender Nachfrage starke Konzentrations-tendenzen erkennen ließen (z.B. Brauindustrie ab 1880).

Da die besonderen Finanzierungsbedürfnisse sich als wesentliches Moment für die Ausbreitung der Aktiengesellschaften erwiesen, wurde ein abschließendes Kapitel der Funktion der Aktiengesellschaft als Instrument der Finanzierung des frühindustriellen wirtschaftlichen Wachstums gewidmet. Das Finanzierungsproblem der Frühindustrialisierung wurde dahingehend konkretisiert, daß es darum ging, die spezifisch neuen Anforderungen der technisch möglich gewordenen, dabei kommerziell ertragreich erscheinenden Investitionsvorhaben mit den Bedürfnissen der Kapitalbesitzer an Sicherheit, Liquidität und Teilbarkeit der Anlage in Einklang zu bringen.

Zwei Phasen bei der Lösung dieses "Transformationsproblems" wurden unterschieden. Angesichts der zu Beginn des Betrachtungszeitraums bereits vorhandenen erheblichen Konzentration von anlagebereiten Kapitalien in

den Händen weniger Personengruppen (insbesondere Handelshäuser) ging es zunächst nicht in erster Linie um Liquidität und Teilbarkeit der Beteiligungsmöglichkeiten, sondern hauptsächlich um eine Minderung des erheblichen Risikos, das mit den geplanten Vorhaben verbunden war. Die Aktiengesellschaft kam diesem Bedürfnis nach Teilung und Begrenzung des Risikos nach.

Die mit Fortgang der Industrialisierung zunehmenden Gewinnchancen machten es erforderlich, weitere Kreise für die Aufbringung von Beteiligungskapital zu gewinnen. Diese zweite Phase (Beginn: etwa Mitte der fünfziger Jahre) ist daher von einer breiteren Streuung des Aktienbesitzes (Teilbarkeit) sowie einer Mobilisierung der Anteile gekennzeichnet (Fristentransformation).

Die Wachstumsstrategie der Unternehmen sowie deren Finanzierungsgewohnheiten waren vor 1871 weitgehend von einer sehr Aktionär-freundlichen Ausschüttungspolitik bestimmt. Der überwiegende Teil des Gewinns wurde regelmäßig ausgeschüttet. Teilweise hatte dies zur Folge, daß man auf ein Wachstum der Aktiengesellschaft verzichtete und stattdessen die Dividenden in anderen Gesellschaften anlegte. Es ist zu vermuten, daß ein erheblicher Anteil der Gründungen der fünfziger und sechziger Jahre mit den Erträgen der vorhandenen Aktiengesellschaften finanziert wurde.

Mit der Krise der siebziger Jahre konnte eine Wende in der Finanzierungs- und Wachstumspolitik der Aktienunternehmen festgestellt werden. Die verstärkte Rücklagenbildung signalisiert eine zunehmende Tendenz zur Selbstfinanzierung.

Daneben wurden größere Investitionsvorhaben nach wie vor im Wege der Neuemission finanziert.

Die Finanzierung der unternehmerischen Aktivitäten mit langfristigem Fremdkapital erreichte erst mit zunehmender Entwicklung des Bankwesens einen nennenswerten Umfang. Die Vorteile des Leverage-Effekts bei gleichzeitig erhöhter Fremdkapitalattraktivität dürfte den Aktienunternehmen in besonderer Weise zugutegekommen sein und zur Festigung ihrer Stellung beigetragen haben.

Hauptquelle der Finanzierung war in Schwaben zunächst das Handelskapital, im fränkischen Raum traten Fabrikanten (Verleger) in nennenswertem Umfang als Finanzierer auf. Reine Unternehmer (Führungskräfte) verfügten zunächst noch nicht über die nötigen Mittel, um sich in größerem Umfang zu beteiligen. Landwirtschaftliches Kapital ist in den frühindustriellen Aktiengesellschaften nicht in nennenswertem Umfang zur Verwendung gelangt, obwohl die Ablösungsgesetzgebung von 1848 hierfür gute Voraussetzungen geschaffen hatte.

Nach 1871 gewinnen die Personenkreise an Bedeutung, die ihre Ersparnisse offenbar bereits in industriellen Projekten erworben hatten. Da es sich bei den Gründungen dieser Zeit allerdings überwiegend um Übernahmegründungen handelte, mußte in dieser Zeit industrielles Kapital (als Sacheinlage) naturgemäß einen überragenden Anteil haben.

Unternehmensgründungen durch Aktiengesellschaften konnten als erste Anzeichen einer Konzernierungspolitik im untersuchten Zeitraum noch nicht festgestellt werden.

K. Quellenverzeichnis

1. Nicht veröffentlichte Quellen

- a) Akten der Regierung von Oberbayern im Staatsarchiv München (Zitierweise: RA ...)
Dampfwaschanstalt in München RA 35260
Das Projekt der Gründung einer Aktiengesellschaft für die Übernahme und den Fortbetrieb der Fränkel'schen Kohlengruben bei Fladungen RA 35284
Torfpreß-Aktiengesellschaft in München RA 35427
- b) Akten des Ministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München (Zitierweise: MH ...)
Bierbrauerei in Pappenheim AG MH 1463
Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte MH 5458
Bildung einer AG zum Fortbetriebe der Reichenbach'schen Maschinenfabrik in Augsburg MH 5489
Fabrik für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate in Heufeld MH 5554
Kunst-Dünger Fabrik in Augsburg MH 5614
Düngerfabrik Kaiserslautern MH 5615
Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg MH 5677
Kammgarn-Spinnerei Augsburg MH 5678
Gründung einer mechanischen Baumwoll-Spinnerei auf Aktien in Bayreuth MH 5685
Streichgarnspinnerei Dinkelsbühl MH 5688
Mechanische Baumwollspinnerei in Erlangen MH 5689
Errichtung einer mechanischen Baumwoll-Spinnerei in Hof AG MH 5695
AG zur Gründung einer mechanischen Baumwollen-Spinnerei in Hof. Baumwollspinnerei am Teufelsberg MH 5697
Baumwollspinnerei Kaiserslautern Lampertsmühle MH 5689
Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Kempten MH 5702
Aktiengesellschaft der Streichgarnspinnerei und Tuchfabrik in Mehring MH 5711

Baumwollspinnerei und Weberei München	MH 5718
Mechanische Weberei am Fichtelbache zu Augsburg	MH 5750
Errichtung einer AG für Tuch-Fabrication durch A. Hertl et. cons. in Augsburg	MH 5751
Mechanische Weberei zu Haunstetten bei Augsburg	MH 5758
Spiegelglas- und Zinnfolien-Fabrik der Gebrüder Fischer in Erlangen	MH 5976
Runkelrüben-Zucker-Fabriken in Regensburg-Straubing	MH 6055
Aktien-Bierbrauerei in Miltenberg a.M.	MH 6410

2. Firmenfestschriften, Geschäftsberichte u.ä.

Achterberg, Erich, Süddeutsche Bodencreditbank, Ein Jahrhundert Werden und Wirken, Frankfurt/Main 1971.

Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg (1853-1903). Bericht über die Gründung (1851) und den 50-jährigen Betrieb (1853-1903), Augsburg 1911.

Fünzig Jahre Spinnerei und Weberei Kottern AG. Zugleich Geschichte des Werkes von 1847 bis zur Gründung der AG im Jahre 1873 mit Vorgeschichte der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Wasserkräfte. Lindenberg i. Allg. 1923.

Gant über das Vermögen der Aktiengesellschaft Waggon- und Eisenbahnbedarf-fabrik München, Staatsarchiv München, Landgerichte 2890

Geschäftsbericht der Locomotivfabrik Krauss & Comp., Actiengesellschaft zu München und Linz für die ordentliche Generalversammlung, Betriebsjahr 1887, München 1888.

Hundert Jahre Bamberger Gas; 1855-1955. Historie, Lyrik und Prosa im Dienst der Technik. Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Bamberger Gaswerkes. Bamberg 1955 (Zitierweise: Hundert Jahre Bamberger Gas).

Hundert Jahre Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte. 1853-1953; Firmenfestschrift, München 1953 (Zitierweise: Hundert Jahre Maxhütte).

Hundert Jahre Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bayreuth, Bayreuth 1953.

Hundert Jahre Münchener und Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft. 1834-1934. Denkschrift der im Jahre 1825 gegründeten Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft anlässlich ihrer Hundertjahrfeier in Bayern, München 1934 (Zitierweise: Hundert Jahre Münchener und Aachener).

Hundert Jahre Neue Baumwollspinnerei und Weberei Hof 1853-1953, Firmenfestschrift, Hof 1953.

Hundertfünfzig Jahre Neue Augsburger Kattunfabrik vormals Schöppler & Hartmann (1781-1931), München 1931.

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, 75 Jahre. 1880-1955, München 1955.

Klass, Gert v., Gebrannte Erde, Baustoff der Jahrtausende, Hundert Jahre AG für Grob- und Feinkeramik, Wiesbaden 1959.

Vorträge an die Herren Actionäre für Errichtung einer mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei zu Augsburg in der Generalversammlung vom 30. März 1838. Von Theodor H. Fröhlich. Augsburg 1838.

Wirzmüller, Anton; Baur, H., Die Geschichte der Gründung unseres Unternehmens, Firmengeschichte der Südchemie AG, München 1957.

3. Sonstige Literatur

Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794. Textausgabe, Frankfurt/Main 1970.

Anschütz, v. Völckerndorff, Kommentar zum Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch, Erlangen 1870.

Baur, Rudolf, Geschichte und Bedeutung der Börse zu München 1829-1952, Diss., München 1954.

Bauriedel, Paul, Die bayerische Mühlenindustrie, in: Adam Guthmann (Hrsg.), Bayerns Industrie und Handel, 1806-1906, Nürnberg 1906, I. Teil Wissenschaftliche Abhandlungen über die einzelnen Industrien, S. 97-99.

Bayerns Entwicklung nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik seit 1840, München 1914 (Zitierweise: Bayerns Entwicklung).

Berlin, Philipp, Die bayerische Spiegelglasindustrie, Diss. Erlangen, Berlin 1910.

Blumberg, Horst, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaften während der 50er Jahre des neunzehnten Jahrhunderts, in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert. In: Mottek, Blumberg, Wutzmer, Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, S. 165-208.

Blasberg, Eugen, Die Steinkohlenversorgung Bayerns, München 1910.

Böhme, Helmut, Bankenkonzentration und Schwerindustrie 1873-1896, Bemerkungen zum Problem des "Organisierten Kapitalismus", in: Wehler, Hans-Ulrich, Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 432 ff.

Bondi, Gerhard, Deutschlands Außenhandel 1815-1870, Berlin 1958.

Borchardt, Knut, Europas Wirtschaftsgeschichte, ein Modell für Entwicklungsländer? Stuttgart 1967.

Borchardt, Knut, Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 173, Stuttgart 1961, S. 401 ff.

Borchardt, Knut, Die Industrielle Revolution in Deutschland, München 1972.

Bosl, Karl; Schreibmüller, H., Geschichte Bayerns, Teil II, Die Neuzeit, München 1955.

Bösselmann, Kurt, Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939.

Brunckhorst, Hans-Dieter, Faktoren und Motive der Kommunalisierung der Versorgungswirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargestellt am Beispiel der Gasindustrie in Deutschland. Unveröffentlichte Diss., München 1975.

Code de Commerce, Nach der offiziellen Ausgabe aus dem Französischen übersetzt von Daniels, 2. Auflage, Köln 1810.

Danner, Max (Hrsg.), Das Bayerische Landrecht (Codex leg. bav. Civ.) vom Jahre 1758 in seiner heutigen Geltung, München 1894.

Dey, W., Die Entstehung und Entwicklung der Augsburger Textilindustrie unter besonderer Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen 1633-1914, Diss. München 1947.

Döllinger, G., Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreiches Bayern bestehenden Verordnungen, 14. Band, München 1858.

Endemann, W., Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts, I. Band, Leipzig 1881.

Enke, Alfred, Das Anwachsen der Aktiengesellschaften in der Elektrizitäts- und Textilindustrie, Diss. Stuttgart 1911.

Fränkel, Franz, Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Tübingen 1915.

Gedruckte und lithographische Landtagsprotokolle, die Erlassung eines Gesetzes über Aktiengesellschaften betreffend, München 1855, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MINN 444/2.

Grassmann, Josef, Die Entwicklung der Augsburger Industrie im 19. Jahrhundert, Augsburg 1894.

Grossfeld, Bernhard, Aktiengesellschaft, Unternehmenskonzentration und Kleinaktionäre, Diss. Tübingen 1958.

Hagelberg, Gerhard; Müller, Hans-Heinrich, Kapitalgesellschaften für Anbau und Weiterverarbeitung von Zuckerrüben in Deutschland im 19. Jahrhundert, Eine Materialsammlung zu einer Geschichte der Kapital-, Sozial- und ökonomischen Struktur in der Rübenzuckerindustrie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1974/IV, Berlin 1974, S. 113-147.

Handbibliothek des bayrischen Staatsbürger, Dritter Supplementband, Augsburg 1857.

Handbibliothek des bayrischen Staatsbürgers. 1. Supplementband zur 3. Auflage, Augsburg 1862.

Hansen, J., G. Mevissen, 2 Bände, Berlin 1906.

Hassler, Friedrich, Hundert Jahre Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg 1837 bis 1937, München 1937.

Heinen, Edmund, Konzentration und Kosten, in: Arndt, Helmut (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Band I, Stand der Konzentration, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 20, I, Berlin 1960.

Herrmann, Walther, Entwicklungslinien montanindustrieller Unternehmungen im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Vortragsreihe westfälische Wirtschaftsgeschichte, Heft 1, 1954.

Höcker, N., Sammlung der Statuten aller Aktienbanken Deutschlands mit statistischen Nachweisen und Tabellen, Köln 1858.

Holdermann, Zur Gründung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, unveröffentlichtes Manuskript, Archiv der BASF, Mannheim 1956.

Isaak, Alfred, Der Wandel in der Finanzierung der Unternehmung, in: Gestaltwandel der Unternehmung, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 4, Berlin 1954, S. 225 ff.

Jacob, Gustaf, Friedrich Engelhorn, Der Gründer der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik. Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz, Heft 8, Mannheim 1959.

Kulischer, Josef, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 2. Band, Die Neuzeit, München und Berlin 1929.

Lauenstein, Adolf, Geschichte der Bestrebungen zur Reform der inneren Organisation der Aktiengesellschaft bis zum Weltkrieg, Diss. Göttingen 1939.

Lechner, Theodor, Die Privat-Eisenbahnen in Bayern, Eine Betrachtung nach der geschichtlichen, technischen und wirtschaftlichen Seite, München, Berlin 1920.

Legge, Joseph, Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands von 1800 bis 1923/24, Halberstadt 1924.

Lehmann, Karl, Die geschichtliche Entwicklung des Aktienrechts bis zum Code de Commerce, Berlin 1895.

Leiskow, Hans, Spekulation und öffentliche Meinung in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Jena 1930.

Lieb, Ludwig, Die Entwicklung der Augsburger Effektenbörse 1816-1896, Augsburg 1930.

Limbach, Jutta, Theorie und Wirklichkeit der GmbH, Berlin 1966.

Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin, Heidelberg, New York 1966.

Marchand, Hans, Säkularstatistik der deutschen Eisenindustrie, Schriften der volkswirtschaftlichen Vereinigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Neue Folge/Hauptreihe, Heft 4, Essen 1979.

Marggraff, Hugo, Die Königlich Bayerischen Staatseisenbahnen in geschichtlicher und statistischer Beziehung (Gedenkschrift), München 1894.

Martens, Fritz, Die Aktiengesellschaft in der Kritik der ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts und ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Diss. Kiel, Oldenburg 1974.

Martin, Paul G., Frühindustrielles Gewerbe in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 68 (1971), S. 199 ff.

Martin, Paul, G., Die Umsetzung des preußischen Aktiengesetzes von 1844, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 56 (1969), Wiesbaden 1969, S. 499-542.

Mathias, Peter, Die Unternehmer, in: Braun, Rudolf, u.a. (Hrsg.), Industrielle Revolution, Köln/Berlin 1972.

Mauersberg, Hans, Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts, Stuttgart 1968. S. 83

Mittermaier, G.J.A., Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts, II. Abt., Regensburg 1843.

Motte K, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriss. Band II. Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1972.

Motte K, Hans; Becker, Walter; Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Band III. Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1975.

Mück, Wolfgang, Deutschlands erste Eisenbahn mit Dampfkraft. Die königlich private Ludwigs-Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth, Fürth 1968.

Neidlinger, Karl, Studien zur Geschichte der deutschen Effektenspekulation, Jena 1930.

Passow, Richard, Die Aktien-Gesellschaft, Jena 1922.

Passow, Richard, Wirtschaftlicher Charakter der Aktiengesellschaft, in: Elster, Weber, Wieser (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Band, 4. Auflage, Jena 1923, S. 129 ff.

Pfleiderer, Eugen, Handbuch der Bayerischen Aktiengesellschaften, München 1883 ff. bis 1892 (Jg. 1-10); fortgeführt von Bonschab, Friedrich, Handbuch der Süddeutschen Aktiengesellschaften, München 1893 ff. (Jg. 11 ff.).

Popp, August, Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern, Leipzig 1928.

Poschinger, Heinrich v., Bankgeschichte des Königreichs Bayern, Vierte Lieferung: Die Bankenentwicklung vom Jahre 1834 bis 1876, Erlangen 1876.

Raettig, Lutz, Eigenkapital und Kreditwürdigkeit, in: Wirtschaftswoche, 1972, Heft 3 (21.1.1972), S. 29 ff.

Rasp, Carl, Die Aktien-Gesellschaften Bayerns, in: Zeitschrift des königlichen Statistischen Bureaus, 14. Jahrgang, 1892, S. 191 ff.

Rasp, Carl, Zur Statistik der bayrischen Aktiengesellschaften, a.a.O., 15. Jahrgang, 1904, S. 235 ff.

Rauch, Karl, Die Aktienvereine in der geschichtlichen Entwicklung des Aktienrechts, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung 69, Weimar 1952, S. 272 ff.

Renaud, Achilles, Das Recht der Aktiengesellschaften, Leipzig 1875.

Reuter, Ortluf, Die Manufaktur im fränkischen Raum, Eine Untersuchung großgewerblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbe-geschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1961.

Reuther, Otto, Die Entwicklung der Augsburger Textil-industrie (Diss. phil. Heidelberg), Diessen vor München 1915.

Riesser, Jacob, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, Jena 1912.

Rosenberg, Hans, Die Weltwirtschaftskrise von 1857 - 1859, in: Beiheft 30 zur VSWG, Berlin 1934.

Roth, Paul, Bayerisches Civilrecht, Tübingen 1871.

Sayle, Hans, Die ersten Führungsorgane der Hypo-Bank, unveröffentlichtes Manuskript, München 1975.

Schäffle, Albert, Die Anwendbarkeit der verschiedenen Unternehmungsformen, in: Zeitschrift für d. Ges. Staatswissenschaft, Bd. 25, 1869, S. 261 ff.

Schanz, Georg, Der Donau-Main-Kanal und seine Schicksale, Bamberg 1894.

Schmalenbach, Eugen, Die Aktiengesellschaft; Köln und Opladen 1950.

Schmid, Karl, Die Entwicklung der Hofer Baumwollindustrie 1432 - 1913, Leipzig 1923.

Schumacher, Herrmann, Die Entwicklung der inneren Organisation der Aktiengesellschaft im deutschen Recht bis zum Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch, Abhandlungen aus dem gesamten Handelsrecht, Bürgerlichen Recht und Konkursrecht. Beihefte der Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, Heft 10, Stuttgart 1937.

Seebauer, Herrmann, Die vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vormals Seale & Buxbaum AG, Augsburg; Diss., Würzburg 1924.

Slawinger, Gerhard, Die Manufaktur in Kurbayern, Die großgewerbliche Entwicklung in Altbayern in der Übergangsperiode vom Merkantilismus zum Liberalismus (1745 bis 1836), Stuttgart 1966.

Spenkuch, Georg, Zur Geschichte der Münchener Börse, Leipzig 1908.

Spindler, Max (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Band 4, Das neue Bayern, Teilband 2, München 1975.

Starck, Josef, Der Werdegang des Aktienwesens in Bayern bis zur Gründung des deutschen Reiches, Diss., Würzburg 1925.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern, Jahrgang 1-4, München 1894, 1895, 1897, 1898.

Steinitzer, Erwin, Die ökonomische Theorie der Aktiengesellschaft, Leipzig 1908.

Stolper, Gustav; Häuser, Karl; Borchardt, Knut, Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2. Auflage, Tübingen 1966.

Strauss, Alfred, Die Aktiengesellschaft nach altem bayerischem Recht, Diss., Halle 1931.

Struve, Emil, Die Entwicklung des bayerischen Brauwesens im 19. Jahrhundert, in: Schmoller, Gustav (Hrsg.), Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, 12. Band, Erstes Heft, Leipzig 1893.

Stützel, Wolfgang, Aktienrechtsreform und Konzentration in: Arndt, Helmut (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Band 2, Ursachen der Konzentration, Schrift des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 20, 2; Berlin 1960.

Thieme, Horst, Statistische Materialien zur Konzessionierung von Aktiengesellschaften in Preußen bis 1867, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, Teil II, S. 286-300.

- Thiemeier, E., Die gewerblichen Großbetriebe im Königreich Bayern. 1815-1840, München 1969, unv. Dipl.-Arbeit.
- Unrig, Adam, Abhandlung über die juristischen Personen nach dem Gemeinen und besonderen Rechte im Königreich Bayern, Dillingen 1854.
- Weber, Karl (Hrsg.), Neue Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für das Königreich Bayern. Bände 4 und 5, Nördlingen 1885.
- Weber, Karl, a.a.O., Band 3, Nördlingen 1888.
- Weithofer, Karl Anton, Das Pechkohlengebiet des bayerischen Voralpenlandes und die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau 1870 bis 1920, München 1920.
- Wieck, F.G., Industrielle Zustände Sachsens, Chemnitz 1879/40.
- Wiessner, Paul, Die Anfänge der Nürnberger Fabrik-industrie, Diss., Nürnberg 1929.
- Winkel, Harald, Höhe und Verwendung der im Rahmen der Grundlastenablösung bei Standes- und Grundherren angefallenen Ablösungskapitalien, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 6 (1911), S. 24 ff.
- Zorn, Wolfgang, bayerische Handels- und Industrie-1800 - 1900, in: Schneider, Max (Hrsg.), Geschichte der bayerischen Geschichte, Band 4: Das neue Bayern, Teilband 2, München 1975, S. 1 ff.
- Zorn, Wolfgang, Die Hochindustrialisierung, in: Pfeiffer, Gerhard (Hrsg.), Nürnberg - Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971, S. 402 ff.
- Zorn, Wolfgang, Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1800-1870, Augsburg 1961 (Zitierweise: Handelsgeschichte).
- Zorn, Wolfgang, Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1800 - 1900, München-Pasing 1962, Verlag Bayrische Heimatforschung, Schriftenreihe Bayerische Heimatforschung, Heft 14 (Zitierweise: Wirtschaftsgeschichte).
- Zorn, Wolfgang, Liberalisierung der Wirtschaft und Frühindustrialisierung, in: Pfeiffer, Gerhard (Hrsg.), Nürnberg - Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971, S. 397 ff.
- Zorn, Wolfgang, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland in der Zeit der Reichsgründung, in: Reichsgründung 1870/71, Stuttgart 1970, S. 197-225.
- Zorn, Wolfgang, Zu den Anfängen der Industrialisierung Augsburgs im 19. Jahrhundert, Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Band 38, Wiesbaden, S. 155-168.

L e b e n s l a u f

Ich wurde am 6. Dezember 1944 als Sohn des Generalmajors Otto Obenaus und seiner Ehefrau Ella, geb. Müller, in Guben, Niederlausitz geboren.

Nach Besuch der Volksschule (1951 bis 1955) sowie des altsprachlichen Gymnasiums (1955 bis 1964) in Limburg an der Lahn studierte ich von 1964 bis 1966 in Marburg/Lahn Rechtswissenschaft.

Im Jahr 1966 immatrikulierte ich mich an der hiesigen Ludwig-Maximilians-Universität. 1969 absolvierte ich hier die erste juristische Staatsprüfung mit Prädikatsnote.

Nunmehr setzte ich mein im Wintersemester 1968/69 begonnenes (Zweit-)Studium der Volkswirtschaftslehre fort.

Im Studienjahr 1970/71 nahm ich an der Postgraduierten-Ausbildung des Europäischen Instituts für Unternehmensführung (INSEAD) in Fontainebleau/Frankreich teil.

Nach meiner Rückkehr nach München trat ich im September 1971 in die Referendarausbildung beim Oberlandesgericht München ein. Gleichzeitig schloß ich mein Studium der Volkswirtschaftslehre ab und bestand am 20. Juni 1973 die Diplomprüfung für Volkswirte.

Nach Beendigung der Referendarzeit und Assessorexamen mit Prädikatsnote im Frühjahr 1975 bin ich nunmehr seit 1. September als Hilfsreferent in der Haushaltsabteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung tätig.

